

## Immerhin reden sie; MIGRATION Der erste Runde Tisch zu Flüchtlingsfragen lässt viele Fragen offen

taz, die tageszeitung

Freitag 22. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 243 words

**Byline:** RONNY MÜLLER

**Highlight:** MIGRATION Der erste Runde Tisch zu Flüchtlingsfragen lässt viele Fragen offen

### Body

---

Wie sollen Flüchtlinge in Berlin untergebracht werden? Und wie können sie besser medizinisch versorgt werden? Um diese Fragen zu diskutieren, trafen sich am Donnerstag rund 40 Vertreter von Politik, Sozialem und Wirtschaft im Übergangwohnheim in Marienfelde. Sozialsenator Mario Czaja (CDU) hatte dazu eingeladen. Schwerpunkt der Sitzung war die Unterbringung der steigenden Zahl von Flüchtlingen: Während im vergangenen Jahr rund 12.700 Asylsuchende nach Berlin kamen, rechnet Czaja für 2015 mit 26.000 Menschen. Bereits jetzt hat das Landesamt für Gesundheit und Soziales, das Czaja untersteht, massive Probleme, die große Anzahl der Anträge der Flüchtlinge zu bearbeiten.

Zu konkreten Lösungsansätzen kam es bei der Sitzung indes nicht. Zunächst hat große Konfusion geherrscht, was überhaupt die Aufgabe des Runden Tisches ist, berichtete Fabio Reinhardt (Piraten) der taz. So hätten vorwiegend organisatorische Fragen im Mittelpunkt gestanden. Er schätze den Austausch mit zivilen Vertretern, so Reinhardt, hoffe aber auf konkretere Lösungsansätze des Senats: Solange der sich weigert, die vorhandenen Vorschläge zu bearbeiten, nützt auch der Runde Tisch nichts.

Ähnliche Wünsche hat Canan Bayram (Grüne). Bei der nächsten Sitzung Anfang Juli sollen Flüchtlinge zu Wort kommen. Im Vordergrund stehen dann erneut die Unterkünfte und die medizinische Versorgung, eine Arbeitsgruppe soll Lösungen vorschlagen. RONNY MÜLLER

Interview mit Mario Czaja SEITE 23

**Load-Date:** May 21, 2015

**Schweden testet CSU-Rezept; Skandinavien Asylsuchende dürfen nicht mehr ohne Ausweis nach Schweden einreisen. Dänemark hat Ähnliches vor. Betroffen sind vor allem Minderjährige**

taz, die tageszeitung

Montag 04. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 592 words

**Byline:** Reinhard Wolff

**Highlight:** Skandinavien Asylsuchende dürfen nicht mehr ohne Ausweis nach Schweden einreisen. Dänemark hat Ähnliches vor. Betroffen sind vor allem Minderjährige

## Body

---

Stockholm taz | Rund 250.000 Asylsuchende sind 2015 in die nordischen Länder eingereist. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl liegen Schweden, Finnland, Norwegen und Dänemark zusammengerechnet damit in Europa an der Spitze gefolgt von Deutschland. In diesem Jahr könnte sich der Zustrom nach Norden kräftig vermindern.

Ab 4. Januar will Schweden Asylsuchende ohne gültige Ausweise nicht mehr ins Land einreisen lassen. Sie hätten dann auch keine Möglichkeit mehr, dort einen Asylantrag zu stellen. Dänemark dürfte bald mit einer ähnlichen Maßnahme folgen. Für eine Mehrheit der Flüchtlinge mit Ziel Skandinavien würde die Reise dann schon in Deutschland enden.

Allerdings wird die Einführung von ID-Kontrollen im Bahn-, Bus- und Fährverkehr je nach Herkunftsland sehr unterschiedlich wirken: Von den 163.000 Personen, die 2015 allein in Schweden Asyl beantragten, konnten vier Fünftel keinen Ausweis vorlegen. Während dabei fast die Hälfte aller Flüchtlinge aus Syrien ein Ausweispapier präsentieren konnte, lag diese Zahl bei Menschen aus Afghanistan, Eritrea oder Somalia nahe null.

Wohnst du in einem kleinen afghanischen Dorf, hast du keinen Pass, sagt Jenny Anderberg. Sie ist Projektleiterin beim Ensamkommandes Förbund, einer Interessenorganisation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Über 35.300 hat Schweden davon 2015 aufgenommen fünfmal so viele wie im Vorjahr. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Asylsuchenden stieg binnen eines Jahres von weniger als einem Zehntel auf mehr als ein Fünftel an. Zwei Drittel aller Ensamkommanden kamen aus Afghanistan.

Menschen aus dieser Flüchtlingsgruppe sind oft besonders schutzbedürftig, sie brauchen umfassende personelle Fürsorge, und das ist teuer. Mehrere schwedische Institutionen warnten im November vor einem Systemkollaps. Daraufhin verkündete die rot-grüne Regierung die Notwendigkeit einer Atempause und sah sich zu -einer

Schweden testet CSU-Rezept Skandinavien Asylsuchende dürfen nicht mehr ohne Ausweis nach Schweden einreisen. Dänemark hat Ähnliches vor. Betroffen sind vor alle....

Panikgesetzgebung wie den jetzigen Identitätskontrollen veranlasst. Dabei ging es nicht zuletzt um die Kapazitäten bei der Versorgung der sprunghaft gestiegenen Zahl unbegleiteter Minderjähriger.

Hat Stockholm ganz bewusst Einreiseverschärfungen beschlossen, die gezielt diese Flüchtlingsgruppe treffen? Ein Sprecher von Migrations-minister Morgan Johansson bestreitet dies. Ziel der Einführung von ID-Kontrollen sei zwar, die Anzahl neu ins Land kommender Asylsuchender zu vermindern: Die, die keinen Ausweis haben, sollen Asyl in einem anderen Land beantragen. Diese Regelung gelte aber für alle, die ID-Forderung richtet sich nicht an eine bestimmte Gruppe .

In der Praxis treffe man vermutlich jedoch in erster Linie Minderjährige, sagt Katarina Nyberg, Sprecherin der Riksföreningen gode män , einer Organisation der mit einer Vormundschaft betrauten Ehrenamtlichen. Einen Vormund bekommt sofort jeder der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die ins Land kommen. Es wäre ein Leichtes gewesen, Minderjährige von der Ausweisforderung auszunehmen, sagt Nyberg. Doch das sei nicht geschehen. Ich schäme mich, dass unsere Politiker so etwas machen.

Formal behaupte Stockholm, das Grundrecht auf Asyl zu garantieren, doch praktisch sei man nicht bereit, diese Garantie auch einzulösen, sagt der schwedische Migrationsforscher Joakim Ruist. Letztendlich treibe Stockholm die Flüchtlinge in die Hände von Menschenschmugglern und veranlasse sie dazu, sich gefährlichere Routen für ihre Flucht zu suchen. Reinhard Wolff

Flüchtlingsrecht

Was muss sich ändern, damit Schutzsuchende in Europa schneller und besser Fuß fassen können? Und was tun die Schweden derweil?

**Load-Date:** January 3, 2016

## ***Vor dem Allzeitrekord ; BUNDESAMT Die Flüchtlingsprognose eröffnet erneut Debatte zwischen Bund und Ländern. Die Frage ist: Wer zahlt was?***

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 992 words

**Byline:** Konrad Litschko

**Highlight:** BUNDESAMT Die **Flüchtlingsprognose** eröffnet erneut Debatte zwischen Bund und Ländern. Die Frage ist: Wer zahlt was?

### **Body**

---

von Konrad Litschko

BERLIN taz | Manfred Schmidt ist derzeit im Dauerbetrieb: Kein Tag vergeht ohne Krisenmanagement, ohne Telefonate mit Politikern, ohne Planungsrunden für neue Dienststellen. Am Dienstag steht Schmidt, Präsident des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** in Bad Berleburg in Nordrhein-Westfalen, und eröffnet eine neue Außenstelle. Ein kleiner Schritt.

Zuvor hat Schmidt einen großen gemacht: Er verschickte einen Brief an Bund und Länder: seine neue Prognose der **Asylanträge** für dieses Jahr. Und die hat es in sich. Bis zu 750.000 Anträge werden laut Medienbericht erwartet. Es wäre eine Rekordzahl mit Abstand. Im bisherigen Spitzenjahr 1992 lag die Zahl bei 438.191 Anträgen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will die Prognose am Mittwoch vorstellen. Zuvor trifft er sich nach taz-Informationen noch mit den Staatssekretären der Länder, um die Zahlen zu besprechen. De Maizière hatte schon zuletzt eine erheblich höhere Prognose angekündigt. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte, die Versorgung von Flüchtlingen sei nicht mehr im Normalmodus zu lösen.

Noch zu Jahresbeginn hatte Schmidt mit 300.000 Flüchtlingen für dieses Jahr gerechnet. Im Mai korrigierte er die Zahl auf 450.000. Im ersten Halbjahr zählte sein Amt schon 179.037 Asylanträge 132 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Zuletzt schnellten die Zahlen noch einmal in die Höhe. Allein im Juli wurden 79.000 Anträge gestellt ein Allzeitrekord, so Schmidt. Und am 23. Juli hatte das Amt so viele Asylanträge beschieden wie im gesamten letzten Jahr: 128.911.

Manfred Schmidt schweigt am Dienstag zu seiner neuen Prognose. Er will dem Innenminister nicht vorgreifen. In Bad Berleburg verspricht der 55-Jährige nur erneut schnellere Asylverfahren: Drei statt bisher fünf Monate sollen sie dauern.

Vor dem Allzeitrekord BUNDESAMT Die Flüchtlingsprognose eröffnet erneut Debatte zwischen Bund und Ländern. Die Frage ist: Wer zahlt was?

Der neuen Prognose kommt indes einige Bedeutung zu, denn damit ist die Diskussion um Finanzhilfen für die Länder und Kommunen wieder eröffnet. Erst im Juni hatten sich der Bund und die MinisterpräsidentInnen zu diesem Thema getroffen, eine erneute Runde soll es am 9. September geben. Bisher hatte der Bund eine Milliarde Euro zugesagt.

Doch die Länder fordern mindestens eine Verdoppelung. Bayern allein spricht von einem Bedarf von 2 Milliarden Euro, um Wohnungen für Flüchtlinge zu bauen. Baden-Württemberg will, dass der Bund die Kosten für die Erstaufnahme komplett übernimmt. Beide Länder nehmen neben NRW die meisten Flüchtlinge auf.

Hilfe kommt aus dem Bundestag. Nötig sei eine gerechte Verteilung der finanziellen Lasten, sagt SPD-Innenexperte Burkhard Lischka. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt fordert eine spürbare Entlastung für Länder und Kommunen. Sie lobt, dass sich die Regierung mit der neuen Prognose ehrlich macht. Die Linken-Innenexpertin Ulla Jelpke warnt vor Panikmache: Das kann das wohlhabende Deutschland gut bewältigen.

Innenminister de Maizière und Migrationsamt-Chef Schmidt dagegen setzten zuletzt auf Abschreckung. Sie fordern, das Taschengeld für Asylbewerber, je 143 Euro in den ersten drei Monaten, durch Sachleistungen zu ersetzen um einen vermeintlichen Einreise-Anreiz zu tilgen. Das sieht die SPD anders: Was wir nicht brauchen sind immer neue Debattenbeiträge, die nur am Stammtisch gut ankommen, so MdB Lischka. Die Menschen kommen nicht für 4,60 Euro Bargeldleistung am Tag nach Deutschland, um dann wochenlang in Notunterkünften zu wohnen.

Mit der neuen Prognose gewinnt auch die Debatte über sichere Herkunftsländer an Fahrt. De Maizière pocht darauf, auch Albanien, Kosovo und Monte-negro als solche zu ernennen. So kamen im ersten Halbjahr zwar die meisten Flüchtlinge aus Syrien, 34.438. Dann aber folgten Kosovo mit 31.400 und Albanien mit 22.209 Anträgen. Asylbewerber aus diesen Ländern werden jedoch zu 99,9 Prozent abgelehnt. Für de Maizière ein inakzeptabler Zustand.

Die SPD ist für den Vorschlag offen, auch Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann zeigte sich am Dienstag diskussionsbereit. Noch aber fehlt eine Mehrheit im Bundesrat, der die Entscheidung trifft.

Die Forderung, die Balkanländer als sicher zu deklarieren, teilt auch Migrationsamt-Chef Schmidt: Das Gefüge stimmt nicht mehr. Sein Amt bearbeitete zuletzt Anträge von Balkan-Flüchtlinge prioritär und will diese bei negativem Bescheid direkt aus den Erstaufnahmestellen abschieben. Zuletzt verordnete Schmidt ein Signal: Er ließ gezielt 5.000 Asylanträge von Albanern bescheiden. Kein Einziger wurde angenommen.

Am Dienstag erhielt Schmidt auch Unterstützung vom Zoll. Für das nächste halbe Jahr bekommt sein Amt 50 Zoll-Mitarbeiter, um Anträge mitzubearbeiten. Zudem darf Schmidt dank eines Nachtragshaushalts im Bundestag 1.000 neue Stellen besetzen. Ein Jahr wie dieses habe er noch nicht erlebt, sagte Schmidt jüngst. Noch aber seien die Herausforderungen zu meistern.

Das kann das wohlhabende Deutschland gut bewältigen

Asyl in Deutschland

Die Bundesrepublik steht vor einem Rekordhoch an Flüchtlingen: Regierung rechnet mit bis zu 750.000 Anträgen bis Ende des Jahres

UNO springt Berlin bei

UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres hat Deutschland Unterstützung bei der Forderung nach einer gleichmäßigeren Verteilung von Flüchtlingen in der EU zugesichert. Es sei nicht tragbar, dass nur Deutschland und Schweden leistungsfähige Asylstrukturen aufwiesen und die Mehrheit der Flüchtlinge aufnahmen, sagte Guterres der Welt. Wir müssen die Verantwortung auf mehr Schultern in Europa verteilen.

In Schweden beantragten 2014 74.980 Flüchtlinge Asyl. In Spanien etwa waren es nur 5.460, in Griechenland 7.500. Dort reisten viele Flüchtlinge in andere Länder weiter.

Vor dem Allzeitrekord BUNDESAMT Die Flüchtlingsprognose eröffnet erneut Debatte zwischen Bund und Ländern. Die Frage ist: Wer zahlt was?

Guterres zufolge haben seit Jahresbeginn 240.000 Flüchtlinge die Küsten Europas erreicht davon allein im Juli 50.000 in Griechenland. Die UNO fordert von der Regierung mehr Einsatz für Flüchtlinge, trotz ihrer wirtschaftlichen Probleme. In Kos harren derzeit Tausende Flüchtlinge im Freien aus. (dpa, taz)

**Load-Date:** August 18, 2015

---

End of Document

**Flüchtlingsunterbringung quietscht; Migration Die hohe Zahl Bedürftiger schafft in vielen Bereichen Ausnahmesituationen. Erste Länder bahnen Wege, Räume auch gegen den Willen der Eigentümer anmieten zu können. Die Preise für Wohncontainer explodieren**

taz, die tageszeitung

Freitag 02. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 54

**Length:** 409 words

**Byline:** Gernot Knödler

**Highlight:** **Migration** Die hohe Zahl Bedürftiger schafft in vielen Bereichen Ausnahmesituationen. Erste Länder bahnen Wege, Räume auch gegen den Willen der Eigentümer anmieten zu können. Die Preise für Wohncontainer explodieren

## Body

---

Niedersachsens Innenministerium hat den Vorwurf zurückgewiesen, das rot-grün regierte Bundesland erfülle seine Verpflichtungen bei der Erstaufnahme von **Flüchtlings** nicht: Zumindest im September habe Niedersachsen mehr **Flüchtlinge** registriert, als es hätte aufnehmen müssen, sagte ein Ministeriumssprecher der taz.

Wegen des Ansturms sind nach einer Umfrage des NDR die Preise für Wohncontainer teilweise explodiert. Niedersachsen erwägt derweil, im Fall einer absoluten Notlage Eigentümer zu zwingen, ihre Immobilien an Flüchtlinge zu vermieten. Hamburgs Bürgerschaft hat ein solches Gesetz am Donnerstag beschlossen; ob es sich nur auf Gewerbeimmobilien beschränkt, ist zwischen Opposition und Regierungsfractionen umstritten. Am Dienstag hatten dort Flüchtlinge zum ersten Mal unter freiem Himmel übernachten müssen, weil nach Angaben der Stadt alle Unterkünfte ausgelastet waren.

In Deutschland ankommende Asylsuchende werden zunächst registriert und dann nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Diesem Schlüssel zufolge müsste Niedersachsen 9,35 Prozent der Flüchtlinge aufnehmen. Das ARD-Hauptstadtstudio veröffentlichte am Dienstagabend eine angeblich aus dem Bundesministerium des Innern stammende Übersicht zur Verteilung der Flüchtlinge auf die Länder, nach der Niedersachsen bei der Erstaufnahme hinter seinem Soll aber zurückbleibt: Demnach wurden nur 16.000 statt 23.000 Asylsuchender aufgenommen. Bayern dagegen habe sein Soll weit übererfüllt.

Das Bundesinnenministerium wollte die Liste nicht kommentieren. Das niedersächsische Innenministerium hielt mit eigenen Zahlen dagegen: Vom 5. bis 29. September seien in Deutschland 136.160 Asylsuchende registriert worden. 12.731 davon hätte Niedersachsen aufnehmen müssen; tatsächlich seien es sogar 107 Menschen mehr gewesen.

Flüchtlingsunterbringung quietscht Migration Die hohe Zahl Bedürftiger schafft in vielen Bereichen  
Ausnahmesituationen. Erste Länder bahnen Wege, Räume auch geg....

Insgesamt sind bisher 65.000 Schutz Suchende nach Niedersachsen gekommen. 100.000 könnten es nach  
Einschätzung des Ministeriums werden. Eine Zwangsvermietung wie in Hamburg sei nur abstrakt geprüft worden.  
Das ist eine Diskussion im rein theoretischen Bereich , sagte Philipp Wedelich, Sprecher von Innenminister Boris  
Pistorius (SPD).

Wie schwierig es ist für ausreichend Unterkünfte zu sorgen, zeigt eine Umfrage des NDR unter 20 Kommunen: Die  
geforderten Preise hätten sich vervier- bis verzehnfacht, sagte Thorsten Bullerdiek vom Niedersächsischen Städte-  
und Gemeindebund. Mittlerweile liegen wir bei 40 Euro pro Flüchtling und Tag. Gernot Knödler

**Load-Date:** October 1, 2015

---

End of Document



## Agentur: Unicef: Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind; KINDER Laut UN-Kinderhilfswerk sind 28 Millionen Minderjährige vor Krieg und Gewalt geflohen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 339 words

**Highlight:** KINDER Laut UN-Kinderhilfswerk sind 28 Millionen Minderjährige vor Krieg und Gewalt geflohen

### **Body**

---

New York dpa | Rund 50 Millionen Kinder sind laut dem UN-Kinderhilfswerk weltweit auf der Flucht oder haben ihr Zuhause auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen müssen. Auch sind immer mehr Kinder allein unterwegs. Dabei riskieren sie Gefahren wie Ertrinken, Unterernährung, Menschenhandel, Missbrauch, Vergewaltigung und Mord. Das geht aus einem in der Nacht zum Mittwoch in New York veröffentlichten Unicef-Bericht hervor. Demnach ist jedes 200. Kind auf der Welt inzwischen ein **Flüchtling**.

28 Millionen Kinder sind weltweit auf der Flucht vor Kriegen, Konflikten und anderen Gefahren. 17 Millionen davon suchen im eigenen Land Schutz, 11 Millionen im Ausland. Weitere 20 Millionen Kinder verließen ihre Heimat, um ein besseres Leben zu finden. Entwurzelt heißt deshalb der Titel des Berichts.

2015 beantragten mehr als doppelt so viele Minderjährige in der EU oder im Schengen-Raum Asyl wie im Vorjahr. 18 Prozent aller Migrantenkinder leben in Europa. Der Anteil der Kinder unter den Migranten ist in Europa mit 7 Prozent aber der niedrigste aller Weltregionen. In Europa veröffentlichen nur Deutschland und Serbien umfassende Zahlen zu Flüchtlingskindern.

Jeder zweite Flüchtling ist unter 18 Jahre alt. Doch macht diese Gruppe nur ein Drittel der Weltbevölkerung aus. Die meisten Kinder und Jugendlichen verlassen ihre Heimat mit ihren Eltern, immer mehr aber auch allein. Mehr als 100 000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge beantragten 2015 in 78 Ländern Asyl, dreimal so viele wie 2014. Diese Kinder seien laut Unicef besonders von Ausbeutung und Missbrauch bedroht.

Die Zahl der registrierten Flüchtlingskinder hat sich laut dem Bericht von 2005 bis 2015 verdoppelt. Fast die Hälfte aller registrierten Flüchtlingskinder kommt aus Syrien oder Afghanistan. Die leben in den USA (3,7 Millionen), gefolgt von Saudi-Arabien (2 Millionen) und Jordanien (1,4 Millionen). Wahrscheinlich lebten aber die meisten Flüchtlingskinder in der Türkei, heißt es in dem Bericht.

Immer mehr Kinder verlassen ihre Heimat ohne ihre Eltern

Agentur: Unicef : Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind KINDER Laut UN -Kinderhilfswerk sind 28 Millionen  
Minderjährige vor Krieg und Gewalt geflohen

**Load-Date:** September 7, 2016

---

End of Document

## Ein kleines Fünkchen Hoffnung; Griechenland 111 syrische Flüchtlinge sind aus Athen nach Finnland geflogen worden. Im Rahmen des EU-Programms müssten aber weit mehr Menschen umverteilt werden

taz, die tageszeitung

Mittwoch 02. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 575 words

**Byline:** Theodora Mavropoulos

**Highlight:** Griechenland 111 syrische **Flüchtlinge** sind aus Athen nach Finnland geflogen worden. Im Rahmen des EU-Programms müssten aber weit mehr Menschen umverteilt werden

### Body

---

Aus Athen Theodora Mavropoulos

Wir hatten so ein wahnsinniges Glück, sagt Mohammed Hamiesh und drückt seinen zweijährigen Sohn Yazan fest an sich. Seine Frau Rasha Amore nickt heftig. Auch sie lacht über das ganze Gesicht, während sie sanft den Kinderwagen schaukelt, in dem ihre Tochter Lana schläft. Vor knapp drei Wochen wurde Lana in einem Athener Krankenhaus geboren. Kurz danach kam der lang ersehnte Bescheid: Sie dürfen nach Finnland!

Familie Hamiesh, die vor etwa einem Jahr aus Homs flüchtete, ist eine der insgesamt 16 Familien, die am Montagmorgen wartend vor dem Gate B 15 am Athener Flughafen stehen. Auch 52 Alleinreisende – davon 36 unbegleitete Minderjährige – kommen mit an Bord der Maschine nach Finnland. Die insgesamt 111 Flüchtlinge stammen alle aus Syrien, so ein Sprecher der griechischen Migrationsbehörde.

Seit einem Jahr existiert das Umverteilungsprogramm der Europäischen Union. 30.000 Flüchtlinge aus Griechenland wollte Europa innerhalb eines Jahres auf alle anderen EU-Staaten verteilen. Bis heute wurden nur etwa 5.000 aufgenommen. Die Flüchtlingscamps in Griechenland sind derzeit völlig überfüllt: Über 61.000 Flüchtlinge und Migranten sitzen seit Monaten im Land fest.

Familie Hamiesh meldete sich vor etwa sieben Monaten zum EU-Umverteilungsprogramm beim Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) an. Das Programm ist ein bisschen wie ein Lotteriespiel, lacht Mohammed Hamiesh und zuckt mit den Schultern. Denn niemand weiß, in welches Land er geschickt wird. Er und seine Frau hatten sich große Sorgen gemacht, dass sie in ein wirtschaftsschwaches EU-Land wie Rumänien oder Polen gebracht werden, berichtet der 28-jährige Bauingenieur weiter. Da sei alles schwieriger: Bildung, Arbeit, Kindergeld. Nach der Flucht mit Schleppern sah der Syrer die einzig realistische Chance auf ein legales sicheres

Ein kleines Fünkchen Hoffnung Griechenland 111 syrische Flüchtlinge sind aus Athen nach Finnland geflogen worden. Im Rahmen des EU-Programms müssten aber weit m....

Leben, sich für das Programm zu melden. Jetzt ist er erleichtert seine Familie hat einen der wenigen Plätze im Umverteilungsprogramm ergattert.

Weitere 7.500 Flüchtlinge sind nach Angaben der griechischen Behörden bereit, um in ein anderes EU-Land gebracht zu werden , sagt der griechische Minister für Migrationsangelegenheiten, Ioannis Mouzalas, der die Flüchtlinge bis zu ihrem Abflug aus Athen begleitet hat. Doch es gäbe nicht genug freie Plätze. Europa muss dringend an sein Versprechen erinnert werden , so Mouzalas weiter. Einzelne EU-Staaten dürften dieses Programm nicht weiter abblocken. Die 5.000 Menschen, die bereits umverteilt wurden, bedeuten etwa sechs Flüchtlingscamps weniger, die Griechenland sonst betreiben und auch versorgen muss , so Mouzalas.

Mohammed Hamiesh hält dem Flugbegleiter sein Ticket zur Kontrolle hin. Ja, er wisse, wie schlecht es den GriechInnen durch die Wirtschaftskrise geht. Man hat uns hier einen sicheren Schlafplatz, Kleider, zu Essen und medizinische Versorgung gegeben , sagt er, bevor er hinter dem Gate verschwindet. Mehr könne man von den Menschen, die selbst Probleme haben, doch nicht erwarten.

Wir könnten täglich etwa 200 KandidatInnen für die Umverteilung registrieren , sagt Maria Stavropoulou, Vorsitzende der griechischen Asylbehörde, die vor der Abfertigung einige der Flüchtlinge verabschiedet. Wenn wir also die Zusagen anderen Mitgliedsstaaten zur Umverteilung erhalten würden, könnten etwa 1.000 Menschen pro Woche in ein neues Leben starten , so Stavropoulou.

52 Alleinreisende davon 36 unbegleitete Minderjährige kommen mit an Bord

**Load-Date:** November 1, 2016

## *Einst integer, heute intrigant; kommentar von Christian Rath ÜBER INNENMINISTER DE MAIZIÈRE IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK*

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 1

**Length:** 495 words

**Byline:** Christian Rath

### **Body**

---

kommentar von Christian Rath ÜBER INNENMINISTER DE MAIZIÈRE IN DER **FLÜCHTLINGSPOLITIK**

Schon seit dem 21. Oktober soll das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) wieder prüfen, ob ein anderer Staat für das **Asylverfahren** syrischer **Flüchtlinge** zuständig ist. Das sogenannte Dublin-Verfahren, das Ende August ausgesetzt worden war, wird also wieder angewandt. Das hat Innenminister Thomas de Maizière (CDU) angeordnet – offensichtlich ohne die Kanzlerin und andere Regierungsmitglieder darüber zu unterrichten.

Das ist nun schon das zweite Mal binnen weniger Tage, dass ein Alleingang de Maizières ans Licht kommt. Ende letzter Woche wurde bekannt, dass de Maizière schon Tage zuvor das BAMF angewiesen hatte, bei syrischen Flüchtlingen wieder in jedem Einzelfall zu prüfen, ob sie als verfolgte Flüchtlinge anerkannt werden oder subsidiären Schutz vor dem syrischen Bürgerkrieg erhalten. Bis dahin hatten sie pauschal den besseren Asylstatus bekommen.

In beiden Fällen hatte de Maizière, wie es aussieht, nicht nur darauf verzichtet, sich in der Regierung abzustimmen. Er hat seine Alleingänge sogar tage- und wochenlang geheim gehalten. Man muss sich das mal vorstellen: Während die Koalitionsspitzen letzte Woche über eine Neuausrichtung der Asylpolitik verhandelten, hat der Innenminister diese schon eigenmächtig selbst verändert.

Unter normalen Umständen wäre das wohl ein Entlassungsgrund. Das wird sich Merkel derzeit aber nicht trauen. Geht es nur darum zu zeigen, dass die Kanzlerin und ihr Flüchtlingskoordinator Altmaier nichts mehr zu sagen haben? Früher wirkte de Maizière integer, heute eher intrigant.

Im Bundestag hat de Maizière sich jetzt auf seine Ressortverantwortung berufen. Aufgrund von Medienanfragen habe er dann aber die Öffentlichkeit (und damit auch seine Regierungskollegen) informiert. Solche Erläuterungen sind geradezu frivol und dem Ernst der Aufgabe völlig unangemessen.

In der Sache scheint das Manöver des Innenministers bisher keine dramatischen Folgen zu haben. Nur eine zweistellige Zahl von Flüchtlingen werde am Ende rücküberstellt, kündigte Unions-Fraktionschef Kauder an. De

Einst integer, heute intrigant kommentar von Christian Rath ÜBER INNENMINISTER DE MAIZIÈRE IN DER  
FLÜCHTLINGSPOLITIK

Maizières Anordnung scheint ein reiner Selbstzweck zu sein. Die Einzelfallprüfung beim Schutzstatus musste der Innenminister auf Druck der SPD sogar zurücknehmen.

Wollte Thomas de Maizière nur ein Zeichen setzen, dass es so nicht mehr weitergeht? Mag sein. Aber warum dann so heimlich?

Zunächst ist das Ganze nur eine sinnlose Arbeitsbeschaffung für das ohnehin völlig überlastete Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dass Asylverfahren in drei Monaten abgeschlossen sein sollen, ist das berechnete Ziel der Bundesregierung. Torpediert und sabotiert wird es ausgerechnet vom zuständigen Bundesinnenminister, der alle sinnvollen Maßnahmen der Beschleunigung wieder zurücknehmen will.

De Maizière hat, wie es aussieht, nicht nur darauf verzichtet, sich in der Regierung abzustimmen. Er hat seine Alleingänge sogar tage- und wochenlang geheim gehalten

**Load-Date:** November 11, 2015

---

End of Document

**Ende der Willkommenskultur; Flucht Auf ihrem Gipfel diese Woche peilt die EU die komplette Schließung der Mittelmeerroute aus Afrika an. Bis Dezember konkrete und messbare Ergebnisse**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 367 words

**Byline:** Eric Bonse

**Highlight:** Flucht Auf ihrem Gipfel diese Woche peilt die EU die komplette Schließung der Mittelmeerroute aus Afrika an. Bis Dezember konkrete und messbare Ergebnisse

## Body

---

Aus Brüssel Eric Bonse

Europa will sich noch mehr vor illegalen **Flüchtlingen** abschotten. Dies ist der Tenor eines Beschlussentwurfs für den EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag, der der taz vorliegt. Die östliche Mittelmeerroute (über die Türkei) müsse besser überwacht, die zentrale Route (über Italien) komplett geschlossen werden.

Wörtlich ist von Unterbindung der Migrationsströme über die zentrale Mittelmeerroute die Rede. Über diese Route gelangen vor allem Flüchtlinge aus Afrika nach Europa. Damit sich die Menschen nicht mehr auf den Seeweg nach Italien machen, wollen die 28 Staats- und Regierungschefs auch die afrikanischen Herkunftsländer auf Kurs bringen.

Dazu sollen die sogenannten Migrations-Partnerschaften ausgeweitet werden. Bisher hat die EU-Kommission zwei Abkommen vorgeschlagen mit Jordanien und Libanon. Weitere Vereinbarungen sind mit Niger, Nigeria, Senegal, Mali und Äthiopien geplant. Deutschland fordert, auch Ägypten und Tunesien einzubeziehen.

Es gehe darum, konkrete und messbare Ergebnisse bei der zügigen operativen Rückführung irregulärer Migranten zu erzielen, heißt es in dem Entwurf. Dabei müssten auch entwicklungs- und handelspolitische Maßnahmen eingesetzt werden. Im Klartext: Wer sich nicht zur freiwilligen Rücknahme von Flüchtlingen bereit erklärt, muss mit Kürzungen bei der EU-Hilfe rechnen.

Mit konkreten Ergebnissen wird zwar erst beim nächsten EU-Gipfel im Dezember gerechnet. Am Donnerstag wollen Kanzlerin Angela Merkel und ihre EU-Kollegen jedoch die Richtung vorgeben. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ihre Verwaltungsverfahren im Interesse einer effektiven Rückführung auszubauen. Ein Jahr nach der deutschen Grenzöffnung für syrische Flüchtlinge besiegelt die EU damit das Ende der Willkommenskultur.

Ende der Willkommenskultur Flucht Auf ihrem Gipfel diese Woche peilt die EU die komplette Schließung der Mittelmeerroute aus Afrika an. Bis Dezember konkrete....

Zugleich zeigen sich die 28 entschlossen, den umstrittenen Flüchtlingspakt mit der Türkei wasserdicht zu machen. Der Entwurf fordert weitere Anstrengungen zur Rückführung von Personen von den griechischen Inseln in die Türkei also noch mehr Abschiebungen auch von syrischen Asylbewerbern. Außerdem verspricht die EU der Türkei: Die Visumpflicht für türkische Staatsangehörige wird aufgehoben, sobald alle Benchmarks erfüllt sind.

**Load-Date:** October 18, 2016

---

End of Document



## Flüchtling oder nicht; Status-Fragen

taz, die tageszeitung

Samstag 19. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 60

**Length:** 312 words

**Byline:** Kai von Appen

**Highlight:** Status-Fragen

### Body

---

Es ist ein Präzedenzverfahren für den Norden, das der dritte Senat des schleswig-holsteinischen Obergerichtes in Schleswig am Mittwoch verhandelt: Muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) syrische Kriegsflüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1954 als Flüchtlinge anerkennen oder genügt es, Geflüchteten nur einen subsidiären Schutzstatus zu gewähren?

Das kommt einer besseren einjährigen Duldung gleich, die jederzeit widerrufen werden kann und Familiennachzug erst nach zwei Jahren ermöglicht. Dem Gericht liegen 33 Berufungsanträge des Bamf gegen Urteile des Verwaltungsgerichts Schleswig vor, das geflüchteten Syrern den Status Flüchtling zugestanden hat.

Als der Flüchtlingsstrom aus Syrien 2014 einsetzte, wendete das Bamf zunächst das sogenannte beschleunigte Asylverfahren an. Geflüchtete beantragten per Fragebogen Schutz und bekamen den Flüchtlingsstatus nach der Genfer Konvention zugesprochen.

Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Einführung beschleunigter Asylverfahren am 17. März werden alle Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen, vor einer Entscheidung persönlich angehört. Dabei genügt es nicht mehr anzugeben, ein Kriegsflüchtling zu sein, sondern jeder muss darlegen können, dass er bei seiner Rückkehr mit Verfolgung aufgrund seiner Religion, Ethnie oder Gruppenzugehörigkeit rechnen muss.

Die meisten Verwaltungsgerichte gehen davon aus, dass die syrische Regierung schon das Bitten um Asyl im Ausland als Ausdruck regimfeindlicher Gesinnung ansehe und räumten 90 Prozent der syrischen Kläger gegen das Bamf den hochwertigen Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention ein.

In Hamburg sind mehr als 500 Klagen gegen subsidiären Schutz beim Verwaltungsgericht anhängig, bei den Verwaltungsgerichten in Bremen und Niedersachsen sind es mehr als 2.500 Verfahren, wovon noch aber keines entschieden ist. KVA

**Load-Date:** November 18, 2016

Flüchtling oder nicht Status-Fragen

---

End of Document

## Uninformiert abtransportiert; PRAXIS Griechenland schiebt im Zuge des EU-Pakts mit der Türkei die ersten Flüchtlinge ab pro Tag sollen nun rund 200 Menschen folgen. Doch Rechtsberatungsstellen für die Betroffenen fehlen

taz, die tageszeitung

Dienstag 05. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 973 words

**Byline:** Theodora Mavropoulos

**Highlight:** PRAXIS Griechenland schiebt im Zuge des EU-Pakts mit der Türkei die ersten Flüchtlinge ab pro Tag sollen nun rund 200 Menschen folgen. Doch Rechtsberatungsstellen für die Betroffenen fehlen

### Body

---

Aus Lesbos Theodora Mavropoulos

EU, schäme dich! , rufen die Dutzenden ProtestlerInnen, die sich am Montagmorgen um kurz nach acht Uhr am Hafen von Lesbos versammelt haben. Immer wieder ertönt der Sprechchor. Vor allem Volunteers der NGOs und private HelferInnen, die die Flüchtlinge seit Wochen unterstützen, protestieren hier gegen den Start der Abschiebungen in die Türkei. Es kamen viel weniger DemonstrantInnen als erwartet.

Abgeholt im Morgengrauen

Die erste Abschiebung der Flüchtlinge aus dem Registrierungshotspot, der seit dem EU-Türkei-Deal zum geschlossenen Lager wurde, ist am Montagmorgen zwei Stunden früher als ursprünglich angekündigt durchgeführt worden. Das Abkommen: Alle Flüchtlinge, die seit dem 20. März in Griechenland angekommen sind, sollen zurück in die Türkei geschickt werden. Für jeden illegal eingereisten und dann Abgeschobenen soll die EU einen Syrer aus der Türkei aufnehmen, der dann auf legalem Weg einreist bis zu einer bisherigen Obergrenze von 72.000 Menschen.

Kurz vor sechs Uhr Ortszeit verlassen die ersten Busse das Registrierungscamp Moria, um die Menschen zum Hafen zu bringen. Sie werden von zahlreichen Sicherheitskräften begleitet und unter Blaulicht abtransportiert. Die Sicherheitskräfte tragen Mundschutz. Das alles sei eine normale Handhabung, so Frontex-Sprecherin Ewa Moncure. Niemand habe sich gegen den Abtransport gewehrt. Alles sei ruhig vonstatten gegangen. Die Menschen gingen auf die Boote, auf die jeder von einem Frontex-Mitarbeiter begleitet wurde. Die Maßnahmen waren notwendig, um Sicherheit zu gewährleisten, so Moncure. Niemand wurde mit Gewalt gezwungen.

Uninformiert abtransportiert PRAXIS Griechenland schiebt im Zuge des EU-Pakts mit der Türkei die ersten Flüchtlinge ab pro Tag sollen nun rund 200 Menschen fol....

136 Menschen hauptsächlich aus Pakistan und Bangladesch wurden am Montagmorgen mit zwei Schiffen in die Türkei gebracht. Es handle sich um Migranten, die keine Asylanträge gestellt haben, so berichtet die griechische Küstenwache. Doch auch zwei syrische Flüchtlinge seien an Bord gewesen, so Giorgos Kyritsis, Koordinator für Einwanderungspolitik der griechischen Regierung. Sie wollten zu ihren Familien, die sich nur bis in die Türkei flüchten konnten. Auch von der Nachbarinsel Chios wurden 66 Menschen abtransportiert. Wie genau die deportierten Menschen über ihr Recht, einen Asylantrag zu stellen, informiert wurden, ist unklar, berichten MitarbeiterInnen unterschiedlicher Hilfsorganisationen. Pro Tag sollen nun etwa 200 Menschen abgeschoben werden.

Der Flüchtlingsstrom reißt trotz des EU-Türkei-Abkommens, dessen offizielle Funktion die Eindämmung der gefährlichen illegalen Überfahrten in die EU ist, nicht ganz ab. Über 4.000 Flüchtlinge kamen seit dem Beschluss des Abkommens auf den Inseln in der Ost-ägäis an. Am Montagmorgen erreichten 339 Menschen die griechischen Inseln 173 von ihnen kamen bis 7.30 Ortszeit auf Lesbos an. Die Kapazitäten vor Ort sind längst erschöpft: Etwa 3.000 Menschen harren im Camp Moria aus, das eigentlich für 1.500 Menschen bestimmt ist. Nach der Rückführung der ersten Migranten aus Griechenland in die Türkei stellen Flüchtlinge auf Lesbos nun massenhaft Asylanträge, um ihre Abschiebung hinauszuzögern, sagte am Montagmorgen Zacharoula Tsirigoti, Chefin der für Migration zuständigen Abteilung der Polizei.

Doch immer noch wissen viele nichts von ihrem Recht, Asyl zu beantragen, sagt David Fuertes, der am Montagmorgen ebenfalls unter den ProtestlerInnen am Hafen steht. Der 38-jährige ist seit Januar auf Lesbos als freier Helfer tätig. Das, was heute geschehen ist und was ich hier täglich mitbekomme, ist eine humanitäre Katastrophe, sagt der Spanier.

#### Gehalten wie Gefangene

Die Flüchtlinge werden im Camp wie Strafgefangene hinter hohen Zäunen mit Stacheldraht gehalten und dann in ein vermeintlich sicheres Land deportiert. Ihnen wird ihr Flüchtlingsstatus aberkannt, nur weil die EU darüber urteilt, welche Nationalität diesen Status bekommen darf und welche nicht. Die individuelle Situation der Flüchtlinge werde nicht geprüft.

Fuertes berichtet, er habe im Camp Moria einen griechischen Anwalt getroffen, der dort zwei Menschen aus Pakistan beriet. Diesen wurde nämlich zuvor erzählt, dass sie nicht das Recht hätten, Asyl zu beantragen, so Fuertes. Es herrsche hier Chaos, weil die meisten Volunteers der NGOs hier nicht genau über die Rechte der Flüchtlinge Bescheid wüssten. Selbst das UNHCR sage nur, man müsse abwarten, wie sich die Rechtslage entwickelt. Auch sie haben keine fundierten Informationen für die Flüchtlinge. Aber die Menschen sitzen dort schon seit Tagen und Wochen und warten, sagt Fuertes.

#### Empfangen mit Botschaft

Bei der Essenausgabe werde ich stets über die rechtliche Lage ausgefragt und kann nicht antworten. Zu komplex ist die Situation. Mehr Anwälte, die vor Ort beratend tätig sind, wären nötig. Nun sind einige Menschen, die nicht die Chance auf Information hatten, einfach abtransportiert worden. Und die Deportationen werden weitergehen.

Später am Tag kommen die Abgeschobenen aus Griechenland in der türkischen Hafenstadt Dikili an. Ein Dutzend Menschen erwartet sie bei der Ankunft mit einem Transparent: Willkommen Flüchtlinge, die Türkei ist euer Zuhause.

Die Flüchtlinge stellen nun Asylanträge, um die Abschiebung hinauszuzögern

#### Legal in die EU

Die Ankunft: Zum Start der Umsiedlung von Flüchtlingen aus der Türkei in die EU sind zunächst 43 Syrer ausgewählt worden. 32 wurden am Montag nach Deutschland geschickt, 11 weitere nach Finnland, wie die Brüsseler EU-Kommission mitteilte. Weitere syrische Flüchtlinge sollten am Dienstag in die Niederlande reisen.

Uninformiert abtransportiert PRAXIS Griechenland schiebt im Zuge des EU-Pakts mit der Türkei die ersten Flüchtlinge ab pro Tag sollen nun rund 200 Menschen fol....

Die Auswahl: Die ersten Familien wurden vom UNHCR als besonders hilfsbedürftig ausgewählt, einige Mitglieder haben gesundheitliche Probleme. Zwei ursprünglich auch vorgesehene Familien waren aus Krankheitsgründen nicht reisefähig. (dpa)

EU-Türkei-Deal

Nun wird das umstrittene Abkommen umgesetzt. Griechenland bringt die ersten Migranten in die Türkei

**Load-Date:** April 4, 2016

---

End of Document

**Die neue Balkanroute; Serbien Laut UNHCR schaffen es täglich zwischen 30 und 40 Flüchtlinge aus Griechenland über Bulgarien nach Serbien. Migrationsexperten schätzen, dass die tatsächliche Zahl weit größer ist**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 04. Mai 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4

**Length:** 614 words

**Byline:** Andrej Ivanji

**Highlight:** Serbien Laut UNHCR schaffen es täglich zwischen 30 und 40 **Flüchtlinge** aus Griechenland über Bulgarien nach Serbien. **Migrationsexperten** schätzen, dass die tatsächliche Zahl weit größer ist

## Body

---

Aus Belgrad Andrej Ivanji

Wenn heute in Mitteleuropa über **Flüchtlinge** auf dem Balkan gesprochen wird, hört sich das an wie Berichte von einer Kriegsfront: Die Balkanroute ist dicht, der Einsatz vom Militär an der EU-Außengrenze wird verstärkt, die Anrainerstaaten zeigen sich kooperativ beim Aufhalten der **Flüchtlinge** . . .

Tatsächlich gibt es die alte Balkanroute nicht mehr. Die Behörden Mazedoniens haben gute Arbeit geleistet: Über das Territorium ihres Landes kommen nur noch wenige in Griechenland gestrandete Flüchtlinge in die sicheren, reichen EU-Länder Mittel- und Nordeuropas. Deshalb nehmen die Migranten auf dem Balkan nun einen anderen Weg Richtung Mitteleuropa: über Bulgarien, Serbien und Ungarn.

Länger, teurer, gefährlicher

Diese neue Balkanroute wurde lange vermieden – und das nicht nur weil sie länger und teurer ist. Im November vergangenen Jahres berichteten Hilfsorganisationen, dass Flüchtlinge in Bulgarien misshandelt und ausgeplündert werden. Laut dem regionalen TV-Sender N1, hinter dem das US-amerikanische CNN steht, werden die bulgarischen Grenzen nicht nur von regulären Sicherheitskräften geschützt, sondern auch von Bürgerwehren, die Flüchtlinge, die illegal die Grenze passieren, jagen, festsetzen und der Polizei übergeben. Und dafür von der Regierung in Sofia explizit gelobt werden.

Trotzdem schaffen es nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR täglich zwischen 30 und 40 Flüchtlinge über Bulgarien nach Serbien. Ihre tatsächliche Zahl schätzen Migrationsexperten viel höher ein. Die Flüchtlinge ziehen direkt zur Grenze nach Ungarn, wo täglich zwischen 200 und 300 Menschen ankommen, die meisten davon

Die neue Balkanroute Serbien Laut UNHCR schaffen es täglich zwischen 30 und 40 Flüchtlinge aus Griechenland über Bulgarien nach Serbien. Migrationsexperten schä....

aus Afghanistan. Ungarische Grenzpolizisten sollen 20 bis 30 Menschen täglich legal ins Land lassen, wobei Familien, Frauen und Kinder Priorität haben.

Auf der serbischen Seite der Grenze gibt es keine Flüchtlingscamps. Die Menschen harren dort im Freien aus, auch bei Regen. Die serbischen Behörden wollen kein Aufsehen erwecken, denn man hat sich bisher nach außen und nach innen ein Image als flüchtlingsfreundlichstes Land des Balkans aufgebaut, an dem niemand rütteln will. Auch ihre ungarischen Kollegen wollen keine Öffentlichkeit für die Tatsache, dass sie nach dem ganzen Stacheldrahtzirkus an der Grenze zu Serbien doch wieder eine kleine Anzahl von Flüchtlingen ins Land lassen.

In Belgrad wurde vor wenigen Tagen Miksali te, eines der wichtigsten Flüchtlingszentren der serbischen Hauptstadt, unmittelbar am zentralen Busbahnhof über Nacht abgerissen. Bis dahin wurden in der von NGOs betriebenen Einrichtung bis zu 300 Mahlzeiten täglich an Flüchtlinge verteilt. Eine Alternative dazu ist nicht vorgesehen.

Laut UNHCR gibt es in Serbien offiziell derzeit weniger als 1.000 Flüchtlinge: In Pre evo an der Grenze zu Mazedonien, bis zur Schließung der Balkanroute dem größten serbischen Flüchtlingscamp ganze 50; in Belgrad zwischen 200 und 300; in Ada evci an der Grenze zu Kroatien 33, an der zu Ungarn rund 200, in Flüchtlingscamps im Innland rund 90. Die meisten von ihnen haben kein Geld mehr und kommen daher nicht weiter. Manche stellen Asylanträge in Serbien, weil sie sich danach mit entsprechenden Dokumenten legal bewegen können.

UNHCR geht davon aus, dass sich 2016 rund 2.000 Flüchtlingen in Serbien aufhalten werden von rund 15.000, die über das Balkanland weiter Richtung Mitteleuropa ziehen werden. An der deutschen Grenze kamen nach Angaben der Bundespolizei im April durchschnittlich 183 Migranten an, im März waren es 179. Diese Zahlen könnten bald wieder deutlich steigen.

Flüchtlinge

Über Mazedonien kommen kaum noch Migranten nach Mitteleuropa. Nun versuchen es einige über Bulgarien, Serbien und Ungarn

**Load-Date:** May 3, 2016

**Eine Chance - aber nur mit Förderung; KOMMENTAR VON BARBARA DRIBBUSCH ZUR ARBEITSERLAUBNIS FÜR FLÜCHTLINGE**

taz, die tageszeitung

Dienstag 06. Januar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 01

**Length:** 408 words

**Byline:** BARBARA DRIBBUSCH

## **Body**

---

### KOMMENTAR VON BARBARA DRIBBUSCH ZUR ARBEITSERLAUBNIS FÜR FLÜCHTLINGE

Es ist verrückt: In einem hochindustriellen Land, das sich etwas auf seine Arbeitsmoral einbildet, werden Hunderttausende von jungen, hochmotivierten Leuten kaltgestellt. Sie sitzen in Asylbewerberheimen herum und warten, während ihre kostbare Lebenszeit verrinnt. Zeit, die man nutzen könnte für Bildung und Arbeit.

So sah sie lange aus, die Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen. Mit den neuen Gesetzen hat ein Umdenken eingesetzt – aber die Regelungen gehen erstens nicht weit genug und sind zweitens ohne verbesserte Maßnahmen für Eingliederungen in den Arbeitsmarkt eher sinnlos.

Denn auch mit den neuen Gesetzen gilt noch die Nachrangigkeit für sogenannte Geduldete. Sie müssen in der Regel erst 15 Monate warten, um einen Job annehmen zu können. Zudem wird rasch ein Beschäftigungsverbot verhängt, wenn die Flüchtlinge angeblich zu wenig an ihrer Rückführung mitarbeiten, also etwa keinen Pass mehr haben und sich nach Meinung der Ausländerbehörde zu wenig bei der Botschaft ihres Heimatlandes bemühen, einen neuen zu bekommen.

Trotzdem könnten die neuen Gesetze eine Chance sein – aber nur mit Förderung. Denn die Einfachjobs am Fließband, für die man kaum Deutschkenntnisse benötigte und die in den 60er Jahren den Migranten Lohn und Brot verschafften, gibt es heute so nicht mehr.

Die Idee aber, den Fachkräftebedarf an Technikern und Pflegekräften aus dem Pool der AsylbewerberInnen zu decken, weil es zu wenig Nachwuchs in Deutschland gibt, ist naiv. Dafür müssten mehr und breitere Brücken gebaut werden, für den Spracherwerb, für Praktika. Allein schon, um für eine Lehre oder einen akademischen Beruf ausreichend Deutsch sprechen und schreiben zu können, sind mindestens zwei Jahre notwendig. Jedenfalls, wenn man nicht beständig nur unter Muttersprachlern ist und so die Sprache fließend im Alltag erlernt.



Eine Chance - aber nur mit Förderung KOMMENTAR VON BARBARA DRIBBUSCH ZUR  
ARBEITSERLAUBNIS FÜR FLÜCHTLINGE

In Bayern werden junge Flüchtlinge zwei Jahre lang an Berufsschulen in besonderen Vorklassen unterrichtet, um danach möglicherweise eine Ausbildung zu beginnen. Das reicht aber nicht. Es muss überall solche Einmündungen geben, die mehr sind als nur ein Sprachkurs.

Jeder Flüchtling, der etwas lernen oder arbeiten will und nicht darf, ist eine Schande. Erst recht für eine Gesellschaft, die sich ansonsten so viel zugute hält auf ihren Arbeitsethos und ihre Wirtschaftskraft.

Einfachjobs aus den 60ern für Migranten ohne Deutschkenntnisse gibt es so nicht mehr

**Load-Date:** January 5, 2015

**Abschiebung ohne Vorwarnung; Migration Lorenz Caffier (CDU), der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, hebt alten Erlass auf. Das verbreite Angst und Schrecken, kritisiert der Flüchtlingsrat**

taz, die tageszeitung

Freitag 04. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26

**Length:** 429 words

**Byline:** Hannes Stepputat

**Highlight:** Migration Lorenz Caffier (CDU), der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, hebt alten Erlass auf. Das verbreite Angst und Schrecken, kritisiert der Flüchtlingsrat

## Body

---

von Hannes Stepputat

In Mecklenburg-Vorpommern hat Innenminister Lorenz Caffier (CDU) am Dienstag den seit mehr als 21 Jahren geltenden Nachtabschiebeerlass aufgehoben. Dieser regelte seit 1994, dass abgelehnte Asylbewerber zwischen 21 Uhr und 6 Uhr nicht ohne Ankündigung abgeschoben werden dürfen. Der dpa hatte Caffier gesagt, bis zu 45 Prozent der Flüchtlinge im Land hätten kein Anrecht auf Asyl und müssten abgeschoben werden.

Aufgrund der aktuellen Situation mit starken Zugängen sind unsere Kapazitätsgrenzen erreicht, sagte Caffiers Sprecher Michael Teich am Donnerstag. Die bisher angekündigten Abschiebungen seien nur zu 50 Prozent erfolgreich, weil die Betroffenen häufig vorher untertauchten.

Nach der Aufhebung des Erlasses sollen Menschen weiterhin nur in Ausnahmefällen nachts abgeschoben werden. Kommt es jedoch dazu, muss der Zeitpunkt der Abschiebung aber nicht mehr angekündigt werden. Damit zieht die Unmenschlichkeit wieder ein und werden Familien aus dem Schlaf und aus dem Leben gerissen, die gerade erst angekommen sind, sagt Ulrike Seemann-Katz, Vorsitzende des Flüchtlingsrates.

Die vom Innenminister als Notfallmaßnahme verkaufte Aufhebung sollte für Angst und Schrecken in den Unterkünften, verfehle aber ihren Zweck. Denn wer Deutschland nach der Ablehnung seines Asylantrages binnen 30 Tagen freiwillig verlässt, entgehe der Wiedereinreiseperrre nach einer Abschiebung und könne wiederkommen. Viele sind dann 14 Tage später wieder da, sagt Seemann-Katz. Die unangekündigten Abschiebungen trafen uninformierte Familien. Bei den Nachtabschiebungen werde nicht nur die Nachtruhe der Betroffenen gestört, sondern die aller Bewohner in den Unterkünften.

Abschiebung ohne Vorwarnung Migration Lorenz Caffier (CDU), der Innenminister Mecklenburg - Vorpommerns, hebt alten Erlass auf. Das verbreite Angst und Schrecken....

Auch den Flüchtlingsheimen wird die geplante Abschiebung in der Nacht nicht mitgeteilt. So aber können sie die Betroffenen nicht vorbereiten. Oft saßen die Flüchtlinge schon abholbereit im Büro , sagt Seemann-Katz. Eine Vorbereitung sei nun nicht mehr möglich.

Am Mittwoch hatte die Fraktion des Koalitionspartners SPD in einer Mitteilung allen Akteuren der Flüchtlingshilfe für ihren großen humanitären Einsatz gedankt. Sie will am Dienstag über den Erlass beraten. Sprecher Alexander Kujat bezeichnete eine unangekündigte Nachtabschiebung als schweren Eingriff . Bevor sich seine Fraktion positioniere, wolle sie aber alle Seiten anhören und sich die Beweggründe des Innenministers erläutern lassen.

Schätzungen, mit wie vielen Nachtabschiebungen zukünftig zu rechnen ist, waren bis zum Redaktionsschluss weder vom Innenministerium zu bekommen, noch vom Landesamt für innere Verwaltung.

**Load-Date:** September 3, 2015

---

End of Document

**Rücktritt oder Bauernopfer?; Asylpolitik Der Chef der Flüchtlingsbehörde in Nürnberg tritt zurück. Sein Amt geriet in die Kritik, weil es die Asylanträge zu langsam bearbeitet. Es fehlt an Personal. Dafür ist das Innenministerium verantwortlich**

taz, die tageszeitung

Freitag 18. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 606 words

**Byline:** Daniel Bax

**Highlight:** Asylpolitik Der Chef der Flüchtlingsbehörde in Nürnberg tritt zurück. Sein Amt geriet in die Kritik, weil es die Asylanträge zu langsam bearbeitet. Es fehlt an Personal. Dafür ist das Innenministerium verantwortlich

## Body

---

von Daniel Bax

Berlin taz | Der Rücktritt kommt überraschend und in einem denkbar schlechten Moment. Denn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit Sitz in Nürnberg steht im Moment vor der größten Herausforderung seiner Geschichte. Am Donnerstag teilte das Bundesinnenministerium in Berlin knapp mit, Behördenchef Manfred Schmidt habe aus persönlichen Gründen darum gebeten, von seinen Aufgaben entbunden zu werden, und Innenminister Thomas de Maizière habe diesem Wunsch entsprochen. Nicht mehr, nicht weniger. Ein möglicher Nachfolger wurde zunächst nicht benannt.

Schmidt war im Dezember 2010 von de Maizière persönlich zum BAMF-Chef ernannt worden. Zuletzt geriet er jedoch immer mehr in die Kritik, weil es seiner Behörde nicht gelang, die wachsende Zahl von Asylanträgen zügiger zu bearbeiten. Nach einer Klausur der SPD-Bundestagsfraktion Anfang September in Mainz hieß es aus Kreisen der Teilnehmer sogar, Schmidt sei ein Totalausfall. Minutenlang habe er die Fehleinschätzungen und Probleme in seiner Behörde kleingeredet.

Derzeit verfügt das BAMF über rund 3.000 Mitarbeiter. Schmidt selbst soll gesagt haben, seine Behörde benötige etwa 9.000 Mitarbeiter, wenn alle Asylverfahren innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden sollten, wie es die Regierung will. In einem Interview bekannte Schmidt vor wenigen Wochen selbstkritisch: Ich glaube, dass wir zu spät angefangen haben, dass wir die Zeichen zu spät gesehen haben.

Ende August sollen sich beim BAMF bereits mehr als 270.000 Asylanträge gestapelt haben, weil es an Fachpersonal mangelt. Erst im Mai hatte die Bundesregierung beschlossen, dass die Nürnberger Behörde 2.000 Extrastellen bekommt. Doch es dauert, geeignete Leute zu finden und einzuarbeiten.

Rücktritt oder Bauernopfer? Asylpolitik Der Chef der Flüchtlingsbehörde in Nürnberg tritt zurück. Sein Amt geriet in die Kritik, weil es die Asylanträge zu la....

Schmidt, gebürtiger Hesse, hat als Verwaltungsjurist im Bundesinnenministerium Karriere gemacht und sich von 2007 bis 2010 als Krisenmanager des Ministeriums bewährt, bevor er von de Maizière zum Leiter des Bundesamtes für Migration berufen wurde. Dort machte er insgesamt eine gute Figur. Nach dem Geschmack der SPD, der Opposition und der Flüchtlingsverbände redete er allerdings zu oft seinem Dienstherrn nach dem Mund.

So forderte er Taschengeld-Kürzungen für Asylsuchende vom Balkan und verteidigte öffentlich die Aufnahmezentren, die Bayern eigens für diese Flüchtlingsgruppe errichtete. Vom aktuellen Flüchtlings-andrang zeigte sich seine Behörde überfordert auch, weil nicht genug Personal eingestellt wurde.

Die Grünen nannten Schmidt jetzt ein Bauernopfer. Bundesinnenminister de Maizière trage die Verantwortung für die personelle Unterausstattung der Behörde, sagte Grünen-Chefin Simone Peter. Längst überfällig sei der Rücktritt Schmidts, sagte auch die Asyl-Expertin der Linkspartei, Ulla Jelpke.

Der CDU-Innenexperte Armin Schuster sagte, jetzt werde jemand mit großen Management-Qualitäten benötigt. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, dämpfte diese Erwartungen hingegen: Wer immer Schmidts Nachfolger werde, der brauche mehr Personal, um die vielen Asylanträge zu bearbeiten. Er kann dann Meier, Müller, Schuster oder Supermann heißen: Er wird die gleichen Probleme haben. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer schloss sich dem Ruf nach mehr Personal an, richtete seine Kritik aber speziell gegen de Maizière: Er warf dem Innenminister in der Neuen Passauer Presse vor, dieser habe zu spät und nicht konsequent genug gehandelt.

Ende August sollen sich bereits mehr als 270.000 Asylanträge gestapelt haben

Deutschland

Dass mehr Flüchtlinge kommen würden, war schon lange klar. Wird ein neuer Asylbehördenchef die Anträge schneller bearbeiten? Und wie?

**Load-Date:** September 17, 2015

## **SPD will Integrationskurse für Flüchtlinge und Geduldete; SPRACHKURS Wer einmal hier ist, soll Deutsch lernen, meinen SPD-Politiker**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 18. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 436 words

**Byline:** ANNA LEHMANN

**Highlight:** SPRACHKURS Wer einmal hier ist, soll Deutsch lernen, meinen SPD-Politiker

### **Body**

---

BERLIN taz | SPD-Parlamentarier schlagen vor, die bundesweiten Integrationskurse auch für **Flüchtlinge** und **Asylbewerber** zu öffnen. Sprache ist der Schlüssel für den Zugang zum Arbeitsmarkt, begründet der bildungspolitische Sprecher der SPD Ernst-Dieter Rossmann den Vorstoß gegenüber der taz. Er verweist auf den Koalitionsvertrag, in dem vereinbart ist, **Asylbewerbern** und Geduldeten nach drei Monaten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erlauben und ihnen in Zusammenarbeit mit den Ländern den frühen Spracherwerb zu ermöglichen.

Um dieses Versprechen einzulösen, sind nach Rossmanns Ansicht die Integrationskurse, welche hauptsächlich Deutschkenntnisse vermitteln, bestens geeignet. Diese hätten sich in ihrer zehnjährigen Geschichte als Erfolgsmodell entpuppt. Über 140.000 Menschen haben sich im vergangenen Jahr angemeldet. Wer einen Kurs besuchen will, muss aber in der Regel einen gesicherten Aufenthaltsstatus nachweisen.

Einig ist sich Rossmann mit dem migrationspolitischen Sprecher seiner Fraktion, Rüdiger Veit. Wir brauchen vor allem eine bundeseinheitliche Regelung und keinen Flickenteppich, betonte Veit gegenüber der taz.

In der Union stößt der Vorschlag auf verhaltene Zustimmung. Ich befürworte eine Öffnung der Integrationskurse für Flüchtlinge mit einer sicheren Bleibeperspektive, sagt die Integrationsbeauftragte der Union, Cemile Giousouf. Der Clou am SPD-Vorschlag ist jedoch, dass die Kurse auch Menschen mit einer ungesicherten Bleibeperspektive offenstehen sollen. Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums sind in Deutschland derzeit 113.000 als ausreisepflichtig verzeichnet.

Es kommt uns zugute, wenn möglichst viele Menschen im Ausland Deutsch sprechen, meint Rossmann. Nach Ansicht der SPD-Politiker wäre die Öffnung der Integrationskurse zudem ein Beitrag, um Länder und Kommunen zu entlasten. Er könne sich gut vorstellen, dass der Bund die gesamten Kosten trage, so Veit.

Für Integrationskurse gab das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im vergangenen Jahr knapp 270 Millionen Euro aus. Wenn sich der Teilnehmerkreis nun um 100.000 Personen erweiterte, wären Mehrausgaben von 100 Millionen Euro fällig. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt sagte, die Frage sei, für welche

SPD will Integrationskurse für Flüchtlinge und Geduldete SPRACHKURS Wer einmal hier ist, soll Deutsch lernen, meinen SPD-Politiker

Personenkreise der Anspruch gelte. Aber: Wenn darüber diskutiert wird, wird man sich in der Frage der Finanzierung einigen können. Für die Integration der Flüchtlinge vor Ort sind in der Regel Länder und Kommunen zuständig. Ministerpräsidenten und Kommunalvertreter treffen sich am Donnerstag mit Kanzlerin Angela Merkel. In diesem Jahr werden 400.000 Asylsuchende erwartet. ANNA LEHMANN

**Load-Date:** June 17, 2015

---

End of Document

**Asylrecht des Stärkeren; Flüchtlingskrise Nicht die Schutzbedürftigsten, sondern gesunde junge Männer haben die besten Asylchancen. Wir brauchen ein neues System**

taz, die tageszeitung

Dienstag 28. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 10

**Length:** 1007 words

**Byline:** Toman Barsbai, Sebastian Braun

**Highlight:** Flüchtlingskrise Nicht die Schutzbedürftigsten, sondern gesunde junge Männer haben die besten Asylchancen. Wir brauchen ein neues System

## Body

---

von Toman Barsbai und Sebastian Braun

Nach dem Flüchtlingsdeal ist vor dem Flüchtlingsdeal. Zwar ist die Zahl der aus der Türkei nach Griechenland fliehenden Menschen seit dem EU-Türkei-Abkommen merklich gesunken. Gleichzeitig steigt aber die Zahl der Asylsuchenden, die versuchen, über andere Routen nach Europa zu gelangen. Die Lösung der EU? Es soll weitere Flüchtlingsdeals geben, diesmal mit den Staaten Nordafrikas.

Doch diese Strategie macht die EU nicht nur vom Wohlwollen der Türkei oder Libyens abhängig. Sie drängt Flüchtlinge auch auf immer gefährlichere Routen, die für viele politisch Verfolgte gar nicht infrage kommen. Das Grundproblem bleibt: Ein Asylantrag kann bislang in der Regel nur im Aufnahmeland gestellt werden. Gleichzeitig ist eine legale Einreise dabei meist nicht möglich. Daher sind die Anreize groß, irregulär in die EU einzureisen. Daran ändern auch immer neue Flüchtlingsdeals nichts. Aufgrund der Anreize, die es schafft, ist unser Asylsystem widersprüchlich, ungerecht und für alle Beteiligten teuer und risikoreich.

Hotspots sind Augenwischerei

Asylsuchende müssen viel Geld aufbringen, um Schlepper für eine lebensgefährliche Reise in eine ungewisse Zukunft zu bezahlen. Je mehr Europa in Grenzzäune investiert, desto stärker steigen diese Kosten und Risiken. Dazu kommt die Trennung von Familie und Freunden.

All dies ist vergebens, sollte die irreguläre Einreise misslingen oder der Asylantrag abgelehnt werden. Das führt dazu, dass sich vor allem wohlhabendere, gesündere und risikobereite junge Männer auf den Weg machen. Statt nach Schutzbedürftigkeit wählt das Asylsystem implizit nach Reichtum, Gesundheit oder Risikoneigung aus. Die größten Profiteure dieses Systems sind die Schlepper. Die größten Verlierer sind die bedürftigsten Asylsuchenden.



Asylrecht des Stärkeren Flüchtlingskrise Nicht die Schutzbedürftigsten, sondern gesunde junge Männer haben die besten Asylchancen. Wir brauchen ein neues System

Für Deutschland und andere EU-Länder sind die Kosten ebenfalls gewaltig: Unabhängig von den Erfolgsaussichten müssen alle Asylbewerber erst einmal versorgt werden. Hinzu kommen die Finanzierung der Grenzsicherung und die Einschränkung der Schengen-Freiheiten. Wird der Asylantrag abgelehnt, wird es für alle Seiten noch mal teurer, denn dann laufen die Abschiebeprozesse an. Bleiben abgelehnte Asylbewerber trotz Ausreisepflicht im Land, sind sie besonders schwer integrierbar. Und abgeschobene Asylbewerber sind bei ihrer Rückkehr oft stigmatisiert.

Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei löst diese Probleme nicht und wird mittelfristig nur zu einer Verlagerung der Flüchtlingsströme führen. Auch Hotspots an den EU-Außengrenzen helfen wenig, weil Asylbewerber auf irregulärem Weg dorthin kommen müssen. Die Probleme des derzeitigen Asylsystems werden lediglich an die Außengrenze der EU verschoben.

Was wir brauchen, ist daher eine grundlegende Reform des Asylsystems: Asylbewerber sollten den Antrag grundsätzlich nur noch außerhalb der EU stellen können etwa in Botschaften oder speziellen Asyl-Außenstellen. Bei Erfolg des Antrags reisen sie legal in das Zielland. Um Gefahren während der Bearbeitungszeit auszuschließen, sollten besonders gefährdete Asylbewerber Schutz in Flüchtlingslagern erhalten. Diese Reform müsste mit strikten Maßnahmen an den EU-Außengrenzen einhergehen. Asylanträge innerhalb der EU wären ausnahmslos abzulehnen. Ein solches Asylsystem wäre effizienter, menschlicher und gerechter.

Für Flüchtlinge entfielen die hohen Kosten und Risiken. Wird ihr Antrag abgelehnt, müssen sie nicht als Gescheiterte zurückkehren. Alle, nicht nur die, die sich nach Europa durchschlagen können, bekämen dann die Chance, einen Asylantrag zu stellen. Damit würde das Verfahren auch den Schutzbedürftigsten offenstehen.

Die EU-Staaten müssten nicht mehr für chancenlose Antragsteller aufkommen. Auch die Kosten für die Duldung abgelehnter Asylbewerber entfielen. Die Mittel stünden damit allein anerkannten Flüchtlingen und somit den Schutzbedürftigsten zur Verfügung. Die Asyl-Außenstellen und die Versorgung gefährdeter Flüchtlinge vor Ort dürfte weniger kosten, als sich um alle Asylbewerber innerhalb Europas zu kümmern.

Wenn nur anerkannte Flüchtlinge einreisen, könnte deren Integration sofort beginnen. Familien als funktionierende soziale Einheiten könnten bevorzugt werden. Auch Identitäts- und -Sicherheitskontrollen wären vorab schon erledigt. Würde eine irreguläre Einreise automatisch zum Ausschluss aus dem Asylverfahren führen, dürfte der Flüchtlingsstrom über das Mittelmeer abebben. Den Schleppern wäre die Nachfrage entzogen.

Menschlicher und effizienter

Ein solches System brächte ohne Frage große Herausforderungen mit sich. So würden die geringeren Kosten des Asylantrags die Zahl der Anträge zunächst enorm in die Höhe treiben. Ein reformiertes Asylsystem wird daher nur mit Obergrenzen funktionieren. Doch eine solche Obergrenze existiert implizit schon heute, da arme oder weniger risikobereite Menschen selten so weit kommen, Asyl beantragen zu können.

Im Gegensatz zum jetzigen System wären Obergrenzen in einem reformierten System transparent und könnten mit humanitären Kriterien kombiniert werden. Auch würde diese kontrollierte Aufnahme von Flüchtlingen mehr Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Außerdem würde die Gesamtnachfrage nach Asyl transparent werden und damit auch die Konsequenzen einer Obergrenze. Krisenherde fernab der europäischen Grenze gerieten weniger leicht in Vergessenheit.

Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei mag der EU in der Flüchtlingskrise eine Atempause eingeräumt haben. Wir sollten diese nutzen, um über eine grundlegende Reform des Asylsystems nachzudenken. Mehr Kontrolle, mehr Effizienz und mehr Menschlichkeit müssen dabei keine Gegensätze sein.

Asylbewerber sollten ihren Antrag grundsätzlich nur noch außerhalb der EU stellen können

Toman Barsbai, 35, Senior Researcher im Forschungsbereich Armutsminderung und Entwicklung am -Kieler -Institut für Weltwirtschaft, forscht zu Migration und Entwicklungsökonomie.

Asylrecht des Stärkeren Flüchtlingskrise Nicht die Schutzbedürftigsten, sondern gesunde junge Männer haben die besten Asylchancen. Wir brauchen ein neues System

Sebastian Braun, 37, leitet den Forschungsbereich Globalisierung und Wohlfahrtsstaat am Kieler Institut für Weltwirtschaft. Er forscht zu Migration und Arbeitsmarkt-ökonomie.

**Load-Date:** June 27, 2016

---

End of Document

## Polizei räumt den Pariser Dschungel ; Frankreich Tausende Flüchtlinge morgens aus improvisierten Zeltlagern verjagt

taz, die tageszeitung

Samstag 05. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 6

**Length:** 337 words

**Byline:** Rudolf Balmer

### **Body**

---

Frankreich Tausende Flüchtlinge morgens aus improvisierten Zeltlagern verjagt

Paris taz | Es war noch finster und kalt, als am Freitag um sechs Uhr ein enormes Polizeiaufgebot von 600 Beamten an der Metrostation Stalingrad im Norden von Paris die Zelte von Tausenden Flüchtlingen und Migranten umzingelten. Diese wurden gruppenweise in Busse gebracht, die sie angeblich in Aufnahmезentren bringen sollten, wo sie laut offizieller Darstellung die Möglichkeit hätten, ein Asylgesuch einzureichen.

In der Eile konnten viele vor dieser brüsk organisierten Abreise nur das Allernötigste zusammenraffen. Wenig später wurden ihre Zelte, Decken und anderen zurückgelassenen Habseligkeiten eingesammelt und in große Müllcontainer geworfen. Wie bei der Räumung des Dschungels in Calais sollen auch in Paris nach der Evakuierung alle Spuren verschwinden.

In einer ersten Phase wurden mehrere Hundert Flüchtlinge vom Quai de Jemmapes weggebracht. Wohin, wurde nicht verraten. Die restlichen, ein paar Schritte entfernt in der Mitte der Avenue de Flandre, wussten, dass sie nur eine kurze Gnadenfrist hatten. Gegen Mittag erklärten die Behörden die humanitäre Evakuierung von insgesamt 3.800 Menschen für abgeschlossen. Sie hatten zuvor Migranten auch aus besetzten Schulen, Kirchen oder Abbruchgebäuden vertrieben.

Aber am selben Ort im Norden von Paris hatte die Polizei bereits am 26. Juli und am 16. September in ebenso großangelegten Aktionen mehr als 2.000 Flüchtlinge weggebracht und ihre behelfsmäßigen Unterkünfte weggeräumt. Das hatte sie oder Neuankommende nicht daran gehindert, erneut dort zu campieren.

Zudem war ein Teil der früheren Bewohner des Dschungels in Calais jetzt auf Paris ausgewichen, um von dort die immer schwierigere Reise nach England zu organisieren. Das bleibt das Ziel der Mehrheit dieser vor allem aus Afghanistan, Sudan, Äthiopien, Eritrea und Somalia kommenden Menschen. Noch am Mittwoch hatten mehrere Hundert Personen für eine menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge demonstriert.

Rudolf Balmer

Polizei räumt den Pariser Dschungel Frankreich Tausende Flüchtlinge morgens aus improvisierten Zeltlagern  
verjagt

**Load-Date:** November 4, 2016

---

End of Document

## Für Syrer dauert es jetzt wieder länger; Flüchtlinge Einzelfallprüfung wieder eingeführt, angeblich wegen Sicherheit

taz, die tageszeitung

Samstag 02. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 12

**Length:** 333 words

**Byline:** Barbara Dribbusch

### **Body**

---

#### **Flüchtlinge** Einzelfallprüfung wieder eingeführt, angeblich wegen Sicherheit

Berlin taz | **Flüchtlinge** aus dem Bürgerkriegsland Syrien sollen ab sofort wieder einzeln überprüft werden, wenn sie **Asyl** begehren. Dies bestätigte das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf). Damit kehrt die Behörde zu der Praxis zurück, bei Syrern in einer persönlichen Anhörung Fluchtweg, Herkunft und Lebensgeschichte zu erfragen, um dann über die Anerkennung als **Flüchtling** zu entscheiden. Dies gilt auch für **Asylbegehrende** aus Eritrea und dem Irak.

Wegen der hohen Flüchtlingszahlen hatte das Bamf zwischenzeitlich Asylanträge von Bewerbern aus Syrien, Irak und Eritrea nur noch nach Aktenlage entschieden. Die Flüchtlinge brauchten ihre Fluchtgründe dabei nur noch schriftlich zu erklären. Sie bekamen fast durchweg Schutz als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention. Die Innenminister von Bund und Ländern hatten jedoch im Dezember eine Rückkehr zur Einzelfallprüfung beschlossen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière und der Vorsitzende der Länder-Innenminister, Roger Lewentz (SPD) aus Rheinland-Pfalz, hatten dies auch mit Sicherheitsaspekten begründet. Manche Bewerber würden sich fälschlich als Syrer ausgeben, um ihre Anerkennungschancen zu steigern, hieß es.

Die Rückkehr zu Einzelfallprüfungen bedeutet, dass die Asylverfahren wieder länger dauern. Außerdem ist es nun möglich, den Syrern nach der Anhörung nur den Status des subsidiären Schutzes zuzugestehen, der eine kürzere Befristung vorsieht. De Maizière strebt zudem an, den Familiennachzug für diese subsidiär Geschützten für zwei Jahre auszusetzen.

Die CSU will derweil einen Einreisestopp für Flüchtlinge ohne Ausweispapiere. Die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, wies das zurück, da gesetzlich geregelt sei, dass auch Schutzsuchende ohne Papiere um Asyl bitten könnten. Auch de Maizière ist nicht für einen solchen Einreisestopp. In manchen Herkunftsstaaten können Fliehende keine Pässe bekommen. Barbara Dribbusch

**Load-Date:** January 1, 2016

Für Syrer dauert es jetzt wieder länger Flüchtlinge Einzelfallprüfung wieder eingeführt, angeblich wegen Sicherheit

---

End of Document

**Merkel befristet ihr Willkommen THEMA DES TAGES; Asylrecht Die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin erwartet eine Rückkehr der Flüchtlinge, wenn der Asylgrund entfällt. Tatsächlich kann eine Anerkennung noch nach Jahren widerrufen werden**

taz, die tageszeitung

Montag 01. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 2

**Length:** 583 words

**Byline:** Christian Rath

**Highlight:** Asylrecht Die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin erwartet eine Rückkehr der Flüchtlinge, wenn der Asylgrund entfällt. Tatsächlich kann eine Anerkennung noch nach Jahren widerrufen werden

## Body

---

von Christian Rath

Karlsruhe taz | Angela Merkel hat die deutsche Willkommenskultur befristet. Wenn die Flucht-ursachen entfallen, sollen auch anerkannte Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak in ihre Heimat zurückkehren. Das sagte Merkel auf dem Landesparteitag der CDU in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir erwarten, dass, wenn wieder Frieden in Syrien ist und wenn der IS im Irak besiegt ist, dass ihr auch wieder mit dem Wissen, das ihr jetzt bei uns bekommen habt in eure Heimat zurückgeht, sagte Merkel in Richtung Flüchtlinge. Der zunächst auf drei Jahre befristete Schutz vor individueller Verfolgung sei nur ein temporärer Aufenthaltsstatus.

Tatsächlich erhalten individuell verfolgte Flüchtlinge zunächst nur eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis. Erst danach können sie eine unbefristete Niederlassungserlaubnis bekommen. Doch auch diese kann widerrufen werden, wenn der Status als geschützter Flüchtling entfällt.

Laut Asylgesetz ist drei Jahre nach Anerkennung als Flüchtling zu prüfen, ob die Voraussetzungen noch vorliegen. Wenn nicht, ist die Anerkennung zwingend zu widerrufen. Nach der Schwelle von drei Jahren liegt die erneute Prüfung aber im Ermessen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das dabei Weisungen des Innenminister zu beachten hat. Da niemand damit rechnet, dass die Konflikte in Syrien und im Irak in den nächsten drei Jahren gelöst werden, kommt es also auf eine Ermessensentscheidung der künftigen Bundesregierung an.

Die Genfer Flüchtlingskonvention steht diesem Verfahren nicht entgegen. Sie sieht die Aberkennung von Schutz ausdrücklich vor, wenn die Voraussetzungen entfallen.

Merkel befristet ihr Willkommen THEMA DES TAGES Asylrecht Die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin erwartet eine Rückkehr der Flüchtlinge, wenn der Asylgrund ent....

In den nuller Jahren hat das BAMF in mehr als 40.000 Fällen die Asylgewährung widerrufen. Betroffen waren damals vor allem Iraker und Kosovo-Albaner. Vor allem die Iraker konnten dennoch in Deutschland bleiben. Sie wurden nach der Intervention der USA nun zwar nicht mehr von Diktator Saddam Hussein verfolgt, allerdings versank das Land im terroristischen Chaos, weshalb Abschiebungen aus humanitären Gründen unterblieben. Die Betroffenen verloren allerdings ihren gesicherten Status in Deutschland.

Nur wer sich einbürgern lässt, muss keine Angst vor einem Widerruf der Anerkennung als Flüchtling haben. Die Einbürgerung ist grundsätzlich nach acht Jahren möglich, bei besonders gut integrierten Ausländern schon nach sechs Jahren.

Wir erwarten, dass, wenn wieder Frieden in Syrien und der IS im Irak besiegt ist, dass ihr auch wieder in eure Heimat zurückgeht

#### Kettenreaktionen

Österreich: Die Regierung in Wien setzt auf Massenabschiebungen. Bis 2019 will sie mindestens 50.000 Flüchtlinge zurück in deren Heimat bringen mithilfe von Schnellverfahren, Auslieferungsabkommen sowie zusätzlichen Abschiebeflügen. Dafür soll die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um die Länder Marokko, Algerien, Tunesien, Georgien, die Mongolei und Ghana erweitert werden. Wir gehören jetzt schon zu den Ländern mit den meisten Außerlandesbringungen. Wir werden aber die Schlagzahl noch weiter erhöhen. Und den steigenden Trend noch ausbauen, erklärte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP). Und wir prüfen unter anderem den Einsatz der Hercules-Maschinen des Bundesheers für Abschiebungen um nur zwei Punkte herauszustreichen.

Schweden: Innenminister Anders Ygeman hatte vergangene Woche angekündigt, dass Polizei und Migrationsbehörde sich auf die Ausweisung von bis zu 45 Prozent der 160.000 im vergangenen Jahr angekommenen Asylbewerber vorbereiten sollten. (dpa)

**Load-Date:** January 31, 2016



**Wilde Kaffeesatzleserei auf dem Boulevard; Prognosen Die Bundesregierung dementiert, dass sie in diesem Jahr insgeheim mit mehr als einer Million Flüchtlinge rechnet**

taz, die tageszeitung

Dienstag 06. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4

**Length:** 585 words

**Byline:** Daniel Bax

**Highlight:** Prognosen Die Bundesregierung dementiert, dass sie in diesem Jahr insgeheim mit mehr als einer Million **Flüchtlinge** rechnet

## Body

---

Berlin taz | Wie viele **Flüchtlinge** in diesem Jahr nach Deutschland kommen werden, ist Anlass zu wilden Spekulationen. Die Bundesregierung rechne bis Ende des Jahres mit bis zu 1,5 Millionen **Flüchtlingen**, behauptete die Bild-Zeitung am Montag in dicken Lettern auf ihrer Titelseite. Würden die **Flüchtlinge** ihre Familienangehörigen nachholen, könnten sogar bis zu 7 Millionen Menschen nach Deutschland kommen, raunte das Boulevardblatt und stützte sich dabei auf ein geheimes Papier einer nicht näher genannten Behörde.

Die Bundesregierung beeilte sich am Montag, den Bericht zu dementieren. Dieses Papier kennt kein Mensch, sagte Vize-Regierungssprecher Georg Streiter. Deshalb würde ich es auch nicht so hoch ansiedeln.

Das Innenministerium geht für das Gesamtjahr weiterhin von 800.000 Flüchtlingen aus, die in Deutschland Asyl suchen. In manchen Ländern und Kommunen hält man diese Prognose aber für überholt. Und SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel sprach schon vor Wochen von 1 Million Flüchtlingen, die zu erwarten seien. Aktuelle Zahlen will das Innenministerium in dieser Woche veröffentlichen. Die Rekordzahlen einzelner Tage oder Wochen ließen sich jedoch nicht einfach aufs ganze Jahr hochrechnen, wiegelte dessen Sprecher ab. Der aktuelle Andrang könnte in den Wintermonaten und mit dem Wetter abflauen.

Insgesamt wurden bis zum 31. Juli 2015 in Deutschland 309.000 Flüchtlinge registriert. Seit den Sommermonaten ist diese Zahl sprunghaft angestiegen: Allein im August sollen 104.000 Menschen und bis zum 27. September weitere 136.000 als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sein. Nur ein Teil von ihnen hat Asyl beantragt. Im ersten Halbjahr 2015 gingen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 197.000 Asylanträge ein. Im Juli waren es 37.531 und im August 2015 weitere 36.422.

Die Asylbehörde ist stark überlastet und ihr fehlt es an Personal, um die Anträge zu bearbeiten. Das wird nun deutlich aufgestockt. Der neue Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Frank-Jürgen Weise,

Wilde Kaffeesatzleserei auf dem Boulevard Prognosen Die Bundesregierung dementiert, dass sie in diesem Jahr insgeheim mit mehr als einer Million Flüchtlinge rec....

erklärte in der vergangenen Woche jedoch, er schätze, 290.000 Flüchtlinge in Deutschland seien bislang noch nicht einmal registriert.

Bisher haben die Prognosen nicht besonders viel gebracht , sagt Luise Amtsberg, die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, der taz. Wenn man all die Menschen mitrechnet, die sich aus den Krisenregionen auf den Weg nach Deutschland gemacht haben oder sich aufgrund der schlechten Bedingungen in einem anderen EU-Land erneut auf den Weg gemacht haben, dann ist die Zahl vielleicht nicht völlig aus der Luft gegriffen , sagt sie über die exklusive Bild-Hochrechnung. Der Nachzug von Familienangehörigen, der über die Botschaften beantragt werden muss, sei aber ein langwieriges und schwieriges Verfahren, sodass sich seriöse Voraussagen verböten.

Weitaus schärfer äußert sich die Linkspartei. Es handelt sich bei solchen Prognosen um reine Kaffeesatzleserei. Denn es bleibt völlig unklar, wie die Zahlen zustande kommen und welche bereits registrierten oder noch nicht registrierten Flüchtlingsgruppen dabei berücksichtigt werden , kritisiert Ulla Jelpke, die innenpolitische Sprecherin, gegenüber der taz. Auf jeden Fall sollte sich die Bundesregierung jetzt vorrangig auf die menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung der bereits angekommenen Flüchtlinge konzentrieren. Daniel Bax

Dieses Papier kennt kein Mensch

Aufruhr

Stimmungsmache gegen Merkel: Die SPD versucht es rhetorisch, die Bild spekuliert mit Flüchtlingszahlen

**Load-Date:** October 6, 2015

## Schnelles Geld ohne Abschluss; ASYL Fastfoodketten und Versandhändler bieten Flüchtlingen einen raschen Arbeitsmarktzugang anders als große DAX-Unternehmen, Industrie und Handwerk

taz, die tageszeitung

Dienstag 12. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 651 words

**Byline:** Barbara Dribbusch

**Highlight:** ASYL Fastfoodketten und Versandhändler bieten Flüchtlingen einen raschen Arbeitsmarktzugang anders als große DAX-Unternehmen, Industrie und Handwerk

### Body

---

Berlin taz | Die Zahl ist ernüchternd: Die 30 größten Unternehmen im Deutschen Aktienindex haben bisher nur 54 Flüchtlinge fest angestellt. Insgesamt. Doch während die Großunternehmen den Flüchtlingen kaum eine Perspektive bieten, zeigen sich die weniger geachteten Dienstleistungsbranchen wie der Gaststättenbereich und der Versandhandel aufnahmebereiter: Wir haben Integrationskompetenz, das kommt uns jetzt zugute, sagt Valerie Holsboer, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Systemgastronomie.

Im Verband sind Fastfood-Ketten wie McDonalds und Burger King vertreten. 80 Prozent der Mitarbeiter in der Branche haben Migrationshintergrund, etwa 70 Prozent sind Angelernte ohne formalen Berufsabschluss. Es gibt zwar keine genauen Zahlen über Asylbewerber und Flüchtlinge in den Unternehmen, bei einer Stichprobe meldeten sich laut Holsboer aber 50 Restaurants zurück und gaben an, insgesamt 300 Personen mit Fluchthintergrund zu beschäftigen.

Viele haben früher die Nase darüber gerümpft, dass wir so viele Beschäftigte ohne Vorqualifikation und mit Migrationshintergrund haben. Heute haben wir die Nase vorn bei der Schaffung von Chancen für Flüchtlinge, meint Holsboer. Das fängt bei der Sprachvielfalt an. Kommt ein Neueinsteiger etwa aus einem arabischen Land, dann findet sich meist im Restaurant jemand, der Arabisch und Deutsch spricht und bei der Einweisung helfen kann, sagt die Verbandsfrau.

Für Einsteiger in der Systemgastronomie wird der Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt. Laut einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit haben von April 2015 bis März 2016 rund 21.000 Leute aus den acht wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern einen sozial-versicherungspflichtigen Job in Deutschland gefunden, darunter 3.500 Personen im Gastgewerbe.

Schnelles Geld ohne Abschluss ASYL Fastfoodketten und Versandhändler bieten Flüchtlingen einen raschen Arbeitsmarktzugang anders als große DAX-Unternehmen, In....

Zu den Branchen mit niedrigen Einstiegshürden gehören auch der Versandhandel und die Logistik. Beim Versandhändler Amazon arbeiten laut einem Unternehmenssprecher unter anderem 38 Flüchtlinge im Zentrum Bad Hersfeld.

In der Region führte die Arbeitsagentur für Flüchtlinge ein vereinfachtes Arbeitserlaubnisverfahren ein, da der Bedarf an Arbeitskräften für den Versandhandel dort so groß war. Es wurde also nicht mehr im Rahmen der Vorrangprüfung geschaut, ob Deutsche oder EU-Ausländer für diese Jobs zur Verfügung stünden. In der jüngeren Vergangenheit sind zahlreiche Menschen mit Fluchthintergrund in diese Branche eingemündet, sagt Waldemar Dombrowski, Chef der Arbeitsagentur Bad Hersfeld-Fulda.

Auch andernorts wenden die Behörden die Vorrangprüfung nicht mehr streng an. Das jetzt im Bundestag verabschiedete Integrationsgesetz erleichtert es den Agenturen weiter, auf die Vorrangprüfung zu verzichten.

Doch während Dienstleistungsunternehmen mit automatisierten Handlungsabläufen relativ offen sind für Flüchtlinge, wünschen sich Handwerk und Industrie mehr geeignete BewerberInnen für ihre langjährigen Berufsausbildungen. Eine dreijährige, gering bezahlte Lehre mit Berufsschulprüfung passt aber nicht zu den Voraussetzungen mancher Flüchtlinge, die jung und motiviert sind, aber aus einem anderen Schulsystem kommen und nicht selten unter dem Druck stehen, möglichst rasch Geld zu verdienen und nach Hause zu schicken.

Das Konzept einer zertifizierten, dualen Ausbildung ist nur in wenigen Ländern außerhalb Deutschlands bekannt, heißt es in einem Bericht der Bundesagentur für Arbeit. Und weiter: Flüchtlinge verfügen durchaus über Kompetenzen; fehlende Nachweise (. . .) führen aber zunächst zu einer Kennzeichnung ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Die Dienstleistungsbranchen, in denen Learning by Doing dominiert, bieten in diesen Fällen den leichtesten Zugang und ähneln vielleicht auch noch am ehesten den Wirtschaftsstrukturen im Herkunftsland, wo das Aufstiegsziel nicht unbedingt ein Zertifikat ist, sondern die Selbständigkeit.

Barbara Dribbusch

Für Einsteiger in der Systemgastronomie wird der Mindestlohn gezahlt

**Load-Date:** July 11, 2016

## Premier Valls als Grenzwächter in Calais; Frankreich Manuel Valls besucht Flüchtlinge in Calais und gibt sich standfest und humanitär zugleich

taz, die tageszeitung

Dienstag 01. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 430 words

**Byline:** Rudolf Balmer

**Highlight:** Frankreich Manuel Valls besucht Flüchtlinge in Calais und gibt sich standfest und humanitär zugleich

### Body

---

Paris taz | In Calais hat der französische Premierminister Manuel Valls am Montag das Aufnahmезentrum besucht, in dem tagsüber Flüchtlinge und Migranten Essen, medizinische Hilfe und juristische Beratung finden. Valls kam mit dem Innenminister, Calais Bürgermeister, den EU-Kommissaren Frans Timmermans und Dimitris Avramopoulos sowie mit zahlreichen Medienvertretern. Sehr verblüfft waren die aus Syrien, Libyen, Afghanistan, Somalia, Sudan, Eritrea und Äthiopien stammenden Flüchtlinge über diesen großen Bahnhof nicht. Denn der Besuch war vorbereitet worden.

Vor den Kameras küssten Valls und der Innenminister zwei Kinder aus Afrika. Es ging darum, neben Härte und sicherheitspolitischer Standfestigkeit Menschlichkeit zu demonstrieren. Valls besuchte aber nicht das benachbarte wilde Camp, den Dschungel, in dem 3.000 Migranten in Zelten und Hütten unter unsäglichen Bedingungen (über)leben. Sie wollen fast alle als blinde Passagiere in Lkws durch den Eurotunnel oder per Fähre über den Ärmelkanal nach Großbritannien gelangen.

Mit den erhöhten Zäunen und der verschärften Bewachung der Tunnelzugänge sind die Risiken für die Flüchtlinge massiv gestiegen. Mehr als ein Dutzend von ihnen haben den Versuch, auf Züge oder Laster aufzuspringen, schon mit dem Leben bezahlt. Mit Stacheldraht aber lasse sich keine Asylpolitik machen, räumte Valls ein. Wer in seinem Land verfolgt oder misshandelt wurde oder unter Lebensgefahr vor Unterdrückung fliehen musste, dürfe darum in Frankreich auf menschenwürdige Aufnahme zählen, versicherte er. Die Realität sieht aber nicht ganz so aus: -Frankreich nimmt weit weniger Flüchtlinge auf als Deutschland.

Den Spagat zwischen Härte und Menschlichkeit versuchte der Regierungschefs auch in seiner Ansprache: Frankreich werde seinen Grundwerten entsprechend Solidarität üben, zugleich aber auf der Verteidigung der Grenzen bestehen. Das Schengen-Abkommen bestehe ja nicht nur in der Aufhebung der internen Passkontrollen, so Valls, sondern auch in der verstärkten Sicherung der Außengrenzen.

Die innenpolitische Botschaft des Medienevents in Calais war klar: Vor wachsendem fremdenfeindlichen Druck will die Regierung zeigen, dass sie handelt und nicht passiv bleibt. Nach den Ankündigungen der deutschen

Premier Valls als Grenzwächter in Calais Frankreich Manuel Valls besucht Flüchtlinge in Calais und gibt sich standfest und humanitär zugleich

Bundeskanzlerin will Frankreich nicht hintanstehen und seinen humanitären Beitrag zur Linderung des Flüchtlingsproblems leisten. Dabei machte Valls aber keine spektakulären Versprechen. EU-Kommissar Timmermans sicherte seinerseits 5 Millionen Euro zur Verbesserung der Situation der Migranten und der Kontrollen in Calais zu. Rudolf Balmer

**Load-Date:** August 31, 2015

---

End of Document

**Verordnete Hilfsbereitschaft; EUROPA Geht es nach Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos, werden Flüchtlinge in den nächsten zwei Jahren gerecht auf die EU-Staaten verteilt. Doch aus Ländern wie Frankreich oder Großbritannien kommt Widerstand. Was wird, wenn die Vorschläge scheitern?**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 28. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 02

**Length:** 692 words

**Byline:** ERIC BONSE

**Highlight:** EUROPA Geht es nach Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos, werden Flüchtlinge in den nächsten zwei Jahren gerecht auf die EU-Staaten verteilt. Doch aus Ländern wie Frankreich oder Großbritannien kommt Widerstand. Was wird, wenn die Vorschläge scheitern?

## Body

---

AUS BRÜSSEL ERIC BONSE

Wir müssen die Solidarität endlich in die Praxis umsetzen. Mit diesen Worten begründet EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos seinen neuesten Vorstoß zur europäischen Flüchtlingspolitik. In den nächsten zwei Jahren will Avramopoulos 40.000 Flüchtlinge vor allem Syrer und Eritreer auf die EU-Länder verteilen. Die meisten davon, 8.763 Personen, sollen in Deutschland landen.

Es ist ein Schnellschuss und eine Notlage. Denn mit seinem Vorschlag, der nur wenige Wochen nach den Schiffskatastrophen im Mittelmeer mit mehr als 1.000 Toten kommt, reagiert der Kommissar auf das Chaos in Italien und Griechenland. Dort landen die meisten Boatpeople an. Und von dort aus werden sie, oft ohne richtig erfasst zu werden, nach Deutschland oder Schweden weitergeschickt.

Dem will der Grieche nun einen Riegel vorschieben: mit einem neuen Verteilungsschlüssel, aber auch mit einem verschärften Kampf gegen Schlepper und mit der systematischen Erfassung von Fingerabdrücken. Nichts soll mehr hinter dem Rücken der Behörden geschehen, alle Migranten sollen erfasst und nach Brüsseler Regeln verteilt werden. Solidarität durch Bürokratie, sozusagen.

Ob das eine gute Idee ist, ist umstritten. Denn zum einen wollen viele Flüchtlinge nicht in irgendein EU-Land, sondern dahin, wo sie Verwandte haben oder wenigstens die Sprache verstehen. Zum anderen spielen die Staaten nicht mit, jedenfalls nicht alle. Zufrieden sind eigentlich nur Italien und Griechenland und Deutschland, das ohne neue EU-Regeln einen neuen, ungesteuerten Zustrom fürchtet.

## Verordnete Hilfsbereitschaft EUROPA Geht es nach Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos, werden Flüchtlinge in den nächsten zwei Jahren gerecht auf die EU-St....

Zu einem funktionierenden Europa gehört auch eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, in der die Lasten unter den Mitgliedstaaten fair verteilt werden, sagte die Migrationsbeauftragte der Regierung, Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD). Ich würde mir wünschen, dass auch die anderen Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung gerecht werden, fügte sie hinzu. Doch schon in Frankreich gibt es Widerstände. Deutschlands wichtigstes Partnerland steht unter Druck des rechtsextremen Front National und lehnt eine Quote ab.

Dabei gehe es gar nicht um eine Quote, heißt es in Avramopoulos' Umfeld. Die Kommission wolle den Staaten weder dauerhaft ein Kontingent an Flüchtlingen aufdrängen noch über die Anerkennung von Asylanträgen mitentscheiden. Die Verteilung solle lediglich helfen, die Notlage zu überwinden und die Solidarität zu organisieren.

Klappen wird dies aber nur, wenn die EU-Kommission nicht nur Frankreich, sondern auch Polen und andere osteuropäische Staaten umstimmt. Verpflichtende Quoten und die Verteilung von Flüchtlingen gegen ihren Willen sind keine nachhaltige Lösung der Krise, sagte der tschechische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka am Mittwoch. Ein entschiedenes Nein kam auch aus London. Großbritannien will sich nicht einmal an der Debatte beteiligen.

Damit sie in Kraft treten können, müssten die Pläne mit qualifizierter Mehrheit durch die Mitgliedstaaten angenommen werden. Damit müssten 55 Prozent der Mitgliedstaaten zustimmen, in denen zudem mindestens 65 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung lebt. Danach sieht es jedoch derzeit nicht aus. Doch was wird, wenn die Vorschläge scheitern? Werden die Flüchtlinge dann am Ende nur auf die hilfsbereiten Länder umverteilt?

Dazu schweigt Brüssel. Kommissar Avramopoulos und sein Chef Jean-Claude Juncker betonen lieber, dass sie ihren Job gemacht und die unzureichenden Vorschläge des EU-Flüchtlingsgipfels im April nachgebessert hätten. Kanzlerin Angela Merkel und ihre Amtskollegen konnten sich damals noch nicht einmal auf eine Zahl von Flüchtlingen einigen. Auch zur Seenot-Rettung bleiben sie Antworten schuldig.

Die reichte nun die EU-Kommission nach: Die umstrittene Grenzschutz-Mission Triton im Mittelmeer wird massiv ausgeweitet. Sie soll nun dieselbe Fläche erfassen wie die hoch gelobte, aber von Italien mangels Geld eingestellte Initiative Mare Nostrum. Die Chefs waren zu dieser großzügigen Geste nicht fähig gewesen.

Ob der Verteilungsschlüssel eine gute Idee ist, ist umstritten: Viele Flüchtlinge wollen nicht in irgendein EU-Land, sondern dahin, wo sie Verwandte haben oder wenigstens die Sprache verstehen

**Load-Date:** May 27, 2015



**Gegen den linken Größenwahn; ASYL Es darf kein Tabu sein, über Flüchtlingsobergrenzen zu sprechen. Je mehr kommen, desto schlechter werden die Bedingungen für den Einzelnen**

taz, die tageszeitung

Freitag 09. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 1058 words

**Byline:** Barbara Dribbusch

**Highlight:** ASYL Es darf kein Tabu sein, über Flüchtlingsobergrenzen zu sprechen. Je mehr kommen, desto schlechter werden die Bedingungen für den Einzelnen

## Body

---

Es wabert ein Hauch des Irrealen über der Flüchtlingsdebatte, und das nicht nur deshalb, weil man dabei atemberaubende Perspektivwechsel erlebt, in der Politik und auch in linken Milieus. Die Widersprüchlichkeit zeigt sich schon bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie verweist auf die humanitäre Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen, und fordert gleichzeitig, die Grenzen der EU-Außenländer müssten besser geschützt werden und auch die Türkei müsse mehr für den Grenzschutz tun. Im Klartext heißt das: Ich hoffe auf andere Länder, die uns die Asylbewerber vom Hals halten.

Ein Realitätscheck

Auf andere Länder zu hoffen, klingt nicht so gut für eine Bundeskanzlerin. Sie steckt in einem Dilemma: Der humanitäre Aspekt der Flüchtlingszuwanderung lässt jede sozialstaatliche Debatte schnell unmoralisch wirken. Dabei ist die Flüchtlingsfrage auch eine Art globalisierte Sozialstaatsfrage und die darf man natürlich stellen. Die Zuwanderung wird erst mal einige Milliarden Euro kosten. Viele der Flüchtlinge, die in Deutschland die Anerkennung bekommen, werden auf Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte vom Staat finanziert werden, weil ihre Deutschkenntnisse und die beruflichen Qualifikationen nicht zu den hiesigen Anforderungen passen. Es ist eine Tragik der Migration, dass der Arbeitsmarkt gerade in den sogenannten reichen Ländern besonders ausdifferenziert, die Qualifikationsanforderungen sehr speziell sind, und der Jobmarkt deswegen recht hermetisch sein kann gegenüber Angelernten mit begrenzten Deutschkenntnissen.

Nach einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird die Beschäftigungsquote von Flüchtlingen erst fünf Jahre nach der Zuwanderung auf knapp 50 Prozent steigen. Das ist viel weniger als die Beschäftigungsquote der deutschen Bevölkerung und entspricht in etwa auch den Erfahrungen aus Schweden, wo man von einer durchschnittlichen Dauer von sieben Jahren ausgeht, bis Flüchtlinge im Arbeitsmarkt Fuß gefasst

Gegen den linken Größenwahn ASYL Es darf kein Tabu sein, über Flüchtlingsobergrenzen zu sprechen. Je mehr kommen, desto schlechter werden die Bedingungen für de....

haben. Eine Existenz, in der man keine Arbeit und vielleicht auch keine angemessene Wohnung findet, in der man keine wirtschaftliche Selbstverantwortung übernehmen kann, ist auch ein Angriff auf die Würde.

Flüchtlinge müssen monatelang in irgendwelchen umfunktionierten Hallen leben, tagelang in Behörden anstehen, nicht zuletzt aus einem Grund: Es werden zu viele. Je mehr kommen, desto schlechter werden die Lebensbedingungen für jeden Einzelnen. Genau deswegen muss man über Zahlen sprechen dürfen.

Es ist linker Größenwahn, zu glauben, ein so reiches Land könne einfach mal so jedes Jahr eine Million Flüchtlinge aufnehmen und ihnen menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten. Die immer neuen Forderungen nach Tausenden neuen Stellen in den Behörden, nach Tausenden neuen Lehrkräften für Flüchtlingsklassen verstärken das Gefühl von Irrealität, das ja immer auch ein Gefühl der Entgrenzung ist. In jedem Solidarsystem, das die Flüchtlingshilfe am Ende ja auch ist, sind die Kapazitäten begrenzt. Man muss über Obergrenzen streiten dürfen.

Die Hoffnung so mancher Migra-tions-politiker besteht zwar darin, dass sich das Problem anderweitig lösen könnte. Wenn es in Deutschland so beengt und unerfreulich ist, spricht sich das womöglich herum unter den Flüchtlingen, dann kommen vielleicht gar nicht mehr so viele, hört man hinter vorgehaltener Hand. Bald setzt außerdem der Winter ein, Überfahrten im Schlauchboot werden schwieriger, man hofft gewissermaßen auf eine meteorologische Lösung.

Politisches Handeln ist es nun nicht gerade, auf das Wetter zu hoffen. Aber wie sonst kann eine Begrenzung erreicht werden? Ein Weg funktioniert nicht mehr: auf die existierende Drittstaatenregelung zu setzen und damit zu drohen, Flüchtlinge in die sicheren EU-Transitländer zurückzuschicken, so wie es einige CDU-Regionalpolitiker fordern. Damit müsste man schlagartig Tausende syrische Asylbewerber aus Deutschland zurückweisen oder ihnen zumindest die Asylbewerberleistungen versagen. Absurd. Wir sollen und wollen ja aufnehmen, nur nicht so lange so viele.

Unermüdlich appelliert die Bundeskanzlerin an die anderen EU-Länder, doch bitte schön endlich höhere Kontingente an Flüchtlingen aufzunehmen und Deutschland zu entlasten. Die Chancen, dass die EU-Länder dem nachgeben, sind leider gering. Es sei denn, die Verhandlungsbasis änderte sich. Gäbe es in Deutschland eine Debatte über die Abschaffung des Asylrechts in der bisherigen Form und über selbst gesetzte Obergrenzen, wären die anderen EU-Länder wohl kooperationsbereiter. Schon heute geht bei den Zeitungskommentatoren in Österreich die Panik um, dass Deutschland die Grenzen schließen und man nicht mehr so einfach jede Woche Tausende von Flüchtlingen weiterwinken könnte.

Asylrecht abschaffen?

Ein Szenario: Deutschland schafft das Grundrecht für alle auf ein Asylverfahren ab, nimmt aber nach wie vor nach einem EU-Schlüssel jährlich ein sehr großes Kontingent an Flüchtlingen auf, aber eben nicht mehr alle, die herkommen. Anträge auf Asyl können im Ausland in Registrierungszentren gestellt werden. Wer nicht unter ein bestimmtes Kontingent fällt und ohne Anerkennung einreist, wird zwar nicht abgeschoben, bekommt hier aber keine Sozialleistungen ähnlich wie EU-Bürger, die in Deutschland als Zugereiste bis auf das Recht auf Kindergeld auch keine Sozialleistungen erhalten. Bei diesem Szenario würde Deutschland immer noch Hunderttausende von Kontingentflüchtligen aufnehmen und mit Sozialleistungen versorgen, aber es gäbe dafür Kapazitätsgrenzen, die Planungs- und Handlungssicherheit schafften.

Ist es unmoralisch, über ein solches Szenario nachzudenken? Nein. Die Debatte über Obergrenzen muss erlaubt sein, das O-Wort darf kein Tabu mehr sein. Vielleicht aber ebbt die Asylbewerbermigration auch von alleine ab, wie schon in den 90er Jahren, womöglich setzt sogar eine -massive Rückwanderung ein, weil sich die Situation in den Herkunftsländern entspannt hat und das Leben dort besser ist als in Deutschland mit seinen überfüllten Flüchtlingsghettos, dem kalten Klima, seiner sperrigen Sprache und der ewigen Bürokratie.

Barbara Dribbusch

Gegen den linken Größenwahn ASYL Es darf kein Tabu sein, über Flüchtlingsobergrenzen zu sprechen. Je mehr kommen, desto schlechter werden die Bedingungen für de....

In jedem Solidarsystem, das die Flüchtlingshilfe am Ende ja auch ist, sind die Kapazitäten begrenzt

Barbara Dribbusch

ist Redakteurin für Soziales und Gesellschaft im Inlandsressort der taz und beschäftigt sich seit Jahren auch mit der Arbeitsmarktintegration von Migranten.

**Load-Date:** October 8, 2015

---

End of Document

## Die Bilderflut trägt; Barbara Dribbusch über die Zuwanderungsstatistik

taz, die tageszeitung

Dienstag 04. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 328 words

**Byline:** Barbara Dribbusch

### Body

---

Barbara Dribbusch über die Zuwanderungsstatistik

Die Chinesen zum Beispiel, diese Zahl hat überrascht, sagt ein Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes angesichts der neuen Zuwanderungsstatistik. Die Zahl der chinesischen Migranten in Deutschland ist seit vier Jahren deutlich gestiegen, 108.000 ChinesInnen leben jetzt in Deutschland. Das sind mehr als die Syrer, von denen 72.000 Leute in Deutschland wohnen, Tendenz steigend.

Für die Chinesen interessiert sich kaum einer, sie gelten als anpassungsfähig und unauffällig. Es sind die Bilder in unserem Kopf, die die Wahrnehmung von Migration prägen. Im Umgang mit den Afrikanern etwa herrscht derzeit Aufregung, obwohl zwischen 2011 und 2014 nur 50.000 Afrikaner im erwerbsfähigen Alter nach Deutschland gekommen sind. Was wenig ist angesichts dieses riesigen Kontinents. Aber die Bilder von jungen schwarzen Asylbewerbern, die was abhaben wollen von unserer inneren Sicherheit, unserer Wirtschaft, unserem Sozialstaat und die dafür ihr Leben riskieren das führt zu Scham, Angst und Abwehr.

Die Migrationsströme wandeln sich und damit auch die Bilder in unserem Kopf. Wer erinnert sich etwa noch an das Schreckensbild des Billig-Polen, der mit Schwarzarbeit und Dumpinglohn angeblich das deutsche Handwerk kaputtmacht? 1,3 Millionen Polen leben inzwischen in Deutschland, ohne sie würde die Altenpflege und die Bauwirtschaft zusammenbrechen. Auch das Schreckgespenst der Rumänen, die mit der EU-Freizügigkeit angeblich massenweise Sozialleistungen abgreifen wollen in Deutschland, hat sich aufgelöst. So einfach ist das mit den Sozialleistungen für EU-Bürger dann doch nicht.

Rund 9 Millionen arbeitsfähige Zuwanderer leben hier. Sieben Prozent von ihnen sind einmal als Flüchtlinge und Asylbewerber nach Deutschland gekommen. Die angebliche Asylantenflut ist eine Flut der Bilder in unserem Kopf. Das wird so leicht verwechselt.

Inland 6 SEITE

Wer erinnert sich etwa noch an das Schreckensbild des Billig-Polen ?

**Load-Date:** August 3, 2015

---

End of Document

**Grenzkontrollen sind nötig, um zu erfassen, wer kommt ; Länder Rot-Rot-Grün betreibt in Thüringen eine großzügige Flüchtlingspolitik, die Kontrollen hält Migrationsminister Lauinger (Grüne) dennoch für richtig**

taz, die tageszeitung

Dienstag 15. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 3

**Length:** 507 words

**Byline:** Tobias Schulze

**Highlight:** Länder Rot-Rot-Grün betreibt in Thüringen eine großzügige Flüchtlingspolitik, die Kontrollen hält Migrationsminister Lauinger (Grüne) dennoch für richtig

## Body

---

taz: Herr Lauinger, sind die Kontrollen an der österreichischen Grenze nötig?

Dieter Lauinger: Nach den Ereignissen der letzten Woche würde ich sagen: Grenzkontrollen sind jetzt tatsächlich nötig, um zu erfassen, wer zu uns kommt. In der letzten Woche hat die Bundespolizei das wegen der Masse der ankommenden Menschen nicht mehr geschafft, so dass Flüchtlinge unkontrolliert und unregistriert nach Thüringen durchgeschickt wurden. Es ist aber sicherlich der falsche Weg, durch Grenzkontrollen Menschen abzuwehren und Flüchtlinge fernzuhalten. Im Übrigen wird dies auch nicht funktionieren.

Seit Sonntagabend kamen aber tatsächlich weniger Menschen in Deutschland an. Flüchtlingen und Beobachtern war zunächst nicht klar, welchen der beiden Zwecke die Grenzkontrollen erfüllen sollen.

Das ging mir genauso. Ich hatte den Innenminister zunächst so verstanden, dass er den unregistrierten Zuzug nach Deutschland stoppen will. Hinterher hatte ich aber bei diversen Kommentaren den Eindruck, es gehe darum, Grenzen dichtzumachen. Das kann nicht der Sinn von Grenzkontrollen sein und es wäre in meinen Augen wesentlich besser gewesen, wenn die Bundesregierung den Zweck der Maßnahmen stärker kommuniziert hätte.

Wie lange sollten die Kontrollen anhalten?

Wenn die Bundespolizei wieder in der Lage ist, Flüchtlinge ordentlich zu registrieren, braucht es auch keine Grenzkontrollen mehr. Was es aber braucht, ist eine europäische Lösung.

Also bis die Bundespolizei mehr Personal bekommt oder die Zahl der Flüchtlinge sinkt? Das kann dauern.

Das ist Sache des Bundesinnenministers. Er muss sicherstellen, dass die Bundespolizei ihren Aufgaben nachkommt. Und er ist übrigens auch dafür zuständig, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge endlich

Grenzkontrollen sind nötig, um zu erfassen, wer kommt Länder Rot-Rot-Grün betreibt in Thüringen eine großzügige Flüchtlingspolitik, die Kontrollen hält Migratio....

ausreichend Mitarbeiter bekommt, um alle Asylverfahren zu bearbeiten. Hier muss die Bundesregierung ihre Hausaufgaben machen.

Bevor die Grenzkontrollen in Kraft traten, beklagten Länder und Kommunen, dass sie kaum mehr Platz für neue Flüchtlinge hätten. Galt das auch für Thüringen?

Wir haben noch am Wochenende selbständig Busse nach Bayern geschickt und 600 Menschen abgeholt. Das entspricht der Quote, die für Thüringen vorgesehen ist. Ich will nicht den Eindruck erwecken, unser Bundesland stemme das locker. So ist es nicht. Aber noch ist in diesem Land kein Notstand eingetreten.

Wann wäre Ihnen der Platz ausgegangen?

Das kann ich zahlenmäßig nicht festmachen. Aber wenn die Zahlen noch mal dramatisch gestiegen wären, hätten auch wir irgendwann eine Situation gehabt, in der wir eine adäquate Unterbringung kurzfristig nicht mehr hätten realisieren können.

Sie sind also froh über die Atempause?

Die Kontrollen schaffen uns zunächst auf jeden Fall die Möglichkeit, wieder Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen zu schaffen.

Interview Tobias Schulze

Deutschland

Sind Grenzkontrollen ein Schritt zur Normalität?

Oder war der Sonntag ein rabenschwarzer Tag?

Dieter Lauinger

52, ist seit dem Regierungswechsel in Thüringen Minister für Migration und Justiz. Schon seit 2009 ist er Landessprecher der Thüringer Grünen.

**Load-Date:** September 14, 2015

## **Bund setzt auf Abschreckung, Berlin auf neues Konzept; ASYL Bundesamt warnt in Anzeigen Balkan-Flüchtlinge. Berlin startet neue Registrierung**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 12. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 360 words

**Highlight:** ASYL Bundesamt warnt in Anzeigen Balkan-Flüchtlinge. Berlin startet neue Registrierung

### **Body**

---

BERLIN dpa/taz | Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat bei der Bearbeitung der hohen Zahl von Flüchtlingen weitere Unterstützung zugesagt. Bis Herbst sollen 100 zusätzliche Bundespolizisten nach Bayern kommen, um bei der Registrierung von Asylbewerbern zu helfen, sagte de Maizière am Dienstag beim Besuch der Bundespolizei in Deggendorf. Wir sind gefordert, aber nicht überfordert. Wir bekommen das hin. Flüchtlinge, die schutzbedürftig seien, sollten bleiben dürfen. Wer jedoch nicht schutzbedürftig ist, so der Minister, soll schnell das Land wieder verlassen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge setzt inzwischen auch auf Abschreckung: Mit Facebook-Anzeigen wendet es sich an Flüchtlinge in der Balkanregion. Darin rät Behörden-Chef Manfred Schmidt den Menschen davon ab, nach Deutschland zu fliehen. Flüchtlinge aus dem Balkan würden ab sofort deutlich schneller abgeschoben und könnten eine Wiedereinreiseperrre erhalten. Auch sei eine Kürzung des Taschengeldes in der Diskussion.

Die Anzeigen sind auf Serbisch und Albanisch verfasst. Flüchtlinge aus der Balkanregion stellten im ersten Halbjahr 2015 einen Großteil der Asylanträge: 80.000. Nur 0,2 Prozent werden anerkannt.

In Berlin setzte die rot-schwarze Landesregierung am Dienstag aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen einen Koordinierungsstab ein. Nach zuletzt chaotischen Zuständen am Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo), wo mehrere hundert Flüchtlinge auf ihre Registrierung warteten, soll es künftig weitere, dezentrale Erstaufnahmestellen geben.

Wir sind in einer schwierigen Situation, aber wir sind noch nicht in einer Krisensituation, sagte Bürgermeister Michael Müller (SPD). Bis 2012 kamen nur 1.500 bis 1.800 Flüchtlinge jährlich nach Berlin. In diesem Jahr rechnet der Senat mit bis zu 35.000 Flüchtlingen. Müller sprach sich dennoch gegen den Vorschlag aus, im Bundesrat eine Initiative zu weiteren sicheren Herkunftsländern zu starten. Das individuelle Asylrecht müsse erhalten bleiben. Müller fordert stattdessen ein Einwanderungsgesetz. Wir brauchen es dringend, und wir brauchen es schnell. Stefan Alberti

Wir sind gefordert, aber nicht überfordert



Bund setzt auf Abschreckung, Berlin auf neues Konzept ASYL Bundesamt warnt in Anzeigen Balkan -  
Flüchtlinge. Berlin startet neue Registrierung

**Load-Date:** August 11, 2015

---

End of Document

## Argumente gegen die Abschiebung; Recht Asylanträge können die Abschiebung verzögern. In der Regel dürften sie aber für unzulässig erklärt werden

taz, die tageszeitung

Dienstag 05. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 453 words

**Byline:** Christian Rath

**Highlight:** Recht Asylanträge können die Abschiebung verzögern. In der Regel dürften sie aber für unzulässig erklärt werden

### Body

---

Freiburg taz | Die Rückführung von Flüchtlingen in die Türkei werde im Einklang mit EU-Recht und Völkerrecht durchgeführt. Das versicherte am Montag die EU-Kommission, die die Abwicklung des Deals koordiniert.

Zunächst werden nur Personen zurückgeführt, die in Griechenland keinen Asylantrag gestellt haben. Diese gelten deshalb als illegale Einwanderer, für die es kein weiteres Verfahren gibt. Ursprünglich hat kaum ein Flüchtling in Griechenland um Asyl gebeten, weil fast alle nach Mittel- und Nordeuropa wollten. Seit bekannt ist, dass mit einem Asylantrag die Rückführung zumindest aufgeschoben werden kann, haben Tausende Anträge gestellt.

Alle Flüchtlinge, die in Griechenland Asyl beantragt haben, werden individuell befragt, versicherte die EU-Kommission. Bei einer Ablehnung des Antrags könne ein Gericht angerufen werden. Als Hilfe für dieses Verfahren seien aus anderen Staaten 400 Asylentscheider, 400 Übersetzer und 30 Richter angefordert worden.

In der Regel dürften die Asylanträge aber für unzulässig erklärt werden. Denn Griechenland hat am Freitag die Türkei zum sicheren Drittstaat erklärt. Das heißt: Das eigentliche Asylverfahren soll in der Türkei stattfinden. Soweit jemand (vor allem Syrer) in der Türkei bereits einen Aufenthaltsstatus hatte, gilt die Türkei zudem als Land des ersten Asyls. Auch das macht den Asylantrag in Griechenland unzulässig. Die Türkei hat versichert, dass Personen, die dort bereits Schutz hatten, diesen wieder bekommen und dass Personen, die dort erstmals internationalen Schutz beantragen, ein Asylverfahren erhalten.

Das Konzept, dass Flüchtlinge in einen sicheren Drittstaat zurückgeführt werden können, ist in der EU-Verfahrensrichtlinie von 2013 geregelt (Artikel 38). Danach kann der Asylsuchende gegen die Rückführung vor allem zwei Argumente vorbringen, die noch in Griechenland geprüft werden müssen. Erstens ist eine Rückführung nicht erlaubt, wenn der konkrete Flüchtling im Drittstaat nicht sicher ist. Zweitens muss der Flüchtling eine Verbindung zum Drittstaat haben, eine bloße Durchreise genügt nicht.

Argumente gegen die Abschiebung Recht Asylanträge können die Abschiebung verzögern. In der Regel dürften sie aber für unzulässig erklärt werden

Ein Flüchtling kann bei dieser Prüfung also nicht alle Punkte anführen, die rechtlich gegen eine Einstufung der Türkei als sicherer Drittstaat sprechen. So wird es ihm nicht helfen, dass syrische Flüchtlinge nicht mehr in die Türkei eingelassen werden, denn das schafft für ihn persönlich keine Gefahr. Relevant ist dagegen der Vorwurf von Amnesty International, dass die Türkei auch syrische Flüchtlinge, die schon in der Türkei leben, nach Syrien abgeschoben hat. Hieran könnten die Rückführungen noch scheitern. Christian Rath

EU-Türkei-Deal

Nun wird das umstrittene Abkommen umgesetzt. Griechenland bringt die ersten Migranten in die Türkei

**Load-Date:** April 4, 2016

## Wie Schatten in der Warteschleife; Gerechtigkeit Nicht nur Syrer haben Leid erfahren. Warum sind ihre Geschichten wichtiger?

taz, die tageszeitung

Freitag 02. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 12,13

**Length:** 1163 words

### **Body**

---

Gerechtigkeit Nicht nur Syrer haben Leid erfahren. Warum sind ihre Geschichten wichtiger?

von Péguy Takou Ndie

Asylbewerber in der Europäischen Union zu sein, noch dazu in einem Land wie Deutschland, ist keine Erholung. Dabei beklatschen wir durchaus mit großer Freude den roten Teppich, der für unsere syrischen Brüder ausgerollt wird. Nicht nur verdienen sie es, dass man sich ihrer annimmt. Nein diese Offenheit und dieser Empfang demonstrieren sehr gut, dass die internationale Solidarität eine Tatsache ist, und straft all jene Lügen, die glauben, dass beispielsweise Deutschland kein Einwanderungsland sei.

Der Konflikt, der seit dem 15. März 2011 in Syrien wütet und der dieses Land in einen weiteren Hort von al-Qaida zu verwandeln droht, ist be-unruhigend. Daher verdienen jene Staaten unseren Dank, die sich dafür einsetzen, dass unsere Brüder aus Syrien hier Aufnahme finden, eine Unterkunft, einen Schutzschirm und psychologische Hilfe. Wir rufen alle Nationen dazu auf, alles dafür zu tun, eine Lösung für die syrische Krise zu finden.

Wie aber leben die anderen Asylbewerber in Deutschland? Selbst wenn die syrische Frage im Vordergrund steht, muss man sich fragen, was jenseits des Scheinwerferlichtes mit denen passiert, die mit Syrien nichts zu tun haben. Auch sie brauchen ein Dach über dem Kopf, einen Schutzschirm, Psychologen.

Derzeit ist geplant, das Asylrecht in Deutschland zu verschärfen. Auch wenn die Medien diesem Umstand weniger Aufmerksamkeit widmen und vor allem über den Andrang von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten berichten, ändert das doch nichts daran, dass dieses Gesetz existiert. Vor allem geht es um Asylbewerber, die aus den armen Staaten Afrikas kommen, wo Unsicherheit, Gewalt und Unfreiheit herrschen. Während es bei den einen genügt zu sagen, man sei aus Syrien, um in den Genuss von Wohltaten zu kommen, müssen die anderen, sobald der Asylantrag gestellt ist, Qualen und Erniedrigungen erdulden. Die Dublin-Regelung ist ein Horror für diejenigen, denen man unterstellt, sie seien falsche Flüchtlinge oder Wirtschaftsmigranten. Das gegen-wärtige Asylsystem stürzt sie in ein schreckliches moralisches Leiden, das sie noch schwächer macht.

Wie Schatten in der Warteschleife Gerechtigkeit Nicht nur Syrer haben Leid erfahren. Warum sind ihre Geschichten wichtiger?

Deutschland schafft es, Tausende Flüchtlinge aus einem bestimmten Land aufzunehmen und die Abschiebung von Migranten aus Syrien in das erste Land, über das sie in die EU eingereist sind, auszusetzen. Warum aber werden Migranten aus anderen Ländern weiterhin abgeschoben? Etwa aus afrikanischen Staaten. Es gibt unter den Migranten vom Schwarzen Kontinent oder aus anderen Ländern als Syrien sehr wohl Menschen, die noch schwerere Traumata als bestimmte Syrer erlitten haben und die es genauso verdienen, dass man sie anhört und ihnen hilft. Sie dürfen weder anders behandelt noch von Land zu Land geschickt werden, nur weil sie keine Syrer sind.

Es geht nicht darum, die Hilfe für Syrer in Frage zu stellen, sondern die diskriminierenden Entscheidungen. Sie erwecken den Anschein, dass es Flüchtlinge oder Asylbewerber gibt, die weniger wichtig sind als andere. Das heißt, dass die psychologischen Folgeschäden von Folter, Todesdrohungen und sozialen Krisen, vor denen diese Asylbewerber geflüchtet sind, weniger schwer wiegen könnten.

Das Asylverfahren Tausender Antragsteller endet mit einer Ablehnung und der Aufforderung, das deutsche Territorium zu verlassen. Weil es jedoch keine Handhabe gibt, den abgelehnten Asylbewerber auszuweisen, bekommt dieser eine Duldung. Man sagt uns aber nicht, wie Asylbewerber vom Zeitpunkt der Antragstellung bis zu der Ablehnung oder Aufforderung zur Ausreise leben sollen.

Dieser Zeitraum ist voller Unsicherheiten und für den Antragsteller schwierig zu nutzen. Nie weiß er, ob der Tag zu Ende geht, ohne dass er einen Brief mit der Ausweisung bekommt. Deshalb ist es für den Antragsteller oder die Antragstellerin schwierig, inneren Frieden zu finden.

Und so bedeutet dieser Zeitraum nur Stress, Schrecken und Warten. Das alles ist Zeit-verschwendung und eine Zerrüttung nicht nur der Erinnerung, sondern auch der Fähigkeiten des Asylbewerbers. Die Warteschleife, in der der Asylbewerber gezwungenermaßen lebt, bringt ihn dazu, sein Verhalten zu ändern: auf Kosten des Staates und anderer zu existieren. Dabei tritt die Fähigkeit, auf sich selbst zu zählen, um bestimmten Schwierigkeiten die Stirn zu bieten, in den Hintergrund.

Das Asylverfahren hält ihn in einem komatösen Zustand gefangen, in dem er sich daran gewöhnt, zu essen, zu schlafen und die Hand aufzuhalten. Wenn er nicht aufpasst, wird er unfähig, über Mittel und Wege nachzudenken, dieser Abhängigkeit und diesem Gefangenendasein zu entkommen.

Darüber hinaus hat er oder sie weder die Freiheit, eine Ausbildung zu beenden noch einen guten Job zu finden. Kostenlose Sprachkurse enden meistens auf dem Niveau B1. Dieses Niveau reicht niemandem, der eine bessere Ausbildung oder ein Universitätsstudium absolvieren möchte.

In Deutschland ist ein Asylbewerber, der afrikanischer und nichtsyrischer Herkunft ist, ständig in einer Asylbewerberunterkunft untergebracht. Das System bestärkt ihn in der Idee, ein Mensch mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit zu sein. Hat sich diese Idee erst einmal festgesetzt, schlägt der Asylbewerber zwei, drei oder fünf Jahre seines Lebens in einem Heim mit nichts anderem tot als mit Warten. Und Stück für Stück verflüchtigen sich die Lust und die Fähigkeit, etwas Konstruktives zu tun.

Nachdem der Staat diejenigen, die gestern noch Zuflucht suchten, in passive Wesen und in Schatten verwandelt hat, die ziellos umherstreifen, beschließt er, dass diese Menschen in ihr Land zurückkehren müssen. Was sollen sie dort tun? Was sollen sie dorthin mitbringen oder dort aufbauen nach einer Auszeit, aus der sie geschwächt, verunsichert und desorientiert zurückkommen? Sind Asylbewerber nicht letztendlich ein Produkt der EU-Staaten? Vom Anfang bis zum Ende? Hängen die Eigenschaften eines Asylbewerbers, der in sein Land zurückkehren soll, nicht von den EU-Mitgliedstaaten ab?

Angesichts dieser psychologischen Schäden, die einer Falle geschuldet sind, in der sich die Asylbewerber wiederfinden, nachdem sie an die Empathie der europäischen Staaten geglaubt haben; und angesichts der Zerstörung des Lebens von Asylbewerbern durch die zu strengen Asylgesetze: Ist es nicht legitim, eine Gleichbehandlung von Asylanträgen und eine Aussetzung der Abschiebung für alle zu verlangen?

Wie Schatten in der Warteschleife Gerechtigkeit Nicht nur Syrer haben Leid erfahren. Warum sind ihre Geschichten wichtiger?

Aus dem Französischen übersetzt von Barbara Oertel

Rodrigue Péguy Takou Ndie

Die Person: Rodrigue Péguy Takou Ndie, 33, stammt aus Kamerun. Er floh 2013 nach Deutschland, nachdem er einen kritischen Roman über Jugendarbeitslosigkeit veröffentlicht hatte. Seine neunjährige Tochter musste er zurücklassen.

Das Werk: Takou veröffentlicht beim französischen Verlag Harmattan. Gerade schreibt er ein Buch über Flüchtlinge in Deutschland.

Über die Wartezeit

Das Asylverfahren hält den Flüchtling in einem koma-tösen Zustand gefangen, in dem er sich daran -gewöhnt, zu essen, zu schlafen und die Hand aufzuhalten

**Load-Date:** October 1, 2015

---

End of Document

## **Angst und Schrecken auf Chios; Griechenland Faschisten haben das Flüchtlingslager Souda auf der Insel Chios angegriffen. Mit Molotowcocktails wurden zahlreiche Zelte in Brand gesetzt**

taz, die tageszeitung

Dienstag 06. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 591 words

**Byline:** Theodora Mavropoulos

**Highlight:** Griechenland Faschisten haben das **Flüchtlingslager** Souda auf der Insel Chios angegriffen. Mit Molotowcocktails wurden zahlreiche Zelte in Brand gesetzt

### **Body**

---

Athen taz | Große Felsbrocken wurden in zwei aufeinanderfolgenden Nächten auf die Zelte der Menschen geschleudert. Molotowcocktails setzten die Zeltplanen in Brand und zerstörten das letzte Hab und Gut mehrerer **Flüchtlinge** und **Migranten**. Zum Glück gab es keine schweren Verletzungen bei dem Angriff, sagt Maria Lavidia.

Die in Camp Souda stationierte Ärztin arbeitet für die Hilfsorganisation Ärzte der Welt. Ein 17-jähriger Junge sei am Kopf verletzt worden, berichtet Lavidia. Er sei aber nicht in Gefahr. Doch die ohnehin schon hohe psychische Belastung der Menschen ist nach dem Angriff nochmals gestiegen, so Lavidia. Viele litten jetzt unter Schlaflosigkeit, aus Angst vor weiteren Angriffen.

Über 100 der früheren Bewohner des Camps Souda schlafen deswegen nun lieber im Park oder abgelegen am Strand, um sich nicht noch einmal in Gefahr zu begeben. Vor allem Familien mit kleinen Kindern möchten unter gar keinen Umständen zurück ins Camp, berichtet Vassilis Pachoundakis. Der 43-Jährige arbeitet seit Monaten als Freiwilliger der amerikanischen Hilfsorganisation Samaritans Purse auf Chios. Die Sicherung des Camps durch Polizisten wirke jetzt wie eine Farce. Die Polizei hätte viel zu langsam eingegriffen und die Faschisten agieren lassen, so Pachoundakis. Die Gewalt hat Pachoundakis kommen sehen. Ausländerfeindlichkeit und Faschismus haben hier einen leichteren Stand als zum Beispiel auf der Insel Lesbos, auf der auch Tausende von Flüchtlingen ausharren, sagt Pachoundakis. Denn Chios sei für ihre konservative Bevölkerung bekannt.

Bei den Wahlen im September 2015 lag die konservative Partei Nea Demokratia mit rund 33 Prozent knapp 5 Prozent vor der linken Syriza. Die faschistische Partei Chrysi Avgi kam mit 5,82 Prozent auf Platz vier. Zwar lag auf Lesbos Insel der ArbeiterInnen und Linken Syriza vorn. Doch auch hier belegte die Chrysi Avgi Platz vier.

Anders als auf Lesbos habe man auf Chios aber nach und nach eine immer stärkere Ablehnung der Konservativen gegenüber den Flüchtlingen beobachten können, so Pachoundakis. Außerdem sei die linksalternative Szene hier

Angst und Schrecken auf Chios Griechenland Faschisten haben das Flüchtlingslager Souda auf der Insel Chios angegriffen. Mit Molotowcocktails wurden zahlreiche Z....

nicht so groß. Es fehle an Widerstand. Die etwa 2.000 Flüchtlinge und Migranten sitzen durch das EU-Türkei-Abkommen auf der Insel fest. Die Prüfung der Asylverfahren geht nur sehr langsam voran, da es immer noch an MitarbeiterInnen fehlt. Auch das Umverteilungsprogramm der EU hält nicht, was es versprochen hat: Bisher wurden nur gut 5.000 Flüchtlinge aus Griechenland in andere EU-Staaten gebracht. Bis heute hätten es 30.000 sein sollen.

Gerne würden wir die Flüchtlinge aus Chios wenigstens aufs Festland bringen, um die Lage vor Ort zu entschärfen, sagt ein Sprecher des griechischen Ministeriums für Migrationsangelegenheiten. Doch das dürfe man nicht. Uns sind durch das EU-Türkei-Abkommen die Hände gebunden, so der Sprecher.

Bringe man die Menschen aufs Festland, könne das als eine Aufkündigung des Abkommens interpretiert werden. Die Folge: Die Türkei könnte weitere Flüchtlinge nach Griechenland lassen. Das würde das aktuelle Problem der Überbelegung der Inseln multiplizieren, so der Sprecher. Uns ist natürlich klar, dass nicht alle auf Chios mit einemmal Faschisten sind, betont er. Doch seien die Entwicklungen besorgniserregend. Der faschistischen Tendenz müsse unbedingt Einhalt geboten werden, so der Sprecher. Es ist tragisch, resümiert Vassilis Pachoundakis. Die Angst der Flüchtlinge vor Angriffen hört auch in Europa nicht auf.

Theodora Mavropoulos

Familien mit kleinen Kindern möchten auf keinen Fall zurück ins Camp

**Load-Date:** December 5, 2016



## Agentur: Flüchtlingszahlen sinken in Deutschland weiter ab; Asyl Nur noch 16.000 Neuregistrierungen im April. Aber 430.000 unerledigte Asylanträge

taz, die tageszeitung

Dienstag 10. Mai 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 366 words

**Highlight:** Asyl Nur noch 16.000 Neuregistrierungen im April. Aber 430.000 unerledigte Asylanträge

### Body

---

Berlin dpa/epd | Die Zahl der neu ankommenden **Flüchtlinge** in Deutschland ist weiter gesunken. Im April wurden nur noch knapp 16.000 **Asylsuchende** neu registriert, wie das Bundesinnenministerium am Montag in Berlin mitteilte. Im März waren es gut 20.000 gewesen, nach 60.000 im Februar und etwa 90.000 im Januar. Hauptgrund für den Rückgang ist die Schließung der sogenannten Balkanroute Anfang März.

Die Zahl der neuen Asylanträge lag im April mit knapp 61.000 aber erneut deutlich über der Zahl der Neuregistrierungen. Denn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist bei der Annahme und Bearbeitung der Anträge weit im Rückstand, viele Menschen können ihren Antrag daher erst lange nach ihrer Ankunft und Erstregistrierung stellen. Die Zahl der noch nicht entschiedenen Anträge beim Bamf stieg derweil weiter auf mehr als 430.000 – das waren rund 20.000 mehr Altfälle als im März und mehr als doppelt so viele wie vor einem Jahr.

Frank-Jürgen Weise, Leiter des Bamf, erklärte am Montag, das Bundesamt solle in diesem Jahr eine Million Asylverfahren entscheiden. Man könne 300.000 bis 400.000 alte Asylanträge abarbeiten, dazu die Anträge neu ankommender Flüchtlinge, und habe dann noch Kapazitäten. Weise warnte davor, anhängige Verfahren in das kommende Jahr mitzuschleppen. Das lange Warten sei für die Flüchtlinge sehr schwer.

Das Nürnberger Bundesamt will in Zukunft über den Antrag eines Asylbewerbers in den neuen Ankunftszentren innerhalb einer Woche eine Entscheidung treffen, erklärte die stellvertretende Leiterin des operativen Bereichs, Andrea Demler. Derzeit könnten manche Anträge, wie die von Flüchtlingen aus Eritrea, bereits in zwei Tagen abgeschlossen werden. Menschen aus komplexeren Ländern, in denen die Fluchtgründe nicht so offensichtlich seien, könnten in durchschnittlich drei Monaten ihren Bescheid in Händen halten, so der stellvertretende Amtsleiter Michael Riesbeck. Im April sind die meisten Anträge auf Asyl von Syrern gestellt worden (25.791).

Die Quote der Anerkennungen als Flüchtling lag bei den Syrern bei 94 Prozent, bei den Eritreern bei 93,6 Prozent, gefolgt von den Irakern (77,5 Prozent) und den Iranern (48,6), dann den Afghanen (25,8 Prozent).

Agentur: Flüchtlingszahlen sinken in Deutschland weiter ab Asyl Nur noch 16.000 Neuregistrierungen im April.  
Aber 430.000 unerledigte Asylanträge

**Load-Date:** May 9, 2016

---

End of Document

**Effizienz statt Geld; SCHUTZSUCHENDE Niedersachsens Innenminister Pistorius will Flüchtlinge "möglichst effektiv" integrieren - Kommunalpolitiker und Hilfsorganisationen fordern mehr Geld**

taz, die tageszeitung

Freitag 27. Februar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 548 words

**Byline:** ANDREAS WYPUTTA

**Highlight:** SCHUTZSUCHENDE Niedersachsens Innenminister Pistorius will **Flüchtlinge** möglichst effektiv integrieren Kommunalpolitiker und Hilfsorganisationen fordern mehr Geld

## Body

---

VON ANDREAS WYPUTTA

Mehr Geld für die Unterbringung und Unterstützung von **MigrantInnen** haben Vertreter der Städte und Gemeinden im Vorfeld der für den heutigen Freitag von Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) einberufenen **Flüchtlingskonferenz** gefordert. Aktuell zahlt das Land pro Person 6.195 Euro im Jahr, so der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB), Marco Trips. Hinzu komme eine Sonderzahlung des Bundes. Um einen **Flüchtling** zu versorgen, stehen den Kommunen knapp 7.500 Euro im Jahr zur Verfügung. Unsere Kosten liegen bei etwa 10.000 Euro, klagt Trips.

Zu dem Flüchtlingsgipfel eingeladen hat Minister Pistorius etwa 50 Kommunalpolitiker und Engagierte aus Flüchtlings- und Hilfsorganisationen. Teilnehmen wird auch der Chef der Staatskanzlei von SPD-Ministerpräsident Stephan Weil sowie Staatssekretäre aus den Landesministerien für Wirtschaft, Soziales, Wissenschaft und dem Kultusministerium. Ziel sei, die Integration der MigrantInnen möglichst effektiv zu organisieren, hat Pistorius angekündigt.

Kein Wohlfühlgipfel

Dazu will das Ministerium offenbar eine Art Planspiel durchführen, bei dem die Aufnahme eines Flüchtlings von seiner Ankunft über die Erstaufnahme bis zur Integration vor Ort diskutiert werden soll. Schon im Vorfeld hatte es dazu aus den kommunalen Spitzenverbänden geheißen, einen Wohlfühlgipfel brauche man nicht: Die Schwachstellen sind bekannt, sagt NSGB-Präsident Trips. Niedersachsen brauche dringend mehr Erstaufnahmeeinrichtungen.

## Effizienz statt Geld SCHUTZSUCHENDE Niedersachsens Innenminister Pistorius will Flüchtlinge "möglichst effektiv" integrieren - Kommunalpolitiker und Hilfsorgani....

Zwar hat Minister Pistorius vor wenigen Wochen verkünden können, dass in seiner Heimatstadt Osnabrück eine vierte Erstaufnahme entsteht ein fünfter und sechster Standort werden gesucht. Aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen seien die bestehenden Erstaufnahmen aktuell massiv überlastet, klagt Trips: Teilweise müssten die Städte und Gemeinden innerhalb weniger Stunden Unterkünfte für Dutzende Menschen bereitstellen. Wir stehen vor der Belegung von Turnhallen, der Containermarkt wird aufgekauft, sagt der Kommunalpolitiker, der damit rechnet, dass in diesem Jahr etwa 25.000 Menschen Schutz in Niedersachsen suchen. Bundesweit werden 200.000 Asylsuchende erwartet.

### Rigides Quotensystem

Vertreter von Hilfsorganisationen wie dem Flüchtlingsrat gehen dagegen mit anderen Schwerpunkten in das Treffen. Wir brauchen mehr Geld für Sprachkurse, so Flüchtlingsrats-Geschäftsführer Kai Weber zur taz aktuell könnten viele hochqualifizierte Flüchtlinge wie Ingenieure oder Ärzte wegen mangelnder Sprachkenntnisse über Jahre nicht in ihrem Beruf arbeiten. Wichtig sei auch die Abschaffung des rigiden Quotensystems, mit dem die MigrantInnen auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden. Auch wenn Freunde oder Verwandte diese bei sich wohnen lassen wollten, würden sie oft hunderte Kilometer entfernt untergebracht, kritisiert Weber.

Außerdem fordert der Flüchtlingsrat ein Ende der sogenannten Kettenduldungen: Nach Afghanistan wird wegen der Menschenrechtslage dort seit 2005 nicht mehr abgeschoben, sagt Weber. Trotzdem erhalten Afghanen kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht, sondern teilweise nur eine Grenzübertrittsbescheinigung. Die fordere zum schnellstmöglichen Verlassen Deutschlands auf. Die Folge: Die Menschen leben jahrelang in Angst vor Abschiebung.

**Load-Date:** February 26, 2015

**Keine Sicherheit im Maghreb; Asyl Tunesien, Algerien und Marokko sind nicht so sicher , wie die Bundesregierung vorgibt. Das zeigen Unterlagen, mit denen das Bundesamt für Migration arbeitet**

taz, die tageszeitung

Dienstag 01. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 529 words

**Byline:** Ralf Pauli

**Highlight:** Asyl Tunesien, Algerien und Marokko sind nicht so sicher , wie die Bundesregierung vorgibt. Das zeigen Unterlagen, mit denen das Bundesamt für Migration arbeitet

## Body

---

Aus Berlin Ralf Pauli

Die Kölner Silvesternacht lässt den Innenminister nicht los. Erst musste Thomas de Maizière (CDU) am Montag dem Untersuchungsausschuss des NRW-Landtags Rede und Antwort zur Rolle der Bundespolizei in jener Nacht stehen. Und nun scheinen Akten des ihm unterstellten Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zu belegen, dass sich die Bundesregierung die Menschenrechtslage in Nordafrika zurechtdichtet, um Asylbewerber aus der Region schneller abschieben zu können – was nach der Kölner Silvesternacht ihr erklärtes Ziel ist.

Als sich herausstellte, dass vor allem Männer aus Nordafrika für die sexuellen Übergriffe rund um den Hauptbahnhof verantwortlich waren, hat die Bundesregierung beschlossen, Marokko, Tunesien und Algerien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Das entsprechende Gesetz verabschiedete der Bundestag im Mai.

Nun kam heraus, dass Bamf-Experten bei den drei Maghrebstaaten zu einer ganz anderen Einschätzung kommen. Marokko, Tunesien und Algerien sind für politisch Verfolgte, Frauen und Homosexuelle bei Weitem nicht so sicher wie von der Bundesregierung vorgegeben. Das berichtete am Sonntag Zeit Online mit Verweis auf die sogenannten Herkunftsländerleitlinien, die Aufschluss über die politische Lage vor Ort geben und den Bamf-MitarbeiterInnen bei Asylentscheidungen helfen sollen.

Wie weit Regierung und Bamf in ihren Einschätzungen auseinanderliegen, zeigt sich, wenn man die Leitlinien dem Gesetzestext gegenüberstellt. Dort heißt es beispielsweise: Staatliche Repressionen, die allein wegen Rasse, Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe erfolgen, sind in Algerien nicht feststellbar. Deshalb stünde einer Einstufung Algeriens als sicherer Herkunftsstaat nichts entgegen. Das Bamf hingegen stellt fest: In Algerien ist die Verfolgung von Seiten des Staats [ ] sowie anderer Akteure nicht auszuschließen .

Keine Sicherheit im Maghreb Asyl Tunesien, Algerien und Marokko sind nicht so sicher , wie die Bundesregierung vorgibt. Das zeigen Unterlagen, mit denen das Bu....

Legt man diese Einschätzung zugrunde, kann das Land nicht als sicher eingestuft werden, sagt Maximilian Pichl von Pro Asyl und fordert die Bundesregierung auf, den Gesetzgebungsprozess zu beenden . Der Bundesrat muss dem Gesetz noch zustimmen. Wenn die Bundesregierung wie im Falle Tunesiens selbst einräumt, über Fälle staatlicher Folter Bescheid zu wissen, und das Land dennoch als sicher einstuft, geschehe dies eindeutig aus einer innenpolitischen Motivation heraus.

Dass die Bamf-Leitlinien so sehr vom Gesetzestext abweichen, ist erstaunlich. Schließlich basiert die Bamf-Einschätzung weitgehend auf Informationen aus dem Auswärtigen Amt. Dieselben Informationen haben auch der Bundesregierung zur Verfügung gestanden, bestätigt eine Sprecherin des Innenministeriums. Zur Diskrepanz zwischen Gesetzestext und der politischen Lage vor Ort will sie sich nicht äußern.

Unklar ist auch, warum das Bamf den Widerspruch nicht angesprochen hat. Bei der Anhörung im Innenausschusses im April war auch eine Bamf-Mitarbeiterin geladen. Sie äußerte jedoch keine Bedenken am Gesetzesentwurf sondern begrüßte ihn. Von dem Gesetz werde ein Signal ausgehen, das zu weniger unberechtigten Asylantragstellungen führen werde.

Das Gesetz ist eindeutig innenpolitisch motiviert

**Load-Date:** October 31, 2016

**Agentur: Niedersachsen stolz auf Abschiedskultur; FLÜCHTLINGE Rund 15.000 Asylbewerber werden bis Jahresende Niedersachsen verlassen haben. In keinem Land sei die Rückführungsquote größer**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 21. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26

**Length:** 300 words

**Highlight:** Flüchtlinge Rund 15.000 Asylbewerber werden bis Jahresende Niedersachsen verlassen haben. In keinem Land sei die Rückführungsquote größer

## Body

---

Niedersachsen wird in diesem Jahr voraussichtlich unter den Bundesländern die höchste Rückführungsquote bei Flüchtlingen haben. Das teilte Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) mit. Ende 2016 sollen voraussichtlich etwa 2.000 Menschen abgeschoben worden sein und zwischen 12.000 und 13.000 Menschen freiwillig zurückgekehrt sein. Die Zahl sei bemerkenswert. Damit sind wir wahrscheinlich das Bundesland unter 16, das die meisten Ausreisen hat. Dies gelte proportional, denn ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen mit einer mehr als doppelt so großen Bevölkerung habe auch höhere absolute Rückkehrerzahlen.

Die freiwillige Ausreise sei für die Betroffenen weniger einschneidend und für den Staat wirtschaftlich günstiger, sagte Weil. Niedersachsen sei in diesem Bereich sehr aktiv. Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger dies auch von uns erwarten. Dieser Erwartung wolle man ohne überflüssige Härten entsprechen.

Laut Weil beteiligt sich Niedersachsen an sieben verschiedenen Programmen und Projekten für Rückkehrer. Im Rahmen des von Bund und Ländern finanzierten Rückkehrförder- und Starthilfeprogramms (REAG) waren nach Angaben des Innenministeriums bis Ende Oktober 7.677 Anträge bewilligt worden. Hinzu kommen in diesem Zeitraum weitere 2.867 von den Kommunen gemeldete freiwillige Ausreisen ohne Förderung aus diesem Programm. Somit seien es bis Ende Oktober 10.544 freiwillige Ausreisen gewesen, teilte die Landesregierung mit. Bis Ende November wurden 1.848 Asylbewerber abgeschoben.

Derzeit würden etwa zwei Drittel aller Asylverfahren positiv beschieden, sagte Weil. Im nächsten Jahr werde sowohl die Zahl positiver als auch die Zahl negativer Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge steigen. Daher wolle Niedersachsen seine Rückkehrerberatung intensivieren. (dpa)

**Load-Date:** December 20, 2016

Agentur: Niedersachsen stolz auf Abschiedskultur FLÜCHTLINGE Rund 15.000 Asylbewerber werden bis Jahresende Niedersachsen verlassen haben. In keinem Land sei di....

---

End of Document



## **Flüchtlinge sollen aufs Dorf; Asylpolitik Der niedersächsische Ministerpräsident Weil erwägt, Residenzpflicht wieder einzuführen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 43

**Length:** 280 words

**Byline:** Andrea Scharpen

**Highlight:** **Asylpolitik** Der niedersächsische Ministerpräsident Weil erwägt, Residenzpflicht wieder einzuführen

### **Body**

---

**Flüchtlinge** sollen in Niedersachsen ihren Wohnort nicht verlassen dürfen, ohne sich bei der Ausländerbehörde abzumelden. Die Wiedereinführung dieser sogenannten Residenzpflicht schlug Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) nach einer Klausurtagung der Landesregierung in Northeim vor. Dies sei eine Option unter verschiedenen, sagte Regierungssprecherin Anke Pörksen. Weil wolle so auf die ungleiche Verteilung von **Flüchtlingen** zwischen den Städten und dem flachen Land aufmerksam machen.

Seit Januar 2015 dürfen Ausländer, die legal seit mindestens drei Monaten in Deutschland leben, bundesweit reisen, ohne sich abmelden zu müssen. Für Niedersachsen galt das schon seit 2012.

Filiz Polat, Sprecherin für Migration und Flüchtlinge vom grünen Koalitionspartner, ist deshalb vom Vorschlag Weils überrascht. Denn auch ohne Residenzpflicht können die Geflüchteten sich ihren Wohnort nicht selbst aussuchen.

Die Wohnsitzauflage gilt nach wie vor, sagte Polat. Das Aufnahmegesetz regle bereits, dass die Flüchtlinge nach der Einwohnerzahl gerecht auf die Städte verteilt würden dafür brauche es keine Residenzpflicht. Allerdings müsse sichergestellt werden, dass es wirtschaftliche Strukturen auf dem Land gebe, um die Menschen zu integrieren. Leerstand allein reicht nicht.

Kai Weber, Geschäftsführer des niedersächsischen Flüchtlingsrates, bezeichnet den Vorstoß Weils als haarsträubend. Die Residenzpflicht sei eine Form der Kriminalisierung von Flüchtlingen.

Regierungssprecherin Pörksen beschwichtigt. Die Wiedereinführung der Regelung hieße keinesfalls, dass Menschen vom Rest der Welt abgeschnitten wären. Dass Flüchtlinge ihre Familien besuchen dürften, stehe außer Frage. rea

**Load-Date:** January 6, 2016

Flüchtlinge sollen aufs Dorf Asylpolitik Der niedersächsische Ministerpräsident Weil erwägt, Residenzpflicht  
wieder einzuführen

---

End of Document

**Ein Praktikum in Bürokratie; Flüchtling Seit einem Jahr versucht Ahmadullah Sediqi in Berlin anzukommen. Er hat Freunde und Wohnung gefunden. Dennoch hat er überlegt, alles hinzuschmeißen**

taz, die tageszeitung

Freitag 07. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4

**Length:** 709 words

**Byline:** Uta Schleiermacher

**Highlight:** Flüchtling Seit einem Jahr versucht Ahmadullah Sediqi in Berlin anzukommen. Er hat Freunde und Wohnung gefunden. Dennoch hat er überlegt, alles hinzuschmeißen

## Body

---

aus Berlin Uta Schleiermacher

Anfangs hat Ahmadullah Sediqi andere oft gefragt, wie ihr Wochenende war. Er hat gelächelt und geduldig zugehört, wenn es um Kneipenabende, Konzertbesuche, Kaffee trinken mit der Oma ging. Fragte man aber zurück, winkte er ab. Flüchtlingswochenenden sind einsame, sehr einsame Tage, sagte er. Mit Anfang zwanzig ganz allein in ein neues Land zu kommen – das war nicht einfach.

Inzwischen ist er fast ein Jahr in Berlin und hat viel erreicht. Das meiste aus eigenem Antrieb. Er hat sich in Programmiersprachen und Netzwerkadministration weitergebildet, sich ehrenamtlich bei Moabit hilft, engagiert und Jugendliche unterrichtet. Seit ein paar Monaten hat er eine eigene Wohnung. Auch Freunde hat er gefunden, die Wochenenden liegen nicht als leere Zeit vor ihm.

Trotz allem fühlt er sich unter einem starken Druck. Ende September war er kurz davor, seinen Asylantrag zurückzuziehen und alles hinzuschmeißen. Da hatte die Ausländerbehörde seinen Antrag auf Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung zum zweiten Mal abgelehnt. Ich habe mich bei einer IT-Firma beworben und könnte dort ein Praktikum machen, sagt Sediqi. Da suchen sie jemanden, der verschiedene Sprachen spricht, Computerskills hat und selbst schon mal unterrichtet hat, und sie würden mich gern nehmen.

Das Unternehmen wolle jemanden ausbilden, der dann andere Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund in das Unternehmen integrieren könne. Sediqi spricht Paschtu, Dari, Farsi und Englisch. Das Praktikum könnte ihn auf eine Festanstellung vorbereiten. Doch die Arbeitsagentur sieht darin keinen Sinn. Grundsätzlich muss sie Asylsuchenden eine Beschäftigung genehmigen. Das erste Mal haben sie es nicht erlaubt, weil ich zu wenig verdienen würde für die Branche, sagt er. Dann haben wir geschrieben, dass es nur ein Praktikum ist, worauf sie meinten, dass ich keine ausreichenden Qualifizierungen nachgewiesen hätte, sagt Sediqi.

Ein Praktikum in Bürokratie Flüchtling Seit einem Jahr versucht Ahmadullah Sediqi in Berlin anzukommen. Er hat Freunde und Wohnung gefunden. Dennoch hat er über....

Ich habe mir selbst etwas aufgebaut. Und was ist die Antwort von der Verwaltung? , fragt er. Er stoße immer wieder auf Probleme, Papiere gingen verloren oder seien fehlerhaft, Geldzahlungen kämen zu spät. Auf seinen Termin beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die über seinen Asylantrag entscheiden, wartet er seit fast einem Jahr.

Eine Bekannte riet ihm davon ab, alles aufzugeben. Regierung und Verwaltung würden mit dem Druck, den sie ausübten, genau das bezwecken. Sie wollen, dass du aufgibst. Also tue ihnen den Gefallen nicht , habe sie gesagt, erzählt Sediqi. Der Gedanke hat mir gefallen. Nun will er weiter kämpfen.

Afghanistan ist laut BAMF-Statistik eines der Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen in Deutschland. In dieser Gruppe ist aber auch die Zahl der sogenannten anhängigen Erstanträge , also der Zahl der Asylanträge, die noch nicht bearbeitet werden, am größten.

Pro Asyl wirft der Bundesregierung vor, Flüchtlinge aus Afghanistan mit langen Verfahren zu zermürben. Nach ihrer Einschätzung verfügt die weit überwiegende Mehrheit der afghanischen Staatsangehörigen in Deutschland nicht über einen gesicherten Aufenthalt. Viele haben bisher nur eine Aufenthaltsgestattung, und AfghanInnen müssen überdurchschnittlich lange auf ihr Verfahren beim BAMF warten.

Dem stand bisher eine noch relativ hohe Schutzquote für Flüchtlinge aus Afghanistan gegenüber, die allerdings nach Informationen von Pro Asyl im ersten Halbjahr 2016 stark gesunken ist: von rund 78 auf rund 48 Prozent. Allein im August wurden über 2.600 Asylanträge abgelehnt. Für Pro Asyl hat sich damit die Entscheidungspraxis des BAMF drastisch gewandelt. Die Anerkennungen gehen deutlich zurück, während die Sicherheitslage in Afghanistan sich nicht verändert, sondern teilweise verschlimmert hat. Gleichzeitig haben es AfghanInnen in Deutschland schwer, Integrationskurse zu bekommen.

Sediqi ist vor allem fassungslos, dass er nicht weiterkommt. Was für eine Bürokratie ist das, dass sie mich das Praktikum nicht machen lassen? , fragt er. Eine Klage ist die einzige Möglichkeit, gegen den Bescheid vorzugehen. Das will er nun machen. Er fürchtet, dass es teuer wird und am Ende doch nichts bringt. Er möchte es aber zumindest versuchen.

Pro Asyl wirft der Bundesregierung vor, Afghanen mit langen Verfahren zu zermürben

**Load-Date:** October 6, 2016

**Auf der Flucht vor Polizeiknüppeln und in Seenot; Fluchtrouten Mazedonien lässt wieder Flüchtlinge von Griechenland herein und schickt sie mit Sonderzügen weiter. Die italienische Küstenwache rettet über 4.000 Menschen aus dem Mittelmeer. Aber immer wieder kommen neue Notrufe**

taz, die tageszeitung

Montag 24. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 695 words

**Byline:** Klaus Hillenbrand

**Highlight:** Fluchtrouten Mazedonien lässt wieder **Flüchtlinge** von Griechenland herein und schickt sie mit Sonderzügen weiter. Die italienische Küstenwache rettet über 4.000 Menschen aus dem Mittelmeer. Aber immer wieder kommen neue Notrufe

## Body

---

von Klaus Hillenbrand

Berlin taz | Es sind Bilder wie aus einem Krieg. In Mazedonien haben die Behörden am Wochenende versucht, ihre Grenze zu Griechenland für die **Flüchtlinge** zu schließen. Tausende Menschen mussten auf griechischer Seite bei Regen und ohne ausreichende Versorgung mit Wasser und Essen im Freien campieren. Mazedonische Sicherheitskräfte setzten Schlagstöcke und Blendgranaten ein, um Grenzübertritte zu verhindern. **Flüchtlinge** setzten sich auf die Bahngleise und blockierten den internationalen Eisenbahnübergang.

Am Samstagnachmittag durchbrachen etwa Tausend Flüchtlinge die mit Stacheldraht gesicherten Grenzabsperungen und stürmten auf mazedonisches Staatsgebiet. Vor diesem Ansturm kapitulierten die Sicherheitskräfte. Nach Angaben aus Polizeikreisen habe man etwa 4.000 Migranten Dokumente zur Weiterreise ausgestellt.

Am Sonntag blieb die Polizei an der Grenze zwar präsent, griff aber nicht mehr ein. Vom mazedonischen Grenzbahnhof Gevgelija starteten mehre Sonderzüge. Auch mit aus dem ganzen Land angeforderten Bussen und Kleinbussen wurden die Menschen so rasch wie möglich bis zur serbischen Grenze befördert. Von dort versuchten sie, durch Serbien in das EU-Mitgliedsland Ungarn zu gelangen, und weiter bis nach Mitteleuropa.

Auf der anderen großen Fluchtroute nach Europa, im Mittelmeer zwischen Libyen und Sizilien, gerieten am Wochenende mehr als 4.000 Flüchtlinge in Seenot. Die italienische Küstenwache erhielt Notrufsignal von über einem Dutzend völlig überladener Kleinschiffe und Schlauchboote.

Auf der Flucht vor Polizeiknüppeln und in Seenot Fluchtrouten Mazedonien lässt wieder Flüchtlinge von Griechenland herein und schickt sie mit Sonderzügen weiter....

Bis zum Sonntag konnte die Küstenwache 4.150 Flüchtlinge retten, berichtete Flavio Di Gia-corno vom italienischen Büro der Internationalen Organisation für Migration (IOM). An der Aktion waren auch Schiffe aus Norwegen und Irland beteiligt, die dort im Rahmen der EU-Grenzschutzmission Triton kreuzen.

Zugleich gingen drei weitere Notrufe von Flüchtlingsbooten ein. Daraufhin wurden Frachtschiffe, die sich in der Nähe befanden, von der italienischen Küstenwache umgeleitet.

Nach IOM-Angaben sind seit Jahresbeginn mehr als 100.000 Bootsflüchtlinge in Italien angekommen. Im gleichen Zeitraum seien fast 150.000 in Griechenland angelandet. Die Organisation bezifferte die Zahl der im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge im laufenden Jahr auf 2.365.

Während die Flüchtlinge von Italien häufig über die offenen EU-Grenzen nach Norden weiterreisen, müssen die Menschen, die Griechenland erreicht haben, auf dem Weg nach Mitteleuropa zunächst die EU wieder verlassen.

Ein Sprecher des mazedonischen Innenministeriums erklärte, die Polizei wolle keine Gewalt gegen Flüchtlinge anwenden, werde die Grenze aber weiter kontrollieren. Den Kapazitäten entsprechend würden in den kommenden Tagen weitere Flüchtlinge ins Land gelassen.

Zunächst aber sollten die im mazedonisch-griechischen Grenzbahnhof Gevgelija angekommenen Migranten das Land in Richtung Serbien verlassen. Dort trafen am Sonntag nach Angaben der Regierung in Belgrad etwa 5.000 Flüchtlinge aus Mazedonien ein. Auch Serbien will die Flüchtlinge möglichst rasch wieder aus dem Land zu bringen.

Die mazedonische Polizei sagte uns: Willkommen in Mazedonien. Züge und Busse warten auf Sie, sagte der Flüchtling Abdullah Bilal überrascht, der aus dem syrischen Aleppo stammt, gegenüber dem Guardian. Er war gerade aus Griechenland gekommen.

Dort, auf der griechischen Seite der Grenze zu Mazedonien, warteten am Sonntag noch rund Tausend Flüchtlinge auf die Weiterreise. Im Niemandsland zwischen Gevgelija und dem griechischen Dorf Idomeni verharren etwa 200 Menschen. Und Hunderte neue Flüchtlinge trafen in Idomeni aus den nächsten griechischen Stadt Kilkis ein.

Tausende Menschen werden in diesen Tagen aus der Türkei kommend über Kos und andere griechische Ägäisinseln EU-Territorium erreichen.

Daher ist zu erwarten, dass die Zahl der Flüchtlinge, die sich über Mazedonien auf die Weiterreise nach Serbien macht, keinesfalls abnehmen wird.

Seit Jahresbeginn sind mehr als 100.000 Bootsflüchtlinge in Italien und fast 150.000 in Griechenland angelandet

Flüchtlinge

Asylsuchende trotzen auf ihrer Reise nach Europa Gewalt, Not und Lebensgefahr. Im sächsischen Heidenau sind sie nicht willkommen

**Load-Date:** August 23, 2015

## **EU-Asylrecht außer Kraft gesetzt; Recht Berlin schickt Syrer nicht in andere EU-Staaten zurück**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 26. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 357 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Recht Berlin schickt Syrer nicht in andere EU-Staaten zurück

### **Body**

---

Berlin taz | Deutschland schickt syrische **Flüchtlinge** nicht mehr in andere EU-Staaten zurück. Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) wies seine Mitarbeiter am vergangenen Freitag an, keine entsprechenden Verfahren mehr einzuleiten. Schon laufende Rücknahmeverfahren seien abzubrechen. Das sogenannte Dublin-System ist damit bei -syrischen **Flüchtlingen** in Deutschland außer Kraft gesetzt. Gemäß der Dienstanweisung, die der taz vorliegt, sollen sie auch dann ein **Asylverfahren** in Deutschland bekommen, wenn die Überstellung unmittelbar bevorstand.

Laut der europäischen Dublin-III-Verordnung dürfen Flücht-linge nur in dem Mitgliedstaat Asyl beantragen, über den sie in die EU einreisen. Das sind in der Regel die Staaten an den Außengrenzen, wie Bulgarien, Ungarn, Italien oder Griechenland. Ziehen die Menschen weiter und stellen etwa in Deutschland einen Asylantrag, kann Deutschland die Durchführung des Asylverfahrens verweigern und sie zurückschieben.

Die letzten Zahlen zu den Dublin-Verfahren liegen für den Zeitraum von Oktober 2014 bis März 2015 vor. In dieser Zeit hat Deutschland 5.625 Übernahmeersuchen für syrische Flüchtlinge gestellt. Betroffen war damit etwa jeder siebte Syrer, der in Deutschland Asyl beantragt hatte. Bis Juli haben im laufenden Jahr 42.100 Syrer einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Der Grund für die nun geänderte Praxis dürfte sein, dass das Dublin-Verfahren insgesamt immer schlechter funktioniert. Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge wird tatsächlich zurückgeschoben. Die meisten Überstellungsersuche stellt Deutschland an Italien, gefolgt von Ungarn und Bulgarien. In allen Ländern ist die humanitäre Lage durch die hohen Flüchtlingszahlen extrem angespannt.

Wegen der dramatischen Zustände in den dortigen Aufnahmelagern sind Rückschiebungen nach Griechenland bereits seit 2011 ausgesetzt. Auch Klagen gegen Abschiebungen nach Italien hatten in der Vergangenheit Erfolg. Vor drei Wochen dann stoppte das Verwaltungsgericht Münster die Abschiebung eines syrischen Asylbewerbers nach Ungarn. Dem Mann drohe dort eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung, so die Richter. Christian Jakob

EU-Asylrecht außer Kraft gesetzt Recht Berlin schickt Syrer nicht in andere EU-Staaten zurück

**Load-Date:** August 25, 2015

---

End of Document



## Kirchenasyl - letzte Rettung für Flüchtlinge

taz, die tageszeitung

Samstag 11. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SPEZIAL; S. 31

**Length:** 335 words

**Byline:** MAXI BEIGANG

### Body

---

Es graut vielen, wenn sie an die Bestimmungen der Dublin-Regelungen denken. Laut diesen müssen **Flüchtlinge** in dem EU-Land **Asyl** beantragen, das sie als Erstes erreicht haben. Aus der Bundesrepublik können sie daher innerhalb von sechs Monaten in andere Länder abgeschoben werden. Fraglich, ob die unterschiedlichen Sozialstandards der europäischen Staaten eine menschwürdige Unterbringung der **Flüchtlinge** garantieren. Um eine Abschiebung zu verhindern, nutzen christliche Gemeinden Kirchenasyl. Oft ist dies letzte Zuflucht und Hoffnung für die Vertriebenen.

Rechtlich gesehen bewegt sich die seit Jahren gängige Praxis in einer Grauzone. Offiziell gibt es, auch für Gotteshäuser, keine Sonderregelungen, die Hilfe der Kirche für Flüchtlinge wird vom Staat jedoch weitestgehend toleriert. Möglicherweise auch, weil die Pfarrei in allen Fällen die zuständigen Behörden und Gerichte informiert. Flüchtlinge ohne einen legalen Aufenthaltsstatus gelten so nicht mehr als untergetaucht. Fälle, in denen Asylsuchende gewaltsam aus den Kirchengemeinden geholt werden, sind kaum bekannt.

Ziel ist es, in bestimmten Fällen, eine drohende Abschiebung zu verhindern und eine Überprüfung des Asylantrags zu erreichen. Den Respekt der Behörden vor Eingriffen in sakrale Räume nutzt die Kirche gut. Eine Studie des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (Imis) in Osnabrück aus dem Jahr 2013 zeigt, dass Kirchenasyle in der Regel Betroffene vor staatlichen Fehlentscheidungen bewahren. Nach kirchlichen Fürsprachen wird mehr als 90 Prozent der Asylsuchenden der Aufenthalt in Deutschland gewährt.

Die langjährige christlich-humanitäre Tradition gewinnt durch die verheerenden Kriege in Syrien und in der Ukraine, den Vormarsch des IS im Nahen Osten und den Umgang der Europäischen Union mit Flüchtlingen, leider, immer mehr an Bedeutung. Gegenwärtig schützt die Kirche mit über 230 Asylern 426 Frauen, Kinder und Männer. Zum Vergleich im Januar vergangenen Jahres waren kaum 40 Fälle bekannt. MAXI BEIGANG

**Load-Date:** April 10, 2015

## **Abschiebestopp nach Griechenland läuft aus; ASYL Innenminister erwägt, das Dublin-Verfahren auch für Athen wieder anzuwenden**

taz, die tageszeitung

Dienstag 12. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 427 words

**Byline:** Sabine am Orde

**Highlight:** ASYL Innenminister erwägt, das Dublin-Verfahren auch für Athen wieder anzuwenden

### **Body**

---

BERLIN taz | Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erwägt offenbar, Flüchtlinge künftig wieder nach Griechenland abzuschieben. Der Abschiebestopp, der seit 2011 in Kraft ist, läuft an diesem Dienstag aus. Eine Entscheidung über eine Verlängerung sei noch nicht getroffen, sagte ein Sprecher des Innenministeriums auf Anfrage der taz. Fällt keine Entscheidung, ist das auch eine: Dann nämlich gilt der Abschiebestopp ab Mittwoch nicht mehr.

De Maizière hatte in seiner ersten Amtszeit als Innenminister wegen gravierender Mängel beim Asylschutz die Abschiebungen nach Griechenland zunächst für ein Jahr ausgesetzt, danach wurde der Abschiebestopp jährlich verlängert. Seitdem werden die Asylverfahren von Flüchtlingen, die über Griechenland in die EU ein- und von dort aus weiter nach Deutschland gereist sind, in Deutschland durchgeführt. Nach der sogenannten Dublin-Verordnung ist grundsätzlich das EU-Land für den Asylantrag zuständig, in das der Flüchtling zuerst eingereist ist. Dorthin kann abgeschoben werden.

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl fordert den Innenminister auf, den Abschiebestopp umgehend zu verlängern. Die Lage in Griechenland ist für Flüchtlinge unverändert katastrophal, sagte Geschäftsführer Günter Burkhardt der taz. Es gebe keinen geregelten Zugang zum Asylverfahren, Flüchtlinge in Griechenland würden in menschenunwürdigen Zuständen leben. Das Nicht-Verhalten des Innenministers verunsichere die Flüchtlinge.

Auch die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, fordert die Verlängerung des Abschiebestopps. Griechenland befinde sich noch immer in einer existenziellen Notlage und sei mit der menschenwürdigen Aufnahme, Unterbringung und Asylprüfung von Hunderttausenden Flüchtlingen objektiv überfordert. Jelpke verwies darauf, dass auch die EU-Kommission plane, ab März Asylsuchende im Rahmen des Dublin-Systems wieder nach Griechenland abzuschieben.

Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat Deutschland allein im vergangenen Jahr in 5.436 Fällen das Asylverfahren übernommen, obwohl Griechenland zuständig war. In der Gesamtzeit seit 2011 waren es fast 20.000.

Abschiebestopp nach Griechenland läuft aus ASYL Innenminister erwägt, das Dublin-Verfahren auch für Athen wieder anzuwenden

Hintergrund des ersten Abschiebestopps war die Beschwerde eines irakischen Asylbewerbers, dem die Rückführung nach Griechenland drohte, vor dem Bundesverfassungsgericht. Dabei sah es nicht gut für den Innenminister aus. Das Bamf hob den dem Verfahren zugrunde liegenden Bescheid schließlich auf, der zunächst auf ein Jahr begrenzte Ab-schiebestopp folgte.

Sabine am Orde

Fällt keine Entscheidung, ist das auch eine

**Load-Date:** January 11, 2016

---

End of Document

## Keine unzulässige Abschreckung; Asyl Leistungskürzungen für Ausreisepflichtige verstoßen wohl nicht gegen die Verfassung

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 5

**Length:** 599 words

**Highlight:** Asyl Leistungskürzungen für Ausreisepflichtige verstoßen wohl nicht gegen die Verfassung

### Body

---

Karlsruhe taz | Ist es eindeutig verfassungswidrig, dass abgelehnte Asylbewerber nur noch minimale Sozialleistungen bekommen sollen? Davon gehen fast alle Kritiker aus unter Verweis auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2012. Wer sich unter Karlsruher Richtern umhört, zweifelt.

Am letzten Samstag trat das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz in Kraft. Wichtiger Punkt: Vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, die nicht unverschuldet an der Ausreise gehindert sind, erhalten grundsätzlich nur noch Unterkunft, Ernährung und Körper- und Gesundheitspflege. Damit sind Leistungen des sozialen Existenzminimums (für Telefonate, Verkehr, Medien, Kultur) in der Regel ausgeschlossen. Pro Asyl hält die Regelung für verfassungswidrig, da sie gegen Menschenwürde und Sozialstaatsprinzip verstößt. Die Grünen im Bundestag verwiesen auf die klare Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Gemeint ist ein Urteil vom Juli 2012. Damals hatte das Verfassungsgericht die Sätze des Asylbewerberleistungsgesetzes für evident unzureichend erklärt. Für die Neuregelung gaben die Richter vor, dass das Existenzminimum nicht nur die Sicherung der körperlichen Existenz, sondern auch die Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben umfassen müsse.

Eine kurze Aufenthaltsperspektive rechtfertige ebenso wenig eine Absenkung wie migrationspolitische Erwägungen. Eine Absenkung von Leistungen sei nur möglich, wenn für bestimmte Gruppen ein niedriger Bedarf nachgewiesen wird.

Dieses Urteil ist weniger eindeutig, als es scheint. Karlsruhe stellt für die Frage, ob ein niedrigerer Bedarf besteht, nicht auf die Begründung im Gesetzentwurf ab, sondern ob sich eine Absenkung der Leistungen überhaupt begründen lässt. Das heißt: Die Begründung könnte von der Regierung auch nach einer Klage nachgereicht werden.

## Keine unzulässige Abschreckung Asyl Leistungskürzungen für Ausreisepflichtige verstoßen wohl nicht gegen die Verfassung

Das Gesetz ist also nicht deshalb verfassungswidrig, weil es den niedrigeren Bedarf der vollziehbar Ausreisepflichtigen nicht transparent herleitete. Auch macht nicht jede migrationspolitische Erwägung das Gesetz verfassungswidrig.

So ist im Gesetzentwurf der Bundesregierung davon die Rede, man wolle Fehlanreize für das Stellen von -Asylanträgen reduzieren. Damit wird aber begründet, dass in Erstaufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften in der Regel wieder Sachleistungen statt Bargeld gewährt werden sollen. Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht nicht verboten. Es hat nur untersagt, die Höhe von Sozialleistungen unter das Existenzminimum abzusenken, um Flüchtlinge vor der Antragstellung in Deutschland abzuschrecken. Die Leistungsabsenkung für vollziehbar Ausreisepflichtige ist aber nicht geeignet, Flüchtlinge mit rechtlich relevanten Fluchtgründen von der Antragstellung in Deutschland abzuhalten. Denn die Leistungsabsenkung trifft nur diejenigen, deren Antrag abgelehnt ist und die auch sonst keinen Abschiebeschutz erhalten haben.

Es geht also nicht darum, Wanderungsbewegungen nach Deutschland zu vermeiden, sondern um die schnellere Ausreise derer, die kein Bleiberecht in Deutschland haben. Befragte Verfassungsrichter geben auch zu bedenken, dass das Recht auf Existenzsicherung durch den Staat nicht unbedingt durch die bloße Anwesenheit in Deutschland entstehe. Wer kein Aufenthaltsrecht (mehr) habe und gefahrlos ausreisen könne, habe möglicherweise gar keinen Anspruch auf Existenzsicherung in Deutschland. Christian Rath

Europa

Die Flüchtlingscausa stürzt die EU in immer neue Widersprüche. Eine Lösung ist nicht in Sicht, ein Scheitern wird wahrscheinlicher

**Load-Date:** October 27, 2015

## Die neue Abschottungspolitik; Flüchtlinge Unter Merkels Führung verteidigt die EU neuerdings ihre Außengrenzen tief in Afrika, um Migration nach Europa radikal zu stoppen

taz, die tageszeitung

Freitag 21. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 1061 words

**Byline:** Simone Schlindwein

**Highlight:** Flüchtlinge Unter Merkels Führung verteidigt die EU neuerdings ihre Außengrenzen tief in Afrika, um Migration nach Europa radikal zu stoppen

### Body

---

von Simone Schlindwein

Nur ein Jahr hat die staatliche Willkommenspolitik gegenüber Flüchtlingen gehalten. Jetzt wird beim EU-Gipfel in Brüssel versucht, die Schotten dichtzumachen. Die zentrale Mittelmeerroute aus Afrika nach Europa soll von der neuen Frontex-Agentur für Grenz- und Küstenwache mit Kriegsschiffen verriegelt, afrikanische Länder verpflichtet werden, ihre Wirtschaftsmigranten zurückzunehmen, und zwar unter Einsatz aller einschlägigen auch entwicklungs- und handelspolitischen Maßnahmen, Instrumente und Hilfsmittel so klingt die neue EU-Politik gegenüber ihrem Nachbarkontinent Afrika.

Wie schon bei der Massenaufnahme von Syrern vor einem Jahr ist Deutschland auch beim Radikalumschwung gegenüber Afrika federführend. Das Wohl Afrikas liegt im deutschen Interesse, verkündete Kanzlerin Angela Merkel zum Auftakt ihrer jüngsten Reise. Mali, Niger, Äthiopien drei Tage jettete sie über den Kontinent. Danach empfing sie in Berlin die Staatsefs von Nigeria und Tschad. Zuvor hatte Entwicklungsminister Gerd Müller Eritrea, Ruanda, Senegal, Benin und Togo besucht und afrikanische Partner eingeladen. In der deutschen G-20-Präsidentschaft nächstes Jahr soll Afrika als Zukunftskontinent eine große Rolle spielen, versprach Merkel. So viel Afrika hat es in Berlin in diesem Jahrhundert noch nicht gegeben.

Migrationspartnerschaften

Mit ihrem Aktionismus verpasst Merkel der neuen EU-Afrikapolitik eine deutsche Handschrift, genauer: ihre eigene. Eile ist geboten: Kommendes Jahr ist Wahlkampf in der Bundesrepublik, bis dahin müssen die Flüchtlingszahlen dauerhaft sinken, sonst riskiert sie, nicht wiedergewählt zu werden. Migrationspartnerschaften nennt man das, was diese Woche in Brüssel besiegelt wurde. Sie sind nur ein Schritt in einer breit angelegten EU-Politik gegenüber Afrika, durch die im Detail kaum mehr jemand durchblickt: Agenda für Migration, Afrika-EU-Partnerschaft,

Die neue Abschottungspolitik Flüchtlinge Unter Merkels Führung verteidigt die EU neuerdings ihre Außengrenzen tief in Afrika , um Migration nach Europa radikal ....

Aktionsplan für Migration, Valletta-, Khartum-, Rabat-Prozess ein Labyrinth bedruckter Seiten, vieles noch gar nicht spruchreif.

Diese Rahmenabkommen haben im Subtext alle eines gemeinsam: Die bessere Kontrolle über die einst von Europäern in Afrika gezogenen Staatsgrenzen, damit Migranten erst gar nicht mehr bis zum Mittelmeer vorstoßen. Wer es trotzdem schafft und kein Recht auf Asyl hat, soll sofort wieder abgeschoben werden. In den Rückführungsabkommen mit Äthiopien, Sudan, Nigeria, Niger, Senegal und anderen Ländern, die in den kommenden Monaten verhandelt werden, geht es nicht um nachhaltige und langfristige, sondern um kurz- und mittelfristige Ziele, nämlich: konkrete und messbare Ergebnisse bei der zügigen operativen Rückführung irregulärer Migranten . Im Klartext heißt das: Das Wohl Deutschlands liegt ab jetzt in Afrikas Interesse.

Dies lassen sich die Bundesregierung und die EU einiges kosten. Da werden jetzt nicht nur enorme Summen, sondern auch einst mühsam eingefädelt Sanktionen lockergemacht: Sudans Präsident Omar al-Baschir, auf den der Internationale Strafgerichtshof einst auch auf deutsche Initiative hin einen Haftbefehl wegen Völkermords in Darfur ausgestellt hat, darf damit rechnen, dass die EU ihm sämtliche Schulden erlässt, Visumsrestriktionen erleichtert und ihm hilft, von der US-Terrorliste gestrichen zu werden. Über 100 Millionen Euro umfasst das Paket, wenn Baschir seinerseits dafür sorgt, dass weniger Migranten Sudan gen Europa verlassen.

Seitdem werden regelmäßig in Khartum bei Pressekonferenzen festgenommene Migranten vor den Kameras präsentiert und von Brüssel wird noch mehr Hilfe verlangt: Auf dem Wunschzettel des Regimes stehen sogar Aufklärungsdrohnen aus Europa zur Grenzüberwachung.

Selbst gegenüber Eritreas geächtetem Diktator Isaias Afeworki zeigt sich Berlin gesprächsbereit: 200 Millionen Euro hat die EU für das kleine Land bereitgestellt, das für die gemessen an der Bevölkerung höchsten Flüchtlingszahlen aus Afrika verantwortlich ist. Stichwort: Fluchtursachenbekämpfung im Prinzip ist dies klassische Entwicklungszusammenarbeit, nur unter neuem Label. Den Löwenanteil des milliarden schweren EU-Entwicklungsfonds bezahlt die Bundesregierung, dafür will sie aber Gegenleistungen. Für diese sorgt dann die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) als Hauptimplementierungspartner.

Bisher bestehen Afrikas unendlich lange und oft umstrittene Grenzen, wenn sie überhaupt sichtbar sind, meist aus ein paar Meter Seil, welches mehrfach zusammengeknotet mitten im Niemandsland über eine holprige Straße gespannt ist. Daneben hockt ein unterbezahlter Grenzbeamter, der in ein dickes Buch die Passanten einträgt, die oft keine Ausweispapiere besitzen.

#### Biometrie für den Kontinent

Das soll sich jetzt nach EU-Plänen ganz schnell ändern. Grenzmanagement lautet das Schlagwort. Die Zukunft gehört biometrischen Reisepässen, computerisierten Grenzstationen, Zaunanlagen, Lastwagenscannern, Bekämpfung von Menschenhandel und gutausgebildete und ausgerüstete Grenzpolizisten.

Anstelle von zusammengeknoteten Seilen trifft man heute schon mitten Afrika immer öfter auf Grenzstationen mit Fingerabdruckscannern und biometrischen Lesegeräten. Tausende Kilometer befestigte Grenzzäune werden durch die Wüsten gezogen und mit Überwachungskameras versehen. Mitunter steht mitten im Nirgendwo mehr computergestütztes Hightechgerät herum als in den Universitäten in den Hauptstädten. Jedem Bewohner Afrikas, immerhin 1,2 Milliarden Menschen, wird derzeit eine biometrische ID-Karte gedruckt, mitunter in der Bundesdruckerei in Berlin.

Mit ihrer Migrationspolitik gegenüber Afrika schafft sich die EU also nebenbei einen lukrativen Exportmarkt, vor allem für Sicherheitstechnologie made in Germany . Und in ihrem jüngsten Afrika Intelligencebericht untersucht Frontex den zentralen Busbahnhof in Nigers Handels- und Migrationsknotenpunkt Agadez: Westafrikanische Reisebusunternehmen sind darin als Schleuser gelistet. Die EU-Außengrenzen werden von jetzt ab auf afrikanischem Boden verteidigt bis jenseits des Äquators.

Im Klartext heißt das: Das Wohl Deutschlands liegt ab jetzt in Afrikas Interesse

Die neue Abschottungspolitik Flüchtlinge Unter Merkels Führung verteidigt die EU neuerdings ihre Außengrenzen tief in Afrika , um Migration nach Europa radikal ....

Simone Schlindwein

ist taz-Korrespondentin für das Afrika der Großen Seen. Zusammen mit taz-Redakteur Dominic Johnson erhielt sie vergangene Woche den Preis Der lange Atem des Journalistenverbands Berlin-Brandenburg für langjährige Recherchen zu Kriegsverbrechen im Kongo.

**Load-Date:** October 20, 2016

---

End of Document



**Pragmatische Erste Hilfe; Haste Worte Die Berliner Sprachschulen stocken ihr Angebot auf: Die Bundesagentur für Arbeit finanziert seit November Anfängerkurse für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive . Finanziell möglich wurde das erst durch eine Änderung des Asylrechts**

taz, die tageszeitung

Samstag 14. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SPEZIAL; S. 51

**Length:** 937 words

**Byline:** Martin Kaluza

**Highlight:** Haste Worte Die Berliner Sprachschulen stocken ihr Angebot auf: Die Bundesagentur für Arbeit finanziert seit November Anfängerkurse für **Flüchtlinge** mit guter Bleibeperspektive . Finanziell möglich wurde das erst durch eine Änderung des **Asylrechts**

## Body

---

VON MARTIN KALUZA

Zu den vielen Aufgaben, die freiwillige Helfer in den letzten Wochen und Monaten übernommen haben, zählt, dass sie **Flüchtlingen** Deutschunterricht geben. Inzwischen laufen nun auch vom Staat angebotene Kurse an. Anfang der Woche haben wir den ersten Kurs für **Flüchtlinge** an unserer Schule begonnen, sagt Henning Lauterbach, Leiter der Hartnackschule, einer der großen privaten Sprachschulen in Berlin. Bis Ende des Jahres werden wir 150 Schülerinnen und Schüler in diesen Kursen unterrichten, sagt er, und zwar **Flüchtlinge** und **Asylbewerber** mit jeweils guter Bleibeperspektive. Lauterbach mag das Wortungetüm selbst nicht. Praktisch gesehen bedeutet das für ihn als Schulleiter: Die Teilnehmer kommen vor allem aus Syrien, dem Irak, dem Iran und auch aus Eritrea. Die Hartnackschule, gelegen am Nollendorfplatz, bietet seit Jahrzehnten Deutschkurse an. Seit 2005 Jahren finden hier auch Integrationskurse statt also die Kurse, die Zugewanderte je nach Status belegen können oder müssen, wenn sie in Deutschland leben wollen. Anders als die Teilnehmer der Integrationskurse kommen viele **Flüchtlinge** komplett ohne Vorkenntnisse an. Das bedeutet, dass sie eigentlich nur unterrichtet werden können, wenn jemand zumindest ein bisschen Arabisch oder Farsi übersetzen kann, sagt Lauterbach. Die Teilnehmer benötigen eigentlich eine sozialpädagogische Begleitung. Und der Bedarf ist nicht eben klein: 50.000 **Flüchtlinge** beherbergte Berlin nach Angaben des Sozialsenators Mario Czaja Anfang des Monats, täglich kämen weitere 600 bis 700 **Flüchtlinge** neu in Berlin an.

Die neuen Sprachkurse für Flüchtlinge werden, anders als die Integrationskurse, nicht vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bezahlt, sondern von der Bundesagentur für Arbeit. Sie sind Teil eines breit angelegten Programms, in dem bundesweit bis zu 100.000 Menschen Deutsch lernen sollen. Die Agentur rechnet je nach

Pragmatische Erste Hilfe Haste Worte Die Berliner Sprachschulen stocken ihr Angebot auf: Die Bundesagentur für Arbeit finanziert seit November Anfängerkurse für....

tatsächlicher Teilnehmerzahl mit Kosten zwischen 54 Millionen und 121 Millionen Euro. Noch vor einem Monat hätte sie solche Basissprachkurse gar nicht finanzieren dürfen. Das wurde erst durch die jüngste Änderung des Asylrechts möglich. Davor konnte die Bundesagentur nur berufliche Sprachkurse bezahlen. Zusätzlich kündigte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge an, im Verlauf des Novembers auch die Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete mit jeweils guter Bleibeperspektive zu öffnen.

Dass die Arbeitsämter nun so viele Sprachkurse finanzieren, hat noch eine pragmatische Seite. Auf diese Weise kommen sie über die Sprachschulen überhaupt einmal an die Kontaktdaten der Teilnehmer. Die sind nämlich oft gar nicht so einfach zu erreichen, weil sie zumindest in der ersten Zeit notgedrungen häufig den Aufenthaltsort wechseln. Die Agenturen hoffen, dass zumindest die E-Mail-Adressen, die sie über die Sprachkurse bekommen, länger gültig sind.

Für uns sind die neuen Kurse und die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur ein völlig überraschendes Projekt, sagt Lauterbach. Die Agentur sprach ihn und andere Sprachschulen direkt an. Da schnelle Lösungen gesucht werden, herrscht in der Umsetzung Pragmatismus. Während das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Sprachschulen nur bezahlt, wenn diese die Teilnahme und damit den Lernerfolg der Teilnehmer nachweisen, läuft es für die Schulen bei den Flüchtlingskursen unbürokratischer: Sie bekommen ihr Geld für Teilnehmer, die am ersten Tag anwesend sind und sich registrieren. Und während das BAMF darauf besteht, dass die Lehrer der Integrationskurse eine besondere Zusatzqualifikation haben, fordert die Bundesagentur von den Lehrern in Flüchtlingskursen keine Qualifikationsnachweise. Die eine Behörde fordert Qualifikationen, die andere vertraut darauf, dass die Sprachschulen qualifizierte Lehrer einsetzen, erklärt Lauterbach.

Mit seiner Infrastruktur etablierter Sprachschulen hat Berlin gute Voraussetzungen, schnell die geplanten Kurse anbieten zu können. Aus der Branche ist zu hören, dass bereits eine gewisse Goldgräberstimmung herrsche. Schon zeichnet sich ab, dass die Sprachlehrer knapp werden. Auch bei den Ausbildungsplätzen für Lehrer für Deutsch als Fremdsprache (DaF) wird es eng. Noch zu Beginn des Jahres hatte einer der wenigen Anbieter seine DaF-Ausbildungskurse eingestellt. Das dürfte sich bald ändern, weil DaF-Ausbildungen bis auf Weiteres begehrt sein werden.

Für uns sind die neuen Kurse ein völlig überraschendes Projekt

### Sprachmesse

Die Expolingua gilt mit 150 Ausstellern aus über 25 Ländern als wichtigste Sprachenmesse in Deutschland. Das Angebot reicht von Sprachkursen über Sprachreisen, Onlinekurse und Austauschprogramme bis hin zu Sprach-Apps, und die Messe erreicht jedes Jahr über 10.000 interessierte Besucher. Angesichts der aktuellen Entwicklung wird auch über die Integration durch Sprache Flüchtlinge und Deutscherwerb debattiert werden (20. 11., 15.15 Uhr).

Expolingua, 20. u. 21. 11., jeweils 10 bis 18 Uhr, Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur, Friedrichstr. 176 179, [www.expolingua.com](http://www.expolingua.com)

### Sprachkurse

Ende August haben die Berliner Volkshochschulen auf die steigende Zahl von Flüchtlingen reagiert und ihr Angebot an Deutschkursen erweitert. Die Volkshochschule Berlin-Mitte etwa erhöhte das Kontingent für das Herbsttrimester von 100 auf 180 Plätze. Da das bei Weitem nicht ausreicht, werden nun auch Sprachkurse von der Bundesagentur für Arbeit finanziert. Doch auch das wird den Bedarf nicht decken, und viele Flüchtlinge bleiben weiter auf -Angebote von kleinen Initiativen angewiesen, die sich etwa über den Flüchtlingsrat Berlin finden lassen: [www.fluechtlingsrat-berlin.de/links.php](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/links.php)

**Load-Date:** November 13, 2015

Pragmatische Erste Hilfe Haste Worte Die Berliner Sprachschulen stocken ihr Angebot auf: Die Bundesagentur für Arbeit finanziert seit November Anfängerkurse für....

---

End of Document

## **Sie frieren ; Migration Laut Gesetz haben Flüchtlinge Anspruch auf Kleidung. Bei der Versorgung verlässt sich der Senat auf Ehrenamtliche**

taz, die tageszeitung

Freitag 13. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 28

**Length:** 502 words

**Byline:** Gernot Knödler

**Highlight:** **Migration** Laut Gesetz haben **Flüchtlinge** Anspruch auf Kleidung. Bei der Versorgung verlässt sich der Senat auf Ehrenamtliche

### **Body**

---

von Gernot Knödler

Die Hamburger Erstaufnahmeeinrichtungen tun sich teilweise schwer bei der Beschaffung von Kleidung für **Flüchtlinge**. Nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** haben diese zwar einen Anspruch darauf, eingekleidet zu werden. Der Senat hat diese Aufgabe aber im Wesentlichen privat organisierten Kleiderkammern, die von Spenden leben, überlassen.

Ich bin von so vielen gefragt worden, ob ich Herenschuhe besorgen könne, weil sie frieren, erzählt Eva Lobermeyer, die den Flüchtlingen in dem ehemaligen Baumarkt am Hörgensweg in Schnelsen geholfen hat. Zum Teil liefen die Leute dort trotz des Herbstwetters in Sandalen oder Flipflops herum. Der jetzige Träger der Unterkunft, das städtische Unternehmen Fördern und Wohnen, habe es nicht geschafft, eine Kleiderausgabe einzurichten.

Schutzsuchenden stehen eine Reihe von Grundleistungen zu, die in der Regel als Sachleistungen, also nicht in Form von Geld, gewährt werden sollen. Dazu gehören Essen, Unterkunft und Heizung, Gesundheitspflege, Haushaltswaren und eben auch Kleidung. Darüber hinaus gibt es ein monatliches Taschengeld von 143 Euro zur Deckung aller notwendigen persönlichen Bedarfe.

Zumindest Hygieneartikel und Haushaltsgerätschaften werden von Fördern und Wohnen auch beschafft, sagt die Sprecherin des Landesbetriebes, Susanne Schwendtke. Zum Thema Kleiderversorgung möchte sie sich grundsätzlich nicht äußern. Der Senat beantworte gerade eine parlamentarische Anfrage dazu. Ein Budget pro Flüchtling gibt es nicht. Wir rechnen alles, was wir in der Erstaufnahme tun, nach Aufwand ab, sagt Schwendtke.

Dabei profitiert der Senat von den ehrenamtlich betriebenen Kleiderkammern. Im Asylbewerberleistungsgesetz heißt es: Kann Kleidung nicht geleistet werden, so kann sie in Form von Wertgutscheinen gewährt werden. Der

Sie frieren Migration Laut Gesetz haben Flüchtlinge Anspruch auf Kleidung. Bei der Versorgung verlässt sich der Senat auf Ehrenamtliche

Senat kann sich das sparen, auf die große Spendenbereitschaft der HamburgerInnen bauen und auf das Engagement der Ehrenamtlichen, die diese Kleider sammeln, sortieren und verteilen.

Nach Aussage einer Helferin, die anonym bleiben möchte, gibt es dabei allerdings bisweilen Probleme. So tue sich Fördern und Wohnen teilweise schwer bei der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen. Es gibt eine Menge Leute, die helfen wollen, sagt sie. Diese erhielten aber nur schleppend Ehrenamtsverträge, die es ihnen ermöglichen, die Unterkünfte zu besuchen. Dem Versuch, in Schnelsen eine Kleiderkammer aufzubauen, seien auf diese Weise Steine in den Weg gelegt worden.

Ein Thema ist, dass wir keinen Platz haben für Kleiderkammern, räumt Schwendtke ein. Wir brauchen jeden Platz für Betten. In der Flüchtlingsunterkunft am Hörgensweg sei der Start aber auch besonders holprig gewesen, weil es dort zu Anfang ja nicht einmal einen Betreiber gegeben habe.

Wie berichtet, mussten die Menschen zunächst auf Isomatten schlafen. Es habe Wochen gedauert, bis Betten, Duschen und Waschmaschinen aufgebaut worden seien, erzählt Lobermeyer. Helfer hätten die Flüchtlinge zum Teil mit nach Hause genommen, damit sie duschen und waschen konnten.

**Load-Date:** November 12, 2015

---

End of Document

## Wehleidige Klagen; Kommentar von Eric Bonse über Deutschland und die Flüchtlingspolitik

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 1

**Length:** 389 words

**Byline:** Eric Bonse

### **Body**

---

Kommentar von Eric Bonse über Deutschland und die Flüchtlingspolitik

Erst die Pleitegriechen, nun die Flüchtlinge. Und schon wieder kommt in Deutschland diese wehleidige Klage auf, dass wir am meisten leisten und für die anderen zahlen. Briten, Polen und Balten sollten auch mal Asylbewerber aufnehmen, Deutschland könne nicht alles allein stemmen, fordert der Stammtisch.

Aus EU-Sicht ist dies eine bizarre Debatte. Die Mittelmeeranrainer, allen voran Italien und Griechenland, tragen seit Jahren die Hauptlast der Migranten – sie tun viel mehr als wir. Und schließlich war es Berlin, das nach dem ersten Flüchtlingsdrama vor Lampedusa 2013 eine Änderung der EU-Politik ablehnte.

Erst jetzt, da immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland wollen, wacht die deutsche Politik auf. Plötzlich ist sie nicht nur bereit, im Mittelmeer bei der Rettung von Migranten zu helfen, sondern sich sogar an einem Quotensystem zur gerechteren Verteilung zu beteiligen. Beides war jahrelang tabu.

Nun freut sich die EU-Kommission in Brüssel über die Unterstützung von Kanzlerin Angela Merkel. Doch ist es eine echte, ehrliche Hilfe? Ähnlich wie in der Griechenlanddebatte duckt sich Merkel auch bei den Flüchtlingen weg. Ähnlich wie bei den Hilfen für Hellas geht es vor allem darum, die Kosten für uns zu mindern.

Und genau wie in der Griechenlandkrise werden auch diesmal Vorteile und Vergünstigungen verschwiegen.

Dass die Bundesrepublik Hunderte Millionen Euro an EU-Hilfe zur Bewältigung der Flüchtlingskrise erhält, hat man aus Merksels Mund jedenfalls noch nicht gehört. Umso lauter wird in Berlin über das Versagen der Europäischen Union geklagt.

Tatsächlich versagt Brüssel, aber anders, als man in Berlin denkt. Die EU ist auf dem Balkan und im Nahen Osten gescheitert, also in der Außen- und Nachbarschaftspolitik. Und sie hat es versäumt, legale Fluchtwege zu öffnen, die eine sozial verträgliche Lösung der aktuellen Krise ermöglichen würden.

Wehleidige Klagen Kommentar von Eric Bonse über Deutschland und die Flüchtlingspolitik

Die Verteilung der Flüchtlinge hingegen ist keine Aufgabe für Brüssel, auch wenn die EU-Kommission dies behauptet. Das müssen die Staaten schon unter sich ausmachen. Warum spricht Merkel nicht mit den Polen und Briten, warum sucht sie nicht mit ihrem Buddy David Cameron bessere Lösungen? Das würde mehr helfen als Schimpfen auf Brüssel.

Tatsächlich versagt Brüssel, aber anders, als man in Berlin denkt

**Load-Date:** August 19, 2015

---

End of Document

## **Protest gegen Asylverschärfung; Schweden Initiativen kritisieren den inhumanen Umgang der Regierung mit minderjährigen Flüchtlingen. Einem Großteil droht jetzt die Zwangsausweisung**

taz, die tageszeitung

Montag 24. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 444 words

**Byline:** Reinhard Wolff

**Highlight:** Schweden Initiativen kritisieren den inhumanen Umgang der Regierung mit minderjährigen **Flüchtlingen**. Einem Großteil droht jetzt die Zwangsausweisung

### **Body**

---

Aus Stockholm Reinhard Wolff

In mehr als einem Dutzend schwedischer Städte, von Kiruna im Norden bis Malmö im Süden, fanden am Wochenende Demonstrationen gegen neue **Asylrechtsverschärfungen** statt. Aufgerufen hatte ein Netzwerk verschiedener **Flüchtlingsinitiativen**. Unter dem Motto Wir halten das nicht mehr länger aus! , forderten sie von der Regierung vor allem eine Einhaltung der Kinderkonvention der Vereinten Nationen, eine Rückkehr zu humanitärer **Flüchtlingspolitik** und einen Stopp angekündigter Zwangsausweisungen. Von denen sind seit Anfang Oktober über 20.000 unbegleitete minderjährige **Flüchtlinge** bedroht, die seit Beginn 2015 nach Schweden gekommen waren.

Grundlage für die Verschärfungen ist zum einen eine Neueinschätzung der Sicherheitslage durch die Ausländerbehörde Migrationsverket : Die Situation in Afghanistan habe sich so stabilisiert, dass eine Rückkehr gefahrlos geworden sei. Die Asylanträge von 90 Prozent der afghanischen Flüchtlinge werden mit dieser Begründung abgelehnt, während das schwedische Außenministerium gleichzeitig dringend von Reisen in dieses Land abrät wegen der gefährlichen Sicherheitslage. Zudem hat Stockholm mit der afghanischen Regierung am 5. Oktober ein Rückführungsabkommen geschlossen, mit dem die Ausweisungs- und Abschiebungspraxis koordiniert, vereinfacht und beschleunigt werden soll.

Zwar dürfen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nicht abgeschoben werden. Doch die Ausländerbehörde ist dazu übergegangen, die Ablehnung von Asylanträgen beispielsweise 15-jähriger Jugendlicher mit einer Ausweisungsverfügung zu deren 18. Geburtstag zu verknüpfen. Außerdem wird das Alter der Jugendlichen mehr und mehr in Frage gestellt.



Protest gegen Asylverschärfung Schweden Initiativen kritisieren den inhumanen Umgang der Regierung mit minderjährigen Flüchtlingen. Einem Großteil droht jetzt d....

Eine derartige Praxis hat mittlerweile zu wachsenden Protesten von Organisationen und Privatpersonen, die sich für diese Flüchtlingskinder engagieren, geführt. Mehrere Hundert LehrerInnen veröffentlichten im Stockholmer Svenska Dagbladet einen Aufruf diese Ausweisungen zu stoppen. Wir haben eine große Verantwortung für alle Kinder, die uns anvertraut sind, heißt es da. Doch diese wahrzunehmen werde von der Asylpolitik der schwedischen Regierung unmöglich gemacht. Was könne man anderes als Angst und Apathie von Jugendlichen erwarten, denen jede Perspektive genommen werde, fragen die UnterzeichnerInnen. Häufig seien Jugendliche betroffen, die möglicherweise nie oder nur als Kinder in Afghanistan waren, weil sie mit ihren Familien im Iran lebten, bevor sie nach Schweden flüchteten. Mit Ausweisung in ihr Heimatland Afghanistan liefen sie Gefahr, zwangsrekrutiert zu werden.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Das Alter jugendlicher Flüchtlinge wird mehr und mehr infrage gestellt

**Load-Date:** October 23, 2016

---

End of Document

## Agentur: De Maizièrè hart an der Grenze; FLÜCHTLINGE Innenminister warnt vor einer Überforderung Deutschlands und droht indirekt mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen

taz, die tageszeitung

Freitag 21. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 1

**Length:** 266 words

**Highlight:** FLÜCHTLINGE Innenminister warnt vor einer Überforderung Deutschlands und droht indirekt mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen

### **Body**

---

Berlin afp | Bundesinnenminister Thomas de Maizièrè (CDU) hat vor einer Überforderung Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen gewarnt und eine ausgeglichene Verteilung von Asylbewerbern in der EU gefordert. Die für dieses Jahr prognostizierte Zahl von rund 800.000 Asylbewerbern werde Deutschland verkraften, betonte de Maizièrè am Donnerstag im ZDF. Auf Dauer allerdings sind 800.000 für ein solches Land wie Deutschland zu viel. Die Bundesrepublik nehme derzeit 40 Prozent aller Flüchtlinge in der EU auf. Das müsse sich ändern.

De Maizièrè erneuerte zudem seine Warnung, Deutschland könne den bisherigen EU-Regeln mit offenen Grenzen im Schengen-Raum die Unterstützung entziehen. Wenn andere Staaten sich nicht an Recht und Gesetz hielten und das Dublin-System nicht funktioniere, dann brauchen wir ein anderes System. Offene Grenzen bedingten, dass das System intern ausgeglichen funktioniere, sagte er.

Das Dublin-System schreibt vor, dass Flüchtlinge in dem Land einen Asylantrag stellen müssen, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten. Seit Längerem gibt es aus Deutschland aber Kritik, dass Flüchtlinge aus anderen Ländern wie Italien oft relativ ungehindert weiterreisen können. Als Reaktion darauf wird teils auch gefordert, wieder mit systematischen Grenzkontrollen zu beginnen.

In der innerdeutschen Diskussion um die Beschleunigung der Prüfverfahren für Asylbewerber nahm der Minister das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Schutz. Die Mitarbeiter arbeiten wirklich bis zur Erschöpfungsgrenze.

Schwerpunkt, SEITE 23

Meinung + Diskussion SEITE 12

**Load-Date:** August 20, 2015

Agentur: De Maizière hart an der Grenze FLÜCHTLINGE Innenminister warnt vor einer Überforderung Deutschlands und droht indirekt mit der Wiedereinführung von Gre....

---

End of Document

## Gefürchtete Einöde; Suchen Flüchtlinge brauchen wegen der Jobchancen Wohnraum in Ballungsgebieten

taz, die tageszeitung

Dienstag 11. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 3

**Length:** 323 words

**Byline:** Barbara Dribbusch

**Highlight:** Suchen Flüchtlinge brauchen wegen der Jobchancen Wohnraum in Ballungsgebieten

### Body

---

Berlin taz | Mehr Staatsgeld für den Wohnungsbau, auch weil wir mehr Wohnungen für Flüchtlinge brauchen. Das fordern der Deutsche Städtetag, der Mieterbund und die Bauwirtschaft. Menschen, die im Asylverfahren stecken oder nur eine Duldung haben, treten allerdings auf dem Wohnungsmarkt nicht als Nachfrager auf. Grund: Das Gesetz sieht vor, sie möglichst in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen. Für anerkannte Flüchtlinge allerdings werden händeringend Wohnungen gesucht.

Die Quote derjenigen, die einen Status als Asylberechtigter oder anerkannter Flüchtling haben, liegt derzeit bei rund 40 Prozent. Bei geschätzten 400.000 Asylantragsstellern im Jahr gibt es also rein rechnerisch jährlich rund 160.000 Flüchtlinge, die bezahlbare Wohnungen brauchen.

In Deutschland fehlen bereits vier Millionen Sozialwohnungen für Geringverdiener, KleinrentnerInnen und Hartz-IV-Empfänger, rechnet das Pestel-Institut in Hannover vor. Die zusätzliche Nachfrage ist also zahlenmäßig überschaubar. Der Direktor des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten, warnte dennoch bereits vor einer möglichen Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und Geringverdienern um Sozialwohnungen und davor, einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Die manchmal hinter vorgehaltener Hand geäußerte Idee, Flüchtlinge könnten sich doch in verödeten Landstrichen mit leerstehenden Immobilien ansiedeln, funktioniert nicht nur aus ethischen Gründen nicht. Auch Zuwanderer brauchen Wohnungen in Ballungszentren, weil es dort Jobs gibt. Zuwanderung nach Deutschland erfolgte und erfolgt vor allem in die größeren Städte und darunter eher in die westdeutschen Bundesländer, heißt es im aktuellen Bericht des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung zur Internationalen Migration in deutsche Großstädte. Barbara Dribbusch

Zuhause gesucht

Deutschland hat den sozialen Wohnungsbau vernachlässigt. Das rächt sich nun. Wo können, wo sollen die Flüchtlinge unterkommen?

Gefürchtete Einöde Suchen Flüchtlinge brauchen wegen der Jobchancen Wohnraum in Ballungsgebieten

**Load-Date:** August 10, 2015

---

End of Document

## *Jenseits der Komfortzone; Deutschland öffnet sich für Flüchtlinge. Werden wir bei Klima-Migranten auch so reagieren?*

taz, die tageszeitung

Freitag 11. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 8

**Length:** 610 words

### **Body**

---

Deutschland öffnet sich für Flüchtlinge. Werden wir bei Klima-Migranten auch so reagieren?

Wir retten die Welt

von Bernhard Pötter

Das Eis war wirklich lecker. Himbeer, Marshmallow und dicke Schokostücke. Es war gratis. Und auch noch ein Beitrag zur Rettung der Welt. Das erzählte uns zumindest die Eisfirma Ben & Jerry's. Sie hatte letzte Woche eine riesige Papp-Waffel mit einer schmelzenden Eiskugel in Form der Erde auf die Klimakonferenz in Bonn geschafft (wenn es schmilzt, ist es ruiniert!), um für sich und den Klimaschutz zu werben. Auch sonst hatte die UNO für allen Komfort gesorgt, der eine Klimakonferenz halbwegs erträglich macht. Und es gehört zur Routine, dass die Entwicklungsländer am letzten Tag forderten, es müsse eine Migration Facility geben, ein Gremium, das sich mit Klimaflüchtlings beschäftigt.

Dann fuhr ich nach Berlin zurück. Schluss mit der Komfortzone. Am nächsten Tag stand ich ziemlich hilflos vor dem ehemaligen Bezirksamt von Wilmersdorf, wo 500 Flüchtlinge untergebracht sind. Um uns strömten vor allem junge Menschen aus Syrien und Afghanistan durch die Hofeinfahrt, mit Essen und Kleidungssäcken in der Hand. Wir hatten ein paar Spiele und Kinderkleidung mitgebracht. Wir brauchen vor allem Decken, sagte die Frau, die als Freiwillige am Eingang stand.

Sie war hier die Migration Facility. Genauso wie die Helfer des Arbeiter-Samariter-Bundes, die nebenan standen oder die Beamten, die in Überstunden die Flüchtlinge registrieren. Dazu gehören auch die Menschen, die am Münchner Hauptbahnhof die erschöpften Ankömmlinge mit Schokolade begrüßen und die Bundesregierung, die ein paar Milliarden locker machte. Deutschland bewegt sich außerhalb der Komfortzone. Und fühlt sich gut dabei. Noch jedenfalls.

Die Flüchtlingszahlen von heute sind fast nichts im Vergleich zu den Massenwanderungen, die wir durch den Klimawandel sehen werden, sagt Paddy Ashdown, ehemaliger UN-Diplomat und Exvorsitzender der britischen Liberal Democrats. Die Krise in Syrien sei nur eine Generalprobe für eine Katastrophe, die sich im nächsten

Jenseits der Komfortzone Deutschland öffnet sich für Flüchtlinge. Werden wir bei Klima-Migranten auch so reagieren?

Jahrzehnt zeigen wird . Schon heute, so heißt es, ziehen jeden Monat 50.000 Menschen in Bangladesch in die Hauptstadt Dacca, weil das Leben auf dem Land auch wegen des Klimawandels unerträglich wird.

Bisher blieben die meisten Flüchtlinge in den armen Ländern. Das wird sich ändern, wenn Konflikte dazukommen. Eine Studie vom Frühjahr sieht einen Zusammenhang zwischen dem Bürgerkrieg in Syrien und dem Klima: Eine ungewöhnliche Dürre trieb 1,5 Millionen Menschen vom Land in die Elendsviertel der Städte. Steigende Preise, Korruption und Unterdrückung ließen die Situation zusätzlich eskalieren.

Die Zehntausenden von Flüchtlingen, die derzeit kommen, sind demnach vielleicht die Vorboten der Millionen von Klimaflüchtlingen, die in den nächsten Jahrzehnten überall auf der Welt unterwegs sein werden. Und dann? Werden Wasserknappheit, der Anstieg des Meeresspiegels, die Verwüstungen nach Stürmen zu Asylgründen?

Deutschland heißt die Flüchtlinge willkommen. An den Ursachen ihres Elends fühlen wir uns unschuldig. Aber wie werden wir reagieren, wenn uns eine Teilschuld für ihr Elend trifft? Wenn sie kommen, weil auch unsere Treibhausgas-Emissionen sie unter Wasser setzen. Weil auch unsere Unternehmen die Korruption in ihren Ländern begünstigen und auch unsere Flotten ihre Küsten leer fischen. Werden wir auch dann am Bahnhof stehen und rufen: Refugees Welcome?

Schön wäre das. Gerecht allemal. Aber garantiert ist es nicht. Australien zum Beispiel lehnt routiniert Anträge ab, Klimaflüchtlinge aus der Südsee anzuerkennen und aufzunehmen. Und exportiert so viel Kohle wie kein anderes Land.

**Load-Date:** September 10, 2015

**Auf dieharte Tour; Roma Menschen aus Südosteuropa stellten in diesem Jahr mehr als ein Drittel aller Asylanträge in Deutschland. Die Innenminister wollen dem ein Ende machen. Das ist der Plan**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 29. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4

**Length:** 1013 words

**Highlight:** Roma Menschen aus Südosteuropa stellten in diesem Jahr mehr als ein Drittel aller **Asylanträge** in Deutschland. Die Innenminister wollen dem ein Ende machen. Das ist der Plan

## Body

---

von Christian Jakob

### **Asylpolitik**

Bayern und Baden-Württemberg wollen Sonderlager für **Flüchtlinge**

aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten auf dem Balkan schaffen

Aus unsicheren Staaten

Unterbringung: Im Regelfall werden **Flüchtlinge** nach ihrer Ankunft in Deutschland zuerst in sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen gebracht. Diese werden von den Bundesländern betrieben und haben oft viele hundert Plätze. Nach einigen Wochen werden die **Asylsuchenden** dann gleichmäßig über alle Kommunen verteilt. Während des **Asylverfahrens** leben sie in meist deutlich kleineren Wohnheimen, die oft privat betrieben und von den Kommunen bezahlt werden. Die Weiterverteilung soll für die SüdosteuropäerInnen in Zukunft abgeschafft werden. Sie sollen bis zur Abschiebung in Erstaufnahmelagern bleiben.

Versorgung: 20 Jahre bekamen **Flüchtlinge** deutlich reduzierte Sozialleistungen, 2012 monierte dies das Verfassungsgericht. Seit 2015 gilt ein neues **Asylbewerberleistungsgesetz**. Es sieht für die Dauer des **Asylverfahrens** Leistungen von 359 Euro im Monat vor. Kinder bekommen zwischen 217 und 287 Euro im Monat. Seit März 2015 dürfen die Leistungen mit Ausnahme der ersten Wochen nicht mehr als Lebensmittelgutscheine oder Essenspakete ausgegeben werden. Leben die **Flüchtlinge** nicht im Heim, gibt es einen Mietzuschuss. Medizinische Versorgung wird nur bei akuten oder schmerzhaften Erkrankungen gewährt.

Arbeit: Ohne Arbeitserlaubnis dürfen Flüchtlinge nicht arbeiten und keine Ausbildung machen. Für Asylsuchende und Geduldete ist die Arbeit in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts verboten. Danach können sie eine



Auf die harte Tour Roma Menschen aus Südosteuropa stellen in diesem Jahr mehr als ein Drittel aller Asylanträge in Deutschland. Die Innenminister wollen dem ein....

Arbeitserlaubnis bekommen, dürfen Jobs aber nur annehmen, wenn es keine bevorrechtigten Interessenten, also Deutsche oder EU-Ausländer gibt. Nach 15 Monaten Aufenthalt dürfen Asylbewerber und Geduldete meist ohne diese Einschränkungen arbeiten. Mit diesem Zugeständnis hatte sich die Union die Zustimmung der Grünen zur Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten erkaufte.

Verfahren: Im ersten Halbjahr 2015 wurden Asylanträge im Bundesdurchschnitt laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach 5,3 Monaten entschieden. Im vergangenen Jahr dauerte das noch 7,1 Monate. Die Dauer variiert aber erheblich. Oft vergeht mehr als ein Jahr, bevor über einen Antrag entschieden ist. Für Menschen aus Syrien und dem Nordirak hingegen gibt es verkürzte Verfahren. Seit Inkrafttreten des Gesetzes über sichere Herkunftsländer können die Anträge von Menschen aus Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina schneller bearbeitet und abgelehnt werden.

Abschiebungen: Für Abschiebungen sind im Regelfall die Bundesländer zuständig. 2014 wurden 10.884 Menschen aus Deutschland abgeschoben, nahezu die Hälfte aus Balkanstaaten, allein rund 2.200 stammten aus Serbien. Immer häufiger werden Flüchtlinge nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben, sondern in andere EU-Staaten zurückgebracht, über die sie nach Deutschland eingereist sind. Unter diesen sogenannten Dublin-Fällen sind auch regelmäßig Syrer. Knapp 100 Menschen aus dem Bürgerkriegsland wurden im vergangenen Jahr aus Deutschland abgeschoben.

Aus sicheren Staaten

Unterbringung: Am 20. Juli beschloss die bayrische Landesregierung zwei, möglichst grenznahe, Aufnahme-Einrichtungen nur für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit aus südosteuropäischen Ländern zu schaffen. Dort sollen alle für eine schnelle Verfahrensabwicklung erforderlichen Behörden präsent sein von der Ausländerbehörde bis zum Verwaltungsgericht. Die Flüchtlinge bleiben bis zur Abschiebung dort und werden nicht mehr in die Kommunen weiterverteilt. Am Dienstag beschloss Baden-Württemberg ähnliche Einrichtungen mit 11.000 Plätzen zu schaffen.

Versorgung: Bayern will das Sachleistungsprinzip wieder einführen. Die BewohnerInnen der Lager sollen nur noch ein Taschengeld bekommen und ansonsten per Kantine versorgt werden. Diese Praxis war in Bayern erst im Februar durch das neue (Bundes-)Asylbewerberleistungsgesetz beendet worden. Finanzminister Markus Söder (CSU) will aber auch das Taschengeld streichen. Bayern hat dazu eine Bundesratsinitiative gestartet, die vorsieht, dass allen südosteuropäischen Flüchtlingen unterstellt werden darf, nur zum Zweck des Sozialleistungsbezug eingereist zu sein. Dann könnte auch das Taschengeld gestrichen werden.

Arbeit: Schon am 31. März hat das bayerische Innenministerium angeordnet, Asylbewerbern aus Südosteuropa ab sofort grundsätzlich keine Beschäftigungserlaubnisse mehr zu erteilen. Schon erteilte Erlaubnisse können aus grundsätzlichen migrationspolitischen Erwägungen entzogen werden, selbst für laufende Ausbildungen. So wolle es deutlich machen, dass mit dem Stellen aussichtsloser Asylanträge nicht das Ziel einer Beschäftigung in Deutschland verfolgt werden kann, so das Innenministerium. Ob Baden-Württemberg Ähnliches plant, konnte ein Sprecher des Integrationsministeriums am Dienstag nicht sagen.

Verfahren: In den Lagern sollen die Flüchtlinge aus Südosteuropa innerhalb der drei ersten Tage ihren Asylantrag stellen. Gleichzeitig werden sie sofort über die freiwillige Ausreise beraten und zu jedem Zeitpunkt dabei unterstützt, so hat es die Landesregierung am 20. Juli beschlossen. Anhörung, Entscheidung und Zustellung der Entscheidung durch das Asyl-Bundesamt erfolgen binnen zwei Wochen. Gerichtliche Widersprüche werden ebenfalls innerhalb von zwei Wochen entschieden. Ob Baden-Württemberg ähnliche Regularien einführen will, ist unklar.

Abschiebung: Laut Beschluss des bayrischen Kabinetts aus der vergangenen Woche sollen Abschiebungen nach der endgültigen Ablehnung der Asylanträge durch das Asyl-Bundesamt oder ein Verwaltungsgericht unmittelbar und kontinuierlich direkt aus der Einrichtung erfolgen. Ob in den Lagern für die südosteuropäischen Flüchtlinge auch Abschiebehaftplätze entstehen sollen, ist offen. Bereits im Mai hatte Bundesinnenministerer Thomas de

Auf dieharte Tour Roma Menschen aus Südosteuropa stellten in diesem Jahr mehr als ein Drittel aller Asylanträge in Deutschland. Die Innenminister wollen dem ein....

Maizière (CDU) angekündigt, dass die Abschiebungen aus den Sonderlagern in die Balkanstaaten von der Bundespolizei zentral gesteuert und durchgeführt werden.

**Load-Date:** July 28, 2015

---

End of Document

**Agentur: Frische Härtefallkommission; ASYL Niedersachsen hat neue Mitglieder bestimmt, die künftig über abgelehnte Bewerber beraten**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 27

**Length:** 230 words

**Highlight:** ASYL Niedersachsen hat neue Mitglieder bestimmt, die künftig über abgelehnte Bewerber beraten

## Body

---

Für Niedersachsens Härtefallkommission sind neun neue Mitglieder benannt worden. Sie wurden von Kirchen, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden sowie vom **Flüchtlingsrat** vorgeschlagen, sagte die Vorsitzende der Kommission, Anke Breusing, am Dienstag in Hannover.

Zu den neuen Mitgliedern gehören der Diakoniepastor der evangelisch-reformierten Kirche mit Sitz in Leer, Thomas Fender, Ludger Niehaus von der Caritas und die frühere Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, Gabriele Erpenbeck. Außerdem kommen der frühere Präsident des Verwaltungsgerichtes Magdeburg, Martin Bluhm, und Uwe Erbel von der Interkulturellen Arbeitsstelle Ibis in Oldenburg dazu.

Auch ein weiterer Arzt und zwei Juristen aus dem Innenministerium gehören künftig zum Gremium.

Der Kommission gehören insgesamt elf Mitglieder und 23 Stellvertreter an, die zum Teil vom Innenministerium berufen werden. Kirchen, Kommunen, Wohlfahrtsverbände sowie der Flüchtlingsrat schlagen eigene Vertreter vor.

Die Härtefallkommission berät, ob abgelehnten Asylbewerbern in Einzelfällen aus humanitären oder persönlichen Gründen ein Aufenthaltsrecht gewährt werden kann. Spricht sich die ehrenamtliche Kommission mehrheitlich für ein Bleiberecht aus, kann das Innenministerium den Aufenthalt genehmigen. Die Migrationsbeauftragte des Landes Niedersachsen, Doris Schröder-Köpf (SPD), kann beratend an den Sitzungen teilnehmen. (dpa)

**Load-Date:** January 26, 2016

**Ein Gutteil der Schwermut; GESCHICHTE &quot;Die neue Odyssee&quot;;  
eine Buchreportage des Briten Patrick Kingsley über Ursachen der  
Flüchtlingskrise**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 07. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 16

**Length:** 641 words

**Byline:** Lennart Laberenz

**Highlight:** GESCHICHTE "Die neue Odyssee", eine Buchreportage des Briten Patrick Kingsley über Ursachen der **Flüchtlingskrise**

## Body

---

Bald nachdem man begonnen hat, Patrick Kingsleys *Die neue Odyssee* zu lesen, befällt einen Schwermut. Kingsley ist **Migrationskorrespondent** beim britischen Guardian, seine Reportagen erzählen immer davon, dass die in London erscheinende Zeitung eine der wenigen Publikationen ist, die **Migration** so ernst nehmen, dass sie ihr einen journalistischen Schwerpunkt zuordneten.

Der Autor hat für seine Geschichte der europäischen Flüchtlingskrise 17 Länder bereist, mit Verschleppten gesprochen, Flüchtlinge begleitet, Fluchtursachen recherchiert, Schmuggler beim Geldverdienen beobachtet. Er hat Polizisten in Niger befragt, die grausame östliche Route durch die Sahara nachgezeichnet, freiwillige Helfer begleitet. Er berichtet von den Mittelmeerküsten, zeichnet eines der schlimmsten Schiffsunglücke in jüngerer Zeit nach. Kingsley traf einen Überlebenden in einem Aufnahmelager in Sizilien.

Eine Geschichte von Qualen und Schmerzen ist es, von Alternativlosigkeit und Aufbruch. Und Kingsley erzählt die Odyssee von Haschem al-Souki, Ehemann und Familienvater, der in syrische Folterkeller geriet, mit Glück und seiner Familie nach Ägypten fliehen konnte und erst in Schweden, während er sechs Wochen auf ein Asyl wartet, verzweifelt zu weinen beginnt.

Neben den Geschichten der Flucht sind Kingsleys Beobachtungen auch die Geschichte einer Absage an Zivilität und Solidarität der europäischen Politik: Die Bezeichnung Flüchtlingskrise ist in gewisser Weise irreführend. Es ist eine Krise, aber diese wurde zum großen Teil durch unsere Reaktion auf die Flüchtlinge und weniger durch die Flüchtlinge selbst ausgelöst.

Der Zustrom, der sich lange abgezeichnet hatte, und der 2015 nur ungefähr 0,2 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung von 500 Millionen ausmachte, wäre vom reichsten Kontinent der Erde verkraftbar gewesen: Wenn und nur dann sachgemäß und angemessen damit umgegangen wird. Gerade diese Aspekte machen

Ein Gutteil der Schwermut GESCHICHTE "Die neue Odyssee", eine Buchreportage des Briten  
Patrick Kingsley über Ursachen der Flüchtlingskrise

einen Gutteil der Schwermut aus: Kingsley schaut sich die österreichische Außenpolitik an, zeichnet die Brüsseler Verhandlungen im Herbst 2015 nach, überblickt Positionen der Regierungschefs – dennoch müssen manche Einschätzungen etwas blauäugig wirken: Hätten die Politiker ein System zur organisierten Massenumsiedlung entwickelt und wäre dieses System schnell genug und im erforderlichen Umfang eingerichtet worden, wäre Europa vielleicht imstande gewesen, die chaotischsten Aspekte der Krise einzudämmen. Ein solches System hätte vielen Migranten Anreize geboten, kurzfristig im Nahen Osten zu bleiben und ihre Hoffnung auf einen formellen Umsiedlungsprozess zu setzen. Dies hätte es Europa ermöglicht, sich planvoller auf ihre Ankunft vorzubereiten.

Was natürlich voraussetzt, dass verantwortliche Politiker in Europa Interesse an der Lösung einer Katastrophe haben, an der mindestens 65 Millionen Menschen beteiligt sind, und nicht nur die Stimmung in ihrem Wahlkreis oder dem eigenen Land verwalten wollen. Vielleicht ist dies auch der einzige Kritikpunkt an Kingsleys Recherche wenn Politik komplementär zu Flucht und Migration die europäische Krise bildet, bleibt sie etwas unterbelichtet, Kingsley kommt über Allgemeinplätze zum politischen Betrieb und dem Mangel an Pragmatismus nicht recht hinaus. Dafür wird er sicherlich bald Gelegenheit haben, er schätzt, dass sich in den nächsten Jahren noch einmal zwei bis drei Millionen Flüchtlinge nach Europa aufmachen werden.

Dennoch ist Die neue Odyssee schon jetzt eine Wasserscheide: Wer den Band gelesen hat, wird sich schwertun mit dem Ressentiment, dass einem zum Thema entgegenschlägt.

Lennart Laberenz

Patrick Kingsley: Die neue Odyssee. Eine Geschichte der europäischen Flüchtlingskrise . Aus dem Englischen von Hans Freundl und Werner Roller. C. H. Beck, München 2016, 332 Seiten, 21,95 Euro

Die Krise wurde durch unsere Reaktion auf Flüchtlinge mit ausgelöst

**Load-Date:** December 6, 2016

**Abschottung im Auftrag Europas; Sudan Früher verübten seine Kämpfer Verbrechen in Darfur. Heute jagt derselbe Mann als Kommandant der Grenzpolizei Flüchtlinge, die nach Europa wollen. Beim Unterbinden von Migration aus Afrika ist das verfeindete sudanesisches Regime Deutschlands Partner geworden**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4,5

**Length:** 2907 words

**Byline:** Simone Schlindwein

**Highlight:** Sudan Früher verübten seine Kämpfer Verbrechen in Darfur. Heute jagt derselbe Mann als Kommandant der Grenzpolizei **Flüchtlinge**, die nach Europa wollen. Beim Unterbinden von **Migration** aus Afrika ist das verfeindete sudanesisches Regime Deutschlands Partner geworden

## Body

---

von Simone Schlindwein

Ich sage ganz klar: Wir sind von den **Flüchtlingen** nicht gefährdet, denn die Menschen wollen ja nach Europa, erklärte Generalmajor Mohammed Hamdan Daglo. Stolz präsentierte der Kommandant von Sudans Schnellen Einsatztruppen (RSF) im August auf einer Pressekonferenz in der Hauptstadt Khartum über 800 illegale **Migranten**: Eritreer, Äthiopier und Sudanesen. Sie waren auf dem Weg Richtung Europa, als die RSF sie an der libyschen Grenze aufgriff. Also arbeiten wir stellvertretend für Europa, stellte der Generalmajor klar. Berühmt und berüchtigt ist er unter dem Kriegsnamen Hametti.

Ausgerechnet Hametti. Sudans oberster Grenzschützer gilt als mutmaßlicher Kriegsverbrecher. Als Neffe eines führenden Clanchefs aus Ost-Darfur, wo Kamelhirten und Händler bewaffnet unterwegs sind, wurde seine Reitermiliz 2003 von Sudans Regime als Stoßtrupp aufgestellt, um in Darfur Rebellen zu bekämpfen. Bekannt als Janjaweed, wurde Hamettis Miliz von Menschenrechtsorganisationen für grausame Verbrechen verantwortlich gemacht. Im Jahr 2009 erließ der Internationale Strafgerichtshof gegen Sudans Präsident Omar al-Bashir Haftbefehl. Der Vorwurf: Völkermord in Darfur.

In Sudan gilt Hametti als Held. Im April beförderte Präsident Bashir ihn zum Generalmajor, verteilte Tapferkeitsmedaillen. Hametti erzielte jüngst in Darfur den entscheidenden Sieg: die Zerschlagung der Rebellenarmee JEM (Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit). Während Bashir von der Ladefläche eines Pick-ups herab seine Lobrede auf Hametti hielt, verwesten im Hintergrund aufgedunsene Leichen im Wüstensand.

Abschottung im Auftrag Europas Sudan Früher verübten seine Kämpfer Verbrechen in Darfur . Heute jagt derselbe Mann als Kommandant der Grenzpolizei Flüchtlinge, ....

Amnesty International berichtet in ihrem jüngsten Darfur-Bericht von Giftgasangriffen der Regierung gegen die Bevölkerung.

Hametti gilt als persönlicher Garant von Bashirs Macht. 2014 stellte er sich in seinem Hauptquartier in Darfur vor die Kameras des australischen TV-Senders ABC und rühmte sich, er empfangt seine Befehle direkt vom Präsidenten. 2013 wurde seine Miliz als Grenzwächtereinheit vom Geheimdienst übernommen, um den Darfur-Rebellen die Rückzugswege abzuschneiden. Hametti heuerte seine Verwandten an. Dafür forderte er Pfründen: Macht, Ausrüstung und Einfluss.

Seit einer Verfassungsänderung 2015 darf Sudans Geheimdienst NISS (National Intelligence and Security Service) eigene Truppen unterhalten. Laut Artikel 151 ist er nicht mehr nur zur Überwachung der Grenzen und Bekämpfung von Schmugglern durch das Sammeln von Informationen zuständig, sondern ist als eigenständiges Organ der Armee gleichgestellt. Heute ist Hamettis RSF rund 6.000 Mann stark. Sie alle tragen offizielle NISS-Ausweise. Sie sind besser ausgestattet als die regulären Streitkräfte, fahren schnelle Pick-ups. Sie sind für die Überwachung der Grenzen zu Libyen, Ägypten und Tschad zuständig.

Denn das Chaos in Libyen hat auch Rebellen aus Darfur angezogen. Sie rekrutieren Flüchtlinge aus Darfur und rüsten gegen Sudans Regierung. Dagegen soll Hametti einen Puffer errichten: Er versucht, im Grenzgebiet eine Koalition mit der libyschen Miliz Libya Dawn aufzubauen, die im Übergangsrat in Tripolis sitzt und von Sudan und Katar unterstützt wird. loyale Truppen also, die Hametti ausstatten muss.

Auf seiner Pressekonferenz vom August erklärte Hametti: Bei der Festnahme der 800 Migranten sei es zu Gefechten gekommen, bei welchen 25 seiner Soldaten getötet, 315 verletzt und 151 Autos zerstört worden seien. Bei unserem Kampf gegen illegale Migration haben wir schwere Verluste hinnehmen müssen, unsere Fahrzeuge wurden zerstört, während wir durch die libysche Wüste Jagd gemacht haben. Dennoch hat uns bislang niemand dafür gedankt, beklagte er sich. Ein mutmaßlicher Kriegsverbrecher erpresst die EU.

Am Tisch in Khartum

Für ihre neue Migrationspolitik in Afrika hat sich die EU ausgerechnet Sudan als ein Hauptpartnerland ausgeguckt. Das wichtigste Migrations-Rahmenabkommen zwischen der EU und den Staaten Ostafrikas heißt Khartum-Prozess. Sudans Präsident Bashir mag der einzige Staatschef weltweit sein, gegen den ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs anhängig ist, unter anderem auf europäische Initiative hin. Jetzt strecken Europäer dem mutmaßlichen Kriegsverbrecher die Hand aus.

Eine Delegation des Bundestagsausschusses für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit staunte nicht schlecht, als sie Anfang Oktober in Khartum den Innenminister traf, Leutnant Esmat Abdulrahman. Neben den Abgeordneten saßen zwei NISS-Agenten mit am Tisch. Am Vortag hatten die Deutschen Bashirs Berater Ibrahim Mahmoud Hamid getroffen, ein enger Vertrauter des Präsidenten, der für ihn die Kontakte zum Westen pflegt.

Hamid ist der offizielle sudanesishe Ansprechpartner im Khartum-Prozess. Darin arbeiten EU-Staaten mit den afrikanischen Transitländern für Flüchtlinge und Migranten vom Horn von Afrika zusammen, um Menschenhandel und Schleusertum einzudämmen und Migrationsströme zu regulieren und zu kontrollieren, wie es heißt.

Dafür will die EU in Afrika Grenzbehörden unterstützen. Training, technische Hilfe und Lieferung angemessener Ausrüstung, um die Migrationspolitik umzusetzen, heißt es in der Projektbeschreibung zum Besseren Migrationsmanagement im Rahmen des Khartum-Prozesses. Diese Grenzbehörden sind Sicherheitskräfte, die in der Regel der Polizei, der Armee oder im Sudan eben dem Geheimdienst unterstehen. Wird die EU nun also mutmaßliche Kriegsverbrecher wie Hametti ausrüsten?

Sudan ist das Haupttransitland für Migranten vom Horn von Afrika Richtung Mittelmeer. Für viele Arbeitsmigranten war es bislang Zielland: Geschätzte 2,5 Millionen aus Eritrea, Äthiopien, Tschad, Somalia oder Niger, sogar Syrer, da Sudan eines der wenigen Länder ist, für das sie kein Visum brauchen. Es gibt auch rund 365.000 vom UNHCR

Abschottung im Auftrag Europas Sudan Früher verübten seine Kämpfer Verbrechen in Darfur . Heute jagt derselbe Mann als Kommandant der Grenzpolizei Flüchtlinge, ....

registrierte Flüchtlinge und Asylbewerber. Viele ziehen nun weiter gen Norden, das Land steckt in einer Wirtschaftskrise.

Sudan produziert auch selbst Flüchtlinge. Sie stellen in der EU gleich nach den Eritreern die meisten Asylanträge aus Afrika. Schuld sind die Bürgerkriege in den Regionen Darfur, Blue Nile und Südkordofan, die Verfolgung von Oppositionellen und Minderheiten. Über 3 Millionen Binnenv Vertriebene hausen laut UNHCR in Lagern. Der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Silberhorn besuchte Anfang März die Lager: Für viele Flüchtlinge im Sudan ist die Lage hoffnungslos. Die gefährliche Weiterreise nach Europa ist oft der einzige Ausweg , sagte er dort in die Kameras.

Doch nur die Hälfte der Asylanträge von Sudanesen in EU-Mitgliedsstaaten wird anerkannt. Die Übrigen sollen abgeschoben werden. Die Rückführungsrate ist im Fall Sudan jedoch besonders niedrig , so das EU-Rückführungsabkommen mit Sudan vom März 2016. Sie liege bei nur 12 Prozent. Im Vergleich: Der Durchschnitt bei anderen Ländern beträgt 40 Prozent. Der Grund, so das Rückführungsabkommen: ein kompletter Mangel an Kooperation von Sudans Seite .

Um die Kooperationsbereitschaft zu steigern, verspricht die EU im nächsten Satz Kapazitätenbildung und unterbreitet Sudan ein unwiderstehliches Angebot: die Wiederaufnahme des geächteten Regimes in die Weltgemeinschaft als Partner . Sudans Innenminister erstellte eine Wunschliste: Ausrüstung, Internierungszellen, Zäune, Kampfhubschrauber.

Italien wagte im August einen Testlauf mit einem bilateralen Vertrag. Sofort zeigte sich Sudan kooperativ: Drei Wochen später hob ein Flugzeug von Turin ab in Richtung Khartum. An Bord: 40 abgeschobene Sudanesen. Wenige Tage später stellte sich General Hametti vor die Kameras und verlangte europäische Ausrüstung.

Händeschütteln in Berlin

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat der EU-Politik mit ihren emsigen Afrika-Reisen und Staatsempfängen eine deutsche Handschrift verpasst. Im Khartum-Prozess sitzt die Bundesregierung im Lenkungsausschuss.

Ende 2015 reiste Entwicklungsminister Gerd Müller nach Eritrea, eines der autoritärsten Regime der Welt, und versprach im Auftrag der EU ein 200-Millionen-Euro-Paket zur Fluchtursachenbekämpfung . Kanzlerin Merkel besuchte in diesem Oktober Äthiopien, wo kurz zuvor Aufstände gewaltsam niedergeschlagen worden waren. Sie griff zwar zu deutlichen Worten und traf sogar Oppositionelle. Doch im selben Zug verkündete sie eine engere Zusammenarbeit mit äthiopischen Polizeikräften.

Kaum war Merkel aus Afrika zurück, kam eine Polizeidelegation aus Sudan nach Berlin. Der Chef der Immigrationsbehörde, Generalleutnant Awad Dahiya, will biometrische Pässe und Ausweise einführen. Dazu besichtigte er die Bundesdruckerei in Berlin. Danach wurden im Präsidium der Bundespolizei Hände geschüttelt. Ein Kennenlerngespräch , so die Pressestelle auf taz-Anfrage: Vereinbarungen zwischen der sudanesischen Polizei und der Bundespolizei wurden mithin im Rahmen des Besuchs nicht getroffen.

Die Partnerschaft mit Sudan ist längst geregelt im Verborgenen. In einem geheimen Bericht des Auswärtigen Amts, der der taz vorliegt, ist von maßgeschneiderten Länderpaketen die Rede, die unter keinen Umständen an die Öffentlichkeit gelangen dürften . Denn zu Sudan bestünden Bedenken des Auswärtigen Dienstes der EU: Der Ruf der EU stehe auf dem Spiel, wenn sie sich zu stark mit dem Land engagierte.

Die EU hat Sudan im Rahmen des Khartum-Prozesses anteilig Gelder aus dem 40-Millionen-Euro-Topf für das Bessere Migrationsmanagement zugesagt, wozu Deutschland weitere 6 Millionen zuschießt. Im Rahmen des EU-Afrika-Migrationsdialogs fließen weitere 17,5 Millionen Euro, dazu sicherte die Bundesregierung 35 Millionen Euro Hilfe für Flüchtlinge zu. Das größte, maßgeschneiderte EU-Paket umfasst 100 Millionen Euro, um Herausforderungen von Klimawandel, Armut oder Vernachlässigung zu bekämpfen langfristige



Abschottung im Auftrag Europas Sudan Früher verübten seine Kämpfer Verbrechen in Darfur . Heute jagt derselbe Mann als Kommandant der Grenzpolizei Flüchtlinge, ....

Fluchtursachenbekämpfung. Es wird nicht nach Khartum überwiesen, sondern von europäischen Partnern vor Ort ausgegeben.

Kurz nach Unterbreitung des 100-Millionen-Angebots kam Sudans Außenminister Ibrahim Ghandour nach Berlin und Brüssel. Der ARD erklärte er: Wir haben schon lange nach Ausrüstung wie GPS und anderem Grenzschutzequipment gefragt. Darüber sei mit Deutschland und der EU gesprochen worden und er erwarte ein gegenseitiges Einvernehmen . Dann erzählte er: Der Migrationskommissar in Brüssel hat mir gesagt: Wir haben 12.000 illegale Migranten aus dem Sudan in der EU. Sind Sie bereit, die zurückzunehmen? Ich sagte ihm: Sofort. Steht zu euren Versprechen und sie sind herzlich willkommen.

Noch auf derselben Reise wurde im März das EU-Rückführungsabkommen mit Sudan unterzeichnet, eines der ersten in Afrika. Es geht um kurz- und mittelfristige Maßnahmen, um dann Schritt für Schritt den politischen Willen des Sudan zu testen , also ein Zuckerbrot-Ansatz nach dem Motto: Wenn Sudan mitspielt, gibt s noch mehr hinterher. Die Peitsche ist dagegen eher gemäßigt: Sollte die Kooperation nicht effektiv sein , würden die EU-Mitglieder über Visarestriktionen gegen Regierungsmitglieder diskutieren .

Zudem erwägt die EU die Erlassung aller Schulden Sudans bei EU-Staaten, will sich bei den USA für die Streichung Sudans von der US-Terrorliste einsetzen und bei der Welthandelsorganisation für neue Gespräche. Im nächsten Satz folgt der Hinweis: Die EU sollte das Reputationsrisiko sorgfältig abwägen, sich mit dem Sudan einzulassen.

Menschenrechte wahren

Deswegen erfolgt das Engagement über Nichtregierungsorganisationen. Zuständig für die Umsetzung des Khartum-Prozesses in Sudan ist die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Deutschlands wichtigste Agentur für Entwicklungshilfe. Dafür ist sie in Verruf geraten. Der Grund: Ein Anhang des EU-Konzepts Besseres Migrationsmanagement , in dem Sudans Innenminister verbesserte Grenz-Infrastruktur an 17 Grenzübergängen (Computer, Scanner, Server, Autos und Flugzeug) verlangt. Dahinter kommentiert die EU: Im Prinzip ja, aber Flugzeug unwahrscheinlich.

Gegenüber der taz zeigt sich die GIZ verärgert über die Veröffentlichung dieses Anhangs. Die Wunschlisten der afrikanischen Regierungen seien im April 2015 bei einer Konferenz in Ägypten entstanden, so Martin Weiß von der GIZ, verantwortlich für das Projekt. Nach der Diskussion dieses Dokuments mit der EU haben wir sehr klare Menschenrechtsprinzipien festgelegt , so Weiß. Jetzt stehe in der Präambel als Vertragsbestandteil: Die Maßnahmen werden ausgeführt mit vollem Respekt gegenüber den Menschenrechten von Migranten.

Training für Sudans Grenzbeamten sei denkbar , so Weiß allerdings nicht im Sudan, sondern in Äthiopien. EU-Ausbilder würden den menschengerechten Umgang mit Migranten lehren. Weiß unterstreicht: Wir werden nicht mit Menschen zusammenarbeiten, die wegen Menschenrechtsverbrechen auf Sanktionslisten stehen und wir werden keine Ausrüstung liefern, die auf geltenden Sanktionslisten aufgeführt ist. Einzige Ausnahme: Büromaterialien bis hin zum Laptop.

Seit April war Weiß viel unterwegs. In Kenia, Äthiopien und Sudan wurden Büros angemietet, Mitarbeiter angestellt. Im Oktober fand ein Treffen mit allen Partnern statt. Dabei wurden Projekte konkretisiert: Für Äthiopien eine Fortbildung für Richter und Staatsanwälte in Hinsicht auf die Verfolgung von Menschenhandel mit Fokus auf den menschenrechtlichen Umgang mit Opfern , im Sudan Safe Houses , in welchen Opfer von Menschenhändlern Schutz finden. Im Sudan sind die Gefängnisse voller Migranten. Unser Auftrag ist hier, Verständnis für deren Lage herzustellen , so Weiß. Sudans Wunschliste für Ausrüstung wurde hingegen endgültig abgelehnt.

Aber die Migrationskontrolle im Sudan bleibt in den Händen der Sicherheitsorgane. Im Rahmen des Khartum-Prozesses hat Sudan ein Komitee zur Bekämpfung des Menschenhandels (NCCHF) gegründet, in dessen Leitung neben Polizei- und Armeevertretern auch NISS-Geheimdienstoffiziere sitzen. Diese neue Behörde hat viel zu tun: Khartum ist ein Zentrum von Schleusern, so ein interner Bericht der Bundesregierung. Äußerst problematisch seien die vielen Schmugglernetzwerke , steht da unter Berufung auf EU-Erkenntnisse.

Abschottung im Auftrag Europas Sudan Früher verübten seine Kämpfer Verbrechen in Darfur . Heute jagt derselbe Mann als Kommandant der Grenzpolizei Flüchtlinge, ....

Es ist eine Schande

Italienischen Ermittlungen zufolge gilt das Lager Hajar bei Khartum als Umschlagplatz für Migranten gen Libyen. Die Schlepper-Paten leben sicher in der nahe gelegenen Hauptstadt. Von dort aus soll ein somalischer Geschäftsmann enorme Summen zwischen Mittelmeer und Somalia hin und her überweisen. Erste Klasse -Deals werden von einem Eritreer abgewickelt: Wer es sich leisten kann, fliegt aus Khartum für 30.000 Dollar nach Singapur oder die Philippinen, von wo aus es dann mit Schengen-Visum nach Europa weitergeht.

Es ist nicht auszuschließen, dass auch sudanesisische Grenzbeamte gegen Geld die Menschenhändler unterstützen , steht im internen Papier des Auswärtiges Amts vom Juni 2016. Sudan-Experten munkeln längst hinter vorgehaltener Hand: Sudans Regime schützt Menschenhändler. Für die EU ist es jedoch Partner im Kampf gegen Menschenhandel.

Es ist eine Schande, dass sich die GIZ auf so etwas einlässt , kritisiert Jérôme Tubiana. Der Researcher für die Nichtregierungsorganisation Small Arms Survey und ehemalige Sudan-Ermittler der UNO kommt gerade von der Grenze zwischen Sudan und Tschad zurück. Er berichtet von Tschads Grenzposten Addé zu Sudan: ein loses Seil, mehrfach zusammengeknotet, über eine holprige Piste mitten in der Wüste keine Demarkationslinie, kein Zaun. Ab und zu düst eine Patrouille vorbei, ein Pick-up von Tschads Grenzbehörde und Hamettis RSF, die hier zusammenarbeiten.

Aus Gesprächen mit Grenzbeamten weiß Tubiana, dass sie, obwohl sie der Polizei und damit dem Innenministerium unterstehen, mit dem Geheimdienst zusammenarbeiten. Auch von der Grenze zu Südsudan weiß er: Die Grenzbeamten in Polizeiuniform sind NISS-Agenten.

Eritreer, die jüngst geflohen sind, berichten der Exilorganisation Eritreische Initiative für Flüchtlingsrechte (EIRR), sie hätten an der Grenze hoch gerüstete Spezialeinheiten gesehen. EIRR-Direktorin Meron Estefanos bekommt Anrufe von Eritreern auf der Flucht: Sie erzählen, Sudans Einheiten seien von Deutschen ausgerüstet worden, deswegen wagen sie sich nicht mehr über die Grenze , sagt die Eritreerin der taz aus dem Exil in Schweden. Schon Gerüchte schrecken ab.

Auf die Frage, wie die GIZ mit den RSF-Truppen entlang Libyens Grenze umgehen wird, antwortet Weiß: Wir müssen unsere Partner vor Ort kennenlernen und sehr sorgfältig bewerten, ob mit denen eine Zusammenarbeit möglich und überhaupt gestattet ist.

Im Sudan sind die Gefängnisse voller Migranten. Unser Auftrag ist hier, Verständnis für deren Lage herzustellen

Die EU sollte das Reputationsrisiko sorgfältig abwägen, sich mit dem Sudan einzulassen

Europas Grenzen in Afrika

Wer sich vom Horn von Afrika als Flüchtling nach Europa aufmacht, muss durch die Wüste zwischen Sudan und Libyen Richtung Mittelmeer. Dieses Schlupfloch lässt die EU jetzt schließen von einem äußerst brutalen Regime. Jetzt hofft Sudan auf europäisches Entgegenkommen: Rüstung, Training, Geld

taz-Rechercheprojekt

Vor dramatischer Migration aus Afrika warnt die deutsche Regierung, von einem Marshallplan für den Kontinent ist die Rede. Doch die Milliardensummen, die Europa in Afrika ausgeben will, dienen nicht nur dem Kampf gegen Armut. Erklärtes Ziel ist es, Flüchtlinge und Migranten tief im Innern Afrikas aufzuhalten. Entwicklungshilfe dient der Flüchtlingsabwehr, Diktatoren sind als Partner willkommen. In den nächsten Wochen berichtet die taz darüber in einem Schwerpunkt. Die Recherchen entstanden mit Förderung von Fleiß und Mut e. V. (cja)

**Load-Date:** November 16, 2016

Abschottung im Auftrag Europas Sudan Früher verübten seine Kämpfer Verbrechen in Darfur . Heute jagt derselbe Mann als Kommandant der Grenzpolizei Flüchtlinge, ....

---

End of Document

**So läuft das beim Bamf; Geflüchtete Weil Hunderttausende Asylanträge liegen bleiben, stellte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Hunderte neue Mitarbeiter an. Doch viele Anhörer im Asylverfahren wurden nach drei Wochen Schulung wieder entlassen. Warum?**

taz, die tageszeitung

Freitag 24. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** TAZZWEI; S. 11

**Length:** 1422 words

**Byline:** Kersten Augustin

**Highlight:** Geflüchtete Weil Hunderttausende Asylanträge liegen bleiben, stellte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Hunderte neue Mitarbeiter an. Doch viele Anhörer im Asylverfahren wurden nach drei Wochen Schulung wieder entlassen. Warum?

## Body

---

von Kersten Augustin

So einfach hatte er sich das nicht vorgestellt. Im März bewarb sich Johann Sacher per E-Mail auf eine Stelle als Anhörer beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Anhörer, das sind die Sachbearbeiter im Asylverfahren, die den Flüchtling zu seinen Asylgründen befragen. Per E-Mail bekam er auch die Antwort. Er war eingestellt, ein Bewerbungsgespräch fand nicht statt. Was Sacher zu diesem Zeitpunkt nicht weiß: So schnell, wie ihn das Bamf eingestellt hatte, würde es ihn auch wieder entlassen.

Sacher heißt eigentlich anders. Er will anonym bleiben, weil er Nachteile für seinen Berufsweg befürchtet. Gerade hat er sein Jurastudium beendet, das erste Staatsexamen bestanden und wartet auf einen Referendariatsplatz.

Im Februar erhielt er einen Brief des Berliner Justizsenators, dem es nicht an Pathos fehlte: Deutschland ist ein starkes Land, heißt es darin. Doch die Flüchtlingswelle sei eine große Herausforderung, die nur bewältigt werden könne, wenn viele Menschen mithelfen würden. Ich bitte Sie, sich das beiliegende Angebot des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) anzusehen und sich für eine der dort ausgeschriebenen Stellen als Anhörer zu bewerben. In ihrer Wartezeit auf das Referendariat sollten die Jura-Absolventen beim Bamf arbeiten, Nachteile würden ihnen nicht entstehen. Was nicht im Brief stand: Am Ende sollten Sacher und viele weitere Mitarbeiter, die Deutschland angeblich so dringend braucht, einen Vermerk in ihrer Personalakte haben und ein Verbot, für zwei Jahre im Asylrecht zu arbeiten.

Sachers Arbeitsbeginn wird dreimal per Mail um Wochen verschoben. Dann ist es so weit, 25. April, Dienstantritt. In einem unauffälligen Bürogebäude in Berlin-Wilmersdorf unterschreiben Sacher und 36 weitere Mitarbeiter ihre

So läuft das beim Bamf Geflüchtete Weil Hunderttausende Asylanträge liegen bleiben, stellte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Hunderte neue Mitarbeite....

Verträge. Sie sind jetzt Anhörer im Asylverfahren. Hier erfahren sie, dass die Arbeit mit einer dreiwöchigen Schulung beginnt. Früher habe man neues Personal ein halbes Jahr lang geschult, erzählt ihnen einer der Ausbilder. Grund für die kurze Ausbildungszeit sei der aktuelle Ausnahmezustand wegen der vielen unbearbeiteten Asylanträge. So läuft das eben beim Bamf, erklärt er.

Sacher und die anderen lernen im Schnellverfahren, worauf sie beim Gespräch mit den Asylbewerbern achten sollen: Rechtsgrundlagen, Bescheide schreiben, Einführung ins Computersystem. Das Material für die Schulung wird selbst von einem Ausbilder als schlecht bezeichnet. Am Ende mancher Einheiten wird schriftlich abgefragt. Zum Beispiel so: Ich benutze hippe Sprache, um nicht altmodisch zu wirken. Richtig oder falsch? Falsch ist die richtige Antwort.

Die zweite Woche der Schulung. Die Tür geht auf, Einzelne werden aufgerufen. Ohne dass der Theorieunterricht beendet wird und ohne jemals bei einer Anhörung nur zugesehen zu haben, soll eine neue Mitarbeiterin eine syrische Frau befragen. Unter anderem geht es darum, die Glaubwürdigkeit der Antragstellerin zu prüfen. Wie das geht, hat sie nicht gelernt. Auf ihre Frage, warum ihr die Anhörung nicht früher angekündigt wurde, um sich vorzubereiten, antwortet die Ausbilderin: So läuft das eben beim Bamf. Anschließend wird die Neue von der Ausbilderin gelobt. Gekündigt werden wird ihr trotzdem.

Nach drei Wochen ist die Schulung beendet, Sacher und die anderen neuen Mitarbeiter sollen ihre Büros beziehen. Doch für acht von ihnen gibt es kein Türschild und keinen Büroplatz. Sie erkundigen sich bei einer Vorgesetzten, der rutscht heraus, dass ich das jetzt machen muss. Dann beteuert sie aber, nichts zu wissen. Im Aufenthaltsraum treffen sie Mitarbeiter aus dem Vorgängerkurs. Sie erzählen, dass ihnen gekündigt wurde. Sacher und die anderen werden misstrauisch.

Als der Referatsleiter sie über den Flur laufen sieht, flieht er in sein Büro. Andere Vorgesetzte sagen, sie wüssten von nichts. Sie sollten am nächsten Tag wiederkommen. Am Nachmittag ist die Versammlung aller Mitarbeiter in Berlin, hier muss sich Sacher wie alle anderen auch mit Namen und Funktion vorstellen. Es wird sein letzter Arbeitstag sein.

Am nächsten Tag sind Sacher und die anderen um 7.30 Uhr in der Spandauer Außenstelle. Sie wollen Antworten. Nach mehr als acht Stunden Wartezeit wird Sacher mitgeteilt, dass er sich nicht bewährt habe. Gründe erfährt er nicht. Auch 17 weiteren Mitarbeitern wird gekündigt, jedem zweiten im Kurs.

Sacher und fünf weitere klagen nun. Die Kündigung mit der Begründung, sich nicht bewährt zu haben, ist ein Problem, denn der Vermerk in der Personalakte erschwert einen späteren Einstieg im öffentlichen Dienst. Hinzu kommt, dass der Arbeitsvertrag beim Bamf vorsieht, dass die Arbeit im Bereich des Asylrechts für die nächsten zwei Jahre ausgeschlossen ist. Auch dagegen klagen sie.

Diese Einstellungspolitik ist für den öffentlichen Dienst ungewöhnlich und teuer. Im Bamf scheint sie eine neue Vorgabe zu sein. Auch in Bayern hat es Entlassungen am Anfang der Probezeit gegeben, berichtete Ende vergangener Woche der Bayerische Rundfunk und sprach von bundesweit über 200 Fällen. Das Bundesamt nannte 120 Kündigungen.

Etwa 3.000 Euro brutto verdienen die Anhörer. Zwei Monate werden auch jene bezahlt, denen nach der Schulung wieder gekündigt wurde. Mit den Kosten für die Schulung beläuft sich die Investition in die 18 aussortierten Mitarbeiter allein in Berlin also auf etwa 100.000 Euro. Dazu kommen die Kosten für die fünf klagenden Mitarbeiter. Und es ist möglich, dass einige von ihnen wegen Formfehlern ihr Gehalt für mehr als zwei Monate erhalten.

Grund für das Vorgehen des Bamf sind die etwa 460.000 unbearbeiteten Asylanträge. Im vergangenen Herbst wurde die Bundesbehörde von der Unternehmensberatung Mc Kinsey beraten, jetzt werden offenbar neue Wege ausprobiert. Auch der Personalrat kritisiert die neue Einstellungspraxis ohne Bewerbungsgespräch, er wurde bei den Einstellungen seit Anfang des Jahres nicht mehr beteiligt. Schon Anfang März war von 750 Fällen die Rede, da war Sacher noch gar nicht eingestellt. Gegen diese Praxis hatte der Personalrat geklagt.

So läuft das beim Bamf Geflüchtete Weil Hunderttausende Asylanträge liegen bleiben, stellte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Hunderte neue Mitarbeiter....

Am Dienstag dieser Woche haben Vertreter des Bamf vor Gericht nun Fehler eingeräumt. In Hunderten Fällen seien die Mitbestimmungsrechte des Personalrats missachtet worden. In Zukunft soll der Personalrat wieder beteiligt werden. Ein Mitarbeiter des Bamf, der anonym bleiben will, kritisiert: Jahrelang wurde hier versäumt, Personal einzustellen. Jetzt könne es nicht schnell genug gehen. Das ist ein Fehler der Politik.

Das Bamf rechtfertigt sich: Deutschland stand im letzten Jahr mit über einer Millionen Asylsuchenden vor einer besonderen Herausforderung, sagte eine Sprecherin der taz. Zu den einzelnen Kündigungen in Berlin wollte die Behörde nicht Stellung nehmen, sprach aber von einem normalen Vorgang. Bundesweit seien nur um 5 Prozent der Neueingestellten betroffen. Die Kündigungen würden zeigen, dass wir über das Einstellungsverfahren hinaus die Qualität der Bewerber prüfen, sagte ein Sprecher dem BR.

Sacher wundert sich, wie das Bamf in den drei Wochen seiner Schulung zu dieser Einschätzung gekommen ist. Die Schulung war zum größten Teil frontal. Und die Bescheide, die wir teilweise schreiben sollten, wurden nicht gelesen. Uns wurde gesagt, dafür habe niemand Zeit. Sacher glaubt, dass nicht für alle neuen Mitarbeiter Büroraum zur Verfügung stand. Zudem ist er überzeugt, dass auch nach politischen Kriterien ausgesiebt wurde.

Gekündigt worden seien jene, die sich in der Schulung kritisch geäußert hätten. Einer von ihnen hatte gefragt, warum zehn Asylbewerber aus einem Herkunftsland auf denselben Termin geladen würden, obwohl diese dann sehr lange warten müssten. Die wollen etwas, die können auch warten, habe ein Ausbilder geantwortet, und: Wir brauchen hier niemanden, der Strukturen infrage stellt, sondern welche, die Anhörungen machen.

Sacher war auch überrascht, wie im Bamf über die Antragsteller gesprochen wurde. Ein Teamer, der seine Schulung durchführte, empfahl, den Asylbewerbern nicht die Hand zu geben: wegen übertragbarer Krankheiten. Schützen Sie sich, schützen sie andere, habe ein anderer Ausbilder ergänzt. Er habe empfohlen, zwei Schreibtische zwischen sich und die Antragssteller zu stellen. So vermeide man die Begrüßung. Sacher glaubt deshalb, dass die Zustände im Bamf nicht allein dadurch besser werden, dass in Zukunft der Personalrat wieder an Einstellungen beteiligt wird.

Die Kündigung mit der Begründung, sich nicht bewährt zu haben, ist ein Problem, denn der Vermerk in der Personalakte erschwert einen späteren Einstieg im öffentlichen Dienst

**Load-Date:** June 23, 2016

**Mit dem Shuttle-Bus zur Registrierung; Asyl In Berlin hat eine neue Registrierungsstelle für Asylsuchende eröffnet. Anträge sollen dort unter einem Dach und teilweise sogar an einem Tag erledigt werden. Grüne bezweifeln, ob das funktioniert. Lage am Lageso in Moabit entspannt sich etwas.**

taz, die tageszeitung

Freitag 16. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 3

**Length:** 796 words

**Byline:** Julia Schnatz, Uta Schleiermacher

**Highlight:** Asyl In Berlin hat eine neue Registrierungsstelle für Asylsuchende eröffnet. Anträge sollen dort unter einem Dach und teilweise sogar an einem Tag erledigt werden. Grüne bezweifeln, ob das funktioniert. Lage am Lageso in Moabit entspannt sich etwas.

## Body

---

von Susanne Memarnia, Uta Schleiermacher und Julia Schnatz

An der neuen Berliner Erst-registrierungsstelle für Asylsuchende muss niemand in der Kälte warten. Vor dem eingezäunten Gebäude in der Bundesallee in Berlin-Wilmersdorf ist die Lage entspannt. Ein paar Sicherheitsleute stehen bereit, um größere Menschenansammlungen zu verhindern. Am Mittag stehen dort aber nur eine Handvoll Menschen, die meisten warten auf Freunde oder Verwandte im Gebäude.

Seit diesem Donnerstag wird dort ein neues Verfahren für Asylsuchende ausprobiert. Sie sollen schneller registriert werden und teilweise am selben Tag eine Entscheidung über ihren Asylantrag erhalten. Möglich wird dies, weil in der Registrierungsstelle zum ersten Mal alle zuständigen Landes- und Bundesbehörden in einem Gebäude zusammenarbeiten. Dieses Berliner Modell sei bisher bundesweit einzigartig, sagten Sozialsenator Mario Czaja (CDU) und der Leiter der Berliner Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Wolfgang Meier.

Einige Asylsuchende hatten wohl gehofft, sich hier direkt registrieren zu lassen, diese musste das Sicherheitspersonal wegschicken: Auf Schildern ist in mehreren Sprachen zu lesen, dass hier keine Sofort-Registrierungen stattfinden, sondern nur Leute registriert werden, die zuvor beim Landesamt, dem Lageso in Moabit, ein Bändchen mit ihrem Namen und dem Herkunftsland erhalten haben.

Idris aus Afghanistan hat so ein Bändchen. Der 24-Jährige sitzt auf den Stühlen im Erdgeschoss und wartet. Einen Platz in den Bussen hat er nur bekommen, weil er ab fünf Uhr morgens am Lageso in Moabit gewartet habe, erzählt

Mit dem Shuttle-Bus zur Registrierung Asyl In Berlin hat eine neue Registrierungsstelle für Asylsuchende eröffnet. Anträge sollen dort unter einem Dach und teil....

sein Cousin, der draußen vor den Absperrgittern steht und per Telefon Kontakt mit ihm hält. Etwa vier oder fünf Stunden dauere es noch, bis Idris registriert sei, sagt der Cousin, am Abend soll er mit den anderen Flüchtlingen von der Bundesallee in eine Unterkunft gebracht werden.

Sachbearbeiter registrieren die Asylsuchenden und versorgen sie mit einer Unterkunft. In dem zehnstöckigen Gebäude an der Bundesallee, der ehemaligen Zentrale der Landesbank, ist auch das Bamf vertreten. Bisher mussten Flüchtlinge oft Wochen auf einen Termin für ihren Antrag und die Anhörung beim Bamf warten. Jetzt kann die Entscheidung im gleichen Gebäude fallen.

Je nach Ausgang der Asylentscheidung erhalten sie bei der Ausländerbehörde ein Stockwerk höher ihre Aufenthaltsdokumente, eine Rückkehr-beratung oder den Abschiebungsbescheid. Anerkannte Flüchtlinge dürfen sofort arbeiten und sollen in den Räumen der Bundesagentur für Arbeit über Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten beraten und vermittelt werden.

Meier pries das System als besonderen Ausdruck von Humanität im Asylverfahren. Ein-Tages-Entscheidungen werde es aber nur bei -Syrern oder Antragsstellern aus sicheren Herkunftsländern -geben. Rechtsstaatliche Verfahren könnten in diesen einfachen Fällen innerhalb von Stunden abgeschlossen werden.

Für syrische Flüchtlinge, die auf jeden Fall anerkannt werden, ist das wahrscheinlich möglich, sagte Canan Bayram, migrationspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Antragssteller aus sogenannten sicheren Herkunftsländern sollen politisch gewünscht ja abgelehnt werden, die Ablehnung muss aber rechtsförmlich zugestellt werden. Die Antragsteller hätten außerdem die Möglichkeit, gegen den Bescheid Rechtsmittel einzulegen. Damit ist der Fall nicht in einem Tag erledigt, sagte Bayram.

Am Tag eins mit dem neuen System hatte sich die Situation am Lageso in der Turmstraße nur etwas entspannt. Wieder warteten Hunderte im Freien darauf, dass ihre Wartenummer aufgerufen werde. Die neuen, noch nicht registrierten Flüchtlinge warteten in zwei beheizbaren Zelten weiter vorne auf dem Gelände. Dort bekommen Asylsuchende das graue Terminbändchen für die Vorsprache in der Bundesallee. Rund 100 Menschen wurden in der Bundesallee am ersten Tag registriert. Die anderen Neuankömmlinge vom Lageso in Moabit wurden mit Bussen in Notunterkünfte gebracht, wo sie bis zu ihrem Termin in der Bundesallee warten sollen.

Freiwilligenorganisationen kritisieren das Konzept. Die Menschen machen sich erfahrungsgemäß eigenständig auf den Weg, wenn sie von der Registrierung in der Bundesallee hören, dort wird sich dann das Chaos vom Lageso wiederholen, sagt Diana Henniges von Moabit Hilft. Die Organisation forderte den Senat auf, ein tragfähiges Konzept für registrierte und unregistrierte Flüchtlinge vorzulegen. Für Samstag, 17. Oktober, um 14.30 Uhr rufen sie zu einer Demonstration mit Start am Neptunbrunnen auf dem Alexanderplatz auf.

Nur wer ein graues Bändchen hat, wird registriert

Aufnahme und Abgang

Berlin startet neues Erfassungssystem für Asylsuchende. Magdeburger OB verlässt SPD aus Protest gegen die Flüchtlingspolitik

**Load-Date:** October 15, 2015



## Asylanträge bremsen Abschiebungen; Griechenland Tausende Flüchtlinge bitten offiziell um Asyl auf Lesbos. Papst kündigt Solidaritätsbesuch an

taz, die tageszeitung

Mittwoch 06. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 440 words

**Byline:** Theodora Mavropoulos

**Highlight:** Griechenland Tausende Flüchtlinge bitten offiziell um Asyl auf Lesbos. Papst kündigt Solidaritätsbesuch an

### Body

---

Lesbos taz | Die Abschiebungen von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei sind am Dienstag vorübergehend ausgesetzt worden. Grund sind zahlreich gestellte Asylanträge, die zunächst bearbeitet werden müssen. Bereits am Mittwoch sollen aber weitere 250 Menschen per Schiff zurück in die Türkei gebracht werden.

Am Montag waren im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens erstmals 202 Menschen von den Inseln Lesbos und Chios abgeschoben worden. Alle waren von je einem Sicherheitsmann der griechischen Polizei oder der EU-Grenztruppe Frontex begleitet worden. Im Gegenzug nimmt die EU syrische Flüchtlinge aus der Türkei auf. 32 waren am Montag per Flugzeug in Hannover eingetroffen.

Seitdem die Abschiebungen angekündigt wurden, herrscht Panik im abgeriegelten Flüchtlingslager Moria auf Lesbos. Um die direkte Rückfahrt in die Türkei zu verhindern oder wenigstens hinauszuzögern, beantragen nun immer mehr Menschen Asyl in Griechenland. Das bestätigt Zacharoula Tsirigoti, Chefin der zuständigen griechischen Polizeibehörde.

Zwar wollen die meisten Flüchtlinge eigentlich auf eigene Faust weiter gen Nordeuropa reisen. Doch die Balkanroute ist seit Wochen dicht. Griechenland ist für die meisten nun die einzige Chance, in der EU zu bleiben. Daher bitten sie nun hier um Asyl.

Allein am Wochenende hätten von den etwa 3.300 Flüchtlingen und Migranten, die in Moria ausharren, bereits 2.870 Asyl beantragt, so Tsirigoti. Solange das Verfahren läuft, können die Menschen nicht abgeschoben werden. Es könne zwei bis drei Wochen dauern, bis alle Anträge bearbeitet werden. Zur Unterstützung sollen am Mittwoch weitere EU-Beamte auf den Inseln eintreffen.

Ich verstehe die Verzweiflung der Menschen, sagt Polizist Dimitris Amoutzias, Leiter der Registrierungsstelle im Lager Moria. Ihnen wurden falsche Hoffnungen gemacht, sie zahlen wahnsinnig viel Geld, um hierherzukommen und dann schickt man sie wieder zurück, so der 34-Jährige.

Asylanträge bremsen Abschiebungen Griechenland Tausende Flüchtlinge bitten offiziell um Asyl auf Lesbos.  
Papst kündigt Solidaritätsbesuch an

Trotz der rigiden Rückweisung durch die EU kommen auch weiterhin Flüchtlinge auf den griechischen Inseln in der Ostägäis an: Allein bis Montagmorgen setzten 7.034 Menschen von der nahe gelegenen türkischen Küste rüber. Der EU-Türkei-Beschluss, der die illegalen Überfahrten eindämmen und Schleppern das Handwerk legen sollte, greift nicht wie geplant. Alle auf Lesbos Neuankommenden werden umgehend in das Lager Moira eingewiesen.

Am Dienstag hat sich ein prominenter Besucher angesagt: Papst Franziskus will den Flüchtlingen in Moria seine Solidarität zeigen angeblich schon Mitte des Monats.

Theodora Mavropoulos

Flüchtlinge

Die EU schiebt ab. Aber das löst das Problem nicht. Deutsche Politiker diskutieren über Aufnahme

**Load-Date:** April 5, 2016

## Eine völlig perverse Politik; Rudolf Balmer über die Flüchtlinge am Eurotunnel

taz, die tageszeitung

Donnerstag 30. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 333 words

**Byline:** Rudolf Balmer

### Body

---

Rudolf Balmer über die Flüchtlinge am Eurotunnel

Großbritannien und Frankreich investieren ein paar zusätzliche Millionen in die verstärkte Sicherung der Zugänge zum Eurotunnel unter dem Ärmelkanal. Auf beiden Seiten weiß man, dass auch das die Migranten keineswegs vom Versuch einer illegalen Überquerung abhalten wird. Und wie seit Jahren werden es einige früher oder später auch nach Großbritannien schaffen.

Nur: Das Risiko steigt fast proportional zur Höhe der Zäune und Mauern, die die Anlegestellen für die Fähren sowie die Tunneleinfahrt umgeben.

Die Migranten sind, und das ist noch vorsichtig ausgedrückt, nicht willkommen. Großbritannien verlangt von Frankreich, alles zu tun, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen. Umgekehrt wäre es Frankreich recht, wenn die Briten mehr unternähmen, um für die Menschen aus den Krisengebieten und Elendsvierteln der Welt weniger attraktiv zu sein. Zudem setzen fremdenfeindliche Populisten auf beiden Seiten die Behörden politisch unter Druck.

Der Zynismus an beiden Ufern des Ärmelkanals erreicht nun einen neuen Höhepunkt. Offiziell machen französische Polizisten Jagd auf die Flüchtlinge, die versuchen, den Ärmelkanal als blinde Passagiere zu überqueren. Den Behörden bleibt nichts anderes übrig, als ein Flüchtlingslager mit rund 3.000 Menschen in der Nähe der Stadt Calais und nur ein paar hundert Meter vom Eurotunnel entfernt zu dulden. Die Briten protestieren zwar gegen den zunehmenden Ansturm von Flüchtlingen, doch ihre Wirtschaft profitiert schamlos von den billigen Schwarzarbeitern und der Selektion am Kanal: denn nur den Besten und Stärksten gelingt die illegale Einreise.

Das Nadelöhr von Calais wird damit zum Symbol einer völlig perversen Flüchtlingspolitik in Europa, wo viel von Menschenwürde gesprochen wird, während die Betroffenen ihr -Leben riskieren für ein Asylrecht, das alle europäischen Länder eigentlich gesetzlich garantieren.

Eine völlig perverse Politik Rudolf Balmer über die Flüchtlinge am Eurotunnel

Die Briten profitieren schamlos von den Schwarzarbeitern und der Selektion am Kanal

**Load-Date:** July 29, 2015

---

End of Document

**Europas Zukunft; Grenzen Das European Asylum Support Office ist eine unscheinbare Behörde auf Malta. Doch hier könnte der Schlüssel zur Lösung der europäischen Flüchtlingskrise liegen**

taz, die tageszeitung

Samstag 22. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 3

**Length:** 1347 words

## **Body**

---

Grenzen Das European **Asylum** Support Office ist eine unscheinbare Behörde auf Malta. Doch hier könnte der Schlüssel zur Lösung der europäischen **Flüchtlingskrise** liegen

Von Christian Jakob

Es ist eine Größenordnung, wie sie bis vor Kurzem nicht vorstellbar war: 800.000 Menschen könnten in diesem Jahr in Deutschland **Asyl** beantragen. Am Mittwoch stellte Bundesinnenminister Thomas de Maizière in Berlin die neue Prognose des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) vor.

Zur selben Zeit wurde der Ton zwischen Serbien und Ungarn schärfer: Die EU hätte nicht die Augen verschließen dürfen bei Stacheldraht und Zäunen, aber sie hat absichtlich weggeschaut, sagte der serbische Regierungschef Aleksandar Vučić beim Besuch Hunderter **Flüchtlinge** aus dem Nahen Osten und Pakistan, die in Belgrad auf der Straße zelten. Er sprach von dem Zaun, den Ungarn wegen dieser Menschen derzeit an der Grenze zu Serbien baut. Es fehle nur noch, dass man Strom einleitet und die Sache beendet, sagte Vučić.

Wie in eine Kettenreaktion eskaliert dieser Tage die **Flüchtlingskrise**: auf den überforderten griechischen Inseln, an Mazedoniens Grenze, auf dem Balkan und in den Schlagen vor den Erstaufnahmeeinrichtungen in Städten wie Berlin.

Nicht Griechenland oder Finanzkrisen gefährden Europa, sagte Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD). Wenn etwas die -Europäische Union in Gefahr bringt, dann diese Art der nicht vorhandenen Flüchtlingspolitik. Auch de Maizière befand, das Schengen-System könne ohne eine wirkliche europäische Asylpolitik keinen Bestand haben.

Das Asyl der Zukunft soll also europäischer sein. Die Frage ist, was das genau bedeutet.

Seit vier Jahren wird darüber in einem etwas düsteren Betonbau am Hafen der maltesischen Hauptstadt Valletta nachgedacht. Hier sitzt das European Asylum Support Office (EASO): eine EU-Behörde, deren bescheidene Größe und noch bescheidenerer Bekanntheitsgrad in eigentümlichem Gegensatz zu ihrer Aufgabe steht. Ein Instrument

Europas Zukunft Grenzen Das European Asylum Support Office ist eine unscheinbare Behörde auf Malta .  
Doch hier könnte der Schlüssel zur Lösung der europäischen ....

auf dem Weg zu einem umfassenden und schützenderen gemeinsamen europäischen Asylsystem soll sie sein, sagte EU-Kommissarin Cecilia Malmström 2011 bei der Eröffnung.

Das letzte Mal war von der Behörde die Rede, als im April über 1.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken waren. Der Handlungsdruck auf die EU-Kommission wuchs. Brüssel schlug vor, Beamte aus anderen Mitgliedsstaaten nach Italien und Griechenland zu schicken, damit diese dort Asylanträge bearbeiten, um die enormen Wartezeiten zu verringern.

Joint Processing nennt die EU das. Gleichzeitig wollte sie prüfen lassen, ob und wie Flüchtlinge erstmals im großen Stil innerhalb der EU umverteilt werden könnten, um die Mittelmeerstaaten zu entlasten. Relocation sagt man dazu in Brüssel. Doch die übrigen Mitgliedstaaten blieben zurückhaltend. Keiner wollte noch mehr Flüchtlinge aufnehmen.

So kehrte der EASO-Beamte Jean Pierre Schembri kurz darauf etwas unbefriedigt vom Rapport bei der EU-Kommission nach Valletta zurück. Beim Relocation und Joint Processing könnten wir schon einiges tun , sagt er. Doch nichts sei bislang geklärt. Wir müssen abwarten, was der Rat will.

Lange hatte man in Valletta auf diese Gelegenheit gewartet. Umverteilung und gemeinsame Bearbeitung von Anträgen genau dies hatte das EASO in den Jahren zuvor in winzigen Testläufen erprobt. Da wurden etwa Asylbeamte aus Schweden, Deutschland oder Polen nach Südeuropa geschickt, wenn die Länder darum baten. Sie beziehen weiter ihr Gehalt, das EASO bezahlt Reisekosten und Auslandszuschlag mit EU-Geld. Zwei Tage werden sie im Asylrecht des Gastlandes geschult. Die Unterschiede sind nicht so groß , sagt Schembri. Teils bilden die Entsandten danach aus, meist helfen sie, Anträge abzuarbeiten. 2014 schickte das deutsche BAMF acht Mitarbeiter nach Bulgarien und einen nach Italien. Dieses Jahr gingen drei Deutsche nach Bulgarien, einer kam nach Ungarn. Meist, so das BAMF, waren sie als Entscheider tätig.

2011 und 2012 hat das EASO erstmals insgesamt 600 Flüchtlinge aus Malta in die übrige EU verteilt. Zu der Zeit waren die Internierungslager dort völlig überfüllt, die Menschen saßen selbst nach der Anerkennung auf der Insel fest. Es war ein Tropfen auf den heißen Stein, aber es war ein Anfang, das Dublin-Dogma, nach dem jeder Mitgliedstaat allein für alle Flüchtlinge zuständig ist, die über seine Grenzen in die EU kommen, infrage zu stellen.

Im letzten Jahr hat das EASO etwa 2.500 Asylentscheider aus 19 EU-Staaten darin geschult, Minderjährige zu interviewen und dabei die geltenden Vorschriften einzuhalten. Das klingt nach einer Selbstverständlichkeit, doch angesichts der Brutalität, mit der in manchen EU-Staaten noch immer mit Flüchtlingen umgegangen wird, ist es das keineswegs.

Kurzum: Die Behörde ist ein kleines Labor für ein gemeinsames europäisches Asylsystem. Dass es das geben soll, darauf hatte sich der Europäische Rat schon 1999 geeinigt. Die Bedingungen für Flüchtlinge sollten EU-weit so geregelt werden wie die für die Entsorgung von Kühlschränken: penibel und verbindlich durchgesetzt.

Viele Jahre wurde verhandelt, seit 2013 ist das gemeinsame Asylsystem in Kraft. Es handelt sich um insgesamt fünf Verordnungen und Richtlinien. Sie rühren nicht daran, dass jeder Staat allein entscheidet, wem er Asyl gibt. Sie legen aber fest, wie die Verfahren ablaufen sollen. Auch wenn etwa die flächendeckende Internierung von Flüchtlingen weiterhin erlaubt blieb, war das System im Prinzip ein Fortschritt. Denn die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich viele EU-Staaten noch weniger um Menschenrechte scheren, wenn sie freie Hand haben.

Das Problem ist: Viele Länder halten sich nicht daran. Tschechien weist 80 Prozent aller Syrer ab, in Kroatien gibt es keine Gesundheitsversorgung, in Irland muss ein Flüchtlingskind von 9,60 Euro pro Woche leben. Das sollte das EASO verhindern. Doch es hat nichts zu sagen. Es schreibt Berichte, bietet Schulungen an. Wir dürfen nichts entscheiden , sagt Schembri.

Am Ende durfte die Behörde auch keine Flüchtlinge aus Italien und Griechenland weiterverteilen. Die EU einigte sich im Juni lediglich auf freiwillige Übernahme von 40.000 Menschen bis 2017, die Auswahl übernehmen Italien und Griechenland. Nehmen die anderen Länder die Flüchtlinge doch nicht, passiert nichts.

Europas Zukunft Grenzen Das European Asylum Support Office ist eine unscheinbare Behörde auf Malta .  
Doch hier könnte der Schlüssel zur Lösung der europäischen ....

Nichts, was das EASO in der Vergangenheit getan hat, wäre für sich genommen eine Lösung der europäischen Flüchtlingskrise. Aber es ist ein Anfang. Es kommt nicht von ungefähr, dass zwar alle eine gemeinsame EU-Asylpolitik fordern, aber niemand etwas dafür tut. Auf wohl keinem Politikfeld ist die Neigung, Kompetenzen an die EU abzugeben, geringer als bei der Migration. Von der Lebensmittelsicherheit bis zur Versicherungsaufsicht können auf EU-Ebene Entscheidungen getroffen werden. Wenn es aber um Asyl geht, ist jeder Staat faktisch frei, Flüchtlinge so schlecht zu behandeln, dass sie möglichst anderswohin verschwinden.

Der einzige Mechanismus, den die EU stattdessen durchsetzt, ist das Dublin-System. Die katastrophale Lage an mittlerweile jedem Punkt der Migrationsroute zwischen Nordafrika oder dem Nahen Osten und Mitteleuropa ist dessen Folge. Ein Asylregime, das die Fehler des Dublin-Systems überwindet, muss Befugnisse der Nationalstaaten übertragen bekommen. Damit würde es auch wahrscheinlicher, dass endlich legale Zugänge nach Europa eingeführt werden.

Eine echte EU-Asylbehörde müsste nicht das Recht bekommen, die Asylanträge zentral zu bearbeiten. Mit einer echten Harmonisierung der Asylverfahren, der Aufnahmestandards und Integrationshilfen wäre viel gewonnen. Und jede Regelung jenseits von Dublin bräuchte eine Instanz, die finanziellen Lastenausgleich schafft.

Die Aussichten dafür aber stehen schlecht. Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaitė sagte es kürzlich rundheraus: Ihr Land wolle die Möglichkeit haben, unsere Solidarität selbst zu zeigen, ohne dazu gezwungen zu werden . Im letzten Jahr haben in Litauen 370 Flüchtlinge einen Asylantrag gestellt. 75 wurden anerkannt.

Europäische Einheit

Wenn es um Asyl geht, ist jeder Staat frei, Flüchtlinge so schlecht zu behandeln, dass sie möglichst anderswohin verschwinden

**Load-Date:** August 21, 2015

## Brüssel lässt sich sehr viel Zeit; Asyl Keine Einigung auf Verteilung der Flüchtlinge in Sicht

taz, die tageszeitung

Dienstag 01. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 376 words

**Byline:** Eric Bonse

**Highlight:** Asyl Keine Einigung auf Verteilung der Flüchtlinge in Sicht

### Body

---

Brüssel taz | Die Europäische Union will endlich Ordnung in die Debatte über die Flüchtlingspolitik bringen. Kommissionschef Jean-Claude Juncker werde einen neuen Plan vorlegen, kündigte sein Sprecher am Montag an. Die Flüchtlingspolitik genieße höchste Priorität, betonte auch Ratspräsident Donald Tusk.

Doch in der Praxis ist davon wenig zu sehen. Einen Flüchtlingsgipfel, wie zuletzt im Frühjahr, will Tusk nicht einberufen. Die EU-Kommission lässt sich Zeit. Erst am 9. September will Juncker in einer Rede zur Lage der Union zusätzliche Maßnahmen ankündigen. Wirklich neu dürften sie nicht sein. Alles sei schon in der Migrations-Agenda von Mai enthalten, so sein Sprecher. Das werde nun durch einen sehr präzisen Zeitplan ergänzt.

Im Mittelpunkt dürften die so genannten Hotspots stehen – also Zentren zur Meldung und Registrierung von Asylbewerbern. Das Ziel der Einrichtung dieser Hotspots in Griechenland und Italien ist es, aussichtslose Bewerber von ihrer Wanderung gen Norden abzuhalten.

Doch ohne legale und sichere Zugangswege in die EU dürfte der Ansturm anhalten, warnen Kritiker. Wenig Wirkung sei auch von der zweiten geplanten Neuerung zu erwarten: einer gemeinsamen Definition sogenannter sicherer Herkunftsländer. Das dürfte es den Zuwanderern vom Balkan zwar fast unmöglich machen, einen Asylantrag zu stellen. Die Zahl dieser Asylbewerber sinkt derzeit aber ohnehin deutlich ab.

Zudem bleibt das Problem der gerechten Verteilung der Asylbewerber auf die EU-Länder ungelöst. Bisher haben die 28 EU-Staaten nicht einmal Platz für jene 40.000 Flüchtlinge gefunden, denen im Juni ein Platz zugesagt worden war – auf freiwilliger Basis. Für eine verbindliche Lösung, die Juncker will, gibt es keine Mehrheit.

Im Gegenteil: Auf einem Treffen am kommenden Wochenende wollen die Slowakei, Tschechien, Polen und Ungarn ihr Veto gegen eine Verteilung der Asylsuchenden bekräftigen. Wir werden nicht bei dieser verrückten Idee assistieren, alle mit offenen Armen aufzunehmen, sagte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico. Begründung: Die Quoten fördern nur die organisierte Kriminalität. Eric Bonse



Brüssel lässt sich sehr viel Zeit Asyl Keine Einigung auf Verteilung der Flüchtlinge in Sicht

Flüchtlinge

Ungarn lässt Asylsuchende abreisen doch Österreich kontrolliert sie. Europa weiß keine Lösung für die Verteilung der Menschen

**Load-Date:** August 31, 2015

---

End of Document

**Mehr als ein Verdacht; Migration In einem Hamburger Flüchtlingsheim erkrankte ein Mitarbeiter an Tuberkulose. Asylbewerber werden erst nach langer Wartezeit untersucht. Die zuständigen Behörden sind überfordert**

taz, die tageszeitung

Freitag 25. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 25

**Length:** 803 words

**Byline:** Stefanie Diemand

**Highlight:** **Migration** In einem Hamburger **Flüchtlingsheim** erkrankte ein Mitarbeiter an Tuberkulose. **Asylbewerber** werden erst nach langer Wartezeit untersucht. Die zuständigen Behörden sind überfordert

## Body

---

von Stefanie Diemand

Ein Mitarbeiter eines **Flüchtlingsheims** in Hamburg-Bramfeld ist an Tuberkulose (TBC) erkrankt. Das berichtete der behandelnde Mediziner der taz. Er möchte anonym bleiben. Auf Nachfrage bestätigen Innenbehörde und der städtische Betreiber der Unterkunft Fördern & Wohnen den Vorfall.

Der Mann mit fortgeschrittenem TBC kam drei Wochen lang ins Krankenhaus. Er infizierte sich offenbar einen Monat bevor er den Arzt aufsuchte in einer Hamburger Erstaufnahme. Weil die Inkubationszeit mindestens acht Wochen dauert, sind die betroffenen **Flüchtlinge** heute nicht mehr in der Unterkunft. Sie sollen längst ohne medizinische Behandlung weiter gezogen sein.

Es werden alle Flüchtlinge medizinisch untersucht, sagt der Büroleiter der Innenbehörde Björn Domroese. Der Senat gab im Juli schriftlich an, dass grundsätzlich alle Flüchtlinge in den ersten drei Tagen nach ihrer Ankunft in Deutschland untersucht werden sollen. Der TBC-Test gehört verpflichtend zur Eingangsuntersuchung der Flüchtlinge dazu.

Beim Test wird die Lunge der Patienten geröntgt. Wegen der großen Zahl an Flüchtlingen komme es zu Kapazitätsproblemen. Es fehle an genügend Personal, weswegen sich die Erstuntersuchung der Asylbewerber verzögere. Wie lange die Flüchtlinge darauf warten müssen, kann der Büroleiter nicht sagen. Auch gebe es keine schnellen Lösungen für das Problem. Das sei bedauerlich für den Mitarbeiter, der wieder im Asylheim arbeitet, aber momentan wegen der prekären Situation in den Einrichtungen eben nicht zu ändern.

Die erste ärztliche Untersuchung, bei der unter anderem Blut abgenommen wird, findet nicht nur in der Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) in der Harburger Posttrasse statt. Wegen der großen Flüchtlingsströme wurde die

Mehr als ein Verdacht Migration In einem Hamburger Flüchtlingsheim erkrankte ein Mitarbeiter an Tuberkulose. Asylbewerber werden erst nach langer Wartezeit untersucht....

Eingangsuntersuchung auch auf andere Standorte ausgeweitet. Tuberkulose wird nur vom Gesundheitsamt untersucht.

Unsere Mitarbeiter in der Tuberkuloseabteilung kämpfen wacker, aber die Situation ist nicht ganz so einfach, sagt Sorina Weiland, Pressesprecherin des Bezirksamts-Mitte. In den letzten Monaten habe es schon sehr lange Schlangen vor dem Haus gegeben. Allein in diesem August kamen rund 6.700 Flüchtlinge nach Hamburg. Im selben Monat sollen 2.200 Asylbewerber ab 15 Jahren in der Bekämpfungsstelle untersucht worden sein. Täglich landen hier über 100 Menschen. Das ist auf Dauer nicht zu bewältigen.

Für das Bewältigen sind drei fest angestellte Mitarbeiter zuständig. Mittelfristig soll mehr Personal eingestellt werden. Jedoch fände man qualifizierte Leute nicht von heute auf morgen. Auch räumt Weiland ein, dass die Frage wer geröntgt wurde, gar nicht so einfach zu beantworten sei. Ihre Kollegen seien Experten, jedoch kommen täglich Menschen nach Hamburg, werden wieder umverteilt oder reisen auf eigene Faust wieder ab. Die Angestellten seien total am Limit, sagt sie. Gott sei Dank haben wir heute genügend Waffen gegen TBC.

Übertragung fände nur statt, wenn jemand ein angeschlagenes Immunsystem habe.

Forscher sehen Tuberkulose kritischer. Ob jemand an Tuberkulose erkrankt, hängt auch von anderen Dingen ab, sagt Stefan Niemann vom Deutschen Zentrum für Infektionsforschung (DZIF) in Braunschweig. Die Faktoren, weshalb eine Person erkrankt und eine andere nicht, kennen wir noch nicht.

Die Aufklärung über die Infektionskrankheit sei wichtig, damit Symptome rechtzeitig erkannt werden. Das tückische an TBC sei, dass die Symptome unspezifisch sind und auch auf andere Krankheiten zutreffen können. Wer Blut hustet und in der Nacht schwitzt, müsse sofort einen Arzt aufsuchen. Auch der Mitarbeiter im Flüchtlingsheim schob seine Beschwerden zunächst aufs Rauchen und ging zu spät zum Arzt. Eine offene Tuberkulose, wie es der Betroffene hatte, kann ohne Behandlung tödlich sein. Wer dagegen zum Arzt geht, hat sehr gute Heilungschancen.

Der Mitarbeiter des Flüchtlingsheims sei nach dem Krankenhausaufenthalt wieder wohlauf, bestätigt Fördern & Wohnen. Ob die erkrankten Flüchtlinge mit denen der Mitarbeiter in Kontakt kam, behandelt oder längst andernorts sind, kann aber keiner sagen.

#### Gefährliche Bakterien

Tuberkulose ist eine bakterielle Infektionskrankheit, von der es verschiedene Arten gibt. Offene TBC ist ansteckend und meldepflichtig.

TBC-eigene Symptome gibt es nicht. Bei Beschwerden wie blutigem Husten, Nachtschweiß oder Fieber sollte ein Arzt aufgesucht werden. Unbehandelte TBC kann tödlich sein.

Bei engem Kontakt zu einem Betroffenen ist die Ansteckungsgefahr höher. Die Bakterien werden übers Husten übertragen.

Die Heilungschance liegt in Deutschland laut dem Deutschen Zentrum für Infektionsforschung bei 80 Prozent; in anderen Ländern teils nur bei 50 Prozent.

Seit Ende der 90er wird in Deutschland nicht mehr gegen die Krankheit geimpft. Grund dafür sind mögliche Komplikationen und der Rückgang von TBC-Fällen.

**Load-Date:** September 24, 2015

**Asyl ist großzügiger THEMA DES TAGES; RECHT Wer darauf Anspruch hat, bekommt schneller ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht als Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz**

taz, die tageszeitung

Montag 09. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 2

**Length:** 386 words

**Byline:** Christian Rath

**Highlight:** RECHT Wer darauf Anspruch hat, bekommt schneller ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht als **Flüchtlinge** mit subsidiärem Schutz

## Body

---

Freiburg taz | **Flüchtlinge** aus Syrien bekommen in Deutschland bisher **Asyl**. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) will aber nur noch subsidiären Schutz gewähren. Dabei müsste kein Gesetz geändert werden, die Zustimmung der SPD ist also nicht erforderlich. Es ginge nur um eine veränderte Verwaltungspraxis des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), dem der Innenminister Weisungen erteilen kann.

Asyl setzt die Verfolgung wegen Zugehörigkeit zu einer sozialen, zum Beispiel politischen oder religiösen Gruppe voraus. Laut Grundgesetz muss die Verfolgung vom Staat ausgehen, laut Genfer Flüchtlingskonvention GFK genügen auch andere Verfolgungen, etwa durch die Terrormiliz IS.

Fast alle als Flüchtlinge anerkannten Syrer bekommen den Asylstatus nach der GFK. Nur wenige Syrer erhalten Asyl nach dem deutschen Grundgesetz. Im Ergebnis erhalten beide Gruppen den gleichen Asylstatus.

Asylberechtigte Syrer erhalten eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis. Wenn nach drei Jahren die Fluchtgründe noch bestehen, erhalten sie eine unbefristete Niederlassungserlaubnis. Dann können sie dauerhaft in Deutschland bleiben.

Der subsidiäre Schutz wird gewährt, wenn jemand vor Krieg und Bürgerkrieg flieht. Mit Blick auf die syrischen Flüchtlinge ist also auch der subsidiäre Schutz nicht von vornherein unpassend. Mit diesem Status erhält ein Flüchtling allerdings eine Aufenthaltserlaubnis für nur ein Jahr. Diese kann mehrmals um jeweils zwei Jahre verlängert werden. Erst nach sieben Jahren kann der Flüchtling eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erhalten.

Seit November 2014 prüft das Bamf die Anträge von Syrern in einem beschleunigten Verfahren. Dabei werden sie nicht mehr mündlich angehört, sondern füllen nur einen Fragebogen aus. Darin werden sie nur gefragt, ob sie in Syrien Verfolgung fürchten nicht, ob sie wegen des Bürgerkriegs fliehen.

Asyl ist großzügiger THEMA DES TAGES RECHT Wer darauf Anspruch hat, bekommt schneller ein  
dauerhaftes Aufenthaltsrecht als Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz

Beim Anspruch auf Familienzusammenführung besteht derzeit kein Unterschied zwischen Asyl und subsidiärem Schutz. Beide Gruppen können Familienangehörige nachholen, auch wenn kein ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht und die Angehörigen auf staatliche Hilfen angewiesen sein werden. Bei subsidiärem Schutz gilt dies aber erst seit August 2015. Dies soll nun per Gesetz zwei Jahre lang ausgesetzt werden. Dem hat die SPD am Donnerstag zugestimmt. Christian Rath

**Load-Date:** November 8, 2015

---

End of Document

**Ausländer überfordern Behörde; MIGRATION Wegen Überlastung schickt die Ausländerbehörde Flüchtlinge unverrichteter Dinge weg. Der Innensenator ist untätig, kritisieren Polizeigewerkschaft und Grüne**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 23. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 716 words

**Byline:** SUSANNE MEMARNIA

**Highlight:** **MIGRATION** Wegen Überlastung schickt die Ausländerbehörde **Flüchtlinge** unverrichteter Dinge weg. Der Innensenator ist untätig, kritisieren Polizeigewerkschaft und Grüne

## Body

---

VON SUSANNE MEMARNIA

Die Berliner Ausländerbehörde verstößt wegen Überlastung gegen geltendes Recht. Weil die Mitarbeiter dem Ansturm von **Asylbewerbern**, **Flüchtlingen** und anderen **Migranten** nicht mehr gewachsen sind, stellen sie offenbar seit Jahresbeginn Aufenthaltsgenehmigungen und Duldungen für einen längeren Zeitraum aus, als gesetzlich vorgesehen ist – damit die Betroffenen nicht so schnell wiederkommen müssen. Zudem wird bei Ausländern, die einen Antrag auf Niederlassungserlaubnis stellen, nicht mehr die obligate Anfrage an die Sicherheitsbehörden gestellt, ob die Antragsteller als Straftäter oder Extremisten bekannt sind. Einen entsprechenden Bericht der Onlineausgabe der Berliner Zeitung von Mittwochmittag bestätigte Steve Feldmann, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei, der taz.

Feldmann verwies darauf, dass der Leiter der Ausländerbehörde bereits im Januar in einem Brandbrief an die Innenverwaltung vor einer solchen Situation gewarnt habe, passiert sei bislang nichts. Innenstaatssekretär Bernd Krömer trägt die politische Verantwortung dafür, dass nun gegen Gesetze verstoßen wird, sagte er.

60 Kunden am Tag

Laut Gewerkschaft der Polizei beschäftigt die Ausländerbehörde 294 Mitarbeiter, laut Innenverwaltung sind es derzeit 390. Davon seien rund 300 für die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsgestattungen und Duldungen zuständig, die anderen kümmerten sich zum Beispiel um Visumverfahren, Passbeschaffung und Ausweisungen. Die seit zwei Jahren bestehende Zunahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen bekommt die Behörde voll zu spüren. So erklärte die Gewerkschaft, man habe im vierten Quartal 2013 noch 404 Asylsuchende und Ausreisepflichtige bedient und im Januar 2015 seien es bereits 682 gewesen. Daher müssten Mitarbeiter teilweise inzwischen über 60 Kunden am Tag bedienen.

Ausländer überfordern Behörde MIGRATION Wegen Überlastung schickt die Ausländerbehörde Flüchtlinge unversichteter Dinge weg. Der Innensenator ist untätig, kriti....

Diese sich seit Längerem anbahnende Überlastung führe auch dazu, dass die Ausländerbehörde seit dem 14. April nicht mehr alle Besucher empfangen könne, erklärte die Gewerkschaft am Mittwoch. Sogar Menschen, deren Duldung oder Aufenthaltsgestattung abläuft, bekämen zum Teil nur eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass sie vorgeschoben haben. Damit werde zwar sichergestellt, dass niemand unverschuldet wegen abgelaufener Papiere abgeschoben wird, so Feldmann. Da aber davon auszugehen sei, dass sich der Publikumsandrang weiter dramatisch erhöhen werde, stehe selbst die Ausstellung dieser Notbescheinigungen über kurz oder lang infrage.

Das ist eine Bankrotterklärung des Staates und ein Totalversagen des Innensensors Henkel, sagte die Grünen-Abgeordnete Canan Bayram. Es verstoße gegen die Grundrechte, Menschen mit einem wertlosen Zettel nach Hause zu schicken. Dies führe auch zu Folgeproblemen etwa bei der Gesundheitsversorgung. Eine Wohnungsvermittlung ist hierdurch ebenfalls ausgeschlossen.

Henkel will nachbessern

Bayram wies zudem darauf hin, dass mit der Ausländerbehörde bereits die zweite staatliche Institution wegen der Flüchtlingsfrage kollabiere. Auch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso), das Sozialsenator Mario Czaja (CDU) untersteht, ist seit Monaten völlig überlastet. Flüchtlinge werden zum Teil wochenlang nur notdürftig untergebracht, ohne dass sie die ihnen gesetzlich zustehenden Hilfen, etwa Krankenscheine, erhalten.

Innensenator Frank Henkel (CDU) erklärte per Pressemitteilung, die Situation in der Ausländerbehörde sei eine enorme Herausforderung für alle Beteiligten. Daher habe er in den anstehenden Haushaltsverhandlungen eine dreistellige Zahl von zusätzlichen Mitarbeitern angemeldet. Zudem seien derzeit zur Entlastung ca. 60 zusätzliche Personen insbesondere Nachwuchskräfte abgestellt.

Nach Auskunft der Innenverwaltung sollen ab 1. Juni noch einmal 10 Kräfte hinzukommen. Die 60 bereits abgestellten Zusatzkräfte seien allerdings schon seit einem halben Jahr und länger im Einsatz, erklärte ein Sprecher. Dass es Henkel nun so darstelle, als sei der Einsatz der 60 Mitarbeiter eine Reaktion auf den Brandbrief vom Januar, findet Gewerkschaftssprecher Feldmann beschämend. Damit schiebt er den Schwarzen Peter an die Mitarbeiter zurück.

Das ist eine Bankrotterklärung des Staates und ein Totalversagen des Innensensors

CANAN BAYRAM, FLÜCHTLINGSPOLITISCHE SPRECHERIN DER GRÜNEN-FRAKTION IM ABGEORDNETENHAUS

**Load-Date:** April 22, 2015

**"Man fühlt sich willkommen"; SCHWEDEN 82.000 Asylsuchende hat das skandinavische EU-Land 2014 aufgenommen. Die allermeisten Bürger halten das für einen Gewinn**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 28. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 02

**Length:** 297 words

**Byline:** REINHARD WOLFF

**Highlight:** SCHWEDEN 82.000 Asylsuchende hat das skandinavische EU-Land 2014 aufgenommen. Die allermeisten Bürger halten das für einen Gewinn

## Body

---

STOCKHOLM taz | Wir nehmen gerne mehr Flüchtlinge auf , berichtet Per Åhdén, Sozialchef von Skellefteå am Mittwoch in einem Rundfunkinterview. Die nordschwedische Stadt möchte in den nächsten 15 Jahren um einige Tausend auf 80.000 EinwohnerInnen wachsen und versucht vor allem minderjährige Flüchtlinge über ein Langzeitprogramm an den Ort zu binden und ihnen hier eine Zukunft anzubieten. Und man fühlt sich wirklich gleich willkommen , bestätigt der 17-jährige Zakariya Jasdani in der gleichen Reportage. Er kam vor 2 Jahren hierher.

Schweden hat im vergangenen Jahr knapp 82.000 Asylsuchende aufgenommen in Relation zur Bevölkerung so viel wie kein anderes EU-Land. In diesem Jahr werden über 100.000 Flüchtlinge erwartet, die meisten aus Syrien und Eritrea. Für die große Mehrzahl der 9,7 Millionen SchwedInnen geht das völlig in Ordnung. Laut dem letzten Eurobarometer der EU-Kommission sehen 72 Prozent MigrantInnen aus nichteuropäischen Ländern positiv solche aus der EU zu 82 Prozent. Kein Land der Union kann auch nur annähernd vergleichbare Werte aufweisen. Die für Deutschland liegen etwa bei 29 beziehungsweise 50 Prozent und damit noch unter dem EU-Schnitt.

Unproblematisch ist so ein massiver Flüchtlingszustrom auch für Schweden nicht. Unterkünfte werden knapp, die Behörden sind überfordert und die Bearbeitung neuer Asylanträge beträgt mittlerweile mehrere Monate. Bei Weitem nicht alles ist ideal, sagt Ali Esbati, Parlamentarier der Linkspartei, der 1986 aus dem Iran kam: Es gebe Rassismus und rassistische Gewalt, aber es gebe eben auch eine starke antirassistische Bewegung, viel mitmenschliche Hilfe und eine anständige Debatte : Flüchtlinge würden nicht ständig als Problem gesehen, sondern als Menschen, die zur Zukunft Schwedens beitragen. REINHARD WOLFF

**Load-Date:** May 27, 2015



"Man fühlt sich willkommen" SCHWEDEN 82.000 Asylsuchende hat das skandinavische EU-Land 2014 aufgenommen. Die allermeisten Bürger halten das für einen Gewinn

---

End of Document

**Eigener Runder Tisch; FLÜCHTLINGE Am 21. Mai will der Senat mit Vertretern von Parteien, Vereinen und Initiativen vor allem über die Versorgung von Flüchtlingen reden**

taz, die tageszeitung

Dienstag 12. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 306 words

**Highlight:** FLÜCHTLINGE Am 21. Mai will der Senat mit Vertretern von Parteien, Vereinen und Initiativen vor allem über die Versorgung von Flüchtlingen reden

## Body

---

Das Land Berlin richtet einen eigenen Runden Tisch für Flüchtlingsfragen ein. Das erste Treffen soll am 21. Mai stattfinden, sagte die Senatssprecherin für Gesundheit und Soziales, Regina Kneiding, am Montag dem Evangelischen Pressedienst (epd). Vertreter von Senat, Parteien, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Verbänden und Initiativen wollen gemeinsam über diverse Fragen der Flüchtlingspolitik beraten. Im Vordergrund stehe zunächst das Thema Versorgung der Flüchtlinge.

Zugleich bestätigte die Sprecherin Presseberichte, wonach der Senat derzeit an einem Konzept zur Flüchtlingsunterbringung arbeite. Vorgesehen ist demnach bisher der Bau von bis zu 18 weiteren Containerdörfern im Land Berlin in den kommenden drei Jahren. Darin sollen bis zu 7.200 neue Flüchtlinge untergebracht werden. Hintergrund für die Baumaßnahmen sind die unverändert stark steigenden Flüchtlingszahlen. Zur Unterbringung der Neuankömmlinge würden landeseigene Immobilien den Prognosen zufolge nicht mehr ausreichen, hieß es.

Im Jahr 2014 kamen über 12.000 neue Asylbewerber nach Berlin. Bisherigen Prognosen zufolge erwartet der Senat für 2015 etwa 20.000 Flüchtlinge. 2016 und 2017 wird bisher mit 22.000 beziehungsweise 24.000 Asylbewerbern gerechnet. Diese Zahlen basieren allerdings auf alten Prognosen, betonte Kneiding. Medienberichten zufolge will das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine neue Prognose veröffentlichen, wonach in diesem Jahr bundesweit von rund 400.000 neuen Flüchtlingen auszugehen ist.

Für das Land Berlin würde diese bedeuten, dass das derzeit diskutierte Senatskonzept noch mal angepasst wird. Wir werden auf Grundlage der neuen Prognose den Platzbedarf neu errechnen, erklärte die Sprecherin. Mit der angepassten Bedarfsrechnung könne auch die Zahl der bislang geplanten Containerdörfer weiter steigen. (epd)

Siehe SEITE 22

**Load-Date:** May 11, 2015

Eigener Runder Tisch FLÜCHTLINGE Am 21. Mai will der Senat mit Vertretern von Parteien, Vereinen und Initiativen vor allem über die Versorgung von Flüchtlingen ....

---

End of Document

## PKKler genießen Schutz; Flüchtlings-status

taz, die tageszeitung

Samstag 18. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 60

**Length:** 413 words

**Byline:** Kai von Appen

**Highlight:** Flüchtlings-status

### Body

---

Das neue Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz aus dem Oktober 2015 hin und das Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren von 2016 her ein politisch Verfolgter im Ausland ist ein Flüchtling und genießt den Schutz der Genfer Konvention von 1951, urteilte das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg in einem Anfang Woche bekannt gewordenen Beschluss. Das Gericht verdonnerte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dazu, einen 30-Jährigen kurdischen Wirtschaftsstudenten aus der türkischen Stadt Elazig als Flüchtling anzuerkennen, da er in der Türkei wegen seiner Aktivitäten für die Kurdische Arbeiterpartei PKK politisch verfolgt werde.

Das Gericht korrigiert damit ein Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover von 2014. Danach sei zwar nicht auszuschließen, dass der in der Türkei gesuchte Mann nach seiner Rückkehr verhaftet und der Folter ausgesetzt werde. In der Türkei werde die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung wie der PKK aber als kriminelle Straftat angesehen. Der Mann werde also nicht wegen seiner politischen Überzeugung und Volkszugehörigkeit verfolgt, sondern wegen des eingeleiteten Strafverfahrens wegen terroristischer Aktivitäten für die PKK.

Das Obergerverwaltungsgericht gab nun der Beschwerde des Anwalts Paulo Dias statt. Dem Kläger drohen bei einer Rückkehr in die Türkei im Zusammenhang mit dem gegen ihn laufenden Strafverfahren wegen Mitgliedschaft in der PKK schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, begründeten die Richter ihr Urteil. Trotz der neuen Asylverfahrens-Beschleunigungsgesetze, die die Anerkennung straffälliger Asylbewerber als Flüchtlinge ausschließen und ihre Ausweisung erleichtern sollen, gelte die Genfer Konvention, nach der Flüchtling sei, wer sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb seines Heimatlandes befinde. Bei PKK-Unterstützern bestehe eine verfolgungsrelevante Rückkehrgefährdung.

Obwohl die Türkei die UN-Folterkonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention unterschrieben habe, komme es zu Folter und Misshandlungen durch staatliche Kräfte, ohne dass es dem türkischen Staat gelungen ist, dies wirksam zu unterbinden, so die Richter. Daher sei das Gericht der Überzeugung, dass der Kläger mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Misshandlungen oder Folter durch Sicherheitskräfte des türkischen Staates erleiden würde. kva

PKKler genießen Schutz Flüchtlings-status

**Load-Date:** June 17, 2016

---

End of Document

**Migranten sind nicht teurer als Deutsche ; MIGRATION Wirtschaftsforscher  
Thomas Bauer über vermeintliche Belastungen, echte Chancen und  
realistische Zukunftsszenarien**

taz, die tageszeitung

Freitag 19. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 07

**Length:** 1253 words

**Byline:** KERSTEN AUGUSTIN

**Highlight:** **MIGRATION** Wirtschaftsforscher Thomas Bauer über vermeintliche Belastungen, echte Chancen und realistische Zukunftsszenarien

## Body

---

INTERVIEW KERSTEN AUGUSTIN

taz: Herr Bauer, was würde passieren, wenn Europa seine Grenzen öffnen würde?

Thomas Bauer: Das wird so nicht passieren. Staaten werden immer versuchen, Zuwanderung zu kontrollieren.

Weil sie Angst haben, dass die Zahl der **Migranten** erheblich steigt?

Vermutlich würden wirklich wesentlich mehr **Migranten** nach Europa kommen. Die Frage wäre allerdings, wo genau sie hingehen und wie lange sie bleiben würden. Ich bin davon überzeugt, dass es nicht möglich ist, so etwas seriös vorauszusagen.

Warum nicht?

Weil sehr viele persönliche Gründe die Entscheidung beeinflussen, ob ein Mensch migrieren will. Eine Rolle wird zum Beispiel immer spielen, wo sich andere Menschen aus dem Heimatland bereits angesiedelt haben, wo es also sogenannte Migrationsnetzwerke gibt. Nach der EU-Osterweiterung hat man zum Beispiel angenommen, dass sehr viele Menschen aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland einwandern würden. Das ist nicht passiert. Andererseits sind viel mehr Migranten als erwartet aus Polen nach Großbritannien gekommen. Das hatte den einfachen Grund, dass Deutschland und Österreich die Arbeitsmigration aus diesen Ländern für ein paar Jahre verhindert haben.

Das scheint ökonomisch nicht sehr sinnvoll zu sein.

Migranten sind nicht teurer als Deutsche MIGRATION Wirtschaftsforscher Thomas Bauer über vermeintliche Belastungen, echte Chancen und realistische Zukunftsszena....

Das europäische Asylsystem erfüllt derzeit nicht seine Funktion, ist ökonomisch ineffizient geregelt und menschlich hart. Viele Menschen machen sich auf den Weg, nehmen Lebensgefahr auf sich, und dann wird ihr Asylgesuch abgelehnt. Das ist für alle Beteiligten mit hohen Kosten verbunden. Es wäre natürlich besser, wenn Wirtschaftsmigranten über einen anderen Weg einwandern würden als über politisches Asyl.

Wie könnte denn Migration anders reguliert werden?

Deutschland sucht dringend Fachkräfte. Es gibt für die EU zwar die so genannte Blue Card, die die Einwanderung von Fachkräften unter gewissen Voraussetzungen ermöglicht. Aber ich bezweifle, dass diese Regelung ausreichend ist, wenn man sich den demografischen Wandel anschaut.

Wie sähe ein mögliches Modell aus?

Möglich wären sogenannte Mobilitätspartnerschaften. Dafür verpflichtet sich Deutschland in bilateralen Verträgen, eine gewisse Zahl von Facharbeitern aus einem Land für eine begrenzte Zeit aufzunehmen. Dies kann auch zu einem Wohlstandszuwachs in den Heimatländern führen, da bestimmte Technologien und Fertigkeiten am Ende mitgenommen werden.

Welche Voraussetzungen müssen ausländische Fachkräfte denn momentan erfüllen, um nach Deutschland einwandern zu können?

Sie müssen einen Hochschulabschluss nachweisen und einen Arbeitsvertrag, nach dem sie mehr als 48.400 Euro im Jahr brutto verdienen.

Das ist deutlich mehr als das deutsche Durchschnittseinkommen.

Ja. Für Mangelberufe liegt die Grenze allerdings niedriger.

Die erste große Migrationsbewegung nach Deutschland waren die sogenannten Gastarbeiter. Was unterscheidet die aktuelle von der früheren Einwanderung? Die Migranten sind heute deutlich qualifizierter als früher. Insbesondere syrische Flüchtlinge sind überwiegend gut ausgebildet, aber auch die meisten Wirtschaftsmigranten aus anderen Ländern. Anders als zu Zeiten der Gastarbeiterpolitik benötigt Deutschland heute keine unqualifizierten Einwanderer mehr.

Wie berechnen Ökonomen denn die wirtschaftlichen Effekte von Migration?

Das ist kompliziert: Zunächst gibt es direkte Effekte, etwa auf die Löhne, die Steuereinnahmen oder die Ausgaben für Sozialleistungen. Dazu kommen aber auch indirekte wirtschaftliche Effekte: über den Konsum, die Veränderung von Produktion und die Nutzung von öffentlicher Infrastruktur. Studien können oft nur die direkten Effekte messen.

Zeigen diese Studien vorwiegend positive oder negative Effekte von Migration auf die Wirtschaft des jeweiligen Landes?

Das schlechteste Szenario ist meist, dass Migration kaum einen Effekt auf die Wirtschaft hat. Wissenschaftlich lassen sich weder sinkende Löhne noch steigende Arbeitslosenzahlen nachweisen. Selbst wenn sich alle Migranten in einer kleinen Region konzentrieren würden, müsste man aus ökonomischer Perspektive nach unserem Erkenntnisstand wirtschaftlich wenig befürchten.

Aber die Ausgaben des Sozialstaates steigen durch Migration und Migranten bekommen häufiger Sozialleistungen als Deutsche.

Das stimmt. In Deutschland ist dies aber insbesondere eine Folge unserer Gastarbeiterpolitik und der jahrzehntelangen Nicht-Existenz einer Integrationspolitik. Aber wenn man soziale Faktoren berücksichtigt, hat ein Migrant dieselbe Wahrscheinlichkeit, Arbeitslosengeld zu beziehen wie ein Deutscher mit derselben Bildung, demselben Alter und demselben Geschlecht. Es ist ja nicht so, dass Zuwanderer hier von Sozialhilfe leben wollen.

Migranten sind nicht teurer als Deutsche MIGRATION Wirtschaftsforscher Thomas Bauer über vermeintliche Belastungen, echte Chancen und realistische Zukunftsszena....

Auch die EU-Freizügigkeit hat bisher nicht zu einer nennenswerten Einwanderung in die Sozialsysteme geführt. Die Menschen wollen arbeiten und wollen, dass ihre Kinder eine gute Ausbildung bekommen.

Die Sozialsysteme werden also nicht belastet aber Migranten zahlen weniger Steuern. Oder?

Es gibt verschiedenste Versuche, den fiskalischen Beitrag eines Migranten zu berechnen. Meistens berechnet man das über einen Lebenszyklus. Welche Leistungen bekommt ein Migrant, wo zahlt er ein? Wir können das am Ende nicht zuletzt aufgrund eines Mangels an belastbaren Daten nur schwer abschätzen. Insgesamt sehe ich aber auf Basis der bisherigen Erkenntnisse keine belastbaren Hinweise für die Vermutung, dass Migranten für den Staat teurer sind als Deutsche. Besonders, weil die heutigen Zuwanderer im Durchschnitt sogar besser ausgebildet sind als die deutsche Bevölkerung.

Deutschland scheint also von der Migration zu profitieren. Aber wäre es aus globaler Perspektive nicht sinnvoller und gerechter, die Probleme in den jeweiligen Herkunftsländern zu lösen?

Zum Teil ist die Forderung sicher berechtigt. Wenn man sich die politischen Krisen etwa im Nahen Osten ansieht, ist das oft aber kurzfristig gar nicht möglich.

Und bei Migranten aus politisch relativ stabilen Ländern?

Langfristig können Entwicklungshilfe, Investitionen vor Ort und ein freier, fairer Handel die Migration bremsen. Zunächst würden aber sogar mehr Migranten nach Europa kommen.

Warum?

Migration ist teuer. Wenn der Wohlstand zunimmt, können sich mehr Menschen den Weg nach Europa leisten. Die Ärmsten der Armen haben gar keine Möglichkeit, zu kommen. Oft legt die ganze Großfamilie zusammen, um einem Familienmitglied die Wanderung zu ermöglichen. Für den Auserwählten ist das oft keine leichte Situation. Auf ihm lasten hohe Erwartungen und er muss einen Großteil seines Lohns nach Hause überweisen.

Schwächt es nicht die Herkunftsländer, wenn alle jungen, klugen Köpfe nach Europa gehen?

Auch hier wird ein wichtiger Aspekt übersehen: Die Überweisungen von Migranten an ihre Familien sind für viele Entwicklungsländer von größter Bedeutung. Oft sind diese Zahlungen sogar wichtiger als die klassische Entwicklungshilfe. Es kommt natürlich darauf an, wie dieses Geld genutzt wird, ob das Geld aus Europa investiert wird, oder ob das Geld durch Konsum aufgebraucht wird. In diesem Sinn kann Migration aber auch eine Form der Entwicklungshilfe vor Ort sein.

Thomas Bauer

46, ist Professor für empirische Wirtschaftsforschung an der Ruhr-Universität Bochum und forscht unter anderem zu Migrationsthemen. Er ist Vizepräsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung und Mitglied des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

Flucht nach vorn: Fakten und Zahlen

Wie soll man Einwanderung steuern? Und schwächt es die Herkunftsländer, wenn alle klugen Köpfe nach Europa gehen?

**Load-Date:** June 19, 2015



## Verfahren dauern zu lange ; Die drei Fragezeichen

taz, die tageszeitung

Samstag 15. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 275 words

**Highlight:** Die drei Fragezeichen

### Body

---

Was? Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) will das Asylrecht ändern: Flüchtlinge sollen in Erstaufnahmelagern bleiben, bis ihr Asylantrag bearbeitet ist. Bisher werden sie nach drei Monaten auf die Kommunen verteilt.

1taz: Innenminister de Maizière (CDU) findet Woidkes Vorschlag gut. Und die Grünen?

Luise Amtsberg: Wir lehnen -einen längeren Verbleib in -Erstaufnahmeunterkünften aus menschenrechtlichen Erwägungen ab. In den großen Lagern leben so viele Menschen auf einem Fleck, dass ihnen keine Privatsphäre bleibt. Integration in die deutsche Gesellschaft ist dort nicht möglich. Kinderbetreuung und Schulbesuche können kaum organisiert werden. Drei Monate sind in solchen Verhältnissen zumutbar, mehr nicht.

2Viele Kommunen sind aber mit der Unterbringung überfordert. Würden sie sich über eine Entlastung nicht freuen?

Doch, aber Woidkes Vorschlag geht am eigentlichen Problem vorbei: Die Asylverfahren dauern zu lange. Das liegt unter anderem daran, dass das Personal viel zu spät aufgestockt wurde. Außerdem könnte man einige Aufgaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge kritisch hinterfragen und dadurch den Bearbeitungsstau angehen.

3Würde der grüne Ministerpräsident Kretschmann im Bundesrat gegen Woidkes Initiative stimmen?

Ich kann nicht für Winfried Kretschmann sprechen. Er hat aber kürzlich vorgeschlagen, pensionierte Beamte zu reaktivieren, um Asylanträge abzuarbeiten. Das zeigt offensichtlich, dass er das bestehende System verbessern will und andere Wege sucht als Herr Woidke.

Interview: Tobias Schulze

Luise Amtsberg, 30, sitzt seit 2013 im Bundestag und ist flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünenfraktion.

**Load-Date:** August 14, 2015

Verfahren dauern zu lange Die drei Fragezeichen

---

End of Document

## Syrer müssen wieder länger warten; Bürokratie Die Regierung verfehlt wohl ihr Ziel, Asylverfahren auf drei Monate zu verkürzen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 307 words

**Byline:** Daniel Bax

**Highlight:** Bürokratie Die Regierung verfehlt wohl ihr Ziel, Asylverfahren auf drei Monate zu verkürzen

### Body

---

Berlin taz | Im September 2015 versprach die Bundesregierung, Asylverfahren trotz steigender Antragszahlen auf durchschnittlich drei Monate zu verkürzen. Um die Anträge zügig abzuarbeiten, sollte das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kräftig aufgestockt werden. Doch nun räumt die Regierung ein, dass sie ihre ambitionierte Zusage wohl nicht halten kann.

Ob das Ziel erreicht werde, hänge auch von den Zugängen im Jahr 2016 ab, heißt es vage in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Linkspartei. Man setze aber auf eine weitere Optimierung der Prozessabläufe und eine schnellstmögliche Personaleinstellung und -qualifizierung. Mit anderen Worten: Wir sind noch lange nicht so weit.

Schuld daran ist auch Innenminister Thomas de Maizière (CDU), der Anfang November verfügte, für Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Eritrea wieder zu einer Einzelfallprüfung mit mündlicher Anhörung zurückzukehren. Diese Einzelfallprüfungen waren im August 2015 ausgesetzt und durch rein schriftliche Verfahren ersetzt worden, weil Flüchtlinge aus diesen Ländern in der Regel ohnehin Asyl erhalten. Laut de Maizière hat sich das schriftliche Verfahren aber als zu grobmaschig und lückenhaft erwiesen.

Die Bundesregierung zeigt sich zwar zuversichtlich, dass sich ihre Verfahren nur um die Durchführung der Anhörung verlängern werden. Doch bevor die Einzelfallprüfungen ausgesetzt wurden, dauerten die Asylverfahren syrischer Flüchtlinge im Schnitt 6,8 Monate. Die vereinfachten, rein schriftlichen Verfahren dagegen waren nach nur 2,3 Monaten abgeschlossen. Durch die Rückkehr zur Einzelfallprüfung dürfte sich die Dauer der Verfahren wieder mehr als verdoppeln, fürchtet Ulla Jelpke, die flüchtlingspolitische Sprecherin der Linken-Fraktion im Bundestag. Die Bundesregierung will uns für dumm verkaufen, glaubt sie. Daniel Bax

**Load-Date:** February 2, 2016

## Ankunftscentren für Turboabfertigung von Asylbewerbern geplant; Berlin taz / Der Chef des Bundes

taz, die tageszeitung

Samstag 06. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 435 words

**Byline:** Barbara Dribbusch

### Body

---

Berlin taz | Der Chef des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF), Frank-Jürgen Weise, übte sich am Freitag in Optimismus. Bis zu 1,2 Millionen Anträge auf **Asyl** könne das Amt in diesem Jahr entscheiden, sagte er in Berlin. Mehr Personal, bessere Technik und die Einrichtung von neuen Ankunftscentren sollen dazu beitragen.

Derzeit liegen beim Bundesamt 370.000 unerledigte Anträge auf Asyl, hinzuzählen muss man die geschätzt 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge, die bereits nach Deutschland eingereist sind, aber noch keinen Asylantrag stellen konnten. Wenn in diesem Jahr noch 500.000 Neuankömmlinge dazukommen, errechnet sich die Zahl von etwa 1,2 Millionen Fällen, die bearbeitet werden müssen. Für die Situation, dass mehr Flüchtlinge nach Deutschland einreisen, wollte Weise keine Prognose abgeben.

Um mehr als eine Million Anträge zu bewältigen, müsste das Bundesamt 6.000 Entscheidungen pro Tag schaffen, rechnete Weise vor. Im Dezember lag die Tagesquote erst bei 2.000 Entscheidungen pro Tag. Das Personal des Bundesamtes soll bis Mitte des Jahres auf 6.300 Beschäftigte plus weitere 1.000 abgeordnete Mitarbeiter aus anderen Behörden aufgestockt werden. Um den großen Bedarf an Dolmetschern zu befriedigen, wolle man Dolmetscher künftig auch per Video zu den Anhörungen dazu schalten, erklärte Weise. Vor allem aber sollen 20 neue Ankunftscentren für Neuankömmlinge die Verfahren beschleunigen.

Dort wird dann sofort nach Flüchtlingen aus sicheren oder unsicheren Herkunftsländern unterschieden. Asylbewerber aus sicheren Ländern sollen bis zum Ende ihres Verfahrens in sogenannten Wartezonen des Ankunftscentrums bleiben und dann nach Ablehnung des Antrags in ihr Heimatland zurückgebracht werden. Asylbewerber aus unsicheren Ländern mit guter Bleibeperspektive sollen innerhalb von 48 Stunden das Asylverfahren durchlaufen. In den verbleibenden komplexen Fällen werde der Asylsuchende in den folgenden Tagen in die zuständige Aufnahmeeinrichtung weitergeleitet und durchläuft das Verfahren in der zugeordneten BAMF-Außenstelle, heißt es in der Broschüre zum neuen integrierten Flüchtlingsmanagement, die vom BAMF vorgestellt wurde.

Asylrechtsanwalt Bernward Ostrop bezweifelte in einer Veranstaltung des Mediendienstes Integration am Freitag, dass man mit den geplanten Turboverfahren den individuellen Fällen gerecht werden könne. Rechtsprofessorin

Ankunftszentren für Turboabfertigung von Asylbewerbern geplant Berlin taz | Der Chef des Bundes

Astrid -Wallrabenstein aus Frankfurt befürchtete Parallelen zur Einrichtung der Jobcenter vor zehn Jahren, die auch nicht zu einer Vereinfachung der Verfahren, sondern zu rechtlichen Komplikationen führte.

Barbara Dribbusch

**Load-Date:** February 5, 2016

---

End of Document

## **Chipkarte für Flüchtlinge; MIGRATION Der Sozialsenator will endlich die Gesundheitskarte für Asylbewerber bis Ende des Jahres einführen. Details unklar**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 542 words

**Byline:** Susanne Memarnia

**Highlight:** **MIGRATION** Der Sozialsenator will endlich die Gesundheitskarte für **Asylbewerber** bis Ende des Jahres einführen. Details unklar

### **Body**

---

von Susanne Memarnia

Opposition und **Flüchtlingsvertreter** fordern sie seit Jahren, nun hat Sozialsenator Mario Czaja (CDU) eingelenkt: **Asylbewerber** in Berlin sollen eine Krankenkassenkarte bekommen, mit der sie wie gesetzlich Versicherte zum Arzt gehen können. Man wolle nicht länger auf eine bundeseinheitliche Regelung dieser Frage warten, erklärte Czaja am Dienstagnachmittag überraschend vor rund 40 Teilnehmern des runden Tisches zur Versorgung von **Flüchtlingen**. Der Senator hatte zum zweiten Mal Vertreter von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, **Flüchtlingshilfe** und Wirtschaftsverbänden eingeladen, um über drängende Probleme in diesem Bereich zu reden.

Gegenüber der taz erklärte eine Sprecherin von Czaja am Mittwoch, Ziel sei, die Chipkarte im Verlaufe des vierten Quartals einzuführen. Derzeit liefen Gespräche mit Krankenkassen, erst danach könne man auch den Finanzsenator einbeziehen. Angesichts dieser Unwägbarkeiten zeigten sich Teilnehmer des runden Tisches gegenüber der taz skeptisch. So sagte Georg Classen vom Flüchtlingsrat: Das muss so schnell wie möglich umgesetzt werden. Es wurde lange genug verschleppt. Auch Fabio Reinhardt, flüchtlingspolitischer Sprecher der Piratenfraktion, erklärte, man sei sich seit Januar in dieser Sache prinzipiell einig, trotzdem sei nichts passiert. Die Grüne Canan Bayram sagte, dieser Schritt sei überfällig.

Bislang müssen sich Asylbewerber in Berlin alle drei Monate einen neuen Krankenschein beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) besorgen, viele Therapien müssen zusätzlich vom Amtsarzt genehmigt werden. Da das Amt chronisch überlastet ist, stehen Flüchtlinge tagelang Schlange, wichtige medizinische Behandlungen werden monatelang verschleppt. Das ist Menschenrechtsverletzung, sagte dazu Classen vom Flüchtlingsrat.

Von der Einführung einer Chipkarte erhoffen sich die Befürworter nicht nur eine verbesserte medizinische Versorgung der Flüchtlinge, sondern auch eine Entlastung der Bürokratie sowie finanzielle Einsparungen. Dies

Chipkarte für Flüchtlinge MIGRATION Der Sozialsenator will endlich die Gesundheitskarte für Asylbewerber bis Ende des Jahres einführen. Details unklar

zeigen laut Flüchtlingsrat die Beispiele Hamburg und Bremen, wo die Gesundheitskarte vor Jahren eingeführt wurde.

#### Streit um Wohnungen

Ein weiteres Thema des runden Tisches am Dienstag war das Wohnen. Lageso-Chef Franz Allert erklärte laut Teilnehmern, das Personal in seinem Amt werde aufgestockt, damit zügig über Wohnungsangebote für Flüchtlinge entschieden werden könne. Auch soll die Vermittlung von Wohnungen durch das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk entbürokratisiert werden. Oft bekommen Flüchtlinge Wohnungen nicht, weil das Amt wochenlang prüft, ob die Kosten im gesetzlichen Rahmen liegen.

Weil aber ohnehin immer mehr Wohnungen über den auch für Harz-IV-Empfänger geltenden Kostengrenzen liegen, will der runde Tisch nun den Vorschlag von Canan Bayram prüfen, dass gemeinnützige Träger Wohnungen für Flüchtlinge anmieten, um so die Mietobergrenzen zu umgehen. Dennoch bleibe diese Verordnung ein Problem, so Classen vom Flüchtlingsrat. Für ihn ist es daher ein Skandal, dass kein Vertreter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung am runden Tisch teilnimmt. Schließlich liege es auch in der Verantwortung von SPD-Senator Andreas Geisel, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften anzuweisen, mehr Wohnungen für Flüchtlinge bereitzustellen.

**Load-Date:** July 15, 2015

## Agentur: Amnesty kritisiert EU-Abschottungspolitik; Flüchtlinge Im Jahr 2015 sind bereits mehr als 4.000 fliehende Menschen im Mittelmeer ertrunken

taz, die tageszeitung

Mittwoch 18. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 335 words

**Highlight:** Flüchtlinge Im Jahr 2015 sind bereits mehr als 4.000 fliehende Menschen im Mittelmeer ertrunken

### **Body**

---

Berlin epd | Amnesty International hat die europäische Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen kritisiert. So hätten Zäune an Europas Grenzen in keiner Weise zu einer geordneten Migration beigetragen, sondern zu Menschenrechtsverletzungen geführt, betonte Amnesty International in dem am Dienstag veröffentlichten Bericht Fear and Fences: Europe's Approach to Keeping Refugees at Bay .

Zäune an den EU-Außengrenzen würden Flüchtlinge zwingen, auf andere Landwege auszuweichen oder den gefährlichen Weg über das Meer zu wählen. Allein in diesem Jahr seien bis zum 10. November 512 Flüchtlinge in der Ägäis und insgesamt 3.500 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, hieß es weiter.

Im neuen Amnesty-Bericht werden der Umgang mit Flüchtlingen in der Türkei, Gesetzesverschärfungen in Spanien und Ungarn sowie fragwürdige Praktiken in Marokko kritisiert. So seien im September in der Türkei Schutzsuchende von der Küstenwache verhaftet und ohne Zugang zu einem Rechtsanwalt inhaftiert und gezwungen worden, nach Syrien und Irak auszureisen, betonte die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Selmin Çal kan.

Trotz solch eindeutiger Verstöße gegen internationales Recht strebe die EU mit der Türkei einen gemeinsamen Aktionsplan gegen irreguläre Migration an. Mit Zäunen an den Landgrenzen und indem die EU Länder mit kritischer Menschenrechtslage als europäische Grenzwachter nutzt, verweigert sie Menschen den Zugang zum Asylverfahren , kritisierte Çal kan weiter.

Mit Blick auf die Terroranschläge in Paris betonte Çal -kan, dass viele Schutzsuchenden vor Krieg und Gewalt in ihren Heimatländern fliehen würden. Der Terror von Paris wurde von denjenigen verübt, die auch dafür verantwortlich sind, dass Menschen aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan überhaupt hierher fliehen müssen , sagte Çal kan. Amnesty verurteilte die Anschläge und warnte davor, dass die Angriffe als Vorwand genutzt werden, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. Flüchtende seien Opfer von Terror und nicht Täter.



Agentur: Amnesty kritisiert EU-Abschottungspolitik Flüchtlinge Im Jahr 2015 sind bereits mehr als 4.000 fliehende Menschen im Mittelmeer ertrunken

**Load-Date:** November 17, 2015

---

End of Document

## **Das Glas ist halb voll; Hat die Willkommenskultur in Deutschland die Dominanz über die Stammtische gewonnen?**

taz, die tageszeitung

Samstag 12. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 11

**Length:** 1464 words

**Byline:** Eberhard Seidel

**Highlight:** Hat die Willkommenskultur in Deutschland die Dominanz über die Stammtische gewonnen?

### **Body**

---

Eberhard Seidel

Als im August im sächsischen Heidenau Neonazis randalierten und andernorts **Flüchtlingswohnheime** brannten, schien vielen klar: Das ist die Wiederkehr des hässlichen Deutschen. Zu sehr glichen die Bilder den Pogromen von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992).

Nur wenige Wochen später ist alles anders. An Stelle eines heißen Sommer völkischer Gewalt erlebt die Republik einen Sommer der Solidarität. Statt Angst vor Überfremdung herrscht Mitgefühl. Während die Regierungen Polens, Großbritanniens, Tschechiens und anderer europäischer Staaten **Flüchtlinge** aus Syrien mit der Parole No Moslems, please! die kalte Schulter zeigen, heißen Zehntausende von freiwilligen Helfern die Schutzsuchenden in Berlin, München, Dresden, Hamburg, und andernorts willkommen.

Internationale Medien sind irritiert ob der Bilder und Nachrichten aus dem ihnen stets ein wenig suspekten Land. Was Deutschland in diesen Wochen erlebt, ist allerdings kein Sommermärchen. Es ist das Ergebnis eines 25 Jahre langen gesellschaftlichen Reifungsprozesses.

Seit Jahren ist zu spüren, dass sich in den Niederungen der Republik etwas bewegt in den Dörfern und Städten. An Hunderten von Schulen engagieren sich seit Jahren Tausende Kinder und Jugendliche für die ankommenden **Flüchtlingsfamilien**. Sie geben den Kindern in Peer-to-Peer-Gruppen Deutschunterricht, verbringen mit ihnen ihre Freizeit, backen mit ihnen gemeinsam Kuchen, organisieren Ausflüge und Spendensammlungen. Es ist eine soziale Bewegung der kleinteiligen und engmaschigen **Flüchtlingshilfe** entstanden, auf deren Fundament sich die spektakulären Ereignisse dieses Sommers abspielen.

Vor 25 Jahren war dieses Deutschland nicht vorstellbar. Zur Erinnerung: Anfang der 90er Jahre war das frisch geeinte, neue Deutschland ein zutiefst verunsichertes Land. Im Osten waren die alten staatlichen Strukturen und Gewissheiten abgeräumt, neue noch längst nicht etabliert. Und auch im Westen wussten die Menschen nicht so recht, auf welche gemeinsamen Werte sich das geeinte Deutschland jenseits des Konsums denn nun einigen

Das Glas ist halb voll Hat die Willkommenskultur in Deutschland die Dominanz über die Stammtische gewonnen?

sollte. Als Bindekitt der gebrochenen und verstörten Identitäten bot sich ihnen zunächst nicht viel mehr an, als ein auf die Frage des Blutes reduziertes Deutschsein. Hartnäckig hielten die (Alt-)Deutschen an einem völkischen Selbstverständnis und einem auf das Blut (ius sanguinis) basierendes Staatsangehörigkeitsrecht fest. Die Mehrheit der Bürger vertrat gemeinsam mit ihrem Kanzler Helmut Kohl die Lebenslüge: Deutschland ist kein Einwanderungsland.

Mitten in dieser auch schon 1990 reichlich schizophrenen Situation geriet Europa in Bewegung wie seit 1945 nicht mehr. Zwischen 1990 und 1992 stellten 900.000 Menschen einen Antrag auf Asyl in Deutschland. Dazu kamen weitere 850.000 sogenannte Aussiedler aus der Sowjetunion, Polen und Rumänien. Also Nachkommen deutscher Auswanderer aus früheren Jahrhunderten. Zum Vergleich: Zwischen 2013 und Juli 2015 haben 550.000 Menschen einen Antrag auf Asyl gestellt. Bis Ende des Jahres sollen noch einmal bis zu 500.000 Flüchtlinge hinzukommen. Aussiedler spielen heute keine Rolle mehr.

Wie sich die Dinge weiterentwickelt haben, ist bekannt. Deutschland erlebte Jahre des Hasses. Teile der Presse hetzten gegen Asylanten, wie sie die Schutzsuchenden abwertend bezeichnete. Und Teile der Politik schürten die Ressentiments der Verwirrten, Orientierungslosen und Wendeverlierer.

Verbunden mit den implodierten Sicherheitsapparaten im Osten und einer keineswegs sattelfesten demokratischen und antirassistischen Polizei im Westen, vermengte sich dies alles zu einem brandgefährlichen Amalgam. Von der xenophoben Rhetorik ermuntert, schlossen sich Tausende entwurzelte und verrohte Jugendliche in völkischen Banden zusammen, umworben von straff organisierten, neonazistischen Kaderorganisationen.

Bis heute ist nicht abschließend geklärt, wie eng Sicherheitsbehörden und Verfassungsschutzämter mancherorts mit der Neonaziszene kooperierten, wo sie diese ermunterten, wo sie, wie in Rostock-Lichtenhagen, wegschauten oder einfach nur gewähren ließen. Nur eines ist bekannt: Täglich kam es zu rassistischen Attacken auf Flüchtlinge, zu Überfällen auf Andersaussehende und auf Punks. Weit über 100 Menschen starben damals in Folge rechtsextremer Gewalt.

Dieses Deutschland gibt es nicht mehr. Auch wenn sich manche hässlichen Bilder gleichen mögen, die Republik ist reifer, besser und auch lebenswerter geworden.

Selbstverständlich sind die hässlichen Deutschen nicht verschwunden: die Neonazis, Rassisten und Rechtspopulisten. Auch bleiben sie gefährlich. Manche von ihnen werden weiterhin morden, andere mit Worten das gesellschaftliche Klima vergiften. Aber sie verlieren an Bedeutung, wie neueste Umfragen belegen. Dieses Milieu hat die Hoheit über die Stammtische und die Sentiments der Republik verloren.

Die alten Schlachten um Migration sind geschlagen. Und die erregten Islamdebatten der letzten Dekade entpuppen sich als lärmende Rückzugsgefechte. Im Tiefsten ihres Herzens hat die Mehrheit der Deutschen weder ein grundlegendes Problem mit dem Islam noch mit den Muslimen. Wäre es anders, sähen die Debatten derzeit anders aus – so wie in Polen, der Slowakei oder auch Ungarn. Syrische Flüchtlinge sind willkommen, keiner macht ihre ethnische oder religiöse Zugehörigkeit zu einem Thema. Das ist erfreulich.

25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland zu sich selbst gekommen und nimmt Schritt für Schritt seine Identität als Einwanderungsland an. Migration wird nicht mehr als Problem und Schwäche empfunden, sondern als etwas, das mit zur Stärke des Landes beiträgt. Das ist nur folgerichtig, denn Deutschland wurde in den zurückliegenden Jahrzehnten wie kein anderes europäisches Land durch Migration geprägt.

Zwanzig Prozent der Bevölkerung, also 16 Millionen Menschen, haben bereits einen Migrationshintergrund, sprich diese Person selbst oder ein Elternteil wurde im Ausland geboren. Und von den restlichen 80 Prozent der Deutschen haben sehr viele in ihren Familien eine Flucht- oder Aussiedlergeschichte: Sie stammen also von den 12 Millionen Flüchtlingen ab, die sich zwischen 1945 und 1950 in der DDR oder der Bundesrepublik niedergelassen haben.

Das Glas ist halb voll Hat die Willkommenskultur in Deutschland die Dominanz über die Stammtische gewonnen?

Inzwischen haben die Bürger begriffen und gelernt: Die Aufnahme von Arbeitsmigranten und Flüchtlingen, egal ob Muslim, Christ oder Atheist, hat dem Land in den zurückliegenden Jahrzehnten ganz offensichtlich wirtschaftlich und demografisch gut getan. Trotz all der Probleme, die Migrations- und Akkulturationsprozesse mit sich bringen und über die sich so trefflich streiten lässt. Nur noch wenige bedauern die Metamorphose des alten, völkischen Deutschland in eine offene, kosmopolitische Republik.

Und noch etwas wird in diesen Tagen sichtbar. Als Reaktion auf die bedrückenden Ereignisse der frühen neunziger Jahre hat sich eine vielfältige und aktive Zivilgesellschaft entwickelt. In den zurückliegenden 25 Jahren ist ein Netzwerk von Organisationen und Menschen entstanden, das schnell und entschieden auf neonazistische Aktivitäten und offenen Rassismus reagiert. Bündnisse zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft zur Demokratieentwicklung wurden geschlossen.

Dieser Sommer eröffnet die Möglichkeit für neue Erzählungen im Land. Diese hier lautet: Das Glas ist halb voll. Noch eine kleine Warnung zum Schluss: Die Zivilisierung Deutschlands seit 1990 ist leider nicht in allen Ecken und Winkeln des Landes gleichermaßen gelungen. Die eine oder andere Herausforderung bleibt. Zum Beispiel die des Rechtsterrorismus. Diese Gefahr ist nicht gebannt.

Je offener die Gesellschaft, je solidarischer der öffentliche Diskurs, desto höher die Wahrscheinlichkeiten von Anschlägen und Übergriffen aus dem Hinterhalt. Dies umso mehr, als die WählerInnen in Deutschland sich erfreulich resistent gegenüber Parteien wie der NPD und Zusammenschlüssen wie der Pegida-Bewegung oder Parteien wie die AfD zeigen. Anders als in der Schweiz, Frankreich, Ungarn, Dänemark, den Niederlanden, Österreich, Schweden oder Finnland kann sich in Deutschland keine Partei in der Mitte der Gesellschaft etablieren, die auf Flüchtlingshetze, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit setzt. Das ist ohne Frage gut aber nicht nur. Denn das Ressentiment lebt und braucht ein Ventil, um Druck abzulassen, bevor es sich zur Gewalt verdichtet.

Eberhard Seidel

ist Journalist und Geschäftsführer von Schule ohne Rassismus Schule mit Courage . Seidel, der einige Jahre taz-Mitarbeiter war, hat das Thema der Einwanderung schon lange bewegt. Seine Essays zum Islam in Deutschland wurden von einer breiten Öffentlichkeit beachtet. Für ihn kommt die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen und willkommen zu heißen, nicht überraschend. Schon vor Jahren habe sich ein kleinmaschiges Netz in der Zivilgesellschaft entwickelt.

**Load-Date:** September 11, 2015

## Flüchtlinge: Hohe Nachzahlung für Länder; Haushalt Für die Unterbringung von Asylbewerbern erhalten die Bundesländer 2,6 Milliarden Euro

taz, die tageszeitung

Donnerstag 03. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 346 words

**Byline:** Patricia Hecht

**Highlight:** Haushalt Für die Unterbringung von Asylbewerbern erhalten die Bundesländer 2,6 Milliarden Euro

### Body

---

Berlin taz | Um Sozialleistungen für Flüchtlinge abdecken zu können, bekommen die Länder eine kräftige Nachzahlung vom Bund. Wie das Bundesfinanzministerium mitteilte, werden für dieses Jahr 2,6 Milliarden Euro zusätzlich erstattet, um die Länder bei der Unterbringung von Asylbewerbern zu unterstützen. Das Bundeskabinett stimmte dem am Mittwoch zu. Damit entlastet der Bund die Länder umfassend bei ihren Aufwendungen für Asylsuchende, schreibt das Bundesfinanzministerium.

Bund und Länder hatten sich vergangenes Jahr auf eine vorläufige Kostenpauschale von 670 Euro pro Asylbewerber geeinigt, mit denen der Bund die Länder ab 2016 monatlich unterstützt. Dies gilt für die Dauer von der Registrierung eines Asylbewerbers bis zum Bescheid, den er oder sie bekommt. Weil die Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) länger dauerten als zunächst geplant, seien den Ländern auch höhere Kosten entstanden. Wir hatten mit fünf Monaten von der Registrierung bis zum Bescheid gerechnet, tatsächlich hat es zehn Monate gedauert, sagte ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums.

Veranschlagt hatte der Bund für 2016 eine Vorauszahlung von rund 3 Milliarden Euro an die Länder. Eine Abrechnung für den Zeitraum von Anfang Januar bis Ende August hat nun eine Nachzahlung ergeben, zudem gibt es einen weiteren Abschlag ab September bis Ende des Jahres, so dass sich die Zahlung auf insgesamt 2,6 Milliarden Euro beläuft.

Für 2017 plant der Bund die geringere Vorauszahlung von 1,16 Milliarden Euro. Wir rechnen mit einer schnelleren Bearbeitung der Anträge, begründete das der Sprecher. Man gehe davon aus, dass Altfälle abgearbeitet seien, das Bamf habe mehr Personal, zudem kämen weniger Flüchtlinge.

Derzeit berät der Bundestag außerdem über ein Gesetz zur weiteren Entlastung der Länder. 2016 bis 2018 sollen sie vom Bund eine sogenannte Integrationspauschale von jährlich 2 Milliarden Euro bekommen. Die Gelder sollen unter anderem für Schulen, Kitas und Sprachkurse genutzt werden. Das Gesetz wird voraussichtlich Ende November verabschiedet. Patricia Hecht

Flüchtlinge: Hohe Nachzahlung für Länder Haushalt Für die Unterbringung von Asylbewerbern erhalten die Bundesländer 2,6 Milliarden Euro

**Load-Date:** November 2, 2016

---

End of Document

**"Der Bund ist nicht zynisch"; KIRCHENASYL Der Innenminister will die Kritik der Kirchen am europäischen Verteilungssystem entkräften und macht dafür auch Zugeständnisse**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 19. Februar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 1009 words

**Byline:** INES KAPPERT

**Highlight:** KIRCHENASYL Der Innenminister will die Kritik der Kirchen am europäischen Verteilungssystem entkräften und macht dafür auch Zugeständnisse

## Body

---

### INTERVIEW INES KAPPERT

taz: Herr Weber, warum kritisiert Innenminister de Maizière das Kirchenasyl jetzt? Was gewinnt er damit?

Kai Weber: Das Dublin-Verfahren ist nicht so erfolgreich, wie sich das Innenministerium und auch das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) das gedacht haben. Die Idee war ja, dass die **Flüchtlinge** in den Ländern **Asyl** beantragen müssen, in denen sie das erste Mal per Fingerabdruck registriert werden. Reisen sie trotzdem in andere Länder weiter, wie etwa Deutschland, können sie mit dem Verweis auf die Dublin-Vereinbarung in die Erstländer abgeschoben werden.

Warum ist dieses Verteilungssystem gescheitert?

Sehen Sie sich die Zahlen für 2014 an. In Deutschland wurden von rund 27.000 Dublin-Bescheiden nur etwa 4.800 Fälle in die Erstländer abgeschoben. Der Rest wurde in die Illegalität abgedrängt und stellt vielleicht erneut einen Antrag in anderen europäischen Drittstaaten. Unterm Strich wird ein riesiger Aufwand betrieben mit einem nur geringen Effekt. Denn angesichts der Menschenrechtsverletzungen etwa in Ungarn, Bulgarien, Griechenland oder Italien ist eine Verteilung von Flüchtlingen dorthin nicht möglich. Die Menschen werden alles tun, um nicht nach Bulgarien zurückzugehen, wo sie inhaftiert und misshandelt wurden.

Wie hängen Dublin-Verfahren und Kirchenasyl zusammen?

Man sucht sich einen Sündenbock und behauptet, die Kirchen trügen eine Mitschuld am Scheitern von Dublin. Das Innenministerium wirft den Kirchen vor, sie übten eine Systemkritik und gewährten Kirchenasyl in Fällen, in denen gar keine Lebensgefahr für die Schutzsuchenden bestände. Die Kirchen haben das strikt zurückgewiesen und auf die existenzielle Unsicherheit für Asylsuchende etwa in Italien oder auf die systematischen Inhaftierung in Bulgarien

"Der Bund ist nicht zynisch" KIRCHENASYL Der Innenminister will die Kritik der Kirchen am europäischen Verteilungssystem entkräften und macht dafür auch Zugestä....

oder Ungarn hingewiesen. Sie wissen genau, dass Kirchenasyl nur eine Hilfe für den Einzelfall ist und man mit ihm nicht das System Dublin überwinden kann.

Wie viele Menschen sind derzeit im Kirchenasyl?

Bundesweit etwa 300, genaue Zahlen existieren nicht. Kirchen ziehen es heute vor, stilles Asyl zu gewähren. In den 90er Jahren wurde noch gezielt die Öffentlichkeit gesucht.

Gibt es eine Friktion zwischen Kirchenbasis und der Führungsebene?

Bislang noch nicht. Aber dazu kann es natürlich noch kommen. Das BAMF bemüht sich darum, die Kirchenführung für sich zu gewinnen. Der Präsident, Manfred Schmidt, hat am letzten Freitag bei den Duderstädter Gesprächen ein entsprechendes Spitzengespräch für den 24. 2. 2015 angekündigt. Man möchte gemeinsame Gremien schaffen, um Einzelfälle hinter verschlossenen Türen verhandeln zu können. Auf diese Weise versucht das BAMF, die Kritik der Kirchen an Dublin zu entkräften.

Unterscheidet sich die katholische von der protestantischen Kirche in dieser Frage? Bislang schlug die katholische Leitung versöhnlichere Töne an.

Das kann man nicht verallgemeinern. Gerade in Niedersachsen gibt es katholische Gemeinden, die sich vehement für die Interessen ihrer Schutzbefohlenen einsetzen. Insgesamt ist es innerhalb der Kirchen umstritten, wie man mit den Avancen des BAMF umgehen soll. Traditionell aber gewährt die katholische Kirche seltener Kirchenasyl.

Werden die Kirchen einknicken?

Schwer zu sagen. Einerseits setzt man sie unter erhöhten Druck, andererseits kommt das BAMF ihnen auch entgegen. So hat das BAMF entschieden, in 800 Altfällen von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch zu machen. Das BAMF versucht seit jeher, das System Dublin zu erhalten, aber im Einzelfall Zugeständnisse zu machen.

Warum sagen Sie, dass Dublin gescheitert sei? Wenn man so drei Viertel der Asylsuchenden in die Illegalität abdrängen kann, also nicht mehr für sie zuständig ist, ist das aus Behördensicht doch ein Erfolg.

Der früheren niedersächsischen Regierung hätte ich einen solchen Zynismus vielleicht unterstellt, für den Bund gilt das nicht. Der betreibt eine ernsthafte Resettlementpolitik. Ich denke nicht, dass das oberste Ziel des Bundes ist, Flüchtlinge loszuwerden.

De Maizièr sendet doch bislang stets die Botschaft aus: Kommt gar nicht erst hierher

Das gilt nur für die Balkanflüchtlinge. Bei Menschen aus Syrien oder Eritrea bemüht man sich dagegen auch rhetorisch darum, zu vermitteln, dass diese Menschen gute Gründe für ihre Flucht haben. Die Regierung hat das Potenzial dieser Gruppe, immerhin ist die absolute Mehrheit unter 25 Jahre alt, durchaus erkannt und versucht sie mit Arbeitsprogrammen und Sprachkursen zu fördern. Sie will Flucht nicht verhindern, sondern eine bessere Kontrolle über die Zusammensetzung der Flüchtlinge haben. Das ist natürlich im Kontext des Fachkräftemangels zu sehen. Anders als in den 90er Jahren hat man verstanden, dass Deutschland etwa 400.000 Einwanderer pro Jahr braucht, um der Überalterung entgegenzuwirken.

Finden Sie das richtig?

Natürlich nicht. Wir verstehen Asyl als ein Grundrecht, das nicht aufgrund von ökonomischen Erwägungen eingeschränkt werden darf. Deshalb schlagen wir vor, Dublin abzuschaffen. Gemessen an der Einwanderung insgesamt sind die Flüchtlinge ohnehin eine nur kleine Gruppe. 2013 hatten wir 1,2 Millionen Einwanderer und 126.000 Asylsuchende. Etwa 800.000 Menschen haben Deutschland verlassen. 180.000 Migranten kamen aus Polen, ohne dass das so recht bemerkt wurde. Es spricht also überhaupt nichts dagegen, dass Flüchtlinge dorthin gehen, wo sie Verwandte haben und wo sie hinwollen. Man kann einen europäischen Ausgleich durchaus auch finanziell organisieren.



"Der Bund ist nicht zynisch" KIRCHENASYL Der Innenminister will die Kritik der Kirchen am europäischen Verteilungssystem entkräften und macht dafür auch Zugestä....

Die AfD als einwanderungs- und flüchtlingsfeindliche Partei ist nun auch ins Hamburger Parlament eingezogen. Was bedeutet ihr Aufstieg für Ihre Arbeit?

Nicht viel. Gerade in Niedersachsen stellen wir eine deutliche Verbesserung der Stimmung gegenüber Flüchtlingen und Migration fest. Auch die Flüchtlingspolitik des Landes ist deutlich menschenfreundlicher geworden. Aber es ist bekannt, dass 10 bis 15 Prozent der Deutschen ein explizit rassistisches Weltbild haben. Das muss uns Sorgen machen.

Die Regierung will Flucht nicht verhindern, sondern angesichts des Fachkräftemangels nur besser kontrollieren, wer hier bleibt

**Load-Date:** February 18, 2015

---

End of Document

## **Flüchtlinge im Fadenkreuz; Clausnitz Polizei untersucht Attacken auf Flüchtlingsbus. Leiter des Asylheims wird abgelöst zum Schutz seiner Person. Kanzlerin nennt Vorfälle zutiefst beschämend**

taz, die tageszeitung

Dienstag 23. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 559 words

**Byline:** Michael Bartsch

**Highlight:** Clausnitz Polizei untersucht Attacken auf **Flüchtlingsbus**. Leiter des **Asylheims** wird abgelöst zum Schutz seiner Person. Kanzlerin nennt Vorfälle zutiefst beschämend

### **Body**

---

Aus Dresden Michael Bartsch

Nach den Attacken auf einen **Flüchtlingsbus** und dem rüden Polizeieinsatz im sächsischen Clausnitz hat die Polizeidirektion Chemnitz eine elfköpfige Ermittlungsgruppe gebildet. Sie folgt damit einer Ankündigung von Polizeipräsident Uwe Reißmann. Am Donnerstagabend hatten etwa 100 Bewohner des Erzgebirgsorts nahe der tschechischen Grenze mit Fahrzeugblockaden den Bezug eines **Flüchtlingsheims** zu verhindern versucht. Bundesweite Kritik löste ein Polizeieinsatz aus, mit dem einige **Flüchtlinge** teils gewaltsam in das Haus verbracht wurden.

Eine Sprecherin der Polizeidirektion Chemnitz sagte der taz, dass sich die eingeleiteten Ermittlungen auch gegen Migranten aus dem Bus richten. Die Polizei hatte sie indirekt für die Eskalation mitverantwortlich gemacht, weil die Pöbeleien aus dem Bus heraus mit Handys gefilmt wurden und ein Junge den Stinkefinger zeigte. Gegen drei deutsche Fahrzeugbesitzer liegen bereits Anzeigen vor.

Noch in der Donnerstagnacht hatte Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) nach Ansicht erster Videos eine Auswertung des Polizeieinsatzes mit allen Beteiligten angekündigt. Am Montag wick die Pressestelle des Ministeriums der Frage aus, ob die Hausspitze nunmehr zu einem Schluss gekommen sei. Stattdessen wurde auf die Chronologie der Polizeidirektion verwiesen. Polizeipräsident Reißmann hatte das Vorgehen uneingeschränkt gerechtfertigt.

Inzwischen teilte das Landratsamt Mittelsachsen mit, dass der Leiter des Clausnitzer Flüchtlingsheims abgelöst werde. Nicht, wie man vermuten könnte, weil Matthias Hetze der AfD angehört. Wegen der bundesweiten Diskussion über ihn habe man vielmehr die Entscheidung zum Schutze seiner Person getroffen, begründete Landrat Matthias Damm (CDU) das Vorgehen. Cemile Giousouf, Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-

Flüchtlinge im Fadenkreuz Clausnitz Polizei untersucht Attacken auf Flüchtlingsbus. Leiter des Asylheims wird abgelöst zum Schutz seiner Person. Kanzlerin nen....

Bundestagsfraktion, nannte es hingegen ein Unding, dass ein AfD-Mitglied eine Unterkunft leitet . Die sächsische Landesregierung dürfe bei deren offenem Rassismus nicht wegschauen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nannte die fremdenfeindlichen Ausfälle von Clausnitz zutiefst beschämend . In ihrem Namen wandte sich Regierungssprecher Steffen Seibert jedoch gegen eine Pauschalverurteilung der gesamten Region. Hier wie in der gesamten Bundesrepublik sei einer Bevölkerungsmehrheit bewusst, dass es im Kern um Menschen in Not geht , die mit Anstand und Mitgefühl behandelt werden müssten.

SPD-Generalsekretärin Katarina Barley brachte eine stärkere Videoüberwachung zum Schutz von Flüchtlingsheimen ins Spiel. Die Grünen beantragten eine aktuelle Stunde im Bundestag zu den Vorfällen in Clausnitz.

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry gab den Migranten im Bus wegen sehr unschöner Äußerungen eine Mitschuld an der Eskalation. Zugleich distanzierte sie sich von den Demonstranten und kündigte parteiinterne Konsequenzen an, sollten AfD-Mitglieder tatsächlich involviert gewesen sein.

Der Innenausschuss des Sächsischen Landtags wird sich auf Antrag der Linken am Freitag in einer Sondersitzung mit Clausnitz und dem Brandanschlag in Bautzen befassen. Polizeipräsident Reißmann wird dazu eingeladen. Am heutigen Dienstag will sich Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich in der Kabinettspresskonferenz äußern.

Ein Unding, dass ein AfD-Mitglied eine Unterkunft leitet

Rassismus

Die Politik reagiert empört auf den -Angriff auf einen Bus mit Flüchtlingen

**Load-Date:** February 22, 2016

**Agentur: Ehrensache Flüchtlingshilfe; Engagement Ohne freiwillige Helfer ist die Betreuung und Integration von Flüchtlingen im Norden nicht mehr zu schaffen. Klagewelle vor Gerichten gegen abgelehnte Asylanträge**

taz, die tageszeitung

Montag 17. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 25

**Length:** 305 words

**Highlight:** Engagement Ohne freiwillige Helfer ist die Betreuung und Integration von **Flüchtlingen** im Norden nicht mehr zu schaffen. Klagewelle vor Gerichten gegen abgelehnte **Asylanträge**

## Body

---

Für die Betreuung und Inte-gration der vielen **Flüchtlinge** in Schleswig-Holstein ist das Engagement ehrenamtlicher Helfer inzwischen unverzichtbar. Angesichts der gestiegenen **Flüchtlingszahlen** sei die Arbeit hauptamtlich gar nicht mehr zu leisten, lautete der Tenor einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur bei den elf Kreisen und vier kreisfreien Städten im Land. Zwingend erforderlich sei die Hilfe der Bürger, sagte Rainer Stiemcke vom Kreis Schleswig-Flensburg.

Geholfen wird mit -Deutschunterricht, bei Behördengängen, Arztbesuchen oder mit Sport- und Kulturangeboten. Auch Willkommen-Cafés wie in Boostedt (Kreis Segeberg) oder Fahrradwerkstätten wie in Lübeck sind typisch. Geballtes Fachwissen bietet das Lübecker Migrantennetzwerk - Lumine : Mehr als 40 Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer und Therapeuten beraten Flüchtlinge kostenlos.

Hamburg greift auch auf studentische Hilfskräfte zurück. Nach einem Aufruf von Innensenator Michael Neumann (SPD) hätten sich innerhalb einer Woche 60 Studenten sozialer Fächer gemeldet, sagte eine Sprecherin des städtischen Betriebs Fördern und Wohnen. Es gehe um Tätigkeiten, die kein großes Fachwissen erforderten, aber soziale Kompetenz, Respekt für fremde Kulturen und Belastbarkeit voraussetzten. Als Beispiel nannte die Sprecherin die Begleitung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, etwa in der als provisorische Unterkunft genutzten Messehalle.

Die steigende Zahl von Klagen abgewiesener Asylbewerber bringt unterdessen Niedersachsens Verwaltungsgerichte an ihre Grenzen. Im ersten Halbjahr 2015 gingen nach Angaben des Justizministeriums 4.730 Klagen ein. 2013 waren es im gesamten Jahr 3.571 gewesen, im Vorjahr 7.958. Da die Klagewelle mit dem jetzigen Personal nicht bewältigt werden könne, sollen neue Stellen bei den Gerichten geschaffen werden, erklärte das Ministerium. (dpa)

**Load-Date:** August 16, 2015

Agentur: Ehrensache Flüchtlingshilfe Engagement Ohne freiwillige Helfer ist die Betreuung und Integration von Flüchtlingen im Norden nicht mehr zu schaffen. Kla....

---

End of Document

**"Es ermutigt Populisten"; PROTEST Bremer AnwältInnen demonstrieren heute vor der SPD-Zentrale gegen das Asylpaket II**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 18. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 45

**Length:** 362 words

**Byline:** Eva Przybyla

**Highlight:** PROTEST Bremer AnwältInnen demonstrieren heute vor der SPD-Zentrale gegen das **Asylpaket II**

## Body

---

Herr Sürig, Sie und andere RechtsanwältlInnen wollen morgen gegen die Änderung des **Asylrechts** protestieren. Haben Sie das schon mal gemacht?

Jan Sürig: Nein. So einen Protest der Anwälte und Anwältinnen gab es meines Wissens vorher auch noch nicht.

Zwei Jahre lang kein Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte, wer ist das in Bremen?

Das betrifft Personen aus Bürgerkriegsgebieten, in denen nicht der Staat seine Bürger verfolgt sondern andere Akteure. Das betrifft Somalierinnen, denen in ihrer Heimat Genitalverstümmelung droht. Auch syrische Flüchtlinge könnten betroffen sein: Dafür muss der deutsche Innenminister die Bundesämter für Migration und Flüchtlinge nur anweisen, syrische Geflüchtete als subsidiär Schutzberechtigte zu behandeln.

Wann könnte er das tun?

Wenn der Druck von rechts zu groß wird. Das war auch der Hauptbeweggrund für die bisherigen Verschärfungen des Asylrechts.

Sie protestieren gegen die Abschiebung als Sonderstrafe. Was bedeutet das?

Auch wenn es um asylrechtliche Fragen geht, verlangen Rechtspopulisten und Behörden eine strafrechtliche Anwendung von Abschiebungen. Man schickt Menschen zurück, um sie für kleine Delikte zu bestrafen, die sie in Deutschland begangen haben. Abschiebungen sind jedoch schlimmer als Haftstrafen, denn es gibt keine Aussicht auf Bewährung oder Resozialisierung. Abgeschobene Menschen sind weg. Nicht umsonst empfinden viele Betroffene Abschiebungen als existenzvernichtend.

Würde das neue Asylpaket den sozialen Frieden in Bremen gefährden?

"Es ermutigt Populisten" PROTEST Bremer AnwältInnen demonstrieren heute vor der SPD-Zentrale gegen das Asylpaket II

Ja, denn es ermutigt Populisten aus dem rechten Spektrum von CDU, über AfD bis NPD, Forderungen zu stellen. Das Asylpaket II zeigt, dass sie damit durchkommen.

Was bedeutet es für Ihre Tätigkeit als Rechtsanwalt?

Es provoziert eine erhebliche Erhöhung des Stresspegels bei Anwälten und den Flüchtlingen. Schon jetzt haben viele vor den unangekündigten Abschiebungen Angst. Besonders psychisch kranke Geflüchtete halten den Druck womöglich nicht aus.

Interview: Eva Przybyla

ab 11.30 Uhr, vor dem SPD-Büro, Obernstr. 39-43

heute in Bremen

Jan Sürig

50, ist Rechtsanwalt für Asyl- und Strafrecht in Bremen. Er hat die Protestaktion der Bremischen AnwältInnen mitorganisiert.

**Load-Date:** February 17, 2016

## Jeder 113. Mensch ist ein Flüchtling; Zahlen Über 65 Millionen wurden bis Ende vergangenen Jahres durch immer mehr Krisen und Konflikte aus ihrer Heimat vertrieben

taz, die tageszeitung

Montag 20. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 3

**Length:** 517 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Zahlen Über 65 Millionen wurden bis Ende vergangenen Jahres durch immer mehr Krisen und Konflikte aus ihrer Heimat vertrieben

### Body

---

Berlin taz | Mehr Menschen denn je sind auf der Flucht. Nach den am Montag vom UN-**Flüchtlingswerk** UNHCR veröffentlichten Zahlen mussten bis Ende Dezember 2015 65,3 Millionen ihre Heimat verlassen. Ein Jahr zuvor waren es 59,5 Millionen.

Statistisch gesehen ist damit jeder 113. Mensch auf der Welt entweder asylsuchend, binnenvertrieben oder anerkannter Flüchtling – eine weiterer neuer Höchststand. Die Zahl entspricht in etwa der Einwohnerzahl von Großbritannien oder Frankreich. Rund 41 Millionen, die im eigenen Land fliehen, sind eingerechnet.

Das belegt das Scheitern der Weltgemeinschaft bei der Beilegung von Konflikten. Seit Mitte der 1990er nehmen Flucht und Vertreibung zu, in den letzten fünf Jahren immer schneller. Zu alten Krisengebieten wie Afghanistan oder Somalia kamen neue wie Syrien, der Südsudan, Burundi, die Ukraine oder die Zentralafrikanische Republik. Die meisten neuen Binnenflüchtlinge gab es 2015 im Jemen.

Die Mehrheit der Flüchtlinge kommt nicht weit. Zwar stehen die Bemühungen Europas bei der Aufnahme im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Tatsächlich aber haben 86 Prozent der Flüchtlinge, die 2015 unter dem Mandat von UNHCR standen, in Entwicklungsländern Schutz gesucht. Sie bleiben in unmittelbarer Nähe der Konfliktgebiete.

Mit über 17 Flüchtlingen je 100 Einwohnern hat der Libanon im Verhältnis zur Bevölkerung mehr Flüchtlinge aufgenommen als jedes andere Land. In Relation zur Wirtschaftskraft leben die meisten Flüchtlinge in der Demokratischen Republik Kongo (siehe Grafik). Keines dieser Länder kann eine ausreichend Versorgung gewährleisten. Sie brauchen die Unterstützung internationaler Hilfsorganisationen, die ihrerseits auf Spenden angewiesen sind.



Jeder 113. Mensch ist ein Flüchtling Zahlen Über 65 Millionen wurden bis Ende vergangenen Jahres durch immer mehr Krisen und Konflikte aus ihrer Heimat vertrieben....

Höchst beunruhigend nennt UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi die Zahlen. Auf dem Meer verlieren erschreckend viele Menschen ihr Leben, der Landweg ist durch geschlossene Grenzen zunehmend blockiert, und in manchen Ländern wird gegen Asyl politisch Stimmung gemacht.

Pro Asyl warnt anlässlich des heutigen Weltflüchtlingstags vor einer Kultur der Gleichgültigkeit gegenüber Flüchtenden. Europa werde bald faktisch für Schutzsuchende nicht mehr erreichbar sein, so Geschäftsführer Günter Burkhardt.

Die EU und auch Deutschland setzen vornehmlich auf die Bekämpfung irregulärer Migration, sagt Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe. Bisher hätten die europäischen Staaten ihre Verpflichtung aus dem EU-Ratsbeschluss von September letzten Jahres, 160.000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland aufzunehmen, kaum eingelöst. Höchste Priorität hat jetzt, dass alle Länder ihre Zusagen einhalten und Aufnahmeplätze für Asylsuchende bereitstellen, so Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland.

Am Freitag kündigte die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen an, aus Protest gegen die Flüchtlingspolitik der EU kein Geld mehr von der Union und ihren Mitgliedstaaten anzunehmen. Christian Jakob

Weltflüchtlingstag

Heute präsentiert das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge seinen Jahresbericht. Hilfsorganisationen fordern Ende der Abschottung

**Load-Date:** June 19, 2016

## Präsidentin für die Flüchtlinge; portrait

taz, die tageszeitung

Freitag 19. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 2

**Length:** 352 words

**Byline:** Daniel Bax

### Body

---

portrait

Eine Frau soll an die Spitze des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rücken. Die Juristin Jutta Cordt wird aus Berlin, wo sie seit zwei Jahren die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit (BA) leitet, nach Nürnberg wechseln, wo das BAMF seinen Sitz hat. Sie wird damit ihrem bisherigen Vorgesetzten Frank-Jürgen Weise nachfolgen, der im Krisenherbst 2015 die Leitung der Migrationsbehörde übernahm, neben seinem Amt als BA-Chef. Weise hat schon vor Monaten klargemacht, dass er beide Ämter spätestens im kommenden Jahr aufgeben will.

Cordt hat bei der Bundesagentur für Arbeit Karriere gemacht. Die 53-jährige begann ihre Laufbahn in den 1990er Jahren als Abteilungsleiterin in Duisburg, als die Behörde noch schlicht Arbeitsamt hieß in einer Region, die nach dem Ende der Kohlezechen und der Stahl-industrie vom Strukturwandel gebeutelt wurde. Aus dem Ruhrgebiet ging sie, nach einer Zwischenstation in der Nürnberger Zentrale, nach Ravensburg. Nach weiteren Stationen im Saarland und in Nürnberg leitete sie fünf Jahre lang die Regionaldirektion in Sachsen, bevor sie 2014 aus Chemnitz nach Berlin wechselte.

Nun geht es also wieder zurück nach Nürnberg, aber an eine andere Behörde. Das hatten die Nürnberger Nachrichten berichtet und sich dabei auf informierte Kreise berufen. Das Bundesinnenministerium, dem das BAMF untersteht, wollte die Personalie nicht bestätigen. Um die Nachfolge zu regeln, müssen erst mehrere Gremien einbezogen werden; auch das Bundeskabinett muss die Personalie billigen. Das kann dauern.

Wenn alles glattgeht, wird Cordt ab Oktober in die Nürnberger BAMF-Zentrale wechseln, um sich einzuarbeiten, bevor sie im neuen Jahr die Leitung übernimmt. Dort warten große Aufgaben auf sie. Eine halbe Million Asylanträge stapeln sich dort, über die noch nicht entschieden wurde.

Eine weitere Herausforderung ist es, möglichst viele Flüchtlinge in Arbeit zu bringen. Die Bundesregierung ist unzufrieden damit, dass deren Integration in den Arbeitsmarkt nur schleppend vorankommt. Cordt bringt die Qualifikation mit, sich dieser Herausforderung zu stellen. Daniel Bax

## Präsidentin für die Flüchtlinge portrait

**Load-Date:** August 18, 2016

---

End of Document

**"Eine alte, archaische Angst"; VORURTEILE Die Angst vor Flüchtlingen als Überträger von Infektionskrankheiten taucht immer wieder auf. Wie bedrohlich die Lage wirklich ist, erklärt Heinz-Jochen Zenker**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 26. März 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 550 words

**Byline:** JÖRDIS FRÜCHTENICHT

**Highlight:** VORURTEILE Die Angst vor **Flüchtlingen** als Überträger von Infektionskrankheiten taucht immer wieder auf. Wie bedrohlich die Lage wirklich ist, erklärt Heinz-Jochen Zenker

## Body

---

### INTERVIEW JÖRDIS FRÜCHTENICHT

taz: Herr Zenker, Tuberkulose wird häufig mit **Flüchtlingen** und **Asylbewerbern** in Verbindung gebracht. Ist die Verknüpfung gerechtfertigt?

Heinz-Jochen Zenker: Wenn man sich den Jahresbericht des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten ansieht, zeigt sich, dass es 2014 unter den **Migranten** einen etwas höheren Anteil an Tuberkulose-Neuerkrankungen gibt als in der Normalbevölkerung. Von **Flüchtlingen** geht aber keine Bedrohung für die einheimische Bevölkerung aus. Das bestätigt auch das Robert-Koch-Institut. Deutschland gilt als Niedrigrisikoland und die Neuerkrankungsrate ist in den letzten Jahren gesunken.

Die Region Hannover rechnet für dieses Jahr mit einem Anstieg der Tuberkulose-Erkrankungen, denn im Januar und Februar gab es bereits 22 Neuerkrankungen, während es in den Vorjahren insgesamt zwischen 60 und 70 Fälle waren. Wie ansteckend ist Tuberkulose?

Wichtig ist vor allem, dass im Allgemeinen nur diejenigen ansteckend sind, die eine offene Tuberkulose haben. Dann besteht ein deutliches Ansteckungsrisiko durch Tröpfcheninfektion. Es kommt aber auch darauf an, wer die Erreger mit welcher Intensität abbekommt. Menschen, die ohnehin schon geschwächt sind, haben ein höheres Risiko, sich mit TBC zu infizieren als andere. Die Wahrscheinlichkeit, beim Überqueren einer Straße verletzt zu werden, ist vermutlich um ein Vielfaches höher. Doch die Angst vor Tuberkulose ist und bleibt offensichtlich eine alte, archaische Angst.

Die aktuelle Masernwelle in Berlin soll ihren Ausgang in einem Flüchtlingsheim genommen haben. War das nur Zufall oder ist die Angst vor Krankheitsübertragungen durch Flüchtlinge begründet?

"Eine alte, archaische Angst" VORURTEILE Die Angst vor Flüchtlingen als Überträger von Infektionskrankheiten taucht immer wieder auf. Wie bedrohlich die Lage wi....

So ein Krankheitsausbruch kann an vielen Orten entstehen. Im Flüchtlingsheim war möglicherweise der Impfschutz der einreisenden Kinder nicht ausreichend. Aber Masernausbrüche können auch in Waldorfschulen auftreten, weil dort viele Eltern Impfgegner sind. Und auch ein Kindergarten kann der Ursprung einer Infektionswelle sein. Wenn viele Kinder keinen Impfschutz haben, reicht schon ein krankes Kind aus. Überall, wo Menschen sich intensiv begegnen und gehustet und geniest wird, kann das Risiko der Ansteckung bestehen.

Trägt die Unterbringung von Asylbewerbern in Massenunterkünften zur Ausbreitung von Krankheiten bei?

Natürlich, die sogenannte verdichtete Belegung trägt zur Ausbreitung bei und in Flüchtlingsunterkünften besteht eigentlich immer eine verdichtete Belegung. Ähnliches gilt allerdings auch für Krankenhäuser, Altenheime, Schulen oder Kindergärten.

Demnach ist die Angst vor Infektionen durch Flüchtlinge irrational?

Natürlich gibt es einen rationalen Kern, die Viren und Bakterien existieren nun mal. Aber in ihrer Übertreibung bekommt die Angst irrationale Züge. Ein mögliches Infektionsrisiko bekommt sehr schnell eine zu hohe Bedeutung. Man muss die Menschen motivieren, sich die Fakten anzuschauen, sich auf den Boden der Tatsachen zu begeben.

Die Stigmatisierung von Asylbewerbern als Krankheitsüberträger ist also völlig übertrieben?

Ja, davor kann man nur warnen. Das ist Unsinn. Aber offensichtlich eignet sich die Gruppe der Flüchtlinge gut, um sie auszugrenzen. Übertreibungen und Vorurteile gibt es ja auch in anderen Bereichen, etwa beim Thema Migrationshintergrund und Kriminalität .

**Load-Date:** March 25, 2015

**LeserInnenbriefe zu verschiedenen Themen; Wenig glaubhaftes  
Entsetzen betr.**

taz, die tageszeitung

Samstag 29. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 28

**Length:** 568 words

## **Body**

---

Wenig glaubhaftes Entsetzen

betr.: Kanzlerin, bitte kommen , taz vom 25. 8. 15

Wie glaubhaft kann die Betroffenheit, das Entsetzen und der Aktionismus von Politikern angesichts von Heidenau sein, wo dieselben Politiker seit Jahren zum Asylthema kaum anderes beizutragen und den Bürgern zu vermitteln haben, dass Deutschland das meiste leiste, es an den Grenzen sei, das Wichtigste sei, Flüchtlinge fernzuhalten, Anträge schnellst zu bearbeiten, abzuschieben, weil die meisten wohl Wirtschaftsflüchtlinge sein sollen. Lange war von besorgten Bürgern die Rede, was nun eher schwerlich erkennbar ist. Selbst jetzt meint Minister Gabriel, man müsse den Menschen ihre Ängste nehmen. Es sind nur die Ängste, die ihnen die Politik seit Jahren nicht nimmt und eher verstärkt. ROLAND WINKLER, Aue

Kein Vorbild

betr.: Vorreiter Afrika , taz vom 24.8.15

In seinem Beitrag schildert Dominic Johnson ausführlich, wie internationale Hilfsorganisationen auf der Basis der Genfer Menschenrechtskonvention in Afrika höchst effizient Flüchtlingshilfe geleistet haben, vor allem nach den Ereignissen in Ruanda im Jahr 1994.

In Afrika seien Flüchtlinge, sofern sie im UN-System landen, bevorzugt geschützte Gemeinschaften.

Daraus jedoch zu folgern, Afrika sei im Umgang mit Flüchtlingen Vorreiter, von dem Deutschland lernen könne, ist für mich nicht nachvollziehbar.

Was hat die Tatsache, dass das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR in Afrika Positives leistet, mit Afrika zu tun?

Afrika produziert schließlich nach wie vor Tausende von Flüchtlingen, von denen viele bei uns landen, zum Beispiel aus Eritrea.

BRIGITTE REINHARDT,

Bad Honnef

Überfordert

betr.: De Maizièrè hart an der Grenze , taz vom 21. 8. 15

Schon als Verteidigungsminister war De Maizièrè hart an der Grenze ! Zum Grenzübertritt hätte er das gediegene Alter. Seine hugenottischen Vorfahren haben (1685) in Deutschland Asyl bekommen. Ob ihnen das Taschengeld gekürzt wurde, ist nicht überliefert. Damals gab es strenge Grenzkontrollen, kein freies Europa. Nach den missglückten Waffenkäufen für die Bundeswehr dilettiert der Minister des Inneren mit zugegeben massiven Flüchtlingsfragen. Andererseits ist der Innenminister auch für den Verfassungsschutz zuständig. Obwohl er vom vorgeblichen Landesverrat zweier Journalisten informiert gewesen war, hat er geschwiegen; denn er hat nicht erkannt, dass Landesverrat anders aussieht. Der Bundespräsident sollte ihn in Pension schicken. Und de Maizièrè könnte wie sein hugenottischer Vorfahre Fontane in der Mark Brandenburg wandern. PETER FINCKH, Ulm

Wohin mit all den Menschen?

betr.: 107 Einwohner, 1 Flüchtling , taz vom 19. 8. 15

Natürlich können wir uns 1 Migranten auf 107 Bundesbürger leisten. Aber das Leistenkönnen bezieht sich auf die Zahlen diesen Jahres. Nur tun uns die Migranten nicht den Gefallen und bleiben ab nächstem Jahr zu Hause. Die Zahl der Flüchtenden wird sich aufgrund des Wohlstandsgefälles weiterhin Jahr um Jahr erhöhen. Wohin also auf längere Sicht mit all diesen Menschen? Wir können Unterkünfte nicht einfach verdoppeln. Eine rasant steigende Zahl oftmals junger Menschen wird keine Arbeit finden, nicht befriedigend untergebracht sein und von unserer Konsumgesellschaft über die Werbung zu Konsum aufgefordert, ohne das nötige Geld dafür zu haben. Ein Prekariat, das exponentiell wächst und massive soziale Probleme durch Unzufriedenheit generieren wird. WOLF BROCKHAUSEN, Bochum

**Load-Date:** August 28, 2015

## Minister entspannt sich; Flüchtlinge De Maizière (CDU) lobt sich für gesunkene Zahlen. Heftige Kritik von Menschenrechtlern

taz, die tageszeitung

Samstag 09. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 512 words

**Byline:** Christian Jakob

### **Body**

---

**Flüchtlinge** De Maizière (CDU) lobt sich für gesunkene Zahlen. Heftige Kritik von Menschenrechtlern

Von Christian Jakob

Die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge sinkt stark. Während im Januar 92.000 Neuankömmlinge registriert wurden, waren es im Juni noch rund 16.000. Er gehe von einer deutlichen Entspannung bei der **Flüchtlingskrise** aus, sagte Innenminister Thomas de Maizière am Freitag bei der Vorstellung der Halbjahreszahlen des Bundesamts für Flucht und **Migration** (BAMF). Grund seien die Schließung der Balkanroute sowie der EU-Türkei-Deal: Wir sehen daran, dass die -Maßnahmen auf deutscher und europäischer Ebene greifen.

Insgesamt kamen seit Beginn des Jahres etwa 222.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Fast 170.000 davon stammten aus den Krisenstaaten Syrien, Afghanistan, Irak, Somalia, Eritrea. Die sogenannten sicheren Herkunftsstaaten spielten kaum eine Rolle. Die Anerkennungsquote war hoch: Rund zwei Drittel (61,5 Prozent) aller Asylentscheidungen fiel positiv aus.

Trotz des Kriegs in ihrer Heimat jedoch wurden weiter -weniger als die Hälfte aller Afghanen anerkannt. Solange dieser Anteil eines Herkunftslandes unter 50 Prozent liegt, können von dort stammende Flüchtlinge nur erschwert etwa an Integrationskursen teilnehmen.

Seit Januar fällte das BAMF 280.000 Entscheidungen so viele wie im gesamten Jahr 2015. Verfahrensoptimierung und Personalaufstockungen wirken, sagte BAMF-Direktor Frank-Jürgen Weise. Noch immer aber liegen etwa 500.000 unerledigter Asylanträge bei der Behörde. Zudem warten wohl über 100.000 Eingereiste auf einen Termin für die Antragstellung. Bis Ende des Jahres will das Amt den Rückstau abarbeiten.

Die sinkenden Asylzahlen sind kein Grund zur Freude, sondern Ausdruck der Krise von Menschenrechtsschutz, sagte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. In Deutschland stehen Unterkünfte leer, während in Griechenland Flüchtlinge auf der Straße leben und oft nicht einmal die Chance auf eine Registrierung ihres



Minister entspannt sich Flüchtlinge De Maizièr (CDU) lobt sich für gesunkene Zahlen. Heftige Kritik von Menschenrechtlern

Asylgesuchs bekommen. Ihnen drohe die Abschiebung in die Türkei. Das Recht auf Asyl in Europa soll nicht mehr erreichbar sein.

Er kritisierte, dass das Bundesamt Menschen aus Syrien immer öfter nur den sogenannten subsidiären Schutzstatus mit einjähriger Aufenthaltserlaubnis zuerkennt. Dadurch hätten die Kriegsflüchtlinge kein Recht, Angehörige durch den Familiennachzug zu retten. Flüchtlinge, die nicht aus unmittelbaren Krisengebieten stammen, hätten es aufgrund der Asylrechtseinschränkungen der letzten Monate immer schwerer, sich gegen Ablehnungen im Schnellverfahren zu wehren.

Auch die Hilfsorganisation medico international kritisierte die Auslagerung des Grenzschutzes: Mit viel Geld delegiert die EU Menschenrechtsverletzungen und die Errichtung von abschreckenden Lagern an außereuropäische Staaten, sagte Ramona Lenz von medico. Diese Politik werde neue Fluchtursachen schaffen, wenn sie Diktaturen stärke oder Entdemokratisierung dulde wie etwa durch den Deal mit der Türkei.

In Deutschland stehen Unterkünfte leer, während in Griechenland -Flüchtlinge auf der Straße leben

**Load-Date:** July 8, 2016

## **Abschreckende Ausweiskontrolle; Schweden Flüchtlinge müssen bei der Einreise wieder gültige Papiere vorzeigen**

taz, die tageszeitung

Freitag 13. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 400 words

**Byline:** Reinhard Wolff

**Highlight:** Schweden **Flüchtlinge** müssen bei der Einreise wieder gültige Papiere vorzeigen

### **Body**

---

Stockholm taz | Reisende nach Schweden müssen seit Donnerstagmittag, 12 Uhr wieder ein Ausweispapier dabeihaben. Zunächst für zehn Tage hat Stockholm die nach dem Schengen-Übereinkommen zulässigen zeitweisen Grenzkontrollen eingeführt. Anschließend werden sie wahrscheinlich um je 30 Tage verlängert.

Die offenen Grenzen hätten dazu geführt, dass Schweden die Kontrolle über die Asylsuchenden verloren habe, sagte Innenminister Anders Ygeman. Die konservativ-liberalen Oppositionsparteien begrüßten den Beschluss der rot-grünen Regierung, und auch die oppositionelle Linkspartei findet ihn akzeptabel.

Nach Schweden kamen in der vergangenen Woche offiziell 10.201 Asylsuchende so viele wie nie zuvor. Seit Anfang des Jahres waren es rund 125.000, allein seit Anfang September über 80.000. Schweden nimmt pro Einwohner die meisten Asylsuchenden aller EU-Länder auf. Die Migrationsbehörde rechnet zudem mit einer zuletzt stark gestiegenen Dunkelziffer, da viele Flüchtlinge keinen Asylantrag stellen. Sei es, weil sie als Transitflüchtlinge weiter nach Norwegen oder Finnland wollen, sei es, weil sie sich zunächst über die Situation für Asylsuchende orientieren oder bei Verwandten oder Bekannten Unterschlupf finden wollen. Diesen unhaltbarer Zustand will Ygeman unter Kontrolle bringen.

Das Asylrecht werde nicht aufgeweicht, die Identitätskontrollen fänden auf schwedischem Boden statt, kein Asylsuchender werde abgewiesen, betont die Regierung. Dass Stockholm, das erst Ende vergangener Woche warnte, man könne neuen Asylsuchenden keine Unterkunft mehr garantieren, sich damit allerdings auch eine Wirkung auf die Flüchtlingszahlen verspricht, bestreitet Ygeman nicht. Insgesamt gesehen wollen wir, dass weniger nach Schweden kommen und auch andere EU-Länder ihre Verantwortung übernehmen.

Die Kontrollen werden auf den Fährhafen Trelleborg und die Öresundbrücke konzentriert. Ob das zu weniger Asylsuchenden führt, ist fraglich. Es könnte auch den gegenteiligen Effekt geben: Flüchtlinge mit Ziel Norwegen oder Finnland werden nun in Schweden registriert, müssen hier Asyl beantragen oder werden zurückgeschickt. Direkte Folgen gibt es für Papierlose: Die Reedereien dürfen niemand mehr an Bord lassen, der sich nicht ausweisen kann. Reinhard Wolff

Abschreckende Ausweiskontrolle Schweden Flüchtlinge müssen bei der Einreise wieder gültige Papiere vorzeigen

Mehr Mittel

Die afrikanischen Staaten wollen mehr Geld, die Schweden fordern

Papiere, und die deutschen Justizminister fürchten falsche Signale

**Load-Date:** November 12, 2015

---

End of Document

**Zwischen Hostel und Turnhalle; Asyl Mit wie vielen Flüchtlingen die Stadt in diesem Jahr rechnen soll, ist völlig offen. Fest steht: Es kommen seit März weniger Flüchtlinge an. Doch die Lebensumstände der Asylsuchenden haben sich wenig verbessert. Viele bleiben in Notunterkünften**

taz, die tageszeitung

Dienstag 05. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 844 words

**Byline:** Uta Schleiermacher, Alke Wierth

**Highlight:** Asyl Mit wie vielen Flüchtlingen die Stadt in diesem Jahr rechnen soll, ist völlig offen. Fest steht: Es kommen seit März weniger Flüchtlinge an. Doch die Lebensumstände der Asylsuchenden haben sich wenig verbessert. Viele bleiben in Notunterkünften

## Body

---

von Uta Schleiermacher und Alke Wierth

In Berlin kommen nur noch wenige Flüchtlinge an. Das erste Mal seit 20 Monaten haben im März weniger als 1.000 Flüchtlinge die Stadt erreicht. Zurzeit wissen wir gar nicht, mit wie vielen wir rechnen sollen, sagt Monika Hebbinghaus, Sprecherin der Senatsverwaltung für Gesundheit und So-ziales. Alle warten jetzt erst mal ab, wie viele Flüchtlinge über das Abkommen in die EU und dann nach Deutschland kommen und wie viele davon dann tatsächlich nach Berlin kommen. Laut dem Abkommen vom 18. März nimmt die EU für jeden Flüchtling, der von Griechenland wieder in die Türkei zurückgeschickt wird, seit diesem Montag einen Flüchtling direkt aus der Türkei auf. Wir können aber noch nicht absehen, was das für Berlin bedeutet, sagt Hebbinghaus.

Trotz des Rückgangs bleibt die Unterbringungssituation der Geflüchteten prekär. Viele der im vergangenen Jahr Angekommenen leben noch in Notunterkünften. Nach wie vor sind laut Sozialverwaltung auch 63 Turnhallen mit Flüchtlingen belegt. Aktuell werde die Aufstellung von Wohncontaineranlagen auf den von den Bezirken bereitgestellten Grundstücken vorbereitet. Wir gehen derzeit davon aus, dass im Sommer ausreichend Unterkünfte bereitstehen, damit alle Flüchtlinge aus den Turnhallen ausziehen können, so Hebbinghaus. Wie schnell die Turnhallen dann frei gemacht werden könnten, hänge allerdings auch von der weiteren Entwicklung der Zugangszahlen ab, sagt sie. Die könne zur Zeit noch nicht hinreichend verlässlich eingeschätzt werden. Einige Turnhallen seien nicht mehr voll belegt. Es wäre aber kurzsichtig, jetzt Menschen zusammenzulegen und Turnhallen wieder zu schließen, wo wir noch gar nicht wissen, ob die Zahl der Ankommenden wieder steigt.

Laut der Initiative Moabit hilft werden derzeit sogar vermehrt Flüchtlinge, die vorher in Hostels gelebt haben, in Turnhallen einquartiert. Dies liegt nach Ansicht der Initiative zum einen daran, dass das Lageso seit Anfang März

Zwischen Hostel und Turnhalle Asyl Mit wie vielen Flüchtlingen die Stadt in diesem Jahr rechnen soll, ist völlig offen. Fest steht: Es kommen seit März weniger ....

nur noch 30 statt 50 Euro pro Tag an Hosteltreiber zahle. Auch würden Hostels Verträge mit dem Lageso kündigen, weil die Behörde Rechnungen nicht rechtzeitig begleiche. Da leben Menschen sechs, sieben Monate in einer Unterkunft, integrieren sich, finden Schulplätze für die Kinder, und dann landen sie irgendwo in einer Turnhalle, sagt Diana Henniges von Moabit hilft. Und das betrifft auch besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, Frauen mit Säuglingen oder Menschen mit Behinderungen.

Es sei nicht das Bestreben der Senatsverwaltung, Flüchtlinge aus Hostels herauszuholen, sagt Hebbinghaus. Sie sieht die Verantwortung dafür bei den Hosteltreibern. Wenn die Betreiber Plätze zu unseren Kostensätzen anbieten und es keine Beschwerden gibt, gibt es aus unserer Sicht keinen Grund, Flüchtlinge in andere Unterkünfte zu verlegen. Doch damit mache es sich die Verwaltung zu einfach, kritisiert Moabit hilft. Das Lageso ist dafür zuständig, sich um eine angemessene Folgeunterbringung zu kümmern, wenn Familien aus Hostels ausziehen müssen, sagt Henniges.

Anders als in Flächenländern wie Brandenburg werden in Berlin die Erst- und Notunterkünfte also nicht so schnell leer stehen. Inzwischen leben laut Senatsverwaltung zudem schon Tausende Menschen in Notunterkünften, deren Verfahren abgeschlossen ist und denen eigentlich eine Unterbringung in einer eigenen Wohnung durch die Bezirke zustünde. Doch die Bezirke finden nicht genug geeignete Wohnungen. Wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ab Mai wie angekündigt schneller über Asyl-anträge entscheidet, wird dies bald sehr viele Menschen in den Unterkünften betreffen.

Insgesamt sind in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 12.520 Flüchtlinge neu in Berlin angekommen, nur noch knapp 1.000 davon im März. Alle seien bereits registriert, teilte die zuständige Senatsverwaltung für Soziales auf taz-Anfrage mit. Damit ist die Zahl der täglichen Ankünfte im Vergleich zum Vorjahr, als teils bis zu 800 Flüchtlinge täglich nach Berlin kamen, erheblich gesunken. Deshalb ist unklar, ob die für 2016 prognostizierte Zahl von 60.000 neuen Flüchtlingen in Berlin tatsächlich erreicht wird.

Derzeit können in Berlin täglich bis zu 700 Flüchtlinge neu registriert werden. Knapp 10.000 der Neuankömmlinge sind über den Verteilerschlüssel des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge dauerhaft Berlin zugeteilt. Sie werden während ihres Asylverfahrens in der Stadt bleiben.

Trotz des Rückgangs bleibt die Unterbringungssituation der Geflüchteten prekär

Der Plan des Senats

Ankunft: Der Senat will weiterhin im ehemaligen Flughafen Tempelhof ein Ankunftscenter für Flüchtlinge einrichten. Dort sollen Erstregistrierung und Unterbringung stattfinden. Das Center soll Mitte Mai eröffnen. Derzeit stehen in den als Notunterkunft genutzten Flugzeug-hallen etwa 1.000 freie Plätze für Neuankommende bereit.

Verwaltung: Das geplante neue Flüchtlingsamt, das die bisher vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) ausgeführten Aufgaben der Flüchtlingsregistrierung und -versorgung übernehmen soll, soll im August eröffnen. (akw)

**Load-Date:** April 4, 2016

## Es trifft vor allem Roma; Erich Rathfelder über die Kampagne gegen Balkan-Flüchtlinge

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 330 words

**Byline:** Erich Rathfelder

### **Body**

---

Erich Rathfelder über die Kampagne gegen Balkan-Flüchtlinge

Eigentlich rennt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Ländern wie Mazedonien, Albanien, Kosovo und Montenegro offene Türen ein, wenn es jetzt in Anzeigen vor Ort darauf hinweist, dass es für Balkanleute kaum Sinn ergibt, nach Deutschland zu fliehen. Die Asylanträge würden ja ohnehin abgelehnt.

Das hat sich inzwischen vor Ort längst herumgesprochen. Seit März ist die Fluchtwelle aus dem Kosovo signifikant zusammengeschrumpft. In Nordalbanien sind zwar immer noch Schlepper aktiv, die den Leuten Manna vom Himmel versprechen, wenn sie sich auf den Weg nach Deutschland machen. Doch auch dort ist bekannt geworden, dass viele der zurückgekehrten Flüchtlinge aus dem Kosovo nun ärmer dran sind als zuvor. Diese Fluchtwelle hat ihren Höhepunkt längst überschritten. Aus Bosnien und Serbien war sie ohnehin nicht besonders hoch. Den meisten Flüchtlingen ging es nicht um ein Taschengeld und um Rumhängerei in Flüchtlingsheimen, die Leute hatten die Hoffnung, Arbeit und eine Perspektive für sich und ihre Kinder zu finden. Dafür gibt es keine Aussicht. Das macht das Bundesamt im Namen der Bundesrepublik Deutschland jetzt allen klar.

Wenn das Bundesamt aber jetzt die Kürzung der Taschengelder und Wiedereinreisesperren für Asylbewerber in Erwägung zieht, dann zielt das nicht auf alle Flüchtlinge, sondern vor allem auf die Roma, die angesichts ihrer Ausgrenzung aus den Gesellschaften des Balkans jeden Strohalm ergreifen, um überleben zu können. Das Taschengeld eines Asylbewerbers hilft den Familien am Ursprungsort, wenigstens nicht zu verhungern, Roma sind es, die nach der Ausweisung alles versuchen, um wieder einzureisen.

Man sollte im Bundesamt wenigstens Ross und Reiter nennen und nicht pauschal die Flüchtlingsgefahr aus dem Balkan beschwören. In diesem Fall müsste das Bundesamt konstruktiv über eine deutsche Roma- und Einwanderungspolitik nachdenken. Aber das ist wohl zu viel verlangt.

Es trifft vor allem Roma Erich Rathfelder über die Kampagne gegen Balkan -Flüchtlinge

**Load-Date:** August 12, 2015

---

End of Document

## Amtliche Breitseite gegen marodierende Migranten ; Grossbritannien Die konservative Regierung in London hetzt gegen Menschen auf der Flucht

taz, die tageszeitung

Dienstag 11. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 609 words

**Byline:** Ralf Sotscheck

**Highlight:** Grossbritannien Die konservative Regierung in London hetzt gegen Menschen auf der Flucht

### Body

---

Aus Dublin Ralf Sotscheck

Die britische Regierung ist in Panik. In Anbetracht der **Flüchtlingskrise** rund um den Kanaltunnel zwischen Calais und Folkestone will man die ohnehin harte Linie gegen **Flüchtlinge** weiter verschärfen. Solange eine große Anzahl verzweifelter **Migranten** in dem Gebiet marodieren, besteht immer die Gefahr für die Tunnelsicherheit, sagte Außenminister Philip Hammond am Sonntag. Wir müssen dieses Problem endgültig lösen, indem wir diejenigen, die kein **Asyl** beantragen dürfen, in ihre Ursprungsländer zurückschicken können.

Der Unterschied zwischen den Lebensstandards in Europa und Afrika bedeute, dass Millionen Afrikaner aus wirtschaftlichen Motiven nach Europa gelangen wollen, sagte Hammond. Wegen der EU-Gesetze können die Migranten ziemlich sicher sein, dass sie nicht in ihr Heimatland zurückgeschickt werden, sobald sie einen Fuß auf EU-Boden gesetzt haben. Das ist keine tragbare Situation, sagte er, denn Europa kann sich weder schützen, noch den Lebensstandard oder die soziale Infrastruktur erhalten, wenn es Millionen Migranten aus Afrika absorbieren muss.

Hammonds eigener Lebensstil ist jedoch nicht in Gefahr. Der New Statesman schätzt, dass er neun Millionen Pfund auf der hohen Kante hat. Dennoch hielt er es für nötig zu betrügen: 2009 beantragte er einen hohen Zuschuss für eine Zweitwohnung in London, obwohl er im Vorort Woking lebt. Als die Sache herauskam, versprach er, einen möglichen Profit beim künftigen Verkauf der Immobilie in die Staatskasse zu zahlen. Hammond, der in Oxford Philosophie, Politik und Wirtschaft studierte, gehört dem rechten Tory-Flügel an. Falls die EU nicht grundlegend reformiert werde, will er beim Referendum im übernächsten Jahr für den britischen Austritt stimmen.

Der 59-Jährige ist nicht der einzige, der eine harte Gangart gegen Flüchtlinge befürwortet. Gestern legte der Staatssekretär für Immigration, James Brokenshire, nach. Britische Arbeitgeber, die illegale Immigranten beschäftigen, sollen die volle Kraft des Gesetzes zu spüren bekommen. Die Regierung sei fest entschlossen, gegen Unternehmen vorzugehen, die britischen Bürgern Arbeitsplätze verwehren und die Löhne drücken, sagte er und kündigte Razzien bei Reinigungsfirmen, auf Baustellen und in Pflegeeinrichtungen an.



Amtliche Breitseite gegen marodierende Migranten Grossbritannien Die konservative Regierung in London  
hetzt gegen Menschen auf der Flucht

Einer Studie der London School of Economics zufolge leben in Großbritannien 618.000 Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung. Arbeitgebern, die diese Personen wissentlich beschäftigen, droht bis zu zwei Jahren Haft. Vermieter müssen ebenfalls mit Gefängnisstrafen rechnen, wenn sie Mieter, die ihr Aufenthaltsrecht verloren haben, nicht auf die Straße setzen.

Premierminister David Cameron monierte bereits im Juli, dass ein Menschenschwarm über das Mittelmeer auf der Suche nach einem besseren Leben nach Großbritannien komme. In Wirklichkeit nimmt Großbritannien im Verhältnis zur Einwohnerzahl weniger Flüchtlinge als andere EU-Länder auf. Andy Burnham, der für den Posten als Labour-Chef kandidiert, bezeichnete Camerons Wortwahl als Schande .

Vorige Woche überwies Cameron der französischen Regierung sieben Millionen Pfund. Mit dem Geld sollen 100 zusätzliche französische Grenzschrützer eingestellt werden, um den Eingang zum Kanaltunnel in Calais zu bewachen. Außerdem soll ein anderthalb Kilometer langer Zaun errichtet werden, der den Flüchtlinge den Weg zum Tunneleingang versperrt. Dort hatten sich in diesem Sommer rund 5.000 Migranten angesammelt, Hunderte von ihnen versuchten, auf Lastwagen oder Personenzügen durch den Tunnel nach Folkestone zu gelangen. Mindestens zehn Menschen kamen dabei ums Leben.

In Großbritannien leben 618.000 Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung

**Load-Date:** August 10, 2015

## Niemand integriert sich zeitlich begrenzt; Kommentar von Christian Rath zu de Maizières Wende beim Asylrecht

taz, die tageszeitung

Montag 09. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 1

**Length:** 392 words

**Byline:** Christian Rath

### **Body**

---

Kommentar von Christian Rath zu de Maizières Wende beim Asylrecht

Der Vorstoß von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) wirkt wie ein fundamentaler Bruch in der Asyldebatte der letzten Monate. Bisher bestand bei den etablierten Parteien von Union bis Grünen Konsens, dass ein Großteil der Flüchtlinge auf Dauer in Deutschland bleiben wird. Dagegen betont der Innenminister jetzt, dass der Schutz in Deutschland nur zeitlich begrenzt gewährt werden soll.

Sollte sich de Maizière durchsetzen, würde sich schnell auch die Rhetorik der Bundesregierung ändern, mit der sie um Akzeptanz für die Flüchtlinge wirbt. Bisher werden vor allem der Nutzen für die alternde deutsche Gesellschaft und die Chancen der Wirtschaft, die drohende Facharbeiterlücke zu schließen, herausgestellt. Wenn die Flüchtlinge jedoch bald schon wieder gehen sollen, schneidet man sich diese Argumentation ab. Flüchtlinge werden zur Last die man aber nur vorübergehend tragen müsse. Vermutlich wird diese Änderung der Rhetorik den Rechtsradikalen nicht das Wasser abgraben; eher ist das Gegenteil zu befürchten.

Dass Asyl zunächst auf Zeit gewährt wird, ist nichts Neues. Schon heute kann das Asyl widerrufen werden, wenn sich die Lage im Herkunftsstaat dauerhaft bessert. Bisher wird dies bei den Syrern nach drei Jahren geprüft. De Maizière will erst nach sieben Jahren dauerhaften Aufenthalt gewähren.

Es besteht aber wenig Hoffnung, dass sich der Syrienkonflikt bald löst. Weder nach drei Jahren noch nach sieben Jahren. Die Lage in Afghanistan zeigt, wie lange sich ein solcher Bürgerkrieg hinziehen kann.

Es war deshalb nicht unnötig großzügig, sondern sehr realistisch, bei den syrischen Flüchtlingen sofort auf schnellen Spracherwerb und schnelle berufliche Qualifikation zu setzen. Wer damit erst nach einigen Jahren beginnt, wenn sich abzeichnet, dass eine Rückkehr unrealistisch ist, vergeudet die Zeit der Flüchtlinge und Chancen der ganzen Gesellschaft. Nur wer in Deutschland eine Perspektive hat, wird sich rasch integrieren.

Niemand integriert sich zeitlich begrenzt Kommentar von Christian Rath zu de Maizières Wende beim Asylrecht

Es sieht aus, als wolle de Maizière die Fehler der 60er Jahre wiederholen, als man Migranten als Gastarbeiter bezeichnete, die bald wieder nach Hause gehen würden. Anerkannte Flüchtlinge sind aber mehr als nur Gäste: Sie sind Teil dieser Gesellschaft.

taz.fluchthilfe 2SEITE

Es scheint, als wolle de Maizière die Fehler der 60er Jahre wiederholen

**Load-Date:** November 8, 2015

---

End of Document

## Von Idomeni nach Osnabrück; ASYL Stadtrat unterstützt Initiative: 50 Frauen und Kinder dürfen ihren Männern und Vätern folgen

taz, die tageszeitung

Freitag 24. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 27

**Length:** 382 words

**Byline:** Thomas Wübker

**Highlight:** ASYL Stadtrat unterstützt Initiative: 50 Frauen und Kinder dürfen ihren Männern und Vätern folgen

### Body

---

Die Stadt Osnabrück unterstützt die Initiative 50 Menschen aus Idomeni nach Osnabrück bringen . Das hat der Rat in der vergangenen Woche beschlossen. Ein erster Schritt, sagt Renate Heise von der örtlichen Flüchtlingshilfe Rosenplatz , sei dieser Beschluss: Die große Hürde ist noch nicht genommen. Sie fordert, dass die Bundesregierung das EU-Programm Relocation umsetzt und weitere Geflüchtete aufnimmt.

Der Bund hat zugesagt, 27.500 geflüchtete Menschen ins Land zu holen, die in Italien und Griechenland gestrandet sind. Insgesamt soll das Relocation -Programm 160.000 Menschen in Europa verteilen, die eines besonderen Schutzes bedürfen. Nach Angaben der Europäischen Kommission hat Deutschland in diesem Rahmen 37 Menschen aus Griechenland und 20 aus Italien aufgenommen.

Angesichts der katastrophalen humanitären Bedingungen, unter denen die Menschen im Flüchtlingscamp im griechischem Idomeni leben mussten, hat sich in Osnabrück ein Bündnis gebildet, dem neben der Flüchtlingshilfe Rosenplatz auch der Flüchtlings-Verein Exil, aber etwa auch die katholische Kirche, angehören. Seine Forderung: 50 Menschen aus Idomeni sollen in die Stadt kommen dürfen.

Renate Heise hat über ihre Kontakte zu Menschen aus dem Irak und Syrien ausgemacht, wer nach Osnabrück kommen soll: Es handele sich vor allem um Frauen und Kinder, deren Männer und Väter bereits in Osnabrück aufgenommen worden seien, sagt sie.

Der Rat der Stadt Osnabrück hat nun beschlossen, die Initiative zu unterstützen. Deren Arbeit sei ein starkes Zeichen tief empfundener Solidarität mit Geflüchteten , heißt es im Beschluss. Man wolle das niedersächsische Innenministerium, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie das European Asylum Support Office darum bitten, den geplanten Familiennachzug nach Osnabrück zu ermöglichen. Allerdings: Die 50 nun in Rede stehenden Geflüchteten sollen nicht die ohnehin vorgesehenen Zahlen erhöhen: Der Rat geht davon aus, dass die 50 Flüchtlinge auf die von Osnabrück zu erfüllende Aufnahmequote des Landes Niedersachsen angerechnet werden.

Von Idomeni nach Osnabrück ASYL Stadtrat unterstützt Initiative: 50 Frauen und Kinder dürfen ihren Männern und Vätern folgen

So positiv das Signal aus Osnabrück auch sein mag, so gering erscheint die Zahl von 50 Flüchtlingen in einer Stadt von über 150.000 Einwohnern , befindet denn auch Niedersachsens Flüchtlingsrat auf seiner Internetseite.  
Thomas Wübker

**Load-Date:** June 23, 2016

---

End of Document

## Gegen heimliche Abschiebungen; Demo für Bleiberecht

taz, die tageszeitung

Dienstag 17. Mai 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 28

**Length:** 225 words

### **Body**

---

#### Demo für Bleiberecht

Für eine Stadt des Ankommens und Bleibens haben am Samstag 1.500 Menschen – darunter viele **Geflüchtete** und **Asylsuchende** – demonstriert. Zu dem Protest hatte das Bündnis **Recht auf Stadt** – Never mind the Papers – aufgerufen. Unter dem Motto **Migration** is a right! Deportation is a crime! (**Migration** ist ein Recht, Abschiebung ein Verbrechen) zogen die TeilnehmerInnen vom Hafenrand durch die City zum Kollektiven Zentrum im Münzviertel. Die ProtestlerInnen verurteilten den Deal zwischen der EU und dem Türkei-Regime, das den Islamischen Staat unterstütze und für die Kriege auch gegen die Kurden verantwortlich sei, und forderten ein Ende der Abschiebungen in sogenannte sichere Herkunftsländer. So sind nach Angaben des **Flüchtlingsrats** allein in der vorigen Woche an drei Tagen 200 Schutzsuchenden aus ihren Unterkünften in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg geholt und in den Kosovo, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und Serbien mit Air-Berlin-Fliegern abgeschoben worden. Zu diesem Zweck war ein stillgelegter hermetisch abriegelter Terminal des Flughafens Rostock-Laage reaktiviert worden, damit die Aktionen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden konnten. Hierfür war zudem eigens eine Abfertigungsstrecke mit Passkontrolle, Boarding sowie Sicherheits-Check eingerichtet worden. KVA

**Load-Date:** May 16, 2016

**Czaja drückt auf die Tube; FLÜCHTLINGE Der CDU-Sozialsenator will Asylanträge aus dem Balkan binnen einem Tag entscheiden. Ob das rechtlich und praktisch überhaupt möglich ist, bleibt fraglich**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 30. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 586 words

**Byline:** Susanne Memarnia

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Der CDU-Sozialsenator will **Asylanträge** aus dem Balkan binnen einem Tag entscheiden. Ob das rechtlich und praktisch überhaupt möglich ist, bleibt fraglich

## Body

---

von Susanne Memarnia

In seinem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) warten **Flüchtlinge** derzeit Wochen, um sich als **Asylsuchende** überhaupt registrieren zu können. Dennoch spuckt Sozialsenator Mario Czaja (CDU) große Töne: Anträge aus Balkanstaaten könnten in der neuen Lageso-Außenstelle an der Bundesallee bald binnen einem Tag entschieden sein, erklärte er am Dienstag in der Morgenpost.

Opposition und Fachleute sind entsetzt. Das ist rechtsstaatlich gar nicht möglich, sagt Canan Bayram, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, der taz. Ähnlich urteilt Martina Mauer vom Flüchtlingsrat: Damit nimmt Czaja vorweg, dass es für Menschen aus Balkanländern kein individuelles Asylrecht mehr gibt. Auch Fabio Reinhardt, Piraten-Abgeordneter, findet: Es ist unmöglich, innerhalb eines Tages individuelle Fluchtgründe anzuhören und abzuwägen sowie Menschen die Chance zu geben, sich einen Rechtsbeistand hinzuzuziehen.

Um dem Chaos im Lageso Herr zu werden, plant der Sozialsenator, in der Bundesallee alle Behörden von Lageso, über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bis zur Ausländerbehörde und Polizei zusammenarbeiten zu lassen. Dem Springer-Blatt sagte Czaja, mit der Gesetzesänderung auf Bundesebene zur Ausweitung der sicheren Herkunftsländer auf Kosovo, Albanien und Montenegro sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für diesen Personenkreis erweitert werden. Er rechne damit, dass das geänderte Gesetz am 1. November in Kraft tritt dann werden wir in der Lage sein, Verfahren innerhalb eines Tages abzuschließen.

Für die Juristin Bayram zeugt die Idee von völliger Unkenntnis der rechtlichen Lage. Der Asylantrag sei ein formalisiertes Verfahren: Die Menschen müssten ein Protokoll ihrer Anhörung bekommen, das sind schriftliche Bescheide, die zugestellt werden müssen dann könnten sie Rechtsmittel einlegen gegen eine negative

Czaja drückt auf die Tube FLÜCHTLINGE Der CDU-Sozialsenator will Asylanträge aus dem Balkan binnen einem Tag entscheiden. Ob das rechtlich und praktisch überhau....

Asylentscheidung. Bayram bewertet Czajas Vorstoß als Manöver, um von der eigenen Unfähigkeit, seinen Laden in den Griff zu bekommen , abzulenken.

Auch Mauer vom Flüchtlingsrat weist darauf hin, dass Flüchtlinge momentan Wochen bis Monate darauf warten müssen, um ihren Asylantrag beim BAMF überhaupt stellen zu können. Die Menschen haben derzeit überhaupt keinen Zugang zum Asylverfahren, da müsste Czaja ran , so Mauer.

Stattdessen reiht er sich ein in den Chor jener, die sich mit Vorschlägen zur Verschärfung des Asylrechts für bestimmte Gruppen derzeit überbieten. CDU-Innensenator Frank Henkel redet seit Wochen von einer eigenen Aufnahmeeinrichtung für Balkanflüchtlinge, CDU-Justizsenator Thomas Heilmann hat Vorschläge in der Schublade, wie schneller abgeschoben werden kann, etwa durch Wegfall aller Leistungen nach Ablehnung des Asylantrags (taz berichtete). Es ist bedauerlich, dass der Senat auf den Zug aufspringt, in gute und schlechte Flüchtlinge zu unterscheiden, und dies in diskriminierenden Eingriffen ins Asylrecht münden lässt , sagt dazu Piratenpolitiker Reinhardt.

Brandenburgs Regierung plant Verbesserungen für Flüchtlinge

Nach dem Bund-Länder-Gipfel zur Flüchtlingspolitik will Rot-Rot in Brandenburg nun bald eigene Vorhaben umsetzen. Geplant sei, dass sich künftig mehr Sozialarbeiter um Asylsuchende kümmern und auch Einzelwohnungen für Flüchtlinge gefördert werden. Zudem solle die Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt werden, sagte Linken-Fraktionschef Ralf Christoffers am Dienstag in Potsdam. Ein Entwurf für ein erneuertes Landesaufnahmegesetz soll bis Ende des Jahres vorliegen. (dpa)

**Load-Date:** September 29, 2015



## Flüchtlingscamp Idomeni wird geräumt; Griechenland Spezialeinheiten stehen vor dem Lager. Die Menschen werden mit Zwang umgesiedelt

taz, die tageszeitung

Dienstag 24. Mai 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 585 words

**Byline:** Theodora Mavropoulos

**Highlight:** Griechenland Spezialeinheiten stehen vor dem Lager. Die Menschen werden mit Zwang umgesiedelt

### Body

---

Berlin taz | Immer wieder war es angekündigt worden. Nun soll am frühen Dienstagmorgen die Räumung des provisorischen Flüchtlingslagers Idomeni im Norden Griechenlands beginnen. Man habe die griechische Polizei beauftragt, das Camp mit den noch knapp 9.000 Flüchtlingen innerhalb der nächsten Woche zu räumen, so Giorgos Kyritsis, Sprecher des griechischen Krisenstabs für Flüchtlingsangelegenheiten. Die EU-Kommission hat die Räumung gutgeheißen. Es sei richtig, das Notbehelf-Lager aufzulösen, erklärte ein Sprecher in Brüssel.

Schon in der Nacht zu Montag erreichten zehn Mannschaften der griechischen Bereitschaftspolizei das Lager, berichtet eine Reporterin des griechischen Staatsfernsehens ERT aus Idomeni. Weitere Polizisten aus Thessaloniki und Athen, darunter auch Spezialeinheiten der sogenannten Gruppe für Prävention und Unterdrückung von Verbrechen, OPKE), werden im Einsatz sein. Am frühen Dienstagmorgen wird die Räumung beginnen.

Wir wollen keine Säuberungsaktion starten, so Kyritsis. Die Evakuierung des Lagers vor der mazedonischen Grenze solle friedlich vonstatten gehen, betont er. Die Flüchtlinge sollen durch Übersetzer vor Ort überzeugt werden, sich in die organisierten Camps bringen zu lassen. Aktuell gebe es bis zu 7.000 freie Unterbringungsmöglichkeiten. Man arbeite nun mit allen Mitteln an den noch fehlenden Plätzen. Auch ausrangierte Militärlasernen sollen zum Einsatz kommen.

Tausende Flüchtlinge und Migranten harren seit Monaten in Idomeni unter menschenunwürdigen Bedingungen in einfachen Zelten aus, in der Hoffnung, doch noch über die Grenze nach Mazedonien zu gelangen. Die meisten von ihnen wollen über die Balkanroute nach Westeuropa. Doch die Route ist seit Wochen dicht.

Wir sind froh, dass die Menschen nun in organisierte Camps gebracht werden, sagt Stella Nanou, Sprecherin der UN-Hilfsorganisation UNHCR, der taz. Dort wären die Menschen, darunter Familien mit Kindern, besser versorgt und könnten Gesundheits- und Asyleinrichtungen schneller erreichen. In zahlreichen der 35 Flüchtlingscamps der griechischen Regierung sei die Situation auch noch nicht gut, so Nanou. Es gebe immer noch nicht ausreichend Toiletten und Duschen.

Flüchtlingscamp Idomeni wird geräumt Griechenland Spezialeinheiten stehen vor dem Lager. Die Menschen werden mit Zwang umgesiedelt

Doch wenn man das mit dem wilden Camp in Idomeni vergleicht, sind die Umstände doch besser , sagt sie. Die Menschen seien in den offiziellen Camps mit einer Kapazität von 1.000 bis 1-500 Menschen besser zu beaufsichtigen und dadurch geschützter. So berichteten griechische Medien immer wieder von Drogenhandel und Prostitution in Idomeni.

Der freiwillige Helfer Didac Guillaumet arbeitet seit Monaten in Idomeni. Vor knapp zwei Monaten hat er ein Kulturzentrum ins Leben gerufen, in dem sowohl Flüchtlinge als auch freiwillige Helferinnen und Helfer Sprach- und Kunstunterricht geben. Didac steht dadurch in engem Kontakt mit zahlreichen Flüchtlingen und Migranten. Die Entscheidung, Idomeni zu evakuieren, führt dazu, dass zahlreiche Flüchtlinge und Migranten nun doch noch ihr letztes Geld zusammenklauben und versuchen, mit Schmugglern den gefährlichen Weg über die mazedonische Grenze anzutreten , beobachtet Guillaumet.

Die Menschen müssten endlich schneller auf europäische Staaten verteilt werden. Der Schachzug Europas, die Menschen in offizielle, nicht gut ausgestattete Lager der Regierung umzuverlagern, sei schwach. Auch wenn die meisten Flüchtlingen genug haben, wie werden diejenigen abtransportiert, die das gar nicht möchten?

Theodora Mavropoulos

Offen bleibt, ob die Bewohner sich gegen die Räumung zur Wehr setzen werden

**Load-Date:** May 23, 2016

## Colour matters; Schlagloch von Charlotte Wiedemann Sind uns schwarze Flüchtlinge so willkommen wie weiße?

taz, die tageszeitung

Mittwoch 16. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 1030 words

**Byline:** Charlotte Wiedemann

**Highlight:** Schlagloch von Charlotte Wiedemann

### Body

---

Mir ist der Eisregen in Erinnerung geblieben, damals auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor. Die Hungerstreikenden durften kein Zelt aufbauen, allenfalls eine Decke mitbringen und einen Regenschirm, so saßen sie im eisigen Regen, hungrig für ein Bleiberecht. Kaum jemand sah hin. Die Flüchtlinge waren, in ihrer Mehrheit, schwarz.

Ich verwende dieses Wort ungern; es gibt gewöhnlich Besseres, um Menschen zu beschreiben. Doch um Farbe geht es in diesem Kontext nicht nur, aber auch.

Vom Eisregen zum Bonbonregen. Hat sich Deutschland so schnell geändert und so sehr? Die Lampedusa-Flüchtlinge vom besetzten Oranienplatz in Berlin waren, nach heutigen Maßstäben betrachtet, ein winziges Häuflein; und doch wurden sie mit großem bürokratischen Aufwand hingehalten und schikaniert. So lang ist das nicht her. Was also ist heute anders? Und was nicht?

Einwanderung zu linear gedacht

Eine Rechtslage, die eben noch in aller Härte exekutiert wurde, kann erstaunlich flexibel werden, sobald der politische Wille sich ändert. Das müssen wir uns merken. Denn bald schon könnten die Rechtslagen wieder wie in Stein gemeißelt daher kommen. Und die Medien: Wie flugs sie sich ändern können! Wenn Opportunismus nassen würde, stünden manche Zeitungsstände jetzt kniehoch in Wasser.

Heikler ist es, dies zu benennen: colour matters. Ich bediene mich hier mit Absicht bei der US-Bürgerbewegung (Black Lives matter). In den USA hat ausgerechnet die Amtszeit von Barack Obama gezeigt, wie tief Rassismus verwurzelt ist, gegenüber den einheimischen Afro-Amerikanern wohlgekannt. Einwanderungsland zu sein, selbst mit einer so langen Tradition wie im Fall der USA, ist also keineswegs eine Medizin gegen Rassismus. Auch dies müssen wir in den Wirren des gegenwärtigen Moments neu lernen. Die Linke hat lange zu linear gedacht: Als erfülle sich bereits eine Utopie, wenn sich Deutschland nur endlich zum Status eines Einwanderungslandes bekenne.

Colour matters Schlagloch von Charlotte Wiedemann Sind uns schwarze Flüchtlinge so willkommen wie weiße?

Was sich gegenwärtig abzeichnet ist in Abwandlung eines Gauck'schen Bonmots das Nebeneinander einer hellen und einer dunklen Flüchtlingspolitik.

Der Beginn einer Zwei-Klassen-Migrations-Steuerung. Gute Migranten, schlechte Migranten. Gute weiße Syrer, schlechte schwarze Afrikaner.

Während sich Deutschland zu Recht entrüstet über die ungarische Zäune-Politik, baut Deutschland selbst mit an den Zäunen in Afrika. Und in der Abschottung nach Süden ist sich die Europäische Union einig. Wer aus dem subsaharischen Afrika Richtung Europa will, soll künftig den Kontinent möglichst gar nicht mehr verlassen können. Im neuen Aktionsplan für den Sahel wird die Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Migration verquickt; deutsche Entwicklungshilfe fließt heutzutage auch in Grenzsicherung. Viele Migranten durchqueren Niger, also steht dieser Staat nun im Fokus der Abwehrpolitik. Die Idee, dort ein Asylprüfzentrum hinzustellen (mit Lagern für Tausende Wartende?) stammt nicht aus Budapest.

Soweit zum Dunklen. Nun das Helle: Mit den syrischen Flüchtlingen strömt Deutschland eine junge, gebildete Mittelschicht zu – der Traum jedes Migrationsmanagers. Schon gehen Großbetriebe zum Anwerben direkt in die Camps. Und auch dies gefällt: Die vom Krieg Gezeichneten kommen nicht mit Vorwürfen an die europäische Syrienpolitik, obwohl sie dazu allen Grund hätten; sie kommen aus der Hölle mit Dankbarkeit und Merkel-Bildern. Was spricht also dagegen, dass sie sich politisch so unauffällig integrieren wie jene 100.000 Deutsch-Syrer, die bereits vor Beginn des Konflikts hier lebten?

Um nicht missverstanden zu werden: Die Willkommenskultur ist wunderbar, und jeder, der sie unterstützt, handelt großartig. Aber was in diesen Tagen geschieht, ist auch eine unbezahlbare Imagewerbung für den Standort Deutschland. Ich erinnere mich noch, wie Inder den deutschen IT-Kräfte-Mangel lindern sollten (die CDU rief Kinder statt Inder!). In Bangalore hielt mir der begehrte Nachwuchs der IT-Elite kühl entgegen, ins fremdenfeindliche Deutschland werde ohnehin niemand kommen, da ließe sich keine Karriere machen.

Politiker fabulieren gern von einer maßgeschneiderten Einwanderung, doch tatsächlich folgt Migration eigenen, zeitgeschichtlichen Dynamiken. Über den Sommer 2015 werden die Historiker der Zukunft sagen: Merkel hat beherzt zugegriffen, als sich dem alternden Deutschland eine neue Generation qualifizierter Einwanderer bot. Und sie hätte, jeder weiß es, die Grenzen nicht für eine halbe Million Afrikaner geöffnet?

Die Lebenslügen des Westens

Den starken Staaten der reichen Welt gerät Migration zum Vorteil, zur Erneuerung. Armen Ländern hingegen wird eine massenhafte Ankunft anderer Armer aufgezwungen, sie können sie weder steuern noch zum eigenen Vorteil wenden. Wenn Deutschland sich nun verspätet bis in seine Behörden hinein als Einwanderungsland begreift, ist das erfreulich, vor allem für unser eigenes Lebensgefühl, doch es bringt uns globaler Gerechtigkeit nicht näher.

Platt und brutal gesagt: Die Schokoriegel, die wir den syrischen Geflüchteten zustecken, sind so günstig, weil dafür Kinder auf den Plantagen der Elfenbeinküste schufteten. Und in den Smartphones, die auf Flüchtlingsrouten lebensrettend sind, stecken Afrikas unfair gehandelte Rohstoffe. So human die Aufnahme der Syrer jetzt ist: Ob Deutschland eine Migrationspolitik auf Höhe des 21. Jahrhunderts macht, wird sich an seinem Umgang mit den afrikanischen Arbeitsmigranten zeigen.

Die Abwehr gegen diese Menschen ist so stark, weil sie den reichen Norden mit seiner Lebenslüge konfrontieren: dass unser Wohlstand ausschließlich eine Frucht unserer eigenen Hände Arbeit sei. Dass wir keine Klimakiller sind und nicht vom ungerechten Welthandel profitieren. Dass wir niemanden ausbeuten, und alles im Großen und Ganzen so bleiben kann, wie es ist. Die EU ist eine Festung geblieben, auch wenn es in Deutschland nun Bonbons regnet.

Für die Schokolade, die wir den Syrern -zustecken, schufteten Kinder auf Plantagen

Charlotte Wiedemann

Colour matters Schlagloch von Charlotte Wiedemann Sind uns schwarze Flüchtlinge so willkommen wie weiße?

ist Buchautorin und Journalistin. Die freie Autorin wurde mit ihren Reisereportagen aus muslimischen Ländern bekannt. Ende 2014 erschien ihr neuestes Buch bei Pantheon: Mali oder das Ringen um Würde. Meine Reisen in einem verwundeten Land .

**Load-Date:** September 15, 2015

---

End of Document

**Ein Bild der Bewegung; Protest Am Ostbahnhof wird in einer Ausstellung die Geschichte der Berliner Flüchtlingsproteste nachgezeichnet als Teil des migrationspolitischen Festivals Die widerspenstige Internationale**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 1002 words

**Byline:** Malene Gürgen

**Highlight:** Protest Am Ostbahnhof wird in einer Ausstellung die Geschichte der Berliner **Flüchtlingsproteste** nachgezeichnet als Teil des **migrationspolitischen** Festivals Die widerspenstige Internationale

## Body

---

von Malene Gürgen

Ein Ort für große Diskussionen, für Pressekonferenzen, für Zusammenkünfte aller Art: Das große Zirkuszelt war das Herz des Protestcamps am Oranienplatz, seine Rückkehr eine der Hauptforderungen der **Flüchtlingsaktivistin** nach der Campräumung im April 2014. Im Juni letzten Jahres wurde es von Unbekannten angezündet, seitdem ist auch dieser Ort der **Flüchtlingsbewegung** verschwunden, heute steht am Oranienplatz nur der meist verwaiste Infocontainer als stummes Relikt. Die Bewegung, die AktivistInnen, die gibt es noch, einen zentralen, wahrnehmbaren Ort haben sie nicht mehr.

Dieser Ortsverlust ist ein zentrales Thema der Ausstellung *We Will Rise* zur **Flüchtlingsbewegung**, die am heutigen Donnerstag am Ostbahnhof als Teil des **migrationspolitischen** Festivals Die widerspenstige Internationale eröffnet in einem Zirkuszelt. Wer das Rund der Zeltwände abläuft, vollzieht die Chronologie der **Flüchtlingskämpfe** in den letzten drei Jahren nach, angefangen von den Protestcamps in Bayern und dem Marsch nach Berlin bis heute. Auf Tafeln sind die wichtigsten Ereignisse dargestellt, viersprachig, großformatige Bilder vermitteln dazu einen Eindruck von der Unwirtlichkeit des Protestcamps im Winter, von der Verzweiflung der Hungerstreikenden, von den Erfolgserlebnissen auf Demonstrationen, von den Begegnungsmomenten am Oranienplatz. Auf jeder Tafel gibt es eine freie Fläche, hier können die AusstellungsbesucherInnen der Chronologie eigene Einträge hinzufügen.

Wir betrachten diese Ausstellung nicht als etwas Abgeschlossenes, so wie wir auch unsere Bewegung nicht als abgeschlossen betrachten, sagt Adam Bahar, Aktivist und ehemaliger Campbewohner, der die Ausstellung gemeinsam mit elf anderen Menschen aus dem Oranienplatz-Spektrum entwickelt hat. Jederzeit sollen neue Tafeln hinzugefügt und soll die Chronologie so weitergeschrieben werden können.

## Ein Bild der Bewegung Protest Am Ostbahnhof wird in einer Ausstellung die Geschichte der Berliner Flüchtlingsproteste nachgezeichnet als Teil des migrationspo....

Beim Betrachten der Tafeln wird deutlich, was für eine enorme Dichte an öffentlich wahrnehmbaren Aktionen diese Bewegung in den vergangenen Jahren durchgeführt hat wie groß der Output war, könnte man sagen: Platzbesetzung, Schulbesetzung, Hungerstreiks, Protestmärsche, Botschaftsbesetzungen, Kunstfestivals, Bustouren, Konferenzen, und immer und immer wieder Demonstrationen selbst wer dieses Thema mitverfolgt hat, ist von der Fülle der Ereignisse, wie sie hier im Zirkusrund aufgezählt werden, fast erschlagen.

Deutlich wird auch, wie die Bewegung trotz dieser immensen Aktivität und der großen Aufmerksamkeit, die sie dadurch erreichte, immer wieder Rückschläge erlitt: Von der Aufbruchstimmung, die mit der Errichtung des Protestcamps verbunden war, ist auf späteren Tafeln kaum mehr etwas zu spüren. Auch die internen Konflikte, etwa um die Haltung zu den Verhandlungen mit dem Senat, die der Räumung des Protestcamps vorausgegangen waren, werden thematisiert. Wir wollen mit dieser Ausstellung auch einen Ort schaffen, an dem die Aktivisten selbst reflektieren können: Wozu hat welche Entscheidung geführt, was ist uns nicht gelungen? , sagt Bahar. Trotz Rückschlägen habe diese Chronologie für ihn aber einen bestärkenden, keinen frustrierenden Charakter: Ich sehe diese drei Jahre nicht isoliert, sondern im Kontext einer langen Geschichte in Deutschland, in der Flüchtlingskämpfe fast gar nicht wahrgenommen wurden damit verglichen haben wir unglaublich viel erreicht , sagt er.

Neben der Chronologie besteht die Ausstellung aus fünf Themenkästen, an denen etwa die Bedeutung des Oranienplatzes als öffentlicher Ort, die Kämpfe der Flüchtlingsfrauen oder das Verhältnis der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Bewegung mit Video- und Audiomaterial, Texten und Presseauschnitten dargestellt werden. Wir wollen den Betrachtern die Möglichkeit geben, sich ein differenziertes Bild von dieser Bewegung zu machen , sagt Bahar.

Bis zum 25. Juli läuft auf dem Gelände am Ostbahnhof die Widerspenstige Internationale , ein von der Rosa-Luxemburg-Stiftung kuratiertes Festival zu den Themen Flucht und Migration. Die Ausstellung bildet ein Kernstück, dazu gibt es Podiumsdiskussionen, Konzerte, Lesungen und Vorträge, auch eine Activist Speeddating Night als Vernetzungsmöglichkeit ist geplant. Wir wollen mit diesem Festival eine Experimentierwerkstatt schaffen, in der verschiedene Bewegungen zusammenkommen und sich austauschen können , sagt Veranstalter Koray Yilmaz-Günay, Referent für Migration bei der Linkspartei-nahen Stiftung.

Nach ihrer Station auf dem Festival soll die Ausstellung We Will Rise ins Kreuzberg-Museum ziehen, wo sie bis Oktober zu sehen sein wird. Danach, sagt Bahar, soll sie in andere Städte weiterziehen und dort als In-spirations- und Reflexionsmöglichkeit dienen und so zumindest zu einem Ort der Bewegung werden, wenn es den zentralen schon nicht mehr gibt.

Wir betrachten diese Ausstellung nicht als etwas Abgeschlossenes

### Kritik nach Flüchtlings-Suizid

Das Bündnis gegen Rassismus hat sich in einer Pressemitteilung zu dem Suizid eines Flüchtlings geäußert, der sich am Dienstag vergangener Woche aus dem Fenster eines Kreuzberger Gebäudes gestürzt hatte. In dem Schreiben macht das Bündnis die deutsche Asylpolitik für den Tod des Mannes mitverantwortlich und zieht eine Parallele zu dem Fall Cemal Altun, der sich 1983 während seines Abschiebeverfahrens aus dem Berliner Verwaltungsgerichts gestürzt hatte.

Nach Informationen der taz handelte es sich bei dem Gebäude um die Büroräume der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge (KuB) in der Ora-nienstraße. Ein Mitarbeiter der KuB bestätigte dies am Mittwoch. Der Mann sei ein Ukrainer gewesen, der erst drei Tage zuvor nach Deutschland eingereist sei. Er habe sich den Tag über in den Räumen der KuB aufgehalten und dort auch eine Beratung in Anspruch genommen, aber keinen besorgniserregenden Eindruck gemacht. Der Suizid am Abend sei für die MitarbeiterInnen völlig überraschend gewesen. Wie der Suizid zu deuten sei, werde intern noch diskutiert, deswegen gebe es von der KuB selbst noch keine Stellungnahme zu dem Vorfall. (mgu)

Ein Bild der Bewegung Protest Am Ostbahnhof wird in einer Ausstellung die Geschichte der Berliner  
Flüchtlingsproteste nachgezeichnet als Teil des migrationspo....

---

End of Document



## **Flucht aus Afrika: Die Fakten; Der Kampf gegen die ungesteuerte**

taz, die tageszeitung

Freitag 16. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 557 words

**Byline:** Christian Jakob

### **Body**

---

Der Kampf gegen die ungesteuerte **Migration** aus Afrika hat für die Regierenden in Europa in diesen Monaten höchste Priorität. 25 JournalistInnen, RedakteurInnen, KorrespondentInnen und freie Mitarbeiter der taz und einige WissenschaftlerInnen haben dazu seit Juli in 21 Ländern recherchiert. Wir wollten wissen: Was genau wird heute getan, um **Migration** abzuwehren? Wie viel Geld fließt dafür tatsächlich? Was sind die Folgen für die Menschen in Afrika, für **Flüchtlinge**, für Arbeitsmigranten? Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer dieser Politik?

Einzelne Beiträge waren seit dem 17. November in der taz zu lesen. Zum von der UNO ausgerufenen Internationalen Tag der Migranten am 18. Dezember veröffentlichen wir heute die gesamten Rechercheergebnisse auf einer eigens programmierten, interaktiven Webseite: [taz.de/migrationcontrol](http://taz.de/migrationcontrol).

Es ist die umfassendste Dokumentation zur europäischen Migrationskontrolle, die es gibt. Nachzulesen sind detaillierte Länderreports zur EU, den acht wichtigsten europäischen Geberstaaten und Israel sowie 26 afrikanischen Staaten und der Türkei. Es gibt Hintergrundberichte zu den wichtigsten Themen: Zahlungen, Entwicklungshilfe, Frontex, Internierung, Geschichte, Rüstung, Abschiebung, Diplomatie und Biometrie. Zu lesen sind afrikanische Stimmen, Interviews, Reportagen und Features insgesamt rund 100 Texte, oft vor Ort recherchiert. Viele sind ab sofort online, weitere folgen in den nächsten Wochen. Zudem haben wir einen großen Teil der diesen Abkommen zugrunde liegenden Vertrags- und internen Strategiepapiere beschafft, darunter geheime Dokumente. Auch sie sind aufbereitet auf der Webseite zu finden. Die Auslagerung der europäischen Migrationskontrolle betrifft viele Menschen. Doch die haben meist nur wenige Möglichkeiten, sich darüber zu informieren. Unsere Webseite wird deshalb Anfang 2017 komplett auf Englisch und Französisch online gehen. Außerdem planen wir, die Webseite aktuell zu halten und 2017 um Osteuropa und den Nahen/Mittleren Osten zu erweitern.

Für das Projekt wurden wir freigestellt: taz-Reporter Christian Jakob, taz-Korrespondentin Simone Schlindwein und taz-Online-Chef Daniél Kretschmar. Grundfinanzierung für die Zusatzkosten war das Kartografen - Recherchestipendium des Vereins Fleiß und Mut e. V., das von der Mercator-Stiftung bezahlt wird. Die Übersetzung der Inhalte zahlte die Heinrich-Böll-Stiftung. Die Kosten für den Beitrag der Londoner NGO Statewatch, die viele Originaldokumente zusammengetragen hat, bezahlt zur Hälfte Pro Asyl (Frankfurt). Einen Teil der Kosten für die Programmierung und Gestaltung der Webseite übernahm die Berliner NGO Sea Watch sowie die

## Flucht aus Afrika : Die Fakten Der Kampf gegen die ungesteuerte

Hamburger stiftung :do. Einen Teil der Recherchehonorare übernahm die taz Panter Stiftung, einen Teil der Reisekosten der Auslandsrecherchefonds der taz.

Unentgeltlich Informationen zur Verfügung gestellt haben uns u. a. medico international (Frankfurt), das Global Detention Project (Genf), das Observatoire Migration (Lomé), Migreurop (Paris) sowie das Netzwerk Afrique Europe Interact (Bamako). Unentgeltliche Hilfe bei der Übersetzung leisteten Studierende der Universitäten Wien und Leeds im Rahmen des Projekts taz international .

Christian Jakob, Daniél Kretschmar, Simone Schlindwein

Impressum

Redaktion: Dominic Johnson

Fotoredaktion: Petra Schrott

Grafik: Stefanie Weber

Layout: Nadine Fischer

**Load-Date:** December 15, 2016

**Zukunftsfähig geht anders; Kommentar von Andreas Wyputta über  
Parteitaktik auf Flüchtlingsrücken**

taz, die tageszeitung

Freitag 11. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 25

**Length:** 288 words

**Byline:** Andreas Wyputta

## **Body**

---

Kommentar von Andreas Wyputta über Parteitaktik auf **Flüchtlingsrücken**

Nichts braucht Niedersachsen mehr als Zuwanderung: Ohne **MigrantInnen** werden 2060 rund eine Million Menschen weniger als heute zwischen Küste und Harz leben. Die Zahl der Erwerbstätigen könnte sogar um 1,5 Millionen sinken – in 45 Jahren wäre dann jede dritte Niedersächsin Rentner.

Überlebenswichtig ist also, die Menschen, die im Norden aktuell Schutz vor (Bürger-)Krieg und Diskriminierung suchen, als Chance zu begreifen – und ihnen Chancen zu geben: auf schnelles Lernen der deutschen Sprache, auf Qualifikation, Wohnung, Arbeit, kurz: auf ein selbstbestimmtes Leben.

Schnellstmöglich muss deshalb Schluss sein mit der bürokratischen Gängelung von Asylsuchenden: Zurzeit sind die nicht nur von Sprachkursen ausgeschlossen. Zumindest in den ersten drei Monaten dürfen sie nicht arbeiten und auch danach erst einmal nur Jobs übernehmen, für die sich keine einzige andere BewerberIn aus der EU interessiert.

Auch die im Asylbewerberleistungsgesetz festgeschriebene fehlende Beratung durch die Arbeitsagenturen und der Zwang, die ersten vier Jahre in Deutschland in Gemeinschaftsunterkünften leben zu müssen, atmen den Geist der Ausländerfeindlichkeit: Separiert, ausgegrenzt, danach möglichst ausgewiesen werden sollen offenbar so viele Schutzsuchende, wie es geht.

Leider steckt in der CDU-Politik zumindest in Niedersachsen noch immer zu viel dieser Haltung: Mit ihrer Warnung vor möglichem Terror und steigender Kriminalität schüren die ChristdemokratInnen nicht nur alte Ängste, diffamieren nicht nur pauschal so viele Flüchtlinge: Um ihre Ressentiments pflegen zu können, verlieren sie die Entwicklung des Landes aus dem Blick. Zukunftsfähig ist das nicht.

**Load-Date:** September 10, 2015



## Schäuble: Flüchtlingsarbeit statt Mindestlohnkontrolle; Asyl Finanzminister will Zollbeschäftigte abziehen. DGB gegen Ausnahmen beim Mindestlohn

taz, die tageszeitung

Freitag 11. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 362 words

**Highlight:** Asyl Finanzminister will Zollbeschäftigte abziehen. DGB gegen Ausnahmen beim Mindestlohn

### Body

---

Berlin taz/afp/dpa | Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will angesichts des starken Zuzugs von **Flüchtlingsen** 320 Zollbeamte zum Bundesamt für **Migration** und Integration (Bamf) sowie zur Bundespolizei abordnen. Betroffen sind vor allem Nachwuchskräfte, die eigentlich für Mindestlohnkontrollen vorgesehen waren. Das Vorgehen sei mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) abgesprochen, sagte Schäuble im Bundestag. Das bedeutet natürlich, dass wir das für den Ausbau der Mindestlohnkontrollen durch den Zoll ursprünglich vorgesehene Tempo verlangsamen werden, so der Finanzminister.

Schäubles Abordnung kommt inmitten von Forderungen aus Industrie und Verwaltung, den Mindestlohn für Flüchtlinge zumindest teilweise auszusetzen. So hatte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Hans-Günter Henneke, in der letzten Woche verlangt, für die Dauer von drei Monaten bei Flüchtlingen auf den Mindestlohn zu verzichten. Dies würde einen guten Beitrag zur Integration leisten, sagte Henneke der Rheinischen Post. Der Landkreistag ist der Lobbyverband der Landkreise.

Peter Kulitz, Präsident des baden-württembergischen Industrie- und Handelskammertags, sprach sich sogar generell gegen einen Mindestlohn für Flüchtlinge aus: Das Vermitteln und Erlernen unserer Kultur und von Umgangsweisen in Alltagssituationen, die eine Teilhabe an unserer Gesellschaft erst möglich machen, darf nicht durch eine starre Anwendung bürokratischer Mindestlohnregelungen verhindert werden, so Kulitz. Die Politik müsse nun abwägen, ob sie die drängende Flüchtlingsintegration oder ihr Prestigeprojekt Mindestlohn höher gewichte.

Dagegen warnte DGB-Chef Reiner Hoffmann am Donnerstag davor, Menschen in finanzieller Notlage als billige Arbeitskräfte auszunutzen. Eine Aussetzung des Mindestlohns für Flüchtlinge sei mit den Gewerkschaften nicht zu machen, sagte er im SWR. Michael Fischer, Verdi-Bereichsleiter Politik, argumentierte ähnlich. Es sei ein Risiko, dass Flüchtlinge schlechtere Löhne akzeptierten. Er forderte daher stärkere Kontrollen der Mindestarbeitsbedingungen. Die aber hat Schäuble gerade aufgeschoben.

Entweder Mindestlohn oder Integra-tion, glaubt die IHK

Schäuble : Flüchtlingsarbeit statt Mindestlohnkontrolle Asyl Finanzminister will Zollbeschäftigte abziehen. DGB  
gegen Ausnahmen beim Mindestlohn

**Load-Date:** September 10, 2015

---

End of Document

**Die heimliche Durchreise; Wachgerüttelt Es fing mit ein paar Haufen Müll an, über die unser Autor im türkischen Bodrum stolperte. Da wurde ihm klar: Die Nachrichten über Flüchtlinge haben etwas mit seiner direkten Nachbarschaft zu tun**

taz, die tageszeitung

Dienstag 25. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 3

**Length:** 816 words

**Highlight:** Wachgerüttelt Es fing mit ein paar Haufen Müll an, über die unser Autor im türkischen Bodrum stolperte. Da wurde ihm klar: Die Nachrichten über **Flüchtlinge** haben etwas mit seiner direkten Nachbarschaft zu tun

## Body

---

aus Bodrum Joost Lagendijk

Es geschah vor drei Wochen, als wir mit unseren Hunden spazieren gingen. Wir waren wie üblich auf einer der Grünflächen entlang der Küste auf der Bodrum-Halbinsel, wo wir unsere Sommerferien verbrachten. Von dort aus kann man die nur wenige Kilometer entfernten griechischen Inseln Kos und Leros klar sehen.

Plötzlich stolperten wir über lauter kleine Müllhaufen. Ich fing schon an, die Menschen zu verfluchen, die hier wie es schien eine gute Zeit gehabt und einfach ihren Müll hinterlassen haben. Aber dann entdeckten wir neben Verpackungen von Schokoriegeln und leeren Wasserflaschen zwei Geräte, mit denen Schlauchboote aufgepumpt werden. Dabei lagen Zigarettenschachteln mit arabischer Schrift und ausrangierte Kleidung. Damit war uns sofort klar: Das waren keine Überbleibsel einer Party, sondern Sachen, die Schmuggler brauchten, um ein Boot vorzubereiten: ein Boot voller **Migranten**, sehr wahrscheinlich Syrer, die sie in der Nacht in Richtung einer der griechischen Inseln schickten, die so nahe sind. Wir räumten den Platz auf, aber am nächsten Tag fanden wir weitere Beweisstücke. Sie zeigten, dass das keine einmalige Anstrengung war, sondern eine tägliche oder besser gesagt ein nächtliche Routine in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Entdeckung war nur ein kleiner, unbedeutender Zwischenfall. Aber sie löste eine Reihe von Gedanken und Diskussionen mit unseren Freunden aus. Über die Motive der Geflüchteten, die Moral von Schmugglern und über das Fehlen einer überzeugenden Europapolitik. Als Politiker lese und schreibe ich oft über Flüchtlingscamps, die ich im Mittleren Osten und auf dem Balkan besucht habe. Ich verstricke mich oft in hitzige Diskussionen mit Kollegen aus dem rechten Spektrum, wie man denn am besten mit Asylbewerbern und anderen Migranten umgehen sollte. Bislang war das Thema Migration immer Teil meines Berufslebens, nicht aber meines persönlichen Lebens. Jetzt, unerwartet, änderte sich das.

Die heimliche Durchreise Wachgerüttelt Es fing mit ein paar Haufen Müll an, über die unser Autor im türkischen Bodrum stolperte. Da wurde ihm klar: Die Nachricht....

Es ist eine Erfahrung, die derzeit viele in der Türkei machen. Viele kennen die Bilder von Flüchtlingen aus den Medien. Aber seit letztem Jahr gibt es fast kein Entkommen mehr, wenn man hier durch die Großstädte läuft. Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien hat sich die Türkei Hunderttausenden von Syrern sehr gastfreundlich gezeigt. Fast eine halbe Million wurde in großen, modernen Flüchtlingscamps entlang der syrischen Grenze untergebracht. Mehr als eine Million Menschen sind über das Land verteilt. Einige entschieden, weiter nach Europa zu wandern, aber seit einigen Monaten ist die Zahl der Flüchtlinge in die Höhe geschneit.

Noch einmal: Es ist eine Geschichte, die derzeit viele hier erleben. Bis vor Kurzem war es etwas, was in der großen Welt da draußen geschah, ein Phänomen, das nicht das tägliche -Leben berührt hat. Aber die Trennung zwischen unserem Leben und dem der anderen kann nicht weiter aufrechterhalten werden.

In der Stadt Bodrum gibt es mehrere Plätze, an denen Migranten mit Einheimischen in Kontakt kommen, die ihnen helfen, über das Meer zu gelangen. Immer mehr Läden verkaufen Schutzwesten, wasserfeste Taschen und andere Gegenstände, die eine gefährliche Überfahrt sicherer machen können. Fast täglich erreichen uns Nachrichten über Boote, die es nicht geschafft haben, über Menschen, die ertrunken sind oder in die Türkei zurückgebracht werden. Viele realisieren erst jetzt, dass all jene, die es vermutlich nach Kos oder Leros geschafft haben, nahe dem eigenen Wohnort aufs Boot gegangen sind.

Was uns aufweckte, waren ein paar Taschen, die wir beim Spaziergang fanden. Freunde von uns waren auf einem der beliebten Touristenboote, die die türkische Küste entlangschippern, als in den frühen Abendstunden plötzlich zwei Gummiboote, voll beladen mit verängstigten Syrern, auftauchten.

Was den Umgang mit dieser Realität so schwierig macht, ist eine schockierende Tatsache: Zur gleichen Zeit, zu der die meisten Touristen hier sich nach einer Auszeit sehnen weit weg von den verstörenden politischen Meldungen aus Ankara wie dem Erstarken des kurdischen Konflikts im Südosten und der Bedrohung durch Dschihadisten gleich hinter der Grenze, werden sie genau an diesem Ort mit der unausweichlichen Realität einer massenhaften und weitgehend unkontrollierbaren Migration konfrontiert.

In diesem Sommer ist Bodrum kein Ort zum Entspannen. Ob es den Touristen und Einheimischen gefällt oder nicht, Bodrum ist genau zu dem Ort geworden, an dem Migration in ihr tägliches Leben getreten ist.

Joost Lagendijk ist ein ehemaliger grüner Europaabgeordneter aus Holland, der in der Türkei lebt und als Kolumnist für die türkischen Zeitungen Zaman und Today's Zaman arbeitet

Aus dem Englischen: J. Kalarickal

Die Trennung zwischen unserem Leben und dem der anderen funktioniert nicht

Flüchtlinge

In letzter Zeit versuchen immer mehr Migranten, von der Türkei weiter nach Europa zu gelangen. Über die Gründe

**Load-Date:** August 24, 2015



## Neue Abläufe zur schnelleren Bea ; Neue Abläufe zur schnelleren Bea

taz, die tageszeitung

Mittwoch 16. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26

**Length:** 226 words

### **Body**

---

Neue Abläufe zur schnelleren Bearbeitung von Asylanträgen will das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bad Fallingbostal erproben. Die dort gewonnenen Erkenntnisse sollten helfen, die Arbeit in den Außenstellen in ganz Deutschland weiterzuentwickeln, sagte der stellvertretende Leiter des BAMF, Georg Thie. In der neuen Dienststelle in einer ehemaligen britischen Kaserne arbeiteten zunächst 30 Mitarbeiter des Bundesamtes. Die Zahl werde jedoch auf 260 steigen. +++ Die Nordkirche kritisiert die Änderungen im Asylrecht. Die Kirchenleitung befürchtet durch die bereits beschlossenen und noch geplanten Änderungen in der Gesetzgebung eine Aushöhlung des individuellen Rechts auf Asyl. Insbesondere die Stellung für Asylsuchende aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern verschlechtere sich erheblich. Etliche Neuerungen im Asylrecht verstießen gegen Grundrechte. So werde der Familiennachzug deutlich erschwert, und die Leistungen würden zum Teil unter das definierte Existenzminimum gesenkt. +++ Rehabilitieren will die mecklenburgische Stadt Gadebusch die Frauen und Männer, die im 16. und 17. Jahrhundert zu Unrecht als Hexen oder Hexer gefoltert und verbrannt wurden. Die Stadtvertretung stimmte am Montagabend einem entsprechenden Antrag der Linken zu. An die Opfer soll künftig ein Gedenkstein oder eine Stele erinnern. +++

Nachrichten

**Load-Date:** December 15, 2015

**Der Flüchtling als Nachhilfelehrer; QUOTE Ein neuer Verteilungsschlüssel soll die Bürger der EU beruhigen: Ab jetzt wird Migration human, alle Länder der Gemeinschaft müssen ran. Das kann nur schiefgehen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 28. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** TAZZWEI; S. 14

**Length:** 546 words

**Byline:** INES KAPPERT

**Highlight:** QUOTE Ein neuer Verteilungsschlüssel soll die Bürger der EU beruhigen: Ab jetzt wird **Migration** human, alle Länder der Gemeinschaft müssen ran. Das kann nur schiefgehen

## Body

---

VON INES KAPPERT

Europa nimmt **Flüchtlinge** nur in homöopathischen Dosen auf. Nichtsdestotrotz bemüht man sich in Brüssel um ein bisschen mehr an Gerechtigkeit, so ist es ja nicht. Daher sollen diejenigen, die nicht im Mittelmeer ertrunken sind, sowie diejenigen, die nicht am nagelneuen sieben Meter hohen Stacheldrahtzaun an der türkisch-bulgarischen Grenze hängen geblieben sind, oder diejenigen, die nicht in den Wäldern rund um die spanische Exklave Melilla verrecken, also die Überlebenden die sollen gleichmäßiger in der EU verteilt werden. Das wurde nun hochhoffiziell beschlossen.

Gleichzeitig weiß man auch schon ganz offiziell, dass sich flüchtlingsrenitente Länder wie etwa Großbritannien nicht an diese Quoten halten werden. Doch da kein Interesse an einer humanitären europäischen Flüchtlingspolitik seitens der Regierungschefs und ihrer Klientel besteht, wird für die geneigte Öffentlichkeit eben ein wenig an den Nebenbaustellen herumgedoktert. Schließlich kommen bald die Sommerferien, und die Bürger wollen mit gutem Gewissen ihre Seele am Strand Urlaub machen lassen.

Nun lautet ein Argument, dass eine Umverteilung von bereits in Europa Angekommenen zwar nicht optimal sei, aber schon ihr Gutes hätte, selbst wenn die betroffenen Asylsuchenden panische Angst vor Ungarn oder Bulgarien äußerten. Schließlich dürfe man diese Länder genauso wenig wie etwa Griechenland nicht auch noch für ihren tätigen Rassismus belohnen. Nach dem Motto: Eure Grenzschrützer und Polizisten misshandeln Flüchtlinge (wie von Amnesty und Pro Asyl vielfach dokumentiert), also schicken wir da keine Asylsuchenden mehr hin wodurch die rechtsstaatlich orientierten Länder ja einmal mehr bestraft würden.

Diese Argumentation biegt sich die Realität böse zurecht. Denn genannte Länder behandeln vertriebene Menschen ja nicht als Kriminelle gegen den Willen der europäischen Granden wie etwa Deutschland; sie setzen vielmehr den

Der Flüchtling als Nachhilfelehrer QUOTE Ein neuer Verteilungsschlüssel soll die Bürger der EU beruhigen: Ab jetzt wird Migration human, alle Länder der Gemeins....

politischen Willen der europäischen Entscheidungsmächte um, und der setzt auf Menschenverachtung als Mittel der Abschreckung um jeden Preis.

Gleichzeitig ist es bizarr, dass ausgerechnet die Menschen, denen man das Recht auf ein besseres Leben abspricht, die Europäer zu mehr Rechtsstaatlichkeit erziehen sollen. Ausgerechnet sie sollen für antirassistische Emanzipation in demokratieschwachen Ländern sorgen. Ihr Bedürfnis, dort ein neues Leben zu beginnen, wo sie bereits Verwandte haben oder die Sprache sprechen, wo sie also etwas leichter andocken können wen kümmert's? So funktioniert das Recht der Stärkeren in postkolonialen Zeiten nun mal: Die einen haben Spaß, die anderen nicht.

Doch Zynismus beiseite. Es ist die Aufgabe der Privilegierten, die Grundrechte zu schützen und die offene Gesellschaft zu verteidigen. Denn sie genießen den Schutz des Rechtsstaates und können daher gesellschaftliche Tabus ankratzen, ohne auch nur ihre Karriere zu gefährden.

Entsprechend ist es an ihnen, Verhältnisse herzustellen, die Menschenrechte auch für Flüchtlinge garantieren. Dann, aber erst dann, lassen sich verantwortungsvollerweise neue Verteilungsschlüssel festlegen. Die Wirklichkeit will es anders.

Ausgerechnet die Menschen, denen man das Recht auf ein besseres Leben abspricht, sollen für antirassistische Emanzipation in demokratieschwachen Ländern sorgen

**Load-Date:** May 27, 2015

## *Irgendwas mit Refugees; Wenn Künstler integrieren*

taz, die tageszeitung

Samstag 21. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 43

**Length:** 680 words

**Byline:** Helmut Höge

### Body

---

Wenn Künstler integrieren

Wirtschaftsweisen

VON Helmut Höge

Nicht nur so manche **Flüchtlingsinitiative** klagt derzeit über die vielen Künstler, die plötzlich irgendwas mit **Flüchtlingen** machen wollen. In Stuttgart gibt es schon ein ganzes Programm: Projekte, die von Kulturschaffenden mit **Flüchtlingen** durchgeführt werden. Und in Bayern hat eine Schriftstellerin bereits ein Buchprojekt über ihre praktische **Flüchtlingshilfe** realisiert. Die Produktivität der Künstler resultiert aus ihrer Fähigkeit, sich den wechselnden geistigen Strömungen anzupassen aus ihrer moralischen Verkommenheit, wie es der FAZ-Herausgeber Joachim Fest einmal ausdrückte, der damit noch einmal den stetigen Unternehmer gegen den windigen Projektemacher ins Feld führen wollte.

Umgekehrt werden die Flüchtlinge in Berlin schon quasi systematisch an die Künstler herangeführt. So mietete zum Beispiel das Arbeitsamt in Kreuzberg kurzerhand ( unbürokratisch ) die Galerie Forum Factory und stellte mehrere Künstler ein, die dort Deutsch für Ausländer -Kurse leiten. Die Kreuzberger Kontakt- und Beratungsstelle für Migranten offeriert gar Kunstprojekte für junge Flüchtlinge .

Das Konzerthaus am Gendarmenmarkt eröffnete seine Saison 2015 mit dem Countertenor Philippe Jaroussky. Zu Beginn des Konzerts erklärte der Dirigent, dass man sich mehr um die Flüchtlinge kümmern müsse. Dabei zeigte er auf eine Gruppe, die vor seinem Pult saß: Es waren syrische Flüchtlinge, die er eingeladen hatte. Der ehemalige Emigrant Wladimir Kaminer, der das Konzert mit seiner Mutter besuchte, fand: Sie wirkten verloren, wie auf einem anderen Planeten gelandet. Und die zweite Mahler-Symphonie gab ihnen den Rest.

Wie bewegen sie sich?

Das für Refugees besonders empfängliche Maxim Gorki Theater bietet den Projektemachern von Metrozones (der unabhängigen Vereinigung für kritische Großstadtforschung ) eine Bühne für diese Fragen: Wie bewegen sich Geflüchtete in einer Stadt wie Berlin, wie organisieren sie ihr Durchkommen, wo nehmen Refugees sich Räume?

## Irgendwas mit Refugees Wenn Künstler integrieren

Zuvor hatten sie in drei Arbeitsgruppen Flüchtlinge und andere Akteure zu ihren Erfahrungen und Überlegungen, Erinnerungen und Wunschproduktionen interviewt. Es geht dabei um das, was sie Refugee-Komplex nennen und um die Einrichtung eines selbstorganisierten Center von Refugees .

I pity the poor immigrants , sang Bob Dylan 1967. In der damaligen Studentenbewegung kümmerte man sich um politische Flüchtlinge , die von Wirtschaftsflüchtlingen unterschieden wurden. Mit der zunehmenden Zahl von Kriegs - und Bürgerkriegs flüchtlingen (etwa aus der sich auflösenden Sowjetunion) verwischte sich diese Differenz in Westdeutschland. Nicht zuletzt auch aufgrund der durch Liebes- oder Scheinheiraten hierher gelangten Männer und Frauen aus Osteuropa, Afrika, der Karibik und Asien, denen Berlin den Karneval der Kulturen verdankt.

## Marcuse für Flüchtlinge

Die berühmte Strategie für Randgruppen, die Herbert Marcuse der Studentenbewegung anempfahl (weil die Arbeiterklasse ins System integriert und daher zum Widerstand unfähig sei), wurde in den Neunzigerjahren erneut aufgenommen: Nun verkörperte der Refugee das historische Subjekt. Die Fackel der Befreiung ist von den sesshaften Kulturen an unbehauste, dezentrierte, exilische Energien weitergereicht worden, deren Inkarnation der Migrant ist , schrieb der Exilpalästinenser Edward Said.

Auch für den Publizisten Neal Ascherson wurden die Flüchtlinge, Gastarbeiter, Asylsucher und Obdachlosen zu Subjekten der Geschichte . Für den während des Aufstands im Warschauer Getto geborenen Multimediakünstler Krzysztof Wodiczko hieß das, wie er in einem Vortrag in Berlin ausführte: Der Künstler muss als nomadischer Sophist in einer migranten Polis aufzutreten lernen auf ihren neuen Agoren, den Plätzen, Märkten, Parks und Bahnhofshallen der großen Städte.

Dazu eignet sich Berlin, dessen Marketingmanagern ein amerikanischer Urbanist unlängst riet, sie sollten sich von dem unseligen Weltstadt -Wahn verabschieden und stattdessen Berlin als das Transitkreuz akzeptieren, das es faktisch bereits sei.

**Load-Date:** November 20, 2015